

# Chinas Aufstieg zur Globalmacht

Der Weg einer Regionalmacht zum  
weltpolitischen Akteur

**Gunther Hauser**

Schriftenreihe der  
Landesverteidigungsakademie



**UNSER HEER**



Schriftenreihe der  
Landesverteidigungsakademie

Gunther Hauser

# Chinas Aufstieg zur Globalmacht

Der Weg einer Regionalmacht zum weltpolitischen Akteur

**1/2020**

Wien, Mai 2020

**Impressum:**

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung  
Rossauer Lände 1  
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie  
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik  
Stiftgasse 2a  
1070 Wien

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung  
Alle Rechte vorbehalten

Mai 2020

ISBN 978-3-903121-60-7

Druck:

ReproZ W 20-2033  
Stiftgasse 2a  
1070 Wien

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
Einleitung .....	7
Schwerpunktfragen .....	16
Chinas Pragmatismus und außenpolitische Ziele.....	18
Die Volksrepublik und die Republik – „Ein China“ .....	31
China als Weltraummacht .....	42
China modernisiert das Militär.....	46
Wirtschaftlicher Aufstieg als Ziel .....	62
Die BRICS-Initiative und die AIIB.....	81
Das Projekt „neue Seidenstraße“ .....	84
China und Russland.....	101
China und Indien .....	109
China und Nordkorea .....	113
China und Japan .....	127
China, die USA und das Südchinesische Meer .....	140
China und die USA: im Wettbewerb abhängig.....	154
China und die EU .....	160
China und die Coronakrise 2020.....	167
Mit Xi Jinping in eine neue Ära? .....	173
Schlussfolgerungen .....	183
Literaturverzeichnis.....	199



## Vorwort

Die Volksrepublik China feierte am 1. Oktober 2019 ihr siebzigjähriges Bestehen. Seit der *Öffnung* des Landes, die 1978 unter Deng Xiaoping eingeleitet wurde, befindet sich die Volksrepublik in einem enormen wirtschaftlichen Aufholprozess und hat sich mittlerweile zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt entwickelt. Parallel dazu zeigt die Volksrepublik zunehmend offen großmachtpolitische Ambitionen auf militärischer Ebene. Aus diesem Grund setzt sich diese Publikation zum Ziel, die gesamtpolitische Entwicklung des bevölkerungsreichsten Landes der Erde mit den Schwerpunkten außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Zielsetzungen umfassend zu erörtern – in Kombination mit wirtschaftspolitischen Planungsprozessen. Folglich wurde – ausgehend vom sicherheitspolitisch-strategischen Verständnis der Volksrepublik China – das *Policy-making* in Hinblick auf den Strategieformulierungsprozess umfassend berücksichtigt. Daraus abgeleitet geht aus den jeweiligen Sichtweisen der chinesischen Staatsführung hervor, welche eigene Wahrnehmung die jeweiligen chinesischen Regierungen strategisch kommunizierten, insbesondere was den Akteursanspruch, den Gestaltungswillen sowie die Präferenzen im Zusammenhang mit Kooperationen in und mit internationalen Organisationen und geografische Schwerpunktsetzungen betrifft. Berücksichtigt wurden auch die *Brüche* in der sicherheitspolitisch-strategischen Entwicklung des Landes – insbesondere endogene und exogene Faktoren, die zu Neupositionierungen in der Einschätzung der sicherheitspolitisch-strategischen Lage führten. Ebenso wurden die Streitkräfteentwicklung und die Rüstungspolitik der Volksrepublik China weitgehend analysiert sowie die gesamtstrategischen Entwicklungen – ausgehend von der chinesischen Führung unter Mao Zedong bis zur derzeitigen Regierung unter Xi Jinping. Diese Studie beabsichtigt, einen gesamtstrategischen Überblick der Volksrepublik China während der letzten 70 Jahre zu geben – auf der Grundlage von Dokumenten sowie Aufzeichnungen, die seitens des Autors anlässlich seiner sechs Besuche auf Einladung der chinesischen *Volksbefreiungsarmee* und des *China International Institute for Strategic Studies* (CIISS) in den Jahren 2006 bis 2014 ausgewertet und erstellt wurden.



## Einleitung

Die Volksrepublik China setzte sich seit der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre zum Ziel, keinem militärischen Bündnis anzugehören, zuvor hatte zu Beginn des Korea-Krieges 1950 die Volksrepublik mit der Sowjetunion einen Freundschafts- und Bündnisvertrag (*Treaty of Friendship and Alliance*) unterzeichnet. Nach dem Bruch mit der Sowjetunion<sup>1</sup> im Jahr 1956 entschloss sich China unter Mao Zedong, niemals die Verteidigung nationaler Interessen einer Koalition anzuvertrauen.<sup>2</sup> Mao entschied sich für einen eigenen kommunistischen Weg chinesischer Prägung. Der „*Große Sprung nach vorne*“ 1958 bis 1962 (das nationale Programm der wirtschaftlichen Kollektivierung) sowie die Kulturrevolution 1966 bis 1976 (Ziel: Eliminierung der „4 Alten“ – alte Ideen, alte Kulturen, alte Sitten, alte Gebräuche)<sup>3</sup> brachten die Volksrepublik schließlich in ein wirtschaftliches Desaster. Zudem fielen nach unterschiedlichen Schätzungen in dieser Zeit – vor allem zwischen 1959 und 1962 durch eine der schlimmsten Hungerkatastrophen der Menschheitsgeschichte – über 20 Millionen Menschen zum Opfer.<sup>4</sup> Die Volksrepublik sieht sich selbst stets in der Rolle, auch sein Modell des *Sozialismus chinesischer Prägung* für Entwicklungsländer anzubieten – abseits von Kolonialismus. So propagierte im Oktober 2019 Chinas Außenminister Wang Yi das chinesische Modell als Modell „für die Selbsthilfe der Entwicklungsländer“.<sup>5</sup> Bevor diplomatische Beziehungen mit „westlich-imperialistischen“ Ländern eingeleitet werden, sollte zunächst aus Sicht Pekings geklärt werden, ob „koloniale Bestrebungen“ seitens der betroffenen Länder angepeilt werden. Eine eigene Außenpolitik durchzusetzen wurde auch Grundsatz der Volksrepublik in der Blockfreienbewegung mit dem Ziel, sich gegenüber den Supermächten USA und Sowjetunion zu positionieren.<sup>6</sup> Nationales Ziel der Volksrepublik war stets die Einverleibung Taiwans – bis 1971 war

---

<sup>1</sup> James Kynge, Beijing hopes for a backlash against Trump’s trade policy, in: *Financial Times Weekend*, 14 July/15 July 2018, S. 9.

<sup>2</sup> Henry Kissinger, *On China*, The Penguin Press, New York 2011, S. 123 und 191.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 193.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 183.

<sup>5</sup> China Rundschau, Xi Jinpings Südasiens-Reise: Chinas besondere Diplomatie, in: *China Rundschau*, Nr. 058, November 2019, S. 1.

<sup>6</sup> Henry Kissinger, *On China*, The Penguin Press, New York 2011, S. 100f.



Taiwan als Republik China Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, seither hat diesen Sitz die Volksrepublik China inne. So bezeichnete Mao Zedong die massiven monatelangen Granatenangriffe der Volksrepublik gegen die taiwanische Inselgruppe Kinmen und Matsu ab 23. August 1958, bei der von der Volksrepublik auch Lautsprecherbeschallung („*Befreiung Taiwans*“) eingesetzt wurde, als „*politische Schlacht*“.<sup>7</sup> Auch führte die Volksrepublik im April 1979 schon unter dem Nachfolger Mao Zedongs, Deng Xiaoping, Krieg gegen Vietnam, um Hanoi „*eine Lektion zu erteilen*“, nachdem vietnamesische Truppen Kambodscha eingenommen hatten, um jene Grenzkonflikte zu beenden, die zwischen der von China unterstützten *Roten Khmer* und der damaligen kommunistischen Führung in Vietnam ausgetragen wurden. Zudem war Hanoi bestrebt, eine *Indochinesische Föderation* zu gründen, die sich auf einen zuvor unterzeichneten vietnamesisch-sowjetischen Verteidigungspakt stützte<sup>8</sup>

Nach dem Tod Maos begann ab 1978 nach einem kurzen Führungswechsel durch Hua Guofeng mit Deng Xiaoping die wirtschaftliche Öffnung der Volksrepublik – auf der Grundlage der „*4 Modernisierungen*“ in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Forschung sowie nationale Verteidigung.<sup>9</sup> China bezeichnet sich seither als größtes Entwicklungsland der Welt<sup>10</sup> mit einer Gesamtbevölkerung von mittlerweile fast 1,4 Milliarden Menschen, davon über 750 Millionen Arbeitskräften: „*Jedes Jahr muss China 20 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Herausforderung für China bleibt die Kluft zwischen Arm und Reich.*“<sup>11</sup> Zudem soll sich laut Einschätzungen der Vereinten Nationen (UNO – United Nations Organization) bis zum Jahr 2045 der Prozentsatz der Über-65-Jährigen in

---

<sup>7</sup> Ebenda, S. 172.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 340.

<sup>9</sup> Oriana Skylar Mastro, The Stealth Superpower. How China Hid Its Global Ambitions, in: *Foreign Affairs*, January/February 2019, S. 31-39, hier S. 34.

<sup>10</sup> So Chinas damaliger Botschafter in Österreich, Zhao Bin, in seinem Vortrag zum Thema „Chinesische Außenpolitik“, Diplomatische Akademie Wien, 2. Juli 2013: „*Es ist ein langer Weg zu gehen, bis alle Chinesen im Wohlstand leben*“.

<sup>11</sup> „*China’s international status as the world’s largest developing country has not changed*“, betonte Staatschef Xi Jinping. Aus: Yu Lintao, Theory of Common Good. Xi Jinping Thought on Diplomacy moves China and the world closer to a shared future, *China Focus*, in: *Newsweek International Edition*, 27.07.2018-03.08.2018, S. 10.

der chinesischen Bevölkerung mehr als verdoppeln, von 12 Prozent auf 25 Prozent. Im Vergleich soll sich ein derartiges Phänomen in den USA bis spätestens zum Jahr 2119, in Europa bis spätestens zum Jahr 2079 entwickeln.<sup>12</sup> Bis zum Jahr 2050 hat sich die chinesische Staatsführung zum Ziel gesetzt, „eine harmonische Gesellschaft“ zu werden.<sup>13</sup> Öffentlich hatte im Jahr 2005 das damalige chinesische Staatsoberhaupt Hu Jintao die Einführung einer Politik der „harmonischen Gesellschaft“ deklariert:

*„Die Tendenz zu einer Harmonisierung der Gesellschaft war zumindest teilweise auch ein Resultat der ersten negativen Konsequenzen der rapiden ökonomischen Liberalisierung, die in den Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts durch Deng Xiaoping eingeführt wurde.“<sup>14</sup>*

Hu Jintao hatte von seinen Vorgängern „eine zunehmend geschichtete Gesellschaft“ übernommen:

*„Die Krise der neoliberalen Maßnahmen zeigte sich v.a. in zunehmenden Regionalunterschieden, in einem fragilen und unzuverlässigen System der staatlichen Sozialleistungen, in Massenarbeitslosigkeit und in struktureller Armut sowie in immer schwermiegenden ökologischen Problemen.“<sup>15</sup>*

Das Konzept der „harmonischen Gesellschaft“ wurde verstärkt durch jenes der „wissenschaftlichen Entwicklung“, derzeit gilt Xi Jinpings „chinesischer Traum“.<sup>16</sup> Insgesamt lebt ein Fünftel der Menschheit in China.<sup>17</sup> 56 nationale Ethnien

---

<sup>12</sup> The Economist, Chinese demography. Old, not yet rich, in: *The Economist*, November 2nd, 2019, S. 65-66, hier S. 65.

<sup>13</sup> So Chinas damaliger Botschafter in Österreich, Zhao Bin, in seinem Vortrag zum Thema „Chinesische Außenpolitik“, Diplomatische Akademie Wien, 2. Juli 2013: „Es ist ein langer Weg zu gehen, bis alle Chinesen im Wohlstand leben“.

<sup>14</sup> Jana Rošker, Durch Gesetz zur Harmonie? Das gegenwärtige Ideal einer „harmonischen Gesellschaft“ in China und seine traditionellen Grundlagen, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 57-73, hier S. 64.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 65.

<sup>16</sup> Ebenda.

<sup>17</sup> Henry Kissinger, Fareed Zakaria, Niall Ferguson, David Daokui Li: Wird China das 21. Jahrhundert beherrschen? Eine Debatte, Pantheon Verlag, München, im Februar 2012, S. 19.

sind offiziell von der Staatsführung als Volksgruppen anerkannt.<sup>18</sup> Bereits Mao Zedong hatte sich 1939 zum multiethnischen China bekannt: „China ist ein Land mit einer riesigen Bevölkerung, die sich aus vielen Nationalitäten zusammensetzt. Obwohl der Stand ihrer kulturellen Entwicklung nicht der gleiche ist, hat jede dieser Nationalitäten ihre eigene lange Geschichte.“<sup>19</sup> Aufgrund zahlreicher fehlgeschlagener Programme wie „Der Große Sprung vorwärts“ (ab 1956) und die „Kulturrevolution“ (ab 1966)<sup>20</sup> fanden unter Mao Zedong an die 45 Millionen Chinesen den Tod, der Großteil davon den Hungertod.<sup>21</sup>

Seit den 1960er-Jahren hat sich die Einwohnerzahl Chinas verdoppelt, von ca. 700 Millionen auf 1,35 Milliarden Menschen.<sup>22</sup> Seit 1978 wurden insgesamt über 700 Millionen Menschen durch den enormen Wirtschaftsaufschwung in China „aus der Armut befreit.“<sup>23</sup> Ein derartig umfangreiches Programm zur Armutsbekämpfung ist jedoch „noch keinem anderen Land der Welt gelungen.“<sup>24</sup> Vor allem die ärmeren westlichen Provinzen, die Landbevölkerung sowie Angehörige nationaler Minderheiten haben davon profitiert. 2017 galten noch 55 Millionen Chinesen, insbesondere im ländlichen Raum, als arm.<sup>25</sup> Parallel zu diesen Entwicklungen hat die gesellschaftliche Ungleichheit seit 1978 enorme Ausmaße angenommen: Gemäß einer Studie der Universität Peking besitzt das reichste Prozent der Chinesen so viel wie ein Drittel der übrigen Bevölkerung. Demnach verfügen die ärmsten 45 Prozent der Chinesen

---

<sup>18</sup> Information Office of the State Council of the People's Republic of China, White Papers of the Chinese Government (2005-2008), Foreign Languages Press, First Edition, Beijing 2012, S. 2.

<sup>19</sup> Mao Tse-Tung, Die chinesische Revolution und die Kommunistische Partei Chinas, Lehrbuch, in: Yanan von Mao und Genossen im Dezember 1939 ausgearbeitet, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 1962, S. 2.

<sup>20</sup> Das Ende der Kulturrevolution wurde offiziell 1969 ausgerufen, de facto dauerte sie noch bis zum Tod von Mao Zedong 1976 an. Aus: Li Xiaosi, Socialism with Chinese Characteristics, in: Gerd Kaminski (ed.), Chinese Strategies in Politics, Foreign Policy, Security Policy, Economy and Law, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 76, Wien 2019, S. 13-19, hier S. 19.

<sup>21</sup> Hendrik Ankenbrand, Chinas großer Sprung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.12.2015, S. 1.

<sup>22</sup> Helmut Schmidt, Was ich noch sagen wollte, Verlag C.H. Beck, München 2015, S. 9.

<sup>23</sup> Burkhard Bischof, China zuerst?, in: *Die Presse*, 22.07.2017, Spectrum, S. III.

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> Ebenda.

wiederum über lediglich ein Prozent des gesamten Wohlstandes des Landes.<sup>26</sup> Diese massive Ungleichheit in der Einkommens- und Wohlstandsverteilung gilt es seitens der Zentralregierung zu überwinden, kamen doch während der 1930er- und 1940er-Jahre die Kommunisten durch eine umfassende „Volksrevolte“ einer äußerst unzufriedenen Landbevölkerung in Zentral- und Westchina an die Macht.<sup>27</sup>

China, so wurde stets von der Parteiführung betont, benötigt ein „langanhaltendes und stabiles internationales friedliches Klima“ für seine Entwicklung.<sup>28</sup> Dazu dient auch die Ausbreitung und Förderung der chinesischen Kultur im Ausland. China unterhält derzeit rund 500 Konfuzius-Institute zur Kulturförderung (Kultur- und Sprachinstitute). Dort, wo China wirtschaftliche Interessen und Schwerpunkte definiert hat, kommt auch die kulturpolitische „Begleitung“ zum Einsatz, vor allem in Afrika investiert China in diesem Zusammenhang äußerst viel. Mit der Bedeutung Chinas als Wirtschafts- und Handelsmacht wächst auch die Bedeutung der chinesischen Sprache und Kultur. Die Nachfrage nach Chinesisch-Unterricht steigt.<sup>29</sup>

Chinas Staatspräsident Xi Jinping hatte am 29. November 2012 anlässlich des 18. Nationalkongresses der Kommunistischen Partei Chinas die große „Erneuerung der chinesischen Nation“ mittels „Friede und Entwicklung“ innerhalb des „*Chinesischen Traumes*“ verkündet (die sogenannte „*nationale Erneuerung*“ bzw. „*national rejuvenation*“<sup>30</sup>), der Kommunistischen Partei kommt bei dessen Verwirklichung die zentrale Rolle zu.<sup>31</sup> Dazu benötigt

---

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> Ebenda.

<sup>28</sup> Information Office of the State Council of the People's Republic of China, White Papers of the Chinese Government (2005-2008), Foreign Languages Press, Beijing, First Edition 2012, S. 125.

<sup>29</sup> Helmut L. Müller, China wirbt mit Konfuzius, in: *Salzburger Nachrichten*, 20.07.2017, S. 6.

<sup>30</sup> China Daily.com.cn, China's Military Strategy, May 2015, Preface, S. 1.

<sup>31</sup> Sun Jianguo (Admiral), A Great Banner for World's Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: *International Strategic Studies* 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, S. 1-8, hier S. 1.

China ein stabiles Umfeld. Der „chinesische Sozialismus ist eine wesentliche Errungenschaft aus der langjährigen Praxis der Partei und des Volkes.“<sup>32</sup> Xi weiter:

„Wir müssen ein tiefes Verständnis dafür entwickeln, dass die Partei stets der harte Führungskern beim Projekt des chinesischen Sozialismus bleiben muss. [...] Um das Land zu führen, muss man zunächst die Partei führen, und die Führung der Partei muss in strenger Weise erfolgen.“<sup>33</sup>

China ist jedoch kein „Einparteienstaat klassischen Zuschnitts“, vor allem unter Präsident Hu Jintao wurde die Zentralmacht in die Regionen ausgelagert. Die Regionen und die regionalen Kommunistischen Parteien Chinas spielen wirtschaftlich und politisch in China eine wichtige Rolle, die „Zeit von mehr Pluralismus“ in den Regionen unter Hu Jintao mit den negativen Folgen der „Prinzlinge“ und der „Korruption“ wird jedoch von der gegenwärtigen Parteispitze unter Xi Jinping sehr kritisiert.<sup>34</sup> Diese „Auslagerung der Zentralmacht“ in die Regionen versucht Chinas Präsident Xi Jinping deshalb wieder „zentralstaatlich auszugestalten“.<sup>35</sup> Das chinesische politische System versteht sich als Kooperation von derzeit zehn Parteien „unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas.“<sup>36</sup> Nach Xi Jinping wird der Marxismus „mit Sicherheit nicht stagnieren.“<sup>37</sup> Diese „Erneuerung“ Chinas, die die Kommunistische Partei „mit strikter Disziplin“<sup>38</sup> ermöglichen soll, soll bis zum hundertjährigen Jubiläumstag der Gründung der

---

<sup>32</sup> Xi Jinping, China regieren, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 2014, S. 7.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>34</sup> So der ehemalige Bundeskanzler der Republik Österreich, Alfred Gusenbauer, während seines Vortrages zum Thema „Die Chancen der Neuen Seidenstraße“ am 31. Mai 2016 (18.00 Uhr bis 19.30 Uhr) im Figaro-Saal des Palais Palfy in Wien.

<sup>35</sup> Ebenda.

<sup>36</sup> Darunter fallen Parteien wie das Revolutionary Committee of the Chinese Kuonmintang, die China Democratic League, die China National Democratic Construction Association, die China Association for Promoting Democracy, die Chinese Peasants and Workers Democratic Party u.a.; aus Information Office of the State Council of the People's Republic of China, White Papers of the Chinese Government (2005-2008), Foreign Languages Press, Beijing, First Edition 2012, S. 107 und 176.

<sup>37</sup> Xi Jinping, China regieren, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 2014, S. 27.

<sup>38</sup> Xi Jinping, Explanation on the Code of Conduct for Intraparty Political Life Under New Circumstances and the Regulations of the Communist Party of China on Internal Oversight, in: *Qiusi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 3-15, S. 4.

Kommunistischen Partei Chinas erreicht sein, wenn also bis 2021 eine Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand geschaffen wurde – verbunden mit dem Aufbau eines „*prosperous, democratic, harmonious, and modernized socialist country*“.<sup>39</sup> Bis 2035 soll bereits ein „*modernes sozialistisches Land*“ aus China entstehen.<sup>40</sup> Hegemonie soll diese Zielsetzung laut Sicht Pekings jedoch nicht beinhalten: „*The Chinese Dream is a dream about national dignity, not about empire-building. [...] It is a dream of peace, development and win-win cooperation*“.<sup>41</sup> Es geht dabei auch um die Realisierung von „Zwillingszielen“: „*reclaiming national pride and achieving personal well-being*“.<sup>42</sup>

Die Volksrepublik China unter der Führung von Staats- und Parteichef Xi Jinping „*lässt keine Zweifel an ihrem Willen aufkommen, eine der prägenden Gestaltungsmächte des Internationalen Systems im 21. Jahrhundert zu werden.*“<sup>43</sup> Gerade der Ausbau hegemonialer Ansprüche wird China seitens seiner Anrainer wie z. B. von Japan vorgeworfen: „*China is at last revealing its ambition of gaining hegemony via the sea.*“<sup>44</sup> Aus diesem Grund sei es für Japan wichtig, China mittels der „*drei Pfeile*“ einer umfassenden Verteidigung, einer Vertiefung der Bündnisse und regionaler Koalitionen abzuschrecken und einzudämmen: „*China moved forward explosively in strengthening and modernizing its military capabilities with the primary emphasis on bolstering its naval power around the Anti-Access Area Denial (A2/AD) concept*“.<sup>45</sup> Japan sieht in

---

<sup>39</sup> People’s Republic of China, The Roadmap of the 18th CPC National Congress and the Chinese Dream, Beijing 2013, S. III un IX.

<sup>40</sup> Li Xiaosi, Socialism with Chinese Characteristics, in: Gerd Kaminski (ed.), Chinese Strategies in Politics, Foreign Policy, Security Policy, Economy and Law, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 76, Wien 2019, S. 13-19, hier S. 17.

<sup>41</sup> Ebenda, S. IV und VII.

<sup>42</sup> Hao Hu, The Political Implications of the BRI, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 41-48, hier S. 45.

<sup>43</sup> Sven Bernhard Gareis, Neuer Traum von alter Größe: Chinas Außenpolitik unter Xi Jinping, in: Michael Staack und David Groten (Hrsg.), China und Indien im regionalen und globalen Umfeld, S. 11-27, S. 11.

<sup>44</sup> Hideaki Kaneda, The Xi Jinping Administration’s Quest for Maritime Hegemony, AJISS-Commentary. The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No 231, Tokyo, 13 July 2016, S. 1.

<sup>45</sup> Ebenda, S. 2.

diesem Zusammenhang die Bedrohung der freien Schifffahrt in den Räumen des Ost- und des Südchinesischen Meeres.

China wird mittlerweile als

*„ein Land wahrgenommen, das über eine Grand Strategy verfüge, über die Wirtschaftskraft und die finanziellen Ressourcen, um diese zu verfolgen, und über die zunehmende Bereitschaft, seine Interessen auch gegen Widerstände durchzusetzen. Auch wird das autoritäre chinesische Herrschaftsmodell als Herausforderung für die liberale Demokratie begriffen.“<sup>46</sup>*

Zugleich betreibt China eine wirtschaftliche Öffnungspolitik und ist im Begriff, in einigen Jahren die größte Volkswirtschaft der Welt zu werden. China gilt schon heute als eine große Konsumnation, was sich gerade am sogenannten „*Single’s Day*“ im November 2019 gezeigt hatte: Der „*Single’s Day*“ oder auch „*Tag der Alleinstehenden*“ wird längst nicht mehr nur als ein Feiertag für diejenigen verstanden, die den Valentinstag nicht feiern können, sondern auch und vor allem als ein äußerst wichtiger Einkaufstag. Der chinesische Online-Riese *Alibaba* hat sich diesen Tag selbst zunutze gemacht und fährt jedes Jahr am „*Single’s Day*“ im Verkauf von Waren Rekordergebnisse ein. Im Jahr 2019 brauchte *Alibaba* nur 96 Sekunden (2018: noch 125 Sekunden), um bis Mitternacht des 11. November Waren im Wert von 10 Milliarden Yuan (1,43 Milliarden US-Dollar) zu verkaufen. Dies deutet auf ein weiterhin starkes Konsumwachstum hin. Konsum wird somit immer mehr zum Motor für die chinesische Wirtschaft. Allein 2018 verkaufte *Alibaba* in 24 Stunden Waren im Wert von 213,5 Milliarden Yuan (30,6 Milliarden US-Dollar).<sup>47</sup> Da China auf die relative Öffnung der Märkte im eigenen Interesse setzt, baut die chinesische Führung Freihandelszonen im eigenen Land weiterhin aus – so wurden im Jahr 2018 zwölf Regionalprovinzen zu Freihandelszonen erklärt. Die Ankurbelung des Konsums und des Außenhandels bilden zwei äußerst relevante Ziele der chinesischen Führung, das gilt besonders und vor allem in Hinblick auf die stärkere weltweite wirtschaftliche Vernetzung durch das „*Seidenstraßen-*

---

<sup>46</sup> Michael Staack und David Groten (Hrsg.), *China und Indien im regionalen und globalen Umfeld*, Verlag Barbara Budrich 2018, S. 8.

<sup>47</sup> China Rundschau, Highlights des diesjährigen „*Single’s Day*“, in: *China Rundschau*, Nr. 059, Dezember 2019, S. 12.

*Projekt*“. So verkehrten 2018 allein zwischen der EU und China bereits 6000 Züge – das bedeutet einen neuen Rekord in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und China.<sup>48</sup> Wirtschaftlich setzt China weiterhin auf eine vorsichtige Marktöffnung im Rahmen umsetzbarer Möglichkeiten durch eine pragmatische Herangehensweise.<sup>49</sup>

Ziel dieser Publikation ist es, sowohl die politischen, wirtschafts- sowie auch außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen Chinas in den Jahren 1949 bis 2019 darzustellen und zu diskutieren und somit zu einem besseren Verständnis für die Gesamtentwicklung des bevölkerungsreichsten Landes der Welt beizutragen.

---

<sup>48</sup> Workshop “Taking stock of EU-China relations”, Webster Vienna Private University (WVPU), 30<sup>th</sup> September, 2019, veranstaltet vom International Relations Department at WVPU und dem Konfuzius-Institut an der Universität Wien.

<sup>49</sup> Ebenda.



## Schwerpunktfragen

Im Rahmen dieser Publikation werden primär die außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Intentionen in Kombination mit wirtschaftspolitischen Zielsetzungen analysiert und erörtert – unter Zuhilfenahme von Weißbüchern, strategischen Papieren und Sekundärliteratur vor allem auch aus der Volksrepublik China. Im Zentrum standen dabei folgende Forschungsfragen:

- Wie ordnete die jeweilige chinesische Führung ihr Land auf globaler Ebene ein?
- Welche Interessen stehen dabei im jeweiligen Mittelpunkt und werden seitens der chinesischen Führung als schützenswert eingestuft?
- Welche strategischen Ziele der Volksrepublik China ließen und lassen sich dadurch ableiten?
- Mit welchen Mitteln und Fähigkeiten soll(t)en diese umgesetzt werden?
- Wie soll(t)en diese Mittel und Fähigkeiten wann und wo eingesetzt werden?
- Welche Defizite wurden seit der Staatsgründung der Volksrepublik China sichtbar?
- Welcher Stellenwert wird seitens der chinesischen Staatsführung internationalen Kooperationen zugemessen?
- In welcher Form soll seitens der chinesischen Staatsführung international kooperiert werden?
- Wie weit soll seitens der Volksrepublik China bei der Bewältigung gegenwärtiger und künftiger Herausforderungen uni- oder multilateral gehandelt werden?
- Welche strategischen Herausforderungen bildeten die Ausgangslage für gesamtstrategische Überlegungen der Volksrepublik China?
- Wie haben sich die jeweiligen Herausforderungen aus der Sicht der chinesischen Staatsführung in den einzelnen Jahrzehnten in Priorität und Handlungsumsetzung verändert?
- Wie werden die einzelnen Herausforderungen und Risiken im Vergleich zueinander gewichtet?

- Wie wurde jeweils das internationale Umfeld beschrieben und eingeschätzt?

In der Methodik bei der Erstellung dieser Studie wurden zunächst Primärquellen text- und inhaltsanalytisch ausgewertet und auf empirisch-analytischer Grundlage eine mehrfache Komparatistik unternommen. Es wurde das theoretische Konzept der empirisch-analytischen Methode nach dem induktiven Verfahren angewendet.

## Chinas Pragmatismus und außenpolitische Ziele

Im Jahr 2000 erklärte der amerikanische Politikwissenschaftler Zbigniew Brzezinski, dass China keine klare Vision über seine internationale Rolle habe. Er schrieb, China sei weder ein Gegner noch ein Partner, weder stellt China somit eine direkte Bedrohung für die Sicherheit noch eine ideologische Herausforderung dar. Brzezinski bezeichnete China als „oligarchisch-bürokratische Diktatur“, die jedoch regional nicht destabilisierend wirkt, jedoch im Inland den „kommerziellen Kommunismus“ herausfordert.<sup>50</sup> Somit riet Brzezinski „konstruktives Engagement“ in Hinblick auf die außergewöhnliche Lage Chinas (Schwerpunkt: Rechtsstaatlichkeit).<sup>51</sup> Ebenso warnte Brzezinski davor, dass China eine „hegemonische Macht“ in Ostasien wird und riet den USA, Chinas Aufstieg gegenzubalancieren, um regionale Stabilität zu bewahren.<sup>52</sup> Für die USA bedeutet das, die maritime Überlegenheit zu bewahren und auch China im Fall eines Konflikts auf Hoher See zu besiegen.<sup>53</sup> So sah Brzezinski die amerikanisch-japanische Achse als Grundlage der politisch-militärischen Präsenz der USA in Ostasien., Japan kommt dabei die Rolle des wichtigsten Verbündeten in der Region zu. Aus Sicht Washingtons sollte Japan nuklearfrei bleiben.<sup>54</sup>

Als Grundlage der chinesischen Außenpolitik gelten die folgenden Prinzipien: Einhaltung des gegenseitigen Respekts der Souveränität und territorialen Integrität; Vermeidung von Hegemonismus und Sicherung des Weltfriedens; die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz;<sup>55</sup> Stärkung der

---

<sup>50</sup> Reinhard Heinisch, *Confronting Washington – What if Beijing Plays the European Card*, in: Gerd Kaminski, *Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?*, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 125-150, hier S. 129.

<sup>51</sup> Ebenda, S. 134.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 135.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 135.

<sup>54</sup> Ebenda.

<sup>55</sup> Zwei der wichtigsten Prinzipien sind die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten sowie der Respekt der nationalen Souveränität. Aus: Sun Jianguo (Admiral), *A Great Banner for World's Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of*

Solidarität mit den Entwicklungsländern; Bekämpfung von Imperialismus und Kolonialismus; gegenseitige Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten und Vereinigung Taiwans mit China; sowie Gleichheit und gegenseitiger Nutzen.<sup>56</sup> Innenpolitisch machte die chinesische Führung 1989 ein Versprechen, nachdem Chinas Armee auf dem Platz des Himmlischen Friedens das Feuer auf das eigene Volk eröffnet hatten: „Trotz dieses nationalen Traumas lasst ihr uns an der Macht, und dafür machen wir euch reich.“<sup>57</sup>

Für den außen- und wirtschaftspolitischen Erfolg Chinas tragen folgende Grundmuster Verantwortung: Pragmatismus, Flexibilität und Lernfähigkeit. China grenzt an 14 Nachbarländer (insgesamt: 20.000 Kilometer Grenze) und hat eine umfassende Nachbarschaftspolitik eingeleitet. Aus Sicht Chinas verfolgt das Land stets eine „friedliche Außenpolitik“, deren Handlungsmaxime Dialog, Konsultation und Verhandlungen sind.<sup>58</sup> So bezweckt China auch den Ausbau von intensiveren Wirtschaftsbeziehungen zu den Staaten Zentral- und Osteuropas (Central and Eastern Europe – CEE). Xi Jinping besuchte 2016 zweimal diese Staatengruppe, Premierminister Li Keqiang nahm am China-CEE-Gipfel in Riga teil.<sup>59</sup>

---

International Arena, in: International Strategic Studies 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, S. 1-8, hier S. 1.

<sup>56</sup> Aus: Vortrag von Gregory Gleason (George C. Marshall Center, Garmisch-Partenkirchen) zum Thema „Foreign and Security Policy of China“, Peace Support Operations and Training Center (PSOTC), Camp Butmir, Sarajevo, February 27, 2009: China’s Foreign Policy: 1. Maintaining Independence and Safeguarding National Sovereignty; 2. Opposing Hegemonism and Safeguarding World Peace; 3. Upholding the Five Principles of Peaceful Coexistence; 4. Strengthening Solidarity of the Developing Countries, and Together Opposing Imperialism and Colonialism; 5. Improving Relations with Developed Countries to Promote Common Progress; 6. Removing External Interference, Promoting China’s Reunification.

<sup>57</sup> Hendrik Ankenbrand, Kontrolleur mit harter Hand, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.01.2016, S. 20.

<sup>58</sup> So Chinas damaliger Botschafter in Österreich, Zhao Bin, in seinem Vortrag zum Thema „Chinesische Außenpolitik“, Diplomatische Akademie Wien, 2. Juli 2013.

<sup>59</sup> So Xi Jinping während des APEC-Gipfel in Lima im November 2016, in: Wang Yi, Advancing China’s Major-Country Diplomacy in a Changing World, in: *Qiushi*, CPC Journal on China’s Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120-124, S. 122.

Durch wirtschaftlich-geopolitische Ambitionen löst China jedoch manchmal auch Grenzkonflikte mit Nachbarstaaten aus. So führte im Juli 2017 ein Konflikt zwischen China und Bhutan fast zu einer schweren Krise mit Indien, 6.000 chinesische und indische Soldaten befanden sich in Alarmbereitschaft – im Dreiländereck zwischen Sikkim, Tibet und Bhutan. Einheiten der chinesischen *Volksbefreiungsarmee* hatten in der südtibetischen Grenzregion Doklam (Mandarin: Donglang, Größe: 88 Quadratkilometer), die auch von Bhutan beansprucht wird, mit dem Bau von Straßen begonnen. Auf Bitte von Bhutan schickte der große Verbündete Indien daraufhin Soldaten in das Gebiet. Dabei überschritten indische Truppen die Grenze zu China nur unter dem Vorwand, die Bauarbeiten stoppen zu wollen, so der Vorwurf des chinesischen Verteidigungsministeriums. Es handelte sich dabei um bewaffnete indische Grenztruppen mit zwei Bulldozern, die mehr als 100 Meter auf chinesisches Territorium vorgedrungen waren, so behauptete Peking.<sup>60</sup> Kern des Streits bilden unterschiedliche Gebietsansprüche der beiden Atommächte China und Indien. Für Indien ist dieses Gebiet äußerst relevant, es liegt nahe dem sogenannten *Hühnerrücken*, einem schmalen Korridor, der Indiens Nordosten mit dem Rest des Landes verbindet. Indien fürchtet, dass China bei einer militärischen Mobilmachung auf diesen Landstreifen zielen könnte.<sup>61</sup> Der Streit dreht sich de facto um mehr als nur den Bau einer Straße und bringt den Wettbewerb der asiatischen Giganten zum Ausdruck: Unter Premier Narendra Modi behauptet sich Indien immer lauter gegen Chinas selbstbestimmtes Auftreten in Asien. Peking irritiert nicht nur, dass Neu Delhi der Seidenstraßeninitiative, dem Prestigeprojekt von Chinas Staatschef Xi Jinping, eine Abfuhr erteilte.<sup>62</sup> Indien pflegt auch zunehmend engere Bande mit den USA, Japan und Kanada. Zudem lud Modi zu einer Amtsübergabe 2014 offizielle Vertreter Tibets und Taiwans ein – und brach mit langjährigen Tabus im Umgang mit den Sorgenkindern der chinesischen Regierung. Indien hingegen wurmt der wachsende diplomatische, wirtschaftliche und militärische Fußabdruck Chinas in Süd- und Zentralasien. So erzürnen Indien die guten Beziehungen zwischen

---

<sup>60</sup> Marlies Kastenhofer, Asiens Giganten auf frontalem Kollisionskurs, in: *Die Presse*, 08.08.2017, S. 3.

<sup>61</sup> Grenzstreit der Atommächte, in: *Die Presse*, 07.07.2017, S. 3.

<sup>62</sup> Marlies Kastenhofer, Asiens Giganten auf frontalem Kollisionskurs, in: *Die Presse*, 08.08.2017, S. 3.

China und Pakistan, vor allem der Bau des chinesisch finanzierten China-Pakistan-Wirtschaftskorridors, der noch dazu durch umstrittene Gebiete verläuft. Zugleich fühlt sich Indien von chinesischen Marine-Aktivitäten im Indischen Ozean eingekreist. Mit den Straßenarbeiten nahe des *Hühnernackens* hatte China eine rote Linie überschritten: Indien will mit allen Mitteln verhindern, dass die *Volksbefreiungsarmee* dem *Hühnernacken* (Siliguri-Korridor) zu nahe kommt. Der schmale Landstreifen verbindet den Nordosten des Landes mit indischem Kernland. Im Hintergrund schwelt der Wettkampf um Bhutan: Der 750.000-Einwohner-Staat soll sich langsam aus Indiens Einflussphäre gelöst haben. Thumphu habe 2005 einen Deal mit China geschlossen, schmale Streifen am Doklam-Plateau für große Territorien im Norden und Osten des Landes einzutauschen, heißt es. Außenministerin Sushma Swaraj (Indien) sagte: „Krieg kann keine Lösung sein. Weisheit ist, Probleme diplomatisch zu lösen.“<sup>63</sup> Die Grenzlänge zwischen Indien und China beträgt 3.500 Kilometer, jene zwischen Bhutan und China 470 Kilometer. Das östlich an Bhutan angrenzende und zu Indien gehörende Arunachal Pradesh wird von China beansprucht.

Präsident Xi Jinping sieht außenpolitisch eine spezielle Mission Chinas in der Welt, eine Art kulturellen Exzeptionismus (in einem gewissen Sinne auch hier eine „moralische Überlegenheit“). Während eines historischen Treffens im Juni 2013 (Sunnylands Summit in Kalifornien) hatten der damalige US-Präsident Barack Obama und Xi Jinping einen „strategischen Konsens“ erreicht mit dem Ziel, einen neuen Typus von Großmachtbeziehungen zwischen USA und China zu etablieren. Darin enthalten sind auch die Ziele, Richtung und der Grundlagenrahmen der bilateralen Beziehungen „unter den neuen Bedingungen im 21. Jahrhundert.“<sup>64</sup> Erstmals in der Geschichte hatten eine aufstrebende Großmacht und eine bereits existierende Supermacht einen derartigen „strategischen Konsens“ erreicht.<sup>65</sup> Diese speziellen Großmachtbeziehungen mit den USA gilt es

---

<sup>63</sup> Ebenda.

<sup>64</sup> Dai Bingguo, Answering the Diplomatic Question of the 21st Century, in: *Qiushi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 125-130, S. 128.

<sup>65</sup> Ebenda, S. 128.

nun auszubauen – mit folgenden Grundlagen (new type of major country relationship China – USA):<sup>66</sup>

- Keine Konflikte (*non-conflict*);
- keine Konfrontation (*non-confrontation*);
- gegenseitiger Respekt und Anerkennung gegenseitiger Interessen (*mutual respect*);
- umfassende Kooperationen zum gegenseitigen Nutzen (*mutual beneficial cooperation, win-win cooperation*).

Diese bilateralen Beziehungen sollten keine Einschränkungen nach oben haben, um die beste Entwicklung ermöglichen zu können, eine Allianz zwischen beiden Staaten bleibt ausgeschlossen („no ceiling above“). Folglich können sich die USA und China keine zwischenstaatlichen Konflikte oder Kriege – weder kalt noch heiß – zulassen („housing the floor below“).<sup>67</sup> Die USA laden China zu Militärübungen ein wie zur RIMPAC („Rim of Pacific“), die größte Marineübung der Welt, die alle zwei Jahre durchgeführt und von Pearl Harbor (Hawaii) koordiniert wird (U.S. Pacific Fleet). 2016 nahmen an der RIMPAC Australien, Brunei, Chile, China, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Kolumbien, Korea (Süd), Malaysia, Mexiko, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Peru, die Philippinen, Singapur, Thailand, Tonga und die USA teil – nach Angaben der Dritten Flotte (Third Fleet) 45 Schiffe, fünf U-Boote, über 200 Flugzeuge sowie ein Personalstand von 25.000.<sup>68</sup> Mit fünf Schiffen nahm die chinesische Marine 2016 teil – einem Zerstörer, einer Fregatte, einem Rettungs-U-Boot, einem Versorgungsschiff sowie einem Spitalsschiff.<sup>69</sup> Erstmals nahm die chinesische Marine 2014 an der RIMPAC teil – mit den gleichen Fähigkeiten außer dem Rettungs-U-Boot.<sup>70</sup>

---

<sup>66</sup> Ebenda, S. 125.

<sup>67</sup> Ebenda, S. 129.

<sup>68</sup> Christopher P. Cavalas, China among invitees to major US exercise, in: *Defense News*, June 12, 2017, S. 10-11, hier S. 10.

<sup>69</sup> Ebenda, hier S. 11.

<sup>70</sup> Ebenda.

Die USA werden nach chinesischer Einschätzung auf absehbare Zeit das wirtschaftlich und militärisch stärkste Land der Welt bleiben, der „friedliche Aufstieg“ Chinas (oder: „rejuvenation“ [Verjüngung, Erneuerung]) wird demnach weiterhin ein „unaufhörlicher Trend“ bleiben. In diesem Kontext wird von chinesischer Seite stets betont, dass China keine globale Dominanz sucht, da China in erster Linie seine Energie dazu benötigt, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen im Land selbst zu bewältigen.<sup>71</sup> Eine Politik der Unterdrückung und der Eindämmung seitens einer etablierten Macht gegen eine aufstrebende Macht wird jedoch das Gegenteil dieses Grundlagenkatalogs erreichen, gemäß dem Spruch „man erntet was man sät“: „*if you treat China as an enemy, you are certain to have an enemy.*“<sup>72</sup> Wenn beide Länder Krieg gegeneinander führen, wird es aufgrund der fortschrittlichen Waffensysteme (inklusive Nuklearwaffen) „*keinen Gewinner geben*“.<sup>73</sup>

Der amerikanische Kurs gegenüber China schwankte zunächst „*zwischen Engagement und Eindämmung*“, die amerikanischen Prioritäten gegenüber China lagen gemäß dem Papier „Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense“, Washington D.C., vom Januar 2012, auf folgenden Schwerpunkten:

- Gewährleistung des freien Zugangs zu den „global commons“ wie der Freiheit der Schifffahrt in den internationalen Gewässern und der Luftfahrt im internationalen Luftraum;
- Stärkung bestehender Bündnisse mit den USA und Förderung neuer Partnerschaften mit Staaten in der Region;
- Stärkung der US-Militärpräsenz im Pazifik und im Indischen Ozean sowie der Stationierungskräfte des US-Heeres und der Marine auf Okinawa, Korea und Australien;

---

<sup>71</sup> Dai Bingguo, Answering the Diplomatic Question of the 21st Century, in: *Qinshi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 125-130, S. 125.

<sup>72</sup> Ebenda, S. 126.

<sup>73</sup> Ebenda, S. 127.



- Graduelle Kräfteverschiebung von US-Seestreitkräften von der Atlantikregion in den Pazifik.<sup>74</sup>

Am Asia Regional Forum (ARF) hatte im Juli 2010 die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton klar festgestellt, dass die USA strategische Interessen im Südchinesischen Meer verstärkt wahrnehmen werden.<sup>75</sup> Waren im Jahr 2010 50 Prozent der amerikanischen Kräfte in der Region Ostasien eingesetzt, soll diese Präsenz bis 2020 60 Prozent betragen, also jeweils 60 Prozent sowohl der See- als auch der Luftstreitkräfte.<sup>76</sup> Der Grund: „China militarisiert das Südchinesische Meer“, so der damalige Oberbefehlshaber des U.S. Pacific Command, Admiral Harry Harris Jr., in Anlehnung an die Nationale Militärstrategie der USA aus dem Jahr 2015:

*„We support China’s rise and encourage it to become a partner for greater international security. However, China’s actions are adding tensions to the Asia-Pacific region. For example, its claims to nearly the entire South China Sea are inconsistent with international law. The international community continues to call on China to settle such disputes cooperatively and without coercion. China has responded with aggressive land reclamation efforts that will allow it to position military forces astride vital international sea lines.“<sup>78</sup>*

Das bedeutet: die U.S. Navy verlegt größere Kampfschiffe einschließlich einer größeren Flugzeugträgergruppe sowie Anzahl von U-Booten,

---

<sup>74</sup> Jiagu Richter, Der Inselstreit und die ADIZ (Luftverteidigungs-Identifikationszone) der VR China im Ostchinesischen Meer, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 209-228, hier S. 223.

<sup>75</sup> National Institute for Defense Studies, NIDS China Security Report 2019. China’s Strategy for Reshaping the Asian Order and Its Ramifications, Tokyo 2019, S. 32.

<sup>76</sup> Terri Moon Cronk, Pacom Commander: Rebalance to Asia Pacific ‚Being Realized‘, February 26, 2016, [pacom.mil/Media/News/News-Article-View/Article/674627/pacom-commander-rebalance-to-asia-pacific-being-realized](http://pacom.mil/Media/News/News-Article-View/Article/674627/pacom-commander-rebalance-to-asia-pacific-being-realized) (abgerufen am 19.09.2017).

<sup>77</sup> Ebenda.

<sup>78</sup> Joint Chiefs of Staff, The National Military Strategy of the United States of America 2015. The United States Military’s Contribution To National Security, June 2015, S. 2.

Küstenkampfschiffen und Unterstützungseinheiten in den Pazifik. Das „*Air-Sea Battle Concept*“ aus 2011 beschreibt gemeinsame Operationen im Pazifik mit regionalen Verbündeten. Das Konzept umfasst auch Strategien der Erzwingung des Zugangs zu bestimmten Seeregionen einschließlich derer, auf die sich die Zugangsverweigerungs-Operationen der *Volksbefreiungsarmee* richten (A2/AD – anti-access/area denial).<sup>79</sup> Aus Sicht Chinas behindern die USA somit den Aufstieg Chinas, die Strategie der „absoluten Sicherheit“ zerstört in der Folge die „strategische Balance“ im pazifischen Raum.<sup>80</sup>

Das Ziel der USA ist die Beibehaltung der technologischen Überlegenheit und die Fähigkeit, auf globaler Ebene Macht zu projizieren – mit Hilfe von Alliierten und Partnern und unter US-Präsident Donald Trump mit einem stärkeren Nachdruck, dass diese ernsthaft auch in ihre Verteidigung (am besten mit amerikanischen Waffen) zu investieren bereit sind. China hat bereits ambitionierte Antischiffswaffen *DF-21D* und *DF-26*, Fregatten (Typ 054A), Korvetten (056), Zerstörer (Typ 052D), den *Typ-055*-Kreuzer der *Renhai*-Klasse (ein 10.000-Tonnen-Schiff mit großer Raketennutzlast, auch für Cruise Missiles) U-Boote (*SSK Type 039A* und *SNA Typ 093B*) sowie hochmoderne Kampfflugzeuge vom Typ *J-10B*, *J-11B*, *J-15* sowie den „*Stealthfighter*“ *J-20* und in Zukunft *J-31* produziert sowie auch das Luftverteidigungssystem (mit *HQ-9*, *HQ-16*) ausgebaut.<sup>81</sup> Über mehr als 100 Kampfflugzeuge der vierten Generation verfügt die chinesische Luftwaffe, darunter auch einige *Suchoj-30*, modifizierte *Y-8* und *Y-9*-Flugzeuge dienen als Frühwarnflugzeuge (so wird von Japan vermutet), die

---

<sup>79</sup> Jiagu Richter, Der Inselstreit und die ADIZ (Luftverteidigungs-Identifikationszone) der VR China im Ostchinesischen Meer, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 209-228, hier S. 223f.

<sup>80</sup> So Prof. Dr. Su Hao während der Konferenz “Structures of cooperative and common security: A prospect for development for East Asia”, 30. Oktober bis 1. November 2016, Hotel Baseler Hof, Hamburg (organisiert von der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, der China Foreign Affairs University, dem Walter-Schücking-Institut für Internationales Recht an der Universität Kiel u. a.).

<sup>81</sup> Marc Julienne, Les intérêts chinois en mer de Chine méridionale, in: *Diplomatie. Affaires stratégiques et relations internationales*, No 84, Janvier-Février 2017, S. 45-49, hier S. 44, sowie S. 50-53, hier S. 52.

30 H-6-Bomber verfügen über Luft-See-Raketen.<sup>82</sup> Mit der Y-20 wurde im Juli 2016 das erste in China konzeptionell entwickelte und produzierte Militärtransportflugzeug offiziell vorgestellt (Kapazität von 66 Tonnen, maximale Reichweite: 7.800 Kilometer), es liegt somit von der Nutzlast her zwischen der amerikanischen *Boeing C-17* und der russischen (sowjetischen) *Ilyushin Il-76*.<sup>83</sup> Neue Flugzeugträger aus China werden folgen.<sup>84</sup> Seit November 2013 verfügt China über das East China Sea Joint Operational Command Center.<sup>85</sup>

China strebt auf globaler Ebene weiterhin den Ausbau internationaler Partnerschaften an, mit unterschiedlichen Charakteristiken und Schwerpunkten, sich gegenseitig ergänzend: „*ein globales Partnerschaftsnetzwerk, das sich jeden Tag neu stärkt.*“<sup>86</sup> Schwerpunkte bilden dabei ebenso der Ausbau der Kooperationen mit den Ländern des Mittleren Ostens, so vor allem mit Saudi-Arabien,<sup>87</sup> dem Iran und Ägypten (Präsident Xi besuchte diese drei Länder im Januar 2016 im Rahmen seiner ersten großen Nahostreise), ebenso soll das China-Afrika-Kooperationsforum (FOCAC) massiv ausgebaut werden – auf der Grundlage des „*10 key China-Africa cooperation plan*“. Während seines Besuches in Lateinamerika wurden die Beziehungen zwischen China und

---

<sup>82</sup> National Institute for Defense Studies (Japan), NIDS China Security Report 2016. The Expanding Scope of PLA Activities and the PLA Strategy, Tokyo 2016, S. 16.

<sup>83</sup> The National Institute for Defense Studies (Japan), The Y-20: China's First Domestically Developed Strategic Transport Aircraft. In: *East Asian Strategic Review* 2017, Tokyo 2017, S. 97f.

<sup>84</sup> Marc Julienne, Les intérêts chinois en mer de Chine méridionale, in: *Diplomatie. Affaires stratégiques et relations internationales*, No 84, Janvier-Février 2017, S. 45-49, hier S. 44, sowie S. 50-53, hier S. 52.

<sup>85</sup> National Institute for Defense Studies (Japan), NIDS China Security Report 2016. The Expanding Scope of PLA Activities and the PLA Strategy, Tokyo 2016, S. 62.

<sup>86</sup> So Xi Jinping während des APEC-Gipfel in Lima im November 2016, in: Wang Yi, Advancing China's Major-Country Diplomacy in a Changing World, in: *Qinsbi, CPC Journal on China's Governance & Perspectives*, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120-124, S. 123.

<sup>87</sup> China ist einer der wichtigsten Abnehmer von saudischem Öl, seitdem sich die USA mit der Fracking-Methode von Ölimporten weitgehend unabhängig gemacht haben. Der Iran baut mit Hilfe Pekings zwei Atomkraftwerke, aus: Felix Lee, Xi Jinpings heikle Nahostmission, in: *Die Presse*, 22.01.2016, S. 6.

Ecuador und Chile auf Ebene einer „umfassenden strategischen Partnerschaft“ aufgewertet.<sup>88</sup>

Für die „Renaissance Chinas“ sind „von jedem einzelnen Opfer zu bringen, auch zuungunsten des Individuums“, ähnlich wie vom Republikgründer Sun Yat-sen im Jahre 1911 eingefordert.<sup>89</sup> Für die Nachbarschaftspolitik Chinas gelten drei Grundsätze:

- gegenseitiger Respekt / Abkommen auf freundschaftlicher Grundlage;
- Frieden und Stabilität – Teilnahme an Foren der internationalen Kooperation, Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel,<sup>90</sup> Verhinderung der Nuklearisierung des Iran, Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Forcierung des Umweltschutzes (Ausbau von Windenergie und anderer Alternativenergie);
- gemeinsame Entwicklung und in diesem Zusammenhang Ausbau des wirtschaftlichen Netzes.<sup>91</sup>

China versucht, ein neues Modell der internationalen Beziehungen zu schaffen, im Zentrum stehen „win-win-cooperation“, die vor allem „Frieden,

---

<sup>88</sup> So Xi Jinping während des APEC-Gipfel in Lima im November 2016, in: Wang Yi, Advancing China's Major-Country Diplomacy in a Changing World, in: *Qiusbi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120-124, S. 123.

<sup>89</sup> So Univ.Prof. Gerd Kaminski, Österreichisches Institut für China- und Südostasienforschung, anlässlich des internationalen Symposiums „Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße“, Kleiner Festsaal des Bundesministeriums für Justiz im Palais Trautson, Wien, 19.-20. Oktober 2015, 20. Oktober 2015.

<sup>90</sup> Dieses Ziel wurde zwischen dem damaligen US-Präsidenten George W. Bush und dem damaligen chinesischen Staatschef Jiang Zemin am 25. Oktober 2002 anlässlich ihres Gipfels auf der Crawford Range in Texas vereinbart. Aus: Gunther Hauser, China – A Hyper-state on the Rise, in: Gunther Hauser/Franz Kernic (eds), *China: The Rising Power*, Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main 2009, S. 11-37, S. 25.

<sup>91</sup> So Chinas damaliger Botschafter in Österreich, Zhao Bin, in seinem Vortrag zum Thema „Chinesische Außenpolitik“, Diplomatische Akademie Wien, 2. Juli 2013.

*Sicherheit und Stabilität*“ schaffen sollen.<sup>92</sup> China ist in zahlreichen Foren der umfassenden regionalen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit wie ASEAN + China, Japan und Republik Korea (Südkorea), die *Shanghai Cooperation Organization* (SCO), die *Asia Pacific Economic Cooperation* (APEC), das ASEAN Regional Forum und den *Asia Cooperation Dialogue* eingebunden. Zudem engagiert sich China im größten und repräsentativsten regionalen Sicherheitsforum „mit der größten Mitgliederzahl“ (26 Mitgliedstaaten, 7 Beobachterstaaten, 4 Beobachterorganisationen), der seit 14. September 1999 bestehenden CICA (*Conference on Interaction and Confidence-Building Measures in Asia*). Diese Organisation verfolgt das Prinzip der „Konsultation und des Konsenses“, so schlägt Xi Jinping vor, die CICA „zu einer Plattform für Sicherheitsdialoge und -kooperationen für ganz Asien auszubauen.“<sup>93</sup> Nach den Vorschlägen von Xi Jinping soll CICA auch einen Konsultationsmechanismus für Verteidigungsangelegenheiten der Mitgliedstaaten bilden können sowie eine Arbeitsgruppe zur „Beaufsichtigung der Umsetzung von vertrauensbildenden Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen“. Der Austausch der Kooperationen soll in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Wirtschaft und Handel, Tourismus, Umweltschutz und Kultur vertieft werden.<sup>94</sup> Xi schlägt auch vor, durch vermehrte Veranstaltungen von Nichtregierungsforen ein zivilgesellschaftliches Austauschnetzwerk für alle CICA-Mitglieder zu schaffen. China setzt sich demnach ein, mit anderen asiatischen Kooperationsorganisationen den Dialog auch mit Regionen zu stärken und zu unterstützen (darunter fallen die ASEAN sowie auch die SAARC – *Südasiatische Vereinigung für regionale Kooperation* – und die *Liga der Arabischen Staaten*).<sup>95</sup>

Xi Jinping beschreibt das außenpolitische Ziel, Nachbarschaftspolitik zu gestalten, wie folgt:

---

<sup>92</sup> Sun Jianguo (Admiral), A Great Banner for World's Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: International Strategic Studies 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, S. 1-8, hier S. 5.

<sup>93</sup> Xi Jinping, China regieren, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 2014, S. 438.

<sup>94</sup> Ebenda.

<sup>95</sup> Ebenda.

*„Genau wie Familienmitglieder wünschen die Nachbarn einander ein gutes Leben. China behandelt seine Nachbarstaaten stets mit Wohlwollen, betrachtet sie als Partner und hält sich daran, den Nachbarn Freundschaft, Sicherheit und Wohlstand zu bringen.“<sup>96</sup>*

Xi weiter:

*„China praktiziert die Grundsätze der Freundschaft, der Aufrichtigkeit, des gegenseitigen Nutzens und der Toleranz und arbeitet hart daran, durch seine Entwicklung anderen Ländern in Asien mehr Vorteile zu bringen.“<sup>97</sup>*

Protektionismus „in allen Formen“ wird seitens Xi vehement abgelehnt, Wirtschaftsglobalisierung ist demnach von „universellem Nutzen“.<sup>98</sup> In diesem Kontext favorisiert China auch die Schaffung einer Freihandelszone für Asien-Pazifik (Free Trade Area of the Asia-Pacific – FTAAP).<sup>99</sup> Ebenso für die Entwicklung des Landes in Hinblick auf die außenpolitischen Beziehungen sind jene fünf Prinzipien der „innovativen, koordinierten, grünen, offenen und teilhabenden Entwicklung“ relevant, die während der 5. Vollversammlung des 18. Zentralkomitees der kommunistischen Partei Chinas im Jahr 2015 formuliert wurden:

- Innovation als „der Motor für Entwicklung“: Versorgung der Bevölkerung mit besseren Produkten und Dienstleistungen;
- Koordination im Sinne der „nachhaltigen und gesunden Entwicklung“: verstärkte wirtschaftliche und soziale Entwicklung der ländlichen und westlichen Landesteile Chinas;
- „Grünheit“ (Umweltschutz) als die wesentliche Basis für beste Lebensgrundlagen für die Bevölkerung;

---

<sup>96</sup> Ebenda.

<sup>97</sup> Xi Jinping, China regieren, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 2014, S. 441.

<sup>98</sup> So Xi Jinping während des APEC-Gipfel in Lima im November 2016, in: Wang Yi, Advancing China’s Major-Country Diplomacy in a Changing World, in: Qiushi, CPC Journal on China’s Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120-124, S. 121.

<sup>99</sup> Ebenda.

- Öffnung: relevant für die Prosperität und die Entwicklung der chinesischen Bevölkerung und jener der Partnerländer;
- Teilhabe: wesentlich für den „*Sozialismus mit chinesischen Charakteristika*“, die Bevölkerung soll an allen Errungenschaften der Reform und der Entwicklung teilhaben und profitieren.<sup>100</sup>

China gewinnt nicht nur aufgrund seiner Bevölkerungszahl von fast 1,4 Milliarden Menschen, seinem politischen Gewicht durch einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat und seinen Nuklearmachtstatus, sondern auch vor allem aus ökonomischen und sicherheitspolitischen Gründen zunehmend an weltpolitischer Bedeutung. China ist ein Land mit zwei Systemen. Dieses Prinzip war Teil des Vertrags, der die Rückgabe Hongkongs an China im Jahr 1997 regelte. Hongkongs Demokratiebewegung fürchtet nun um die Presse- und Meinungsfreiheit, die der Stadt noch bis zum Jahr 2047 verfassungsmäßig zusteht. Danach soll Hongkong endgültig in das einzige System der Zentralregierung in Peking überführt werden. Peking ist deshalb umso mehr auf seinen Einfluss in der Sonderverwaltungszone bedacht.<sup>101</sup>

---

<sup>100</sup> Liu Qibao, Theoretical Characteristics of China's New Development Principles, in: *Qinsbi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 31, April-June 2017, Vol 9 No 2, S. 30-37, S. 30ff.

<sup>101</sup> Marlies Kastenhofer, Chinas Angst vor Hongkongs Büchern, in: *Die Presse*, 9.01.2016, S. 10.

## Die Volksrepublik und die Republik – „Ein China“

Taiwan – von derzeit 17 Staaten noch als Republik China anerkannt – hat eine Fläche von 36.179 Quadratkilometer (Vergleich Oberösterreich: 11.980 Quadratkilometern), 23,6 Millionen Menschen leben in Taiwan. Das BIP pro Kopf betrug 49.096 US-Dollar (Vergleich Österreich: 48.299 US-Dollar pro Kopf) im Jahr 2015.<sup>102</sup> Seit sich die militärisch geschlagenen Nationalisten 1949 auf Taiwan zurückzogen, sind die auf dem Festland regierenden Kommunisten bestrebt, die Insel wieder unter die politische Kontrolle Pekings zu bringen, wenn nötig auch mit militärischer Gewalt. Peking verlangt, dass die Regierung in Taiwan die *Ein-China-Politik* anerkenne und spricht sich vehement dagegen aus „*to create ,two Chinas‘ or ,one China, one Taiwan‘, as well as external intervention in the affairs of Hong Kong and Macao.*“<sup>103</sup> Für Peking gilt seit Deng Xiaoping der Grundsatz „*Ein Land, zwei Systeme*“.<sup>104</sup> Die Idee dahinter ursprünglich war, dass nach einer Wiedervereinigung beide Seiten – sowohl die Volksrepublik China als auch Taiwan – ihr politisches System „*beibehalten könnten, und sich dennoch den gemeinsamen Zielen von Wohlstand und Entwicklung widmen könnten.*“<sup>105</sup> Es gibt demnach auch nur ein China und das Festland und Taiwan sind nur Teile davon.<sup>106</sup> Jene Kräfte, die Taiwan in die Unabhängigkeit führen wollen, werden von China nach wie vor als „*größte Bedrohung*“ der Beziehungen zwischen der Insel und dem Festland gesehen.<sup>107</sup>

---

<sup>102</sup> Felix Lee, Parole in Taipeh: Nichts wie weg von China, in: *Die Presse*, 15.01.2016, S. 4.

<sup>103</sup> Wang Yi, Advancing China´s Major-Country Diplomacy in a Changing World, in: *Qinsbi*, CPC Journal on China´s Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120-124, S. 124.

<sup>104</sup> Xie Chuntao, Wie funktioniert die größte Partei der Welt. Erfolgsgeheimnisse der KP Chinas, New World Press, Beijing 2012, S. 235.

<sup>105</sup> Ebenda.

<sup>106</sup> So Artikel 2 des Antisezessionsgesetzes vom 14. März 2005: „*There is only one China in the world. Both the mainland and Taiwan belong to one China ...*“. Aus: Anti Secession Law, Adopted at the Third Session of the Tenth National People´s Congress on March 14, 2005.

<sup>107</sup> China Daily.com.cn, China´s Military Strategy, May 2015, S. 2.



Bis heute existiert noch kein Friedensvertrag zwischen Peking und Taipeh aufgrund der ungelösten Wiedervereinigungsfrage. Die USA hatten nach 1945 beide Rivalen zu Friedenverhandlungen gedrängt.<sup>108</sup>

*„Es war ein Duell zweier überlebensgroßer Figuren: Hier der rechte Diktator Chiang Kai-shek, der auch mithilfe von Großkapitalisten und Triadengangstern aus Shanghai seine Gegner aus dem Weg räumte, und der vor allem in den USA zum Retter Chinas verklärt wurde. Dort der nicht weniger skrupellose Bauernsohn Mao Zedong, der die kommunistische Theorie auf den Kopf stellte und seine Volksrepublik vom Land her erobern wollte, mit Hilfe einer Bauernarmee. Und jetzt standen die beiden da, in Chinas Kriegshauptstadt Chongqing, und schüttelten sich die Hände.“* 109

Chiang Kai-shek schickte zuvor drei Telegramme hintereinander nach Yan'an, in die Lössberge des chinesischen Herzlandes, wo Maos Truppen ihr Hauptquartier hatten. *„Ich muss Sie persönlich sprechen“*, schrieb Chiang.<sup>110</sup> Mao, der jüngere der beiden, ließ sich dreimal bitten, dann sagte er zu: *„Ihr kleiner Bruder kommt bald zu ihnen.“* Die beiden trafen sich, tranken Reisschnaps und verhandelten fast eineinhalb Monate. Am Ende zogen sie wieder gegeneinander zu Feld. 1949 triumphierten Mao und die Kommunisten und riefen in Peking die Volksrepublik China aus. Chiang Kai-shek und seine geschlagenen Truppen zogen sich nach Taiwan zurück.<sup>111</sup> Sowohl die Kuomintang (KMT) wie auch die 1921 gegründete KP galten lange Zeit als *„Zwillingschwestern“*: die Gründer der KMT stürzten 1911 die mehr als zwei Jahrtausende währende Kaiserherrschaft in China. Sie gründete 1912 die Republik China, China versank darauf bald im Chaos.<sup>112</sup> Mitte der 1920er-Jahre kam es dann zu einer Allianz zwischen beiden Parteien, beide Parteien baten Moskau um Hilfe und wurden nach sowjetischem Vorbild geformt. Auf Druck Moskaus hin verschmolzen sogar beide zu einer Allianz. Bis heute hat die Kuomintang wie die KP

---

<sup>108</sup> Kai Strittmatter, Eine Umarmung, die erdrückt. Taiwan und China sind sich heute näher denn je. Das Spitzentreffen könnte die beiden jetzt entfremden, in: *Süddeutsche Zeitung*, 05.11.2015, S. 2.

<sup>109</sup> Kai Strittmatter, Die Verwandten auf der Insel. Mao und Chiang Kai-shek waren Rivalen, ihre Parteien einst vereint, in: *Süddeutsche Zeitung*, 05.11.2015, S. 2.

<sup>110</sup> Ebenda.

<sup>111</sup> Ebenda.

<sup>112</sup> Ebenda.

Chinas ein Zentralkomitee, dessen Ständiger Ausschuss die wichtigsten Entscheidungen trifft.<sup>113</sup> Die Flucht Chiang Kai-sheks und seiner KMT nach Taiwan beendete den Bürgerkrieg nicht, sie fror ihn lediglich ein. Dass Taiwan zu ihrer Fluchtburg werden konnte, hat die KMT den USA zu verdanken. Nur der Schutz durch US-Truppen verhinderte die Eroberung der Insel durch die *Volksbefreiungsarmee* Maos. Bis 1979 erkannte die USA die Regierung in Taipeh als offizielle Regierung ganz Chinas an, dann jedoch wurde Peking zu wichtig, vor allem als Gegengewicht zu Moskau. Es kam zur *Ping-Pong-Diplomatie* zwischen Richard Nixon und Mao Zedong, und die USA sowie die gesamte westliche Welt nahmen diplomatische Beziehungen zu Peking auf. Seither ist Taiwan diplomatisch isoliert, militärische Schutzmacht Taiwans bleiben die USA jedoch bis heute.<sup>114</sup>

1972 formulierte der damalige US-Präsident Richard Nixon die Haltung der USA zu Taiwan; die USA erkennen den Anspruch Pekings auf die Insel an, verlangen jedoch eine friedliche Lösung, die auf beiden Seiten der Straße von Taiwan akzeptiert werden soll. Taiwans Nationalisten reklamierten ebenfalls einen Führungsanspruch auf Gesamt-China. Im *Taiwan Relations Act* von 1979 erklärte sich die USA bereit, Taiwan militärisch zu unterstützen bzw. auszustatten, jedoch nicht mehr wie gemäß dem Vertrag vom 2. Dezember 1954 (*Mutual Defence Treaty*) direkt zu verteidigen. China steht nun einer amerikanisch-japanischen Allianz gegenüber.<sup>115</sup>

Die Demokratisierung Taiwans begann in den 1990er-Jahren, 2000 kam es erstmals zum Regierungswechsel von der Kuomintang (KMT) zur Fortschrittspartei DPP. Die DPP steuerte acht Jahre lang auf eine Konfrontation mit Peking zu. Erst als 2008 die KMT die Regierungsgeschäfte übernahm, kam es wieder zu einer Annäherung.<sup>116</sup> Mitte 2001 wurde unter der Regierung der DPP seitens der USA der damals seit Jahrzehnten größten Waffenlieferung nach Taiwan zugestimmt. Sie bestand unter anderem aus zwölf *Orion P-3C*-Flugzeugen zum

---

<sup>113</sup> Ebenda.

<sup>114</sup> Ebenda.

<sup>115</sup> Ross G. Terrill, Will U.S.-PRC Rivalry Damage Taiwan, in: Democratic Pacific Union (eds.), *East Asia 2020 Dilemma & Prospects*, The 3rd East Asia Peace Forum, August 24-25, 2019, Taipei 2019, S- 26-31, hier S. 26.

<sup>116</sup> Felix Lee, Parole in Taipeh: Nichts wie weg von China, in: *Die Presse*, 15.01.2016, S. 4.

Aufspüren von U-Booten, vier Zerstörern der *Kidd*-Klasse und acht konventionellen U-Booten mit Dieselantrieb.<sup>117</sup> Zudem lieferte die USA nach Taiwan auch an die 200 Kampfflugzeuge der Typen *F-16 C* und *D* sowie PAC-III-Luftabwehrsysteme.<sup>118</sup>

Als 1999 der damalige taiwanische Präsident Lee Teng-hui die seit 1992 laufenden Gespräche mit Peking als *spezielle zwischenstaatliche Beziehungen* definierte, brach die Volksrepublik den Dialog mit Taiwan ab. In der ersten Jahreshälfte 2002 wurde für Taiwan die Volksrepublik China und nicht mehr die USA wichtigster Absatzmarkt für taiwanische Produkte. Als Ergebnis von wirtschaftlichen Erleichterungen erhöhte sich allein die Anzahl der offiziellen taiwanischen Investitionen in der Volksrepublik im Jahr 2002 um 258 Prozent (!), im Hochtechnologiebereich sogar um etwas mehr.<sup>119</sup>

China sieht die Insel Taiwan als abtrünnige Provinz an und spricht ihr jeden internationalen Status ab. Auf der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) in Peking ist am 8. März 2005 ein Entwurf für ein Antisezessionsgesetz eingebracht worden, das die legislative Handhabe für eine Invasion Taiwans darstellt, falls sich Taiwan unabhängig erklären sollte. Vor den rund 3.000 Delegierten des NVK sagte Wang Zhaoguo, stellvertretender Vorsitzender des Ständigen NVK-Ausschusses, taiwanische Unabhängigkeitskräfte bedrohten ernsthaft die Souveränität und territoriale Integrität Chinas.<sup>120</sup> Sie gefährdeten demnach die Aussichten für eine friedliche Wiedervereinigung und unterminierten Frieden und Stabilität in der Region. Das am 14. März 2005 vom NVK beschlossene Antisezessionsgesetz nennt die friedliche Wiedervereinigung

---

<sup>117</sup> Aus: Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: *Europäische Sicherheit* 1/2005, S. 18-24, S. 23.

<sup>118</sup> Ebenda.

<sup>119</sup> Ebenda.

<sup>120</sup> In Artikel 2 Absatz 2 des Antisezessionsgesetzes heißt es dazu: „*Taiwan is part of China. The State shall never allow the 'Taiwan independence' secessionist forces to make Taiwan secede from China under any name or by any means*“, Aus: Anti Secession Law, Adopted at the Third Session of the Tenth National People's Congress on March 14, 2005.

mit Taiwan als Hauptziel, droht aber zugleich gemäß Artikel 8 „*nicht-friedliche Mittel und andere notwendige Maßnahmen*“ für den Ernstfall an.<sup>121</sup>

Gemäß dem damaligen Ministerpräsidenten Wen Jiabao (Volksrepublik China) sei das Antisezessionsgesetz aber „*kein Kriegsgesetz*“.<sup>122</sup> Die chinesische Armee konzentrierte 2005 gegenüber von Taiwan ca. 400.000 Soldaten, darunter die meisten der 18 *Quantou* (Faust)-Elitedivisionen für mobile Kriegführung. Dazu sind seit 2016 ca. 1.000 Boden-Boden-Raketen gegen Taiwan gerichtet.<sup>123</sup> Pro Jahr kamen bis 2007 noch zwischen 70 und 75 Raketen dazu, diese wurden jedoch von 1.300 auf unter 1.000 im Jahr 2016 reduziert.<sup>124</sup> 100 bis 200 Raketen reichen aus, um die Startbahnen der Luftwaffe Taiwans zu zerstören. 100 Raketen mehr würden benötigt werden, um die Marinestützpunkte Taiwans außer Gefecht zu setzen.<sup>125</sup> Taiwan hatte seit der „Raketenkrise“ entlang der Taiwanstraße 1995 und 1996 seine Anstrengungen im Bereich Raketenabwehr „verdoppelt“, China hatte damals zehn Dong Feng-15 (M-9) Kurzstreckenraketen in die taiwanesischen Gewässer rund um die Insel abgefeuert. Damals hatte China noch an die 350 Kurzstreckenraketen gegen Taiwan gerichtet, diese wurden bis 2010 auf 1.300 erhöht.<sup>126</sup>

Die meisten Staaten der Welt (bis auf 17), darunter Indien, Russland, die USA sowie auch die EU anerkennen die Ein-China-Politik der Volksrepublik China. Gemäß dem Weißbuch 2009 zur nationalen Verteidigung Chinas unterscheidet sich jedoch die Einschätzung des Verhältnisses zu Taiwan seitens der Regierung in Peking drastisch von

---

<sup>121</sup> Aus: Otto Mann, Kriegsdrohung gegen Taiwan per Gesetz, in: *Die Presse*, 09.03.2005, S.7. Der Gesetzestext selbst ist abgedruckt unter [http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2005-03/14/contents\\_424643.htm](http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2005-03/14/contents_424643.htm) . Artikel 8: „... *the State shall employ non-peaceful means and other necessary measures.*“ Aus: Anti Secession Law, Adopted at the Third Session of the Tenth National People’s Congress on March 14, 2005.

<sup>122</sup> Aus: Kriegsdrohung per Gesetz, in: *Die Presse*, 15.3.2005, S. 5.

<sup>123</sup> Zahlen aus: Das Reich der Mitte ölt seine Muskeln, in: *Die Presse*, 21.6.2005, S. 6.

<sup>124</sup> Aus: James Kynge, China Shakes the World. The Rise of a Hungry Nation, Phoenix Publishers, London 2007, S. 222.

<sup>125</sup> Aus: Wendell Minnick, Fortress Formosa? Taiwan Strategy Under Attack, in: *Defense News*, October 20, 2008, S. 28.

<sup>126</sup> Aus: Wendell Minnick, Taiwan’s BMD Coming Online, in: *Defense News*, March 22, 2010, S. 18.

jener aus dem Jahr 2007. Mit der Wahl von Ma Ying-jeou zum taiwanesischen Präsidenten 2008 hatten sich die Beziehungen zu Peking zunächst stark verbessert. Die Entspannungspolitik zwischen Taipeh und Peking begann 2008, als Übereinkommen über Direktlinienflüge zwischen Taiwan und der Volksrepublik ausverhandelt wurden.

Aus taiwanesischer Sicht gibt es jedoch unterschiedliche Ansätze im Umgang mit der Volksrepublik: Im Vorwort der Quadrennial Defense Review (QDR) des taiwanesischen Verteidigungsministeriums, die am 16. März 2009 veröffentlicht wurde, äußerte sich der damalige Verteidigungsminister Taiwans, Chen Chao-min, nicht im Einklang mit dem damaligen Präsidenten, Ma Ying-jeou. Letzterer hatte vorgeschlagen, mit Peking vertrauensbildende Maßnahmen einzuleiten, intermilitärische Beziehungen aufzubauen und sogar in der Folge einen Friedensvertrag mit der Volksrepublik China abzuschließen.<sup>127</sup> Für den taiwanesischen Verteidigungsminister war damals die Einleitung derartiger Maßnahmen noch zu früh. Die QDR des taiwanesischen Militärs schlug auch vor, die Anzahl der obersten Kommandos auf drei sowie jene der Streitkräfte von 275.000 auf 215.000 Soldaten und einen maximalen Gesamtumfang von 1.66 Millionen Soldaten zu reduzieren.<sup>128</sup> Die taiwanesische Armee wird nun zu einer Freiwilligenarmee transformiert, die Gesamtzahl an Soldatinnen und Soldaten in den Streitkräften soll künftig 175.000 betragen.<sup>129</sup> Das taiwanesische Verteidigungsbudget betrug 2018 um die 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, in Summe ca. 10 Milliarden US-Dollar.<sup>130</sup> Taiwan setzt nun verstärkt auf Küsten- und Luftraumschutz, Marine und Luftwaffe sollen gemäß dem *National Defense Report* aus 2017 modernisiert werden.<sup>131</sup>

Anfang November 2015 überraschten die Regierungen von Taiwan und der Volksrepublik China die Welt mit der Nachricht, dass erstmals nach dem

---

<sup>127</sup> Aus: Wendell Minnick, Taiwan's QDR Reveals Rift, in: *Defense News*, March 23, 2009, S. 1 und S. 20, S. 1.

<sup>128</sup> Ebenda.

<sup>129</sup> Yoshikazu Watanabe, Taiwan and China: A Japanese Perspective, in: Democratic Pacific Union (eds.), *East Asia 2020 Dilemma & Prospects*, The 3rd East Asia Peace Forum, August 24-25, 2019, Taipei 2019, S- 211-227, hier S. 217.

<sup>130</sup> Ebenda.

<sup>131</sup> Ebenda.

Ende des chinesischen Bürgerkriegs 1949 die Staatsoberhäupter einander persönlich treffen. Dieses Treffen zwischen Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping und Taiwans damaligen Präsidenten Ma Ying-jeou kam am 8. November 2015 in Singapur auch tatsächlich zustande.<sup>132</sup> Konkrete Ergebnisse gab es keine, Ergebnisse waren von beiden Seiten auch nicht vorgesehen. Es schien, als ob die Kommunistische Partei (KP) aufgrund der desaströsen Umfrageergebnisse der KMT in der heißen Wahlkampfphase Schützenhilfe leisten wollte. Denn die KP in Peking weiß: mit der DPP sind die Verhandlungen um eine Lösung des Konflikts schwieriger. Die damalige DPP-Spitzenkandidatin Tsai Ing-wen hatte betont, im Falle eines Wahlsieges die Verhandlungen mit China fortzuführen, allerdings „*im Einklang mit dem Willen des taiwanesischen Volkes.*“<sup>133</sup> Laut Umfragen wünschten sich Anfang 2016 60 Prozent der Taiwaner mehr Distanz zu China.<sup>134</sup>

Bisherige Verträge zwischen China und Taiwan basieren auf dem sogenannten Konsens von 1992, einer Vereinbarung, die die DPP nicht anerkennt. So will die DPP eine neue Grundlage für Verhandlungen mit Peking schaffen. Das Dilemma zeigt sich wie folgt: „*Einerseits weiß sie, dass ihre Wähler und ihre Partei auf eine härtere Gangart gegenüber China pochen, andererseits kann sie Peking nicht zu stark vor den Kopf stoßen. Dafür hängt Taiwans Wirtschaft zu sehr vom Reich der Mitte ab.*“<sup>135</sup> Die unter 40-jährigen wählten 2016 überwiegend die DPP, diese Wählerschicht fühlt sich als Taiwaner und nicht mehr als Chinesen:<sup>136</sup> So leitete der US-Politikwissenschaftler G. John Ikenberry folglich ab: „*Chinese leaders sincerely believe that Taiwan is part of China, but the Taiwanese do not.*“<sup>137</sup>

Anfang November 2015 trafen sich Chinas Präsident Xi Jinping und Taiwans Präsident Ma Ying-jeou in Singapur. Der bisher letzte Händedruck beider Seiten erfolgte, wie oben erwähnt, im Jahr 1945: Damals trafen sich

---

<sup>132</sup> Felix Lee, Pekings vergebliche Wahlkampfhilfe, in: *Die Presse*, 15.01.2016, S. 4.

<sup>133</sup> Ebenda.

<sup>134</sup> Ebenda.

<sup>135</sup> Mareike Kürschner, Eine Frau und ein Rockstar sind Pekings Albtraum, in: *Die Welt*, 16.01.2016, S. 7.

<sup>136</sup> Ebenda.

<sup>137</sup> G. John Ikenberry, The Illusion of Geopolitics. The Enduring Power of the Liberal Order, in: *Foreign Affairs*, May/June 2014, S. 80-90, hier S. 86.

die Führer jener beiden Lager, die um die Zukunft Chinas rangen: Chiang Kai-shek für die Kuomintang und Mao Zedong für die Kommunistische Partei Chinas.

In Taiwan erfolgte eine „*friedliche Demokratisierung*“, „*die in den zurückliegenden drei Jahrzehnten eine rechte Diktatur in eine lebendige, streitlustige Demokratie verwandelte*“.<sup>138</sup> In Präsident Ma Ying-jeou, der 2008 erstmals zum Präsidenten Taiwans gewählt wurde, fand Peking einen Partner, der bereit war, Taiwan so weit zu öffnen für den Austausch von Gütern, Investitionen und Menschen wie kein anderer zuvor. Die Jahre ab 2008 zeigten somit eine beispiellose Annäherung. Mit einem Mal gab es Dinge, die zuvor undenkbar waren: Direktflüge, chinesische Studenten an Taiwans Universitäten und mehr als zwei Millionen chinesische Touristen im Jahr, die Taiwan besuchen. Taiwans Geschäftsleute waren stets wichtige Investoren auf dem Festland, 2015 lebten zwei Millionen von ihnen in China.<sup>139</sup>

In Richtung Peking schickte „*das neue Taiwan*“ unter Tsai Ing-wen einige „unverblünte Appelle“: Das demokratische System und die nationale Identität Taiwans müsse von der Volksrepublik China respektiert werden.<sup>140</sup> Tsai Ing-wens Vater, ein erfolgreicher Geschäftsmann, gehört der Volksgruppe der Hakka an, ihre Mutter stammt aus Taiwan. So gehört sie nicht zu den Taiwanern, die festland-chinesische Wurzeln haben oder nach dem chinesischen Bürgerkrieg vor den Kommunisten nach Taiwan geflohen sind.<sup>141</sup> Im Wahlprogramm der DPP steht auch, den Wehretat deutlich zu erhöhen.<sup>142</sup> Auf Entspannung setzt Tsai in Hinblick auf die Territorialstreitigkeiten im Südchinesischen Meer. Sie hat sich für eine diplomatische Lösung im Einklang mit dem UN-Seerechtsübereinkommen aus 1982 ausgesprochen. Für Peking stellt dies jedoch einen Affront dar.

---

<sup>138</sup> Kai Strittmatter, Eine Umarmung, die erdrückt. Taiwan und China sind sich heute näher denn je. Das Spitzentreffen könnte die beiden jetzt entfremden, in: *Süddeutsche Zeitung*, 05.11.2015, S. 2.

<sup>139</sup> Ebenda.

<sup>140</sup> Petra Kolonko, Taiwans Merkel, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.01.2016, S. 8.

<sup>141</sup> Ebenda.

<sup>142</sup> Mareike Kürschner, Eine Frau und ein Rockstar sind Pekings Albtraum, in: *Die Welt*, 16.01.2016, S. 7.

Zudem strebt Tsai eine Intensivierung der Beziehungen zu Japan und den USA an.<sup>143</sup>

Im Jahr 1993 berief der damalige Präsident Lee Teng-hui die promovierte Juristin Tsai Ing-wen von der Hochschule als Beraterin. Tsai war damals an der Ausarbeitung von Lee Teng-huis „Zwei-Staaten-Theorie“ beteiligt, mit der Lee Teng-hui als erster Präsident Taiwans den Anspruch Pekings auf eine Herrschaft über Taiwan zurückwies. Als 2000 der nach Unabhängigkeit strebende Chen Shui-bian Präsident wurde, ernannte er Tsai Ing-wen zu seiner Ministerin für Festland-Angelegenheiten.<sup>144</sup> 2004 trat die bislang parteilose Tsai Ing-wen der DPP von Präsident Chen Shui-bian bei und wurde stellvertretende Ministerpräsidentin. Nachdem die DPP 2008 abgewählt und von einem Korruptionsskandal um Chen Shui-bian erschüttert worden war, schaffte Tsai Ing-wen es als neue Parteivorsitzende, die DPP wieder neu zu organisieren und Wählervertrauen zurückzugewinnen.<sup>145</sup> Am 16. Januar 2016 schrieb Tsai Ing-wen Geschichte. Als erste Frau im Präsidentenamt sowie „mächtigste Frau in der chinesischsprachigen Welt.“<sup>146</sup> Seit 1300 Jahren (Kaiserin Wu Zetian – 690 bis 705 n. Chr. – aus der Tang-Dynastie) regiert nun in China (Taiwan) wieder eine Frau. Ihre Partei, die DPP, brach im Parlament erstmals die zuvor sieben Jahre währende Dominanz der KMT und errang die absolute Mehrheit der 113 Sitze (68 Sitze, 56 Prozent der Stimmen).<sup>147</sup> Die KMT erhielt 35 Sitze.<sup>148</sup> 43 der 113 Sitze im Parlament (Anteil: 38,1 Prozent) waren damals in Taipeh mit Frauen besetzt, in Deutschland betrug der Anteil 36 Prozent im Januar 2016.<sup>149</sup>

Für die USA und Japan ist Taiwan von strategischer Bedeutung. Über die Schifffahrtslinien bei Taiwan bezieht das rohstoffarme Japan 90 Prozent

---

<sup>143</sup> Felix Lee, Pekings vergebliche Wahlkampfhilfe, in: *Die Presse*, 15.01.2016, S. 4.

<sup>144</sup> Petra Kolonko, Taiwans Merkel, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.01.2016, S. 8.

<sup>145</sup> Ebenda.

<sup>146</sup> Kai Strittmatter, Angela Merkel der Taiwanesen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 18.01.2016, S. 7.

<sup>147</sup> Taiwan's political landslide. Not trying to cause a big sensation, in: *The Economist*, January 23rd, 2016, S. 42-43, hier S. 42.

<sup>148</sup> Ebenda.

<sup>149</sup> Kai Strittmatter, Angela Merkel der Taiwanesen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 18.01.2016, S. 7.



seiner Öleinfuhren.<sup>150</sup> Der damalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld zeigte sich während seiner Amtszeit besorgt darüber, dass die chinesischen Streitkräfte – unterstützt von Waffentechnologie aus der EU – die amerikanische Vormachtstellung im Pazifik und somit die regionale Sicherheit in Ostasien bedrohen könnten<sup>151</sup>: „Die Aufhebung des EU-Embargos würde das Gleichgewicht in der Taiwan-Straße kippen und eine große Gefahr für den Frieden darstellen“, betonte weiters Taiwans damaliger Präsident Chen Shui-bian (2000-2008).<sup>152</sup> Eine Vereinigung Taiwans mit der Volksrepublik China würde von der taiwanesischen Bevölkerung abgelehnt werden: „Wir machen laufend Umfragen und das einhellige Ergebnis ist, dass 99 Prozent der Menschen in Taiwan eine Wiedervereinigung mit China strikt ablehnen“, meinte Joseph Wu, Außenminister von Taiwan.<sup>153</sup> Aus Sicht Taiwans bleibt es jedoch nicht ausgeschlossen, dass China beabsichtigt, Taiwan „mit militärischer Gewalt“ zu übernehmen: „Deshalb setzen wir alles daran, eine Konfrontation mit China zu vermeiden, um unsere Freiheit zu bewahren.“<sup>154</sup> Die Regierung in Taipeh, so Joseph Wu, ist nicht bestrebt, die USA um Verteidigung Taiwans zu ersuchen, wenn jedoch die USA Taiwan „helfen wollen, werden wir das sehr schätzen.“<sup>155</sup> Das „ultimative Ziel“ Taiwans ist es, sich selbst verteidigen zu können: „Wir wollen sicherstellen, dass China einen sehr hohen Preis zahlen würde, wenn sie über eine militärische Lösung nachdenken“, führte Taiwans Außenminister Joseph Wu weiter aus.<sup>156</sup> So investiert Taiwan „deshalb beträchtliche Summen“ in die eigene Rüstungsproduktion, seit Januar 2017 haben die USA zudem Taiwan F-16-Flugzeuge, Panzer und Munition im Wert von 12 Milliarden US-Dollar „angeboten“, so Joseph Wu: „Ohne Präsident Donald Trump wäre es sehr schwierig, diese defensiven Waffen zu bekommen.“<sup>157</sup>

---

<sup>150</sup> Aus: Frank Hornig/Wieland Wagner, Duell der Giganten, in: *Der Spiegel* 32/2005, S. 74-88, S. 88.

<sup>151</sup> Aus: Michael Vatikiotis, U.S. sights are back on China, in: *International Herald Tribune*, 07.06.2005, S. 9.

<sup>152</sup> Aus: Chinas Millionen-Heer rüstet weiter auf. Drohung gegen Taiwan alarmiert Region, in: *Die Presse*, 05.03.2005, S. 1.

<sup>153</sup> Judith Hecht, „China hasst die Demokratie“, Interview mit dem Außenminister von Taiwan, Joseph Wu, in: *Die Presse*, 11.09.2019, S. 10.

<sup>154</sup> Ebenda.

<sup>155</sup> Ebenda.

<sup>156</sup> Ebenda.

<sup>157</sup> Ebenda.

Peking versucht nun mehr denn je, den politischen Druck auf Taiwan zu erhöhen: Immer weniger Länder pflegen noch diplomatische Beziehungen zu Taiwan. Seit 21. August 2018 sind es nur mehr 17 Staaten, die Taiwan als Republik China diplomatisch anerkennen. An diesem Tag gab Chinas Außenminister Wang Yi bei einem Treffen mit seinem salvadorischen Amtskollegen Carlos Castaneda in Peking bekannt, dass sich El Salvador zur „*Ein-China-Politik*“ bekannt habe. Castaneda rechtfertigte die Entscheidung seiner Regierung damit, dass dies eine „*strategische Entscheidung*“ sei, sie sei der „*richtige und vorteilhafte Weg für die Menschen in beiden Ländern*.“<sup>158</sup> Die inzwischen politisch und wirtschaftlich mächtige Volksrepublik versucht mit Nachdruck, mit einer gezielten Wirtschaftsdiplomatie jene verbliebenen Staaten, die mit Taiwan noch diplomatische Beziehungen unterhalten, mit Investitionshilfen zu überreden, die Beziehungen zu Taiwan zu überdenken. Genaue Summen gibt die Führung in Peking nicht bekannt. 2018 hatten bereits Burkina Faso und die Dominikanische Republik, 2017 Panama ihre diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen. Zudem beugten sich vier US-Fluglinien am 25. Juli 2018 dem chinesischen Druck, Taiwan auf ihren Buchungsseiten nicht mehr als eigenes Land zu führen. So werden *American Airlines*, *Delta Airlines*, *United Airlines* sowie *Hawaiian Airlines* Taiwan auf ihren Buchungsseiten nicht mehr als eigenes Land erwähnen.<sup>159</sup> Zuvor – im März 2018 – bewilligten sowohl der Senat als auch das Repräsentantenhaus einstimmig eine neue Gesetzesvorlage, nach der Besuche zwischen Vertretern staatlicher Einrichtungen zwischen Taiwan und den USA intensiviert werden sollen – „*auf allen Ebenen*“ (*Taiwan Travel Act*). China betrachtet eine derartige Vorgehensweise als eine Verletzung der „*Ein-China-Politik*.“ Diese Vorlage wurde als Gesetz von US-Präsident Donald Trump am 16. März 2018 unterzeichnet.<sup>160</sup> Zwischen 1979 und 2019 hatten nur sechs US-Mitarbeiter auf Kabinettsebene Taiwan besucht, jedoch kein amerikanischer Präsident.<sup>161</sup>

---

<sup>158</sup> Felix Lee, Chinas erkaufte Verbündete, in: *Die Presse*, 22.08.2018, S. 4.

<sup>159</sup> Marlies Eder, US-Airlines streichen Taiwan von Plan, in: *Die Presse*, 26.07.2018, S. 6.

<sup>160</sup> The Economist, America and Taiwan: Visitors welcome, in: *The Economist*, March 24th, 2018, S. 41.

<sup>161</sup> Ebenda.

## China als Weltraummacht

Während der 1950er-Jahre hatte China von Russland Pläne der R-2-Rakete erhalten, einer Modifikation der deutschen V2 aus den 1940er-Jahren. 1956 entstand das Kosmodrom bei Jiuquan im Norden Chinas, 1956 gilt somit als Geburtsjahr des chinesischen Raumfahrtprogramms. 1960 hatte China die erste Höhentestrakete gestartet, zehn Jahre später hatte die *Chang Zheng-1* (Langer Marsch) Chinas ersten Satelliten mit dem Namen *Der Osten ist rot* in einen Orbit gebracht. Seit 1970 entsendet die Volksrepublik China Wetter-, Navigations- und Kommunikationssatelliten ins All. 1990 wurde mit dem TV-Satelliten *AsiaSat-1* aus dem damals noch britischen Hongkong der erste kommerzielle Satellit ins All befördert. Als 1996 ein *Intelsat*-Satellit beim Start verunglückte, sprangen viele Kunden ab. Die chinesische Raumfahrtindustrie konnte sich jedoch wieder erholen. Im Juni 2007 waren von insgesamt 3.189 Satelliten im All bereits 62 chinesisch.<sup>162</sup>

Am 15. Oktober 2003 erfolgte der erste Flug eines Taikonauten – Oberstleutnant Yang Liwei – um die Erde. Der Flug dauerte weniger als einen Tag. Der zweite bemannte Raumflug dauerte bereits fünf Tage und fand zwei Jahre später – am 17. Oktober 2005 – statt.<sup>163</sup> Seither ist neben Russland und den USA auch die Volksrepublik China imstande, Raumflüge mit Taikonauten durchzuführen. China baut darüber hinaus an einem Satelliten (*Yinghuo-1*), der bald um den Mars kreisen und mit einer russischen Sonde Daten austauschen soll. In der Raumfahrt arbeitet(e) China eng mit Brasilien, der EU, Russland und den USA zusammen.

Am 11. Januar 2007 führte China erstmals einen Anti-Satellit-Raketentest durch. Mit einer Rakete erfolgte die Zerstörung des alten Wettersatelliten

---

<sup>162</sup> Im Juni 2007 unterhielten Russland 1.391, die USA 1.031, Japan 108 und Frankreich 44 Satelliten. Zahlen aus: Wolfgang Greber, „Erwägen bemannten Marsflug mit USA, Europa“, in: Die Presse, 25.6.2007, S. 8. Vgl. auch: Landesverteidigungsakademie / Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (Hg.), Begleitinformationen zur Nutzung des Weltraums: Akteure und Positionen, zusammengestellt von Thomas Windholz und Norbert Frischauf, Wien 2007, S. 9f.

<sup>163</sup> Aus: Marcia S. Smith, China's Space Program: An Overview, CRS Report for Congress, Order Code RS21641, Updated January 31, 2006, S. 1.

*Fengyun-1C* 865 Kilometer über der Erde.<sup>164</sup> Heftige Proteste kamen aus Japan und Indien. Der Sprecher des chinesischen Außenamtes, Liu Jianchao, betonte jedoch: „*Dieser Test war gegen kein anderes Land gerichtet und stellt für kein anderes Land eine Bedrohung dar.*“<sup>165</sup> China kann seither auch Ziele im All zertrümmern. Im Herbst 2006 war es China gelungen, per Laser einen US-Aufklärungssatelliten zu blenden.<sup>166</sup> Seit 1985 hatten russische (damals sowjetische) und amerikanische Militärs keine Ziele mehr im Orbit beschossen: „*Beide hörten damit auf, weil es zu teuer wurde und zu viel Schrott im All herumflog, der die eigenen Satelliten, Sonden und die heute internationale Raumstation ISS bedrohte.*“<sup>167</sup> 2007 fing China mit einem derartigen Beschuss wieder an. Die chinesische Führung betont stets, dass sie gegen ein Wettüben im Weltraum und für eine friedliche Nutzung des Alls sei: „*China has all along advocated the peaceful use of outer space, opposed the weaponization of and arms race in outer space, and has taken an active part in international space cooperation.*“<sup>168</sup> In der im August 2006 von den USA verabschiedeten Weltraumstrategie heißt es: „*Die USA werden ihre Rechte, Fähigkeiten und Aktionsfreiheit im All bewahren. Sie werden, wenn nötig, Feinden die Nutzung ihrer Fähigkeiten im Weltraum verweigern, wenn sich diese gegen die nationalen US-Interessen richten.*“<sup>169</sup> China beschwerte sich darüber, dass sich die USA weigern, gemeinsam mit China, Russland und anderen Ländern einen neuen Abrüstungsvertrag für den Weltraum auszuverhandeln, nachdem der ABM-Vertrag (Anti-Ballistic-Missile-Treaty) mit der dafür vorgesehenen Frist am 13. Juni 2002 ausgelaufen war<sup>170</sup> und nachdem ihn die USA unter der Präsidentschaft von George W. Bush am 13. Dezember 2001 zwecks Aufbaus eines neuen Raketenabwehrprogramms gekündigt hatten.<sup>171</sup> Der ABM-Vertrag verbot vor allem die Entwicklung, Erprobung und Aufstellung von see-, luft- und weltraumgestützten Systemen. Die USA beabsichtigen, mit ihrem Raketenabwehrschirm nicht nur Japan,

---

<sup>164</sup> Aus: All systems go for lunar probe liftoff, in: *China Daily*, 24.10.2007, S. 1.

<sup>165</sup> Jutta Lietsch und Burkhard Bischof, China gerüstet für „Krieg der Sterne“, in: *Die Presse*, 24.01.2007, S. 1.

<sup>166</sup> Ebenda.

<sup>167</sup> Ebenda.

<sup>168</sup> *China Daily.com.cn*, China's Military Strategy, May 2015, S. 9.

<sup>169</sup> Jutta Lietsch und Burkhard Bischof, China gerüstet für „Krieg der Sterne“, in: *Die Presse*, 24.01.2007, S. 1.

<sup>170</sup> Ebenda.

<sup>171</sup> Ebenda.

sondern auch Taiwan zu schützen, was wiederum für China inakzeptabel sei. Die Verteidigung Taiwans könnte schwerstens beeinträchtigt sein, sollte die Volksrepublik im Kriegsfall Aufklärungssatelliten abschießen.<sup>172</sup>

Den ersten Mondorbiter (*Chang'e-1*) startete China am 24. Oktober 2007 in den Weltraum – von der neuen *Mondstadt* Xichang in der Provinz Sichuan aus.<sup>173</sup> Ende 2013 schaffte es China mit *Yutu* (Jade-Hase), ein Forschungsmobil auf dem Mond landen zu lassen. Im September 2016 nahm China in der Provinz Guizhou (Südwestchina) das weltgrößte Radioteleskop in Betrieb, das sogar Gravitationswellen und Radiofrequenzstrahlung von entfernten Planeten einfangen soll.<sup>174</sup>

Bereits im Jahr 2022 beabsichtigt China, einen Außenposten im All zu betreiben. Das sechste Mal in Folge (seit 13 Jahren) ist am 17. Oktober 2016 ein Raumschiff (*Shenzhou 11*) mit zwei Taikonauten an Bord vom Weltraumbahnhof Jiuquan in Nordwestchina aus ins All gestartet. Die Trägerrakete war vom Typ *Langer Marsch 2F*. Das Ziel war die im September 2016 ins All geschossene Raumkapsel *Tiangong-2* (Himmeltempel), die beiden Taikonauten Jing Haipeng und Cheng Dong befanden sich 30 Tage im All. Dies war der längste Aufenthalt von Taikonauten bisher.<sup>175</sup> Das ehrgeizigste Projekt in der Raumfahrt ist für China die Raumstation *Tiangong*. Spätestens 2022, so ist geplant, soll China diese Raumstation dauerhaft im Weltraum betreiben. Die Größe sollte ca. ein Fünftel von jener der internationalen Raumstation ISS betragen, die bis dahin nicht mehr operabel sein wird. Zudem gibt es für die ISS kein Folgeprojekt in Aussicht. China soll demnach das einzige Land mit einem ständigen Außenposten im All sein. Als längerfristige Ziele plant China sogar regelmäßige Flüge zum Mars.<sup>176</sup> Die erste chinesische Raumstation *Tiangong-1* wurde 2011 im All eingerichtet, diese Station stürzte jedoch nach im März 2016 entstandenen Kommunikationsproblemen unkontrolliert am 1. April 2018 über der Südhalbkugel ab.<sup>177</sup> Anfang 2019

---

<sup>172</sup> Ebenda.

<sup>173</sup> Aus: All systems go for lunar probe liftoff, in: *China Daily*, 24.10.2007, S. 1.

<sup>174</sup> Felix Lee, Chinas Griff nach den Sternen, in: *Die Presse*, 18.10.2016, S. 8.

<sup>175</sup> Ebenda.

<sup>176</sup> Ebenda.

<sup>177</sup> Brandon Knapp, Lessons from China's space station that crashed into the Pacific, in: *Defense News*, April 9th, 2018, S. 12.

hatte China mit der ersten Landung einer Raumsonde auf der Rückseite des Mondes jedoch Geschichte geschrieben. China setzt auch in diesem Zusammenhang auf Wettbewerb mit den USA – vor allem in den Bereichen Luft- und Raumfahrt, künstliche Intelligenz und der Entwicklung von Quantencomputern.<sup>178</sup>

---

<sup>178</sup> Daniel Kestenholz, Erst der Mond, dann der Nord- und Südpol, in: *Salzburger Nachrichten*, 05.01.2019, S. 4.

## China modernisiert das Militär

Als Grundlage für die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik entwickelte Deng Xiaoping die „*Strategie der 24 Schriftzeichen*“ und postulierte demnach, „*dass China gelassen beobachten, die eigene Position absichern, ruhig seine Angelegenheiten regeln, die eigenen Kapazitäten verbergen und den richtigen Moment abwarten solle; es solle sich nicht exponieren und keine Führungsposition beanspruchen, aber durchaus Beiträge leisten.*“<sup>179</sup>

Seit 1990 wurden die chinesischen Streitkräfte stets den von der Kommunistischen Partei festgelegten Anforderungen angepasst. 1997 ordnete die Partei an, die Anzahl der Streitkräfte innerhalb von drei Jahren um 500.000 auf 2,5 Millionen zu reduzieren, 2003 entschied die chinesische Führung, innerhalb von zwei Jahren eine weitere Verringerung um 200.000 Soldatinnen und Soldaten durchzuführen.<sup>180</sup> Der *Volksbefreiungsarmee* hatte Xi Anfang September 2015 den Auftrag gegeben, die Truppen bis 2017 von insgesamt 2,33 Millionen um weitere 300.000 Soldaten zu reduzieren.<sup>181</sup>

Als Chinas großer Reformator Deng Xiaoping in den 1990er-Jahren seinem Nachfolger das Machtzepter übergab, gab er ihm folgenden Rat: „*Verbringe von fünf Arbeitstagen vier mit hochrangigen Militärs.*“<sup>182</sup> In der Volksrepublik gibt es keine Institution, die derart mächtig ist, wie die *Volksbefreiungsarmee*. Trotz ihrer knapp über zwei Millionen Soldaten ist sie bis heute nicht dem Staat unterstellt, sondern sieht sich als militärischer Arm der Kommunistischen Partei auf Augenhöhe mit Regierung und Parteispitze. So war es daher für jeden Staatsführer wichtig, sich der Unterstützung der Generäle sicher zu sein. Chinas Staatschef Xi Jinping schien mit dieser

---

<sup>179</sup> Gerald Brettner-Messler, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus chinesischer Sicht, Wien 2009, S. 138.

<sup>180</sup> Information Office of the State Council of the People's Republic of China, White Papers of the Chinese Government (2005-2008), Foreign Languages Press, First Edition, Beijing 2012, S. 140.

<sup>181</sup> Hendrik Ankenbrand, Kontrolleur mit harter Hand, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.01.2016, S. 20.

<sup>182</sup> Felix Lee, Chinas mächtigster Mann seit Mao, in: *Die Presse*, 05.03.2015, S. 6.

Praxis zu brechen. Das Militär gab am 2. März 2015 offiziell bekannt, dass 14 Generäle vor Gericht gestellt wurden. Den Generalen würden „*ernste rechtliche Verstöße und kriminelle Delikte*“ vorgeworfen.<sup>183</sup>

Seit den 1990er-Jahren – vor allem seit 2003 verstärkt – verwenden die chinesischen Regierungen den Ausdruck „*Kerninteressen*“ (*core interests*), die sich ursprünglich von den „*fundamentalen Interessen*“ Chinas in Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele in der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Verteidigungspolitik ableiten.<sup>184</sup> Grundsätzlich definiert Peking den Erhalt der Souveränität und der territorialen Integrität Chinas als Kerninteressen – das betrifft vor allem Taiwan, Hongkong und die westlichen Regionen der Volksrepublik Tibet und Xinjiang. China zählt auch seine territorial beanspruchten Inseln im Südchinesischen Meer zu den Kerninteressen.<sup>185</sup>

Die Verteidigungspolitik der Volksrepublik verstand sich stets als defensiv.<sup>186</sup> 2006 verkündete die chinesische Führung, die Streitkräfte zunächst nach einem dreistufigen Entwicklungsstrategieplan nach dem Grundsatz der „*aktiven Verteidigung*“ (dieser Grundsatz existiert in der Volksrepublik seit 1956) auszurichten: bis 2010 sollte eine *solide Grundlage* erreicht sein, bis um das Jahr 2020 ist es Ziel, größere Fortschritte zu erzielen. Bis 2049 sollen die Streitkräfte das strategische Ziel erreicht haben, teilstreitkräfteübergreifend auf modernster technischer Grundlage sowohl zu operieren als auch Kriege im komplexen Informationszeitalter technologisch mit modernster Ausrüstung verbunden zu gewinnen.<sup>187</sup> Die Streitkräfte sollen in die Lage versetzt werden, die Volksrepublik umfassend zu verteidigen, auch in Hinblick auf Verletzungen der chinesischen See- und Luftrechte sowie des Grenzschutzes; den

---

<sup>183</sup> Ebenda.

<sup>184</sup> Andrea Pei-Shan Kao, Asia-Pacific Security on the Extension of China's Core Interests – The Taiwan Issue, in: Democratic Pacific Union (eds.), East Asia 2020 Dilemma & Prospects, The 3rd East Asia Peace Forum, August 24-25, 2019, Taipei 2019, S- 89-106, hier S. 95.

<sup>185</sup> Gunther Hauser, Maritime Disputes and Developments, in: Democratic Pacific Union (eds.), East Asia 2020 Dilemma & Prospects, The 3rd East Asia Peace Forum, August 24-25, 2019, Taipei 2019, S- 183-193, hier S. 183.

<sup>186</sup> Information Office of the State Council of the People's Republic of China, White Papers of the Chinese Government (2005-2008), Foreign Languages Press, First Edition, Beijing 2012, S. 315.

<sup>187</sup> Ebenda.



separatistischen Kräften Taiwans wirksam entgegenzutreten, um eine Unabhängigkeit Taiwans zu verhindern; und Terrorismus, Separatismus und Extremismus in allen Formen einzudämmen.<sup>188</sup>

Seit 1998 veröffentlicht die chinesische Führung Weißbücher für die nationale Verteidigung. Im Januar 2009 hatte die politische Führung Chinas ein Weißbuch für die nationale Verteidigung veröffentlicht, in dem steigende Militärausgaben gerechtfertigt werden.<sup>189</sup> Zentrale Erkenntnis war damals, dass China mittlerweile „ein wichtiges Mitglied im internationalen System“<sup>190</sup> geworden ist und die Entwicklung der internationalen Staatengemeinschaft und Chinas untrennbar miteinander einhergeht: „China cannot develop in isolation from the rest of the world, nor can the world enjoy prosperity and stability without China.“<sup>191</sup> Zudem schreibt das Papier fest, dass sich „das Ringen um strategische Ressourcen, strategische Plätze und strategischer Dominanz“ weltweit intensiviert habe<sup>192</sup>: „Das internationale politische System entwickle sich immer mehr in Richtung Multipolarität – und es ist klar, dass China einer dieser Pole ist. Die Staaten ringen dabei um die Absicherung strategischer Positionen.“<sup>193</sup> Aufgrund der „Überlegenheit“ anderer Staaten und der Intensivierung des militärischen Konkurrenzkampfes sei die Modernisierung der chinesischen Streitkräfte notwendig<sup>194</sup> – unter anderem in folgenden Bereichen: Strategische Nuklearwaffen (2017: 270 Sprengköpfe)<sup>195</sup>, Raketenabwehr, Raumfahrttechnik, Aufklärung, Überwachung sowie künstliche Intelligenz bzw. Robotik. China beobachtet

---

<sup>188</sup> Ebenda.

<sup>189</sup> Aus: Gerald Brettner-Messler, Neues Weißbuch aus China, in: Der Soldat, 29.04.2009, S. 8.

<sup>190</sup> Aus: State Council Information Office of the Chinese Government, White Paper: China's National Defense in 2008, Published: January 20, 2009, Vorwort, 2. Absatz.

<sup>191</sup> Ebenda.

<sup>192</sup> Ebenda, Punkt I. The Security Situation, 3. Absatz.

<sup>193</sup> Aus: Gerald Brettner-Messler, Neues Weißbuch aus China, in: Der Soldat, 29.04.2009, S. 8.

<sup>194</sup> Aus: State Council Information Office of the Chinese Government, White Paper: China's National Defense in 2008, Published: January 20, 2009, Punkt I. The Security Situation, 4. Absatz

<sup>195</sup> Aus: André Anwar, Großmächte setzen auf die Modernisierung ihrer Atomwaffen, in: Die Presse, 03.07.2017, S. 2.

in diesem Zusammenhang einen verstärkten Rüstungswettlauf.<sup>196</sup> Zudem sehe sich China mit „strategischen Manövern und einer Eindämmungspolitik von außen“ konfrontiert.<sup>197</sup> Die chinesische Waffenproduktion konzentriert sich auf die Erzeugung von neuen Panzern<sup>198</sup>, gepanzerten Fahrzeugen und Artillerie<sup>199</sup>. Die Streitkräfte selbst müssen künftig in der Lage sein, kurzfristige Einsatzbereitschaft herzustellen und die Überlegenheit bei „high-intensity wars“ zu gewährleisten.<sup>200</sup> Laut Weißbuch 2009 gibt es folgende Gefahren für die nationale Sicherheit Chinas: Einerseits die Bedrohung der Einheit des Staates durch separatistische Kräfte, die Tibet, Taiwan und Ostturkestan abspalten wollen.<sup>201</sup> Andererseits die USA als strategischer Gegenspieler, ohne dass diese namentlich genannt werden: China werde in diesem Zusammenhang mit der „Überlegenheit entwickelter Länder“ konfrontiert. In der Folge stoßen Waffenlieferungen der USA nach Taiwan auf große Ablehnung in Peking. Die Modernisierung der *Volksbefreiungsarmee* soll bis 2050 abgeschlossen sein.<sup>202</sup> Schwächen sah das Pentagon im Bericht „Die Militärmacht der Volksrepublik China“ aus 2009 bei der Integration der chinesischen Teilstreitkräfte, den Transportkapazitäten in der Luft und im amphibischen Bereich, bei der Versorgung zur See und dem Betanken von Flugzeugen in der Luft.<sup>203</sup> Die *Volksbefreiungsarmee* habe demnach zumindest limitierte Optionen entwickelt, mit denen Druck auf Taiwan ausgeübt werden könnte. Beide Berichte – sowohl das Weißbuch

---

<sup>196</sup> Aus: Gerald Brettner-Messler, Neues Weißbuch aus China, in: Der Soldat, 29.04.2009, S. 8.

<sup>197</sup> Aus: China verteidigt Rüstung, in: Die Presse, 21.01.2009, S. 6.

<sup>198</sup> China verfügte nach dem Pentagon-Bericht 2009 damals über 6.700 Panzer. Aus: Wendell Minnick, Chinese Continue Modernization Push, in: Defense News, April 20, 2009, S. 12.

<sup>199</sup> Die Anzahl der Artilleriewaffen wird laut Pentagon-Angaben aus 2009 auf 7.400 geschätzt. Aus: Ebenda.

<sup>200</sup> Aus: Ebenda.

<sup>201</sup> Aus: State Council Information Office of the Chinese Government, White Paper: China's National Defense in 2008, Published: January 20, 2009, Punkt I. The Security Situation, S. 4.

<sup>202</sup> Aus: Gerald Brettner-Messler, Neues Weißbuch aus China, in: Der Soldat, 29.04.2009, S. 8, sowie State Council Information Office of the Chinese Government, White Paper: China's National Defense in 2008, Published: January 20, 2009, Punkt II. National Defense Policy, 4. und 5. Absatz

<sup>203</sup> Vgl. dazu auch: CNN, Pentagon report: China's military expanding its capabilities, CNN.com/asia, <http://edition.cnn.com/2009/>, abgerufen am 22.05.2009.

Chinas aus 2009 als auch der Bericht des Pentagons aus 2009 – machten deutlich, dass trotz aller Bekenntnis zur Kooperation und der Erkenntnis gegenseitiger Abhängigkeiten sehr wohl Rivalität zwischen beiden Ländern vorhanden ist und der jeweils andere somit als Konkurrent wahrgenommen wird.<sup>204</sup> Und das nicht nur zwischen China und den USA: China plant, massiv seine Marinestreitkräfte auszubauen. Eine stärkere militärische Präsenz der Volksrepublik im Indischen Ozean versetzt auch Indien in die Lage, Marinekapazitäten modernisieren und erweitern zu müssen: „*India’s security environment in the medium or long term may radically change, particularly if China establishes its naval presence in the Indian Ocean*“, betonte Gurpreet Khurana, Oberst der Indischen Marine und Verteidigungsanalytiker am Institut für Verteidigungsstudien und -analysen in Neu Delhi.<sup>205</sup>

Erstmals zeigte China nukleargetriebene U-Boote in der Öffentlichkeit (an der Stückzahl: zwei) am 22. April 2009 in Qingdao, diese U-Boote der Jin-Klasse, die nuklear bestückt sein können, erhöhen die Schlagkraft Chinas deutlich.<sup>206</sup> China produzierte und erwarb schon damals fünfmal schneller U-Boote als die USA.<sup>207</sup> Dies alles kann das regionale militärische Gleichgewicht ziemlich verändern und Auswirkungen auch über den asiatisch-pazifischen Raum hinaus haben, so das US-Verteidigungsministerium (Pentagon). Die Streitkräfte Chinas übernehmen zwar „*Rollen und Missionen*“, „*die über die unmittelbaren territorialen Interessen Chinas hinausgehen.*“ Gleichzeitig lasse Peking die Außenwelt im Unklaren darüber, was es mit seinem militärischen Aufbauprogramm eigentlich bezwecke.<sup>208</sup>

Gemäß dem Weißbuch für nationale Verteidigung aus 2009 möchte China auch seine Truppen verstärkt für friedenserhaltende Aufgaben im Rahmen

---

<sup>204</sup> Aus: Gerald Brettner-Messler, Neues Weißbuch aus China, in: Der Soldat, 29.04.2009, S. 8.

<sup>205</sup> Aus: Vivek Raghuvanshi, Experts: India Must Counter China in Littorals, in: Defense News, January 12, 2009, S. 14.

<sup>206</sup> Aus: China Parades Naval Might, in: Defense News, April 27, 2009, S. 3.

<sup>207</sup> Aus: Robert Kaplan, Center Stage for the 21<sup>st</sup> Century: Rivalry in the Indian Ocean, March 16, 2009, Real Clear Politics, <http://www1.realclearpolitics.com>, abgerufen am 17.03.2009, S. 6.

<sup>208</sup> Aus: Burkhard Bischof, Chinas Geheimnistuerei wird militärisches Risiko, in: Die Presse, 27.03.2009, S. 8.

von UNO-Friedenseinsätzen ins Ausland entsenden. Mit 30. September 2019 waren 2.437 Soldaten, Militärpersonen und Polizisten aus der Volksrepublik China an acht Einsätzen der UNO beteiligt – einschließlich derjenigen, die sich im UN Department of Peacekeeping Operations befanden. In Afrika beteiligte sich China an folgenden UN-Einsätzen: mit 1.058 Einsatzkräften in Südsudan (UNMISS – *United Nations Mission in the Republic of South Sudan*), 421 in Mali (MINUSMA – *Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation au Mali*), 371 im Rahmen der Hybridoperation der Afrikanischen Union und der UNO in Darfur (UNAMID – *African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur*) sowie 231 in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO – *Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo*) und 12 in Westsahara/Marokko (MINURSO – *Mission des Nations Unies pour l'organisation d'un référendum au Sahara occidental*). Zudem gehörten 419 Einsatzkräfte Ende September 2019 der UNIFIL-Mission im Libanon (*United Nations Interim Force in Lebanon*), fünf der UNTSO (*United Nations Truce Supervision Organisation*) im Nahen Osten sowie vier der UNFICYP (*United Nations Peacekeeping Force in Cyprus*) auf Zypern an.<sup>209</sup>

Zwischen 2009 und 2019 wurde der Verteidigungsetat enorm angehoben. Am 4. März 2009 gab der Sprecher des Nationalen Volkskongresses (2.987 Delegierte),<sup>210</sup> der ehemalige Außenminister Li Shaoxing, bekannt, dass das Militärbudget für 2009 um knapp 15 Prozent auf umgerechnet etwa 56 Milliarden Euro erhöht wird.<sup>211</sup> 2014 betrug das Verteidigungsbudget bereits 132 Milliarden US-Dollar, um 12,2 Prozent mehr als im Jahr zuvor, das US-Verteidigungsbudget im Fiskaljahr 2014/15 betrug 526,8 Milliarden US-Dollar.<sup>212</sup> 2015 wurde das chinesische Verteidigungsbudget um 10,1 Prozent auf 141,5 Milliarden US-Dollar erhöht.<sup>213</sup> Am 5. Februar 2016 gab Chinas politische Führung bekannt, die Verteidigungsausgaben um 7,6 Prozent auf 146,7 Milliarden US-Dollar zu erhöhen, gemäß

---

<sup>209</sup> UN Homepage (Peacekeeping operations), 29. Februar 2016, hier S. 9f.

<sup>210</sup> Nationaler Volkskongress, in: Die Presse, 5.03.2016, S. 2.

<sup>211</sup> Aus: Jutta Lietsch, Ein Gespenst sucht China heim: Arbeitslosigkeit, in: Die Presse, 05.03.2009, S. 8.

<sup>212</sup> China's Defense Budget, in: The New York Times International Weekly, March 14, 2014, S. 2, veröffentlicht als Beilage in der Süddeutschen Zeitung.

<sup>213</sup> Wendell Minnick, China Hikes Budget Amid Corruption Fight, in: Defense News, 09.03.2015, S. 1 und 4, hier S. 1.

Nachrichtenagentur Xinhua sollen vor allem Chinas maritime Rechte im Südchinesischen Meer geschützt werden. Die letzte einstellige Erhöhung des Verteidigungsbudgets fand 2009/10 statt.<sup>214</sup> Die Modernisierung des Verteidigungssektors soll auch in China „mit der Zeit gehen“, um mit der „beschleunigenden militärischen Transformation in der gegenwärtigen Welt Schritt halten zu können.“<sup>215</sup> Die Einsatzkräfte der bewaffneten Volkspolizei sind nicht Teil der Streitkräftestrukturen und gliedern sich in innere Sicherheitskräfte, mobile Kräfte und Küstenwache; sie nehmen unter anderem folgende Aufgaben wahr: Wachaufgaben, Terrorismusbekämpfung, Schutz maritimer Rechte und auch Katastrophenschutz.<sup>216</sup> Seit 2018 ist die bewaffnete Volkspolizei der ausschließlichen Zuständigkeit der Zentralen Militärkommission unterstellt.<sup>217</sup>

Seit der Öffnung der Volksrepublik China 1978 wurde das Verteidigungsbudget der Volksrepublik stets erhöht. Der Anteil der Verteidigungsausgaben – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – fiel jedoch nach chinesischen Angaben von 5,43 Prozent (1979) auf 1,26 Prozent (2017).<sup>218</sup> Die Bombardierung der Botschaft Chinas in Belgrad im Zuge der NATO-Operation Allied Force 1999 wurde für Peking der Hauptgrund, die Streitkräfte Chinas ständig zu modernisieren.<sup>219</sup>

Im Weißbuch für Verteidigung von 2006 schrieb die politische Führung Chinas fest, die Verteidigung des Landes von regionalem Schwerpunkt auf

---

<sup>214</sup> China's Defense Budget, Global Security, <http://www.globalsecurity.org/military/world/china/budget.htm>, abgerufen am 12.04.2016.

<sup>215</sup> People's Republic of China, The Roadmap of the 18th CPC National Congress and The Chinese Dream, Beijing 2013, S. 296.

<sup>216</sup> Ministry of National Defense (China), China's National Defense in the New Era, Source: Xinhuanet, Editor: Li Jiayao, 2019-07-24 14:41:49, [http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content\\_4846443.htm](http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content_4846443.htm) (abgerufen am 23.09.2019, 14:22 Uhr, S. 22).

<sup>217</sup> Li Hao, Key Points of China's New Defence White Paper, JIIA Strategic Comments (No. 14), The Japan Institute of International Affairs, Tokyo, September 13, 2019, S. 4.

<sup>218</sup> Ministry of National Defense (China), China's National Defense in the New Era, Source: Xinhuanet, Editor: Li Jiayao, 2019-07-24 14:41:49, [http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content\\_4846443.htm](http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content_4846443.htm) (abgerufen am 23.09.2019, 14:22 Uhr, S. 25).

<sup>219</sup> Gunther Hauser, China – A Hyper-state on the Rise, S. 11-37, hier S. 22.

„transregionale Mobilität“ zu erweitern. Letztere beinhaltet den Ausbau der integrierten Fähigkeiten zwischen den Landstreitkräften und der Luftwaffe und in diesem Zusammenhang auch jener Fähigkeiten, die in der Lage sind, verstärkt Einsätze über lange Strecken durchzuführen.

Zudem sollen die Spezialeinsatzkräfte der Streitkräfte ausgebaut werden. Ziel ist die Schaffung „informationalisierter“ (= voll interoperabler und auf High-tech basierter) Streitkräfte.<sup>220</sup> Xi Jinping betonte:

*„Es gilt, unsere Streitkräfte nach den Erkenntnissen eines realen Krieges hart und strikt zu trainieren. Bei der Modernisierung der Armee soll den Vorbereitungen auf militärische Kämpfe ständig Vorrang eingeräumt werden, um die Fähigkeiten der Armee zur Erfüllung vielfältiger militärischer Aufgaben, von denen die Fähigkeit zum Gewinnen regional begrenzter Kriege unter den Bedingungen der Verbreitung der Informationstechnologie den Kern bildet, umfassend zu erhöhen.“<sup>221</sup>*

China möchte künftig regionale „High-Tech“-Kriege gewinnen können. Wozu auch ein nukleares C3-System (C3 = Command and Control, Communication – Führung und Kommunikation) zählt, das „Launch on Warning“ ermöglicht – d. h. einen Zweitschlag noch vor dem Einschlag feindlicher Atomwaffen. US-THHAD-Systeme (Abwehrraketensysteme), wie in Südkorea installiert, könnten aus chinesischer Sicht die Wirksamkeit eines derartigen Systems annullieren.<sup>222</sup> Mittlerweile befinden sich aus chinesischer Sicht folgende fünf von sechs US-Luftwaffenstützpunkten im Pazifik in Reichweite chinesischer Langstreckenraketen: Osan AFB und Kunsan AFB in Südkorea sowie Kadena AFB, Misawa AFB und Yokota AFB in Japan, bald auch die Anderson AFB auf Guam.<sup>223</sup>

---

<sup>220</sup> Martin Kleiber, *The Chinese Military on a Long March into the 21<sup>st</sup> Century*, in: Gunther Hauser and Franz Kernic (eds.), *China: The Rising Power*, Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main 2009, S. 193-214, hier S. 200 und S. 209.

<sup>221</sup> Xi Jinping, *China regieren*, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 2014, S. 269.

<sup>222</sup> Peter Buchas / Jean Christopher Mittelstaedt, *Chinas Nordkorea-Problem*, in: *Militär Aktuell* 2/2016, S. 10-12, hier S. 11.

<sup>223</sup> Chen Xinneng, *U.S. Air Force Experiences on Development of Informationized Equipment*, in: *International Strategic Studies* 4/2016, Volume 122, China Institute for International Strategic Studies, S. 92-100, hier S. 95.

Die Streitkräfte sollen, so Xi Jinping, „diszipliniert sein, jeden Befehl“ befolgen und „einheitlich“ handeln und vor allem dem „Kommando der Partei“ folgen.<sup>224</sup> Der „Sieg des Langen Marsches“ unterstreicht, so Xi Jinping, die wichtige Rolle der Streitkräfte als „Fundament der Revolution“ und dass die „absolute Führung der Partei“ den „Sieg am Schlachtfeld garantiert hat.“<sup>225</sup> „Auf unserem neuen Langen Marsch“, so Xi Jinping, wird unter der Leitung der Kommunistischen Partei ein „starkes Militär“ aufgebaut werden – angepasst „an die neuen Bedingungen“ wird sogar unter verstärkter Modernisierung der Aufbau einer „Weltklasse-Armee“ angestrebt.<sup>226</sup> Zudem sollen die militärische Zusammenarbeit und sicherheitspolitische Partnerschaften mit anderen Ländern in Hinblick auf die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen verstärkt angepasst werden.<sup>227</sup>

Derzeit befindet sich die Verteidigung Chinas in „Zeiten des wachsenden Hegemonismus, der Machtpolitik, des Unilateralismus und ständiger Regionalkonflikte und Kriege“ aus chinesischer Sicht vor unter anderem großen Herausforderungen:

*„International strategic competition is on the rise. The US has adjusted its national security and defense strategies, and adapted unilateral policies. It has provoked and intensified competition among major countries, significantly increased its defense expenditure, pushed for additional capacity in nuclear, outer space, cyber and missile defense, and undermined global strategic stability. NATO has continued its enlargement, stepped up military deployment in Central and Eastern Europe, and conducted frequent military exercises. Russia is strengthening its nuclear and non-nuclear capabilities for strategic containment, and striving to safeguard its strategic security space and interests. The European Union (EU) is accelerating its security and defense integration to be more independent in its own security. International arms control and disarmament*

---

<sup>224</sup> Xi Jinping, China regieren, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 2014, S. 269.

<sup>225</sup> Xi Jinping, Speech at a Ceremony Commemorating the 80th Anniversary of the Victory of the Long March, October 21, 2016, in: *Qinshi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 16-29, S. 27.

<sup>226</sup> Ebenda.

<sup>227</sup> Ebenda, S. 28.

*efforts have suffered setbacks, with growing signs of arms race. The non-proliferation of weapons of mass destruction remains problematic.*<sup>228</sup>

Für China gilt es, eine Landgrenze in der Länge von mehr als 22.000 Kilometern und eine Küstenlinie von über 18.000 Kilometern zu verteidigen.<sup>229</sup> China untergliederte sich bis 2016 in sieben Militärbezirke,<sup>230</sup> diese wurden in fünf Operationsräume („battle zones“: einen nördlichen, einen südlichen, einen östlichen, einen westlichen und einen Zentralraum) umstrukturiert, „die fortan Bodentruppen, Marine und Luftstreitkräfte und das strategische Unterstützungskorps integrieren“.<sup>231</sup> Die ehemaligen, bis Februar 2016 bestehenden, vier Hauptämter (General Departments – General Staff Department, General Political Department, General Logistics Department, General Armaments Department) – diese hatten als Kommandostruktur gedient – wurden durch eine neue Struktur des Zentralen Militärkomitees ersetzt und bestehen nun aus 15 untergeordneten Kommanden. Diese gliedern sich in ein General Office sowie sechs folgende Abteilungen: Joint Staff Department, Political Work Department, Logistics Support Department, Equipment Development Department, Training Management Department, National Defense Mobilization Department. Dazu existieren noch drei Kommissionen (Discipline Inspection Commission, Political and Legal Affairs Commission, Science and Technology Commission) und fünf Büros (Strategic Planning Office, Reform and Organization Office, International Military Cooperation Office, Audit Bureau, Organizational Affairs General Management Bureau).<sup>232</sup> Chinas Bedrohungswahrnehmung

---

<sup>228</sup> Ministry of National Defense (China): China's National Defense in the New Era, Source: Xinhuanet, Editor: Li Jiayao, 2019-07-24 14:41:49, [http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content\\_4846443.htm](http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content_4846443.htm) (abgerufen am 23.09.2019, 14:22 Uhr, S. 10).

<sup>229</sup> Ministry of National Defense (China), China's National Defense in the New Era, Source: Xinhuanet, Editor: Li Jiayao, 2019-07-24 14:41:49, [http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content\\_4846443.htm](http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content_4846443.htm) (abgerufen am 23.09.2019, 14:22 Uhr, S. 8).

<sup>230</sup> Gerald Brettner-Messler, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus chinesischer Sicht, Wien 2009, S. 129.

<sup>231</sup> Peter Buchas, Bedrohungswahrnehmungen und sicherheitspolitische Konzepte Chinas, in: *Sicherheit und Frieden* (S+F) 3/2016, Verlag Nomos, Baden-Baden 2016, S. 177-184, S. 183.

<sup>232</sup> The National Institute for Defense Studies (Japan), Structures Reform of the Party's Arms. In: *East Asian Strategic Review* 2017, Tokyo 2017, S. 89-97, hier S. 90.



änderte sich seit 2015 stark. China betont seither seine internationalen Interessen mit Nachdruck und beginnt, auf hybride Bedrohungsszenarien erst „organisatorisch fragmentiert, zunehmend aber umfassend zu antworten.“<sup>233</sup> Auch „biologische“ oder „gentechnische“ Kriege werden von China nicht ausgeschlossen.<sup>234</sup> Es gilt jedoch primär, Kriege zu vermeiden.

Im November 2013 entschied das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, eine Nationale Sicherheitskommission unter dem Vorsitz des Präsidenten Xi Jinping zu gründen.<sup>235</sup> Seit 2008 setzt China verstärkt auf „strategische Abschreckung“, es gilt seit 1956 die „Strategie der aktiven Verteidigung“,<sup>236</sup> seit 2015 sollen demnach einerseits die chinesischen Streitkräfte in die Lage versetzt werden, lokale Kriege unter den Bedingungen des Einsatzes der Informationstechnologie zu gewinnen, mit dem Fokus auch auf die Steigerung der maritimen Kampfbereitschaft.<sup>237</sup> Zudem soll Chinas Militär den Weg des Landes zu einer „großen nationalen Erneuerung“ im Zuge der Realisierung des „Chinesischen Traumes“ unterstützen.<sup>238</sup> Verteidigung bezieht sich hier folglich auch „auf das ressourcenschonende, diplomatische, listenreiche Vorgehen zur Konfliktvermeidung und zur Herstellung der globalen Harmonie (für die eigenen Ziele).“<sup>239</sup> „Aktiv“ wird also China handeln, „sobald nicht-militärische Maßnahmen ihr Ziel nicht zu erreichen scheinen“.<sup>240</sup> Zudem betont die Kommunistische Partei in der Verteidigungsstrategie aus 2019 erneut „We will not attack unless we are attacked, but we will surely counterattack if attacked.“<sup>241</sup> Das Konzept des

---

<sup>233</sup> Peter Buchas, Bedrohungswahrnehmungen und sicherheitspolitische Konzepte Chinas, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 3/2016, Verlag Nomos, Baden-Baden 2016, S. 177-184, S. 183.

<sup>234</sup> So Generalleutnant Jianwei Wang, damaliger Direktor der PLA National University of Defense Technology, während seines Besuches an der Landesverteidigungsakademie am 3. Juli 2017.

<sup>235</sup> China.org.cn, China adopts national security strategy guideline, January 23, 2015, S. 1.

<sup>236</sup> China Daily.com.cn, China's Military Strategy, May 2015, S. 6.

<sup>237</sup> Ebenda.

<sup>238</sup> Chinese Ministry of Defence, China's Military Strategy, Beijing, May 26, 2015, S. 2.

<sup>239</sup> Peter Buchas, Bedrohungswahrnehmungen und sicherheitspolitische Konzepte Chinas, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 3/2016, Verlag Nomos, Baden-Baden 2016, S. 177-184, S. 181.

<sup>240</sup> Ebenda.

<sup>241</sup> Ministry of National Defense (China), China's National Defense in the New Era, Source: Xinhuanet, Editor: Li Jiayao, 2019-07-24 14:41:49,

„Volkskrieges“ bleibt aufrecht.<sup>242</sup> Sorge bereitet China, dass durch „Länder außerhalb der Region“ Aufklärungsmissionen in dem von China beanspruchten Luft- und Seeraum im Ostchinesischen Meer und im Südchinesischen Meer durchgeführt werden, welche dabei „illegally enter China’s territorial waters and the waters and airspace near China’s islands and reefs, undermining China’s national security.“<sup>243</sup>

Chinas „overseas interests“ sind nach wie vor aus Sicht Pekings durch „spontane Bedrohungen“ wie internationale und regionale Unruhen, Terrorismus und Piraterie gefährdet.<sup>244</sup> Auffällig war, wie China im Weißbuch 2015 den Begriff „overseas interests“<sup>245</sup> erstmals umfassend behandelte. So sieht sich seither China der Aufgabe gegenüber, seine Investitionen in Südost- und in Zentralasien, Osteuropa, Afrika und auch Mittelamerika „vor Störungen wirtschaftlicher und politischer Art zu schützen“. <sup>246</sup> China wurde 2015 erstmals aktiv auf Hoher See im Zuge der ersten Seeübung im Raum Westpazifik.<sup>247</sup> Zudem bleiben Nuklearwaffen für China sehr relevant – zuständig ist hier die Raketenstreitmacht (vor Ende Dezember 2015 die Zweite Artilleriestreitmacht), diese besitzt sowohl nukleare als auch konventionelle Einsatzkräfte.<sup>248</sup> Nuklearwaffen dienen ausschließlich zur Selbstverteidigung, d.h. zur strategischen Abschreckung (und auch zum Gegenangriff), China setzt und unterstützt ebenso die Schaffung von weltweiten massenvernichtungswaffenfreien Zonen.<sup>249</sup> Die Nuklearstreitmacht bleibt für den Schutz der nationalen Souveränität Chinas weiterhin relevant: „Nuclear capability is the strategic cornerstone to

---

[http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content\\_4846443.htm](http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content_4846443.htm) (abgerufen am 23.09.2019, 14:22 Uhr, S. 7.

<sup>242</sup> Ebenda, S. 8.

<sup>243</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>244</sup> Ebenda.

<sup>245</sup> China Daily.com.cn, China’s Military Strategy, May 2015, S. 5.

<sup>246</sup> Peter Buchas, Bedrohungswahrnehmungen und sicherheitspolitische Konzepte Chinas, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 3/2016, Verlag Nomos, Baden-Baden 2016, S. 177-184, S. 182.

<sup>247</sup> National Institute for Defense Studies (Japan), NIDS China Security Report 2016. The Expanding Scope of PLA Activities and the PLA Strategy, Tokyo 2016, S. V.

<sup>248</sup> Ebenda, S. VI.

<sup>249</sup> Information Office of the State Council of the People’s Republic of China, White Papers of the Chinese Government (2005-2008), Foreign Languages Press, Beijing, First Edition 2012, S. 133.

*safeguarding national sovereignty and security.*»<sup>250</sup> China wird jedoch keine Erstschlagspolitik entwickeln und seine Nuklearwaffen gegen atomwaffenfreie Staaten weder einsetzen noch diese mit Nuklearwaffen bedrohen, gleiches gilt für nuklearfreie Zonen / Regionen. Weiters lehnt China einen Rüstungswettlauf mit anderen Staaten ab. Die Nuklearfähigkeiten sollen auf niedrigstem Niveau bleiben, um so ein Minimum an Verteidigungskapazitäten sichern zu können.<sup>251</sup>

Im Jahr 2007 hatte China die ersten von 60 Interkontinentalraketen des Typs *Dong Feng 31A*, die Ziele sowohl in Europa (Paris, Madrid) wie auch in ganz Nordamerika (bis Washington) erreichen können, stationiert.<sup>252</sup> Rückgrat der nuklearen Abschreckung Chinas bildet die *Dong Feng 41*, eine Interkontinentalrakete mit einer Reichweite von bis zu 15.000 Kilometern.<sup>253</sup>

Bis 2035 sollen die chinesischen Streitkräfte weitestgehend modernisiert sein, bis 2019 soll sich die *Volksbefreiungsarmee* zu einer „*Weltklasssearmee*“ entwickeln.<sup>254</sup>

China hatte sich zum Ziel gesetzt, 2017 der zweitgrößte Truppensteller für UN-Einsätze zu werden mit einem Anteil von 10,2 Prozent am UN-Peacekeeping-Budget.<sup>255</sup> Am 28. September 2015 hielt Präsident Xi Jinping beim UN-Peacekeeping-Gipfel eine Rede, in der er sechs Ziele in Hinblick auf die Unterstützung friedenssichernder Einsätze ankündigte:

---

<sup>250</sup> Ministry of National Defense (China), China's National Defense in the New Era, Source: *Xinhuanet*, Editor: Li Jiayao, 2019-07-24 14:41:49, [http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content\\_4846443.htm](http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content_4846443.htm) (abgerufen am 23.09.2019, 14:22 Uhr, S. 13).

<sup>251</sup> Ebenda, S. 8.

<sup>252</sup> Aus: Wendell Minnick, China speeds ICBM Plans, in: *Defense News*, 10.07.2006, S. 1.

<sup>253</sup> Burhard Bischof, Chinas KP lässt ihre Muskeln spielen, in: *Die Presse*, 02.10.2019, S. 7.

<sup>254</sup> Ministry of National Defense (China), China's National Defense in the New Era, Source: *Xinhuanet*, Editor: Li Jiayao, 2019-07-24 14:41:49, [http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content\\_4846443.htm](http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content_4846443.htm) (abgerufen am 23.09.2019, 14:22 Uhr, S. 9).

<sup>255</sup> Jiang Zhenxi, Observation and reflexions On UN Peacekeeping Operations, in: *International Strategic Studies* 4/2016, Volume 122, China Institute for International Strategic Studies, S. 35-43, hier S. 41.

- China schließt sich dem neuen *UN Peacekeeping Capability Readiness System* an. China übernimmt die Führung beim Aufbau einer permanenten Polizeigruppe für Friedenseinsätze und wird künftig ein Kontingent für friedenserhaltende Einsätze mit 8.000 Soldaten bereithalten.
- Künftig sollen auch mehr chinesische Pioniere sowie Transport- und Sanitätsstabelemente für UN-Friedenseinsätze bereitstehen.
- Bis 2020 soll China 2.000 Soldaten für Friedenseinsätze aus anderen Ländern ausbilden und zehn Entminungsassistentenprogramme durchführen (inklusive Ausbildung und Bereitstellung von Gerät). An die 500 Friedenssoldaten aus unterschiedlichen Ländern wurden von China bis Ende 2015 ausgebildet.<sup>256</sup>
- Bis 2020 wird China für die Afrikanische Union militärische Unterstützung im Wert von 100 Millionen US-Dollar bereitstellen für den Aufbau der African Standby Force und der African Capacity for Immediate Response to Crisis.
- China wird seine erste Helikoptergruppe für Friedenseinsätze der UN in Afrika zur Verfügung stellen.
- Teile des Friedens- und Entwicklungsfonds zwischen China und der UN werden für die Unterstützung von UN-Friedensoperationen zur Verfügung gestellt.<sup>257</sup>

Im Jahr 2000 entsendete China die erste Gruppe von Polizeibeamten für UN-Friedenseinsätze, bis 2018 hatte China über 40.000 Peacekeeper für 24 UN-Friedensoperationen bereitgestellt.<sup>258</sup> Seit 1990 hatte China Militärbeobachter, Sanitäter, Pioniere und Transporteinheiten für UN-Friedensoperationen in Kambodscha, im Libanon, in Liberia, in der Elfenbeinküste, in der Demokratischen Republik Kongo, an der irakisch-

---

<sup>256</sup> Ebenda, S. 35-43, hier S. 41f.

<sup>257</sup> Ebenda, hier S. 42.

<sup>258</sup> Ebenda, hier S. 40.

kuwaitischen Grenze sowie im Sudan bereitgestellt. 2016 arbeiteten 3.000 chinesische UN-Soldaten und Polizeibeamte in zehn Missionen.<sup>259</sup>

Im Dezember 2008 verlegte China erstmals auch Kriegsschiffe nach Afrika, um gemeinsam mit internationalen Schiffsverbänden Piraten zu bekämpfen: „Die Piraterie hat sich zu einer internationalen Pest entwickelt“, erklärte der Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums, Oberst Huang Xueping. So stachen am 26. Dezember 2008 zwei Zerstörer mit zwei Helikoptern an Bord und ein Versorgungsschiff der Südseeflotte vom südchinesischen Marinestützpunkt Sanya in See – mit Fahrtrichtung Horn von Afrika. Eine Woche zuvor misslang eine Attacke von Piraten auf den chinesischen Frachter „Zhenhua 4“, der auf der Karibikinsel St. Vincent registriert ist.<sup>260</sup> Im Februar 2016 begann China mit dem Bau seiner ersten Überseemarinebasis – in Djibouti, in der Doraleh-Bucht, für 300-500 Marinekräfte.<sup>261</sup> Die Fertigstellung wurde 2018 erreicht. Die Miete wird 20 Millionen US-Dollar jährlich betragen.<sup>262</sup> China beabsichtigt mit dieser neuen Marinebasis, seinen Beitrag im Bereich UN-Friedenseinsätze zu erhöhen, Begleitmissionen am Horn von Afrika bzw. im Golf von Aden durchzuführen und so die Sicherheit an den SLOC (*Sea lines of communications*) zu erhöhen.<sup>263</sup> Das US-Verteidigungsministerium sieht darin auch ein Unterfangen, künftig die Macht Chinas auch über die Peripherie hinaus projizieren zu können. Auch die USA betreiben als Camp Lemonnier in Djibouti die einzige Marinebasis in Afrika, die dort stationierten Kräfte belaufen sich auf 4.500 Soldaten und „unter Vertrag Arbeitende“.<sup>264</sup> Ziel Chinas ist parallel auch der Ausbau der Infrastruktur zwischen Äthiopien und Djibouti für den Import von äthiopischem Flüssiggas aus der Region, um 2,6 Milliarden US-Dollar baut China die dortige Logistik-Infrastruktur und eine Fabrik im süddjiboutischen Terminal Damerjog aus.<sup>265</sup> China benötigt die Seekräfte vor allem für die

---

<sup>259</sup> Ebenda, hier S. 40f.

<sup>260</sup> Aus: Jutta Lietsch, Chinas neue Rolle auf den Weltmeeren, in: *Die Presse*, 24.12.2008, S. 6.

<sup>261</sup> Ménage à trois, in: *Jeune Afrique*, 20-26.11.2016, S. 64-65.

<sup>262</sup> Djibouti: The superpower's playground, in: *The Economist*, April 9th, 2016, S. 33.

<sup>263</sup> Mike Yeo, DoD: Rapid development of China military underway, in: *Defense News*, June 12, 2017, S. 10-11.

<sup>264</sup> Djibouti: The superpower's playground, in: *The Economist*, April 9th, 2016, S. 33.

<sup>265</sup> Ménage à trois, in: *Jeune Afrique*, 20-26.11.2016, S. 64-65.

Sicherung der Infrastruktur und zum Schutz der Transportwege, diese Einrichtung „*will better guarantee the international escort missions and humanitarian rescues by Chinese military.*“<sup>266</sup> China führte auch Missionen zur Evakuierung von chinesischen Bürgerinnen und Bürgern aus Libyen 2011 durch (zwischen Februar und März 2011 mit vier Iljushin Il-76-Transportflugzeugen und aus dem Jemen wenige Jahre später. Dazu wurden noch Schiffe aus Griechenland gechartert für die Evakuierung von 30.000 chinesischen Staatsbürgern).<sup>267</sup> Zudem nahm China am Transport von Syriens chemischen Waffen, an zahlreichen internationalen Rettungs- und Katastrophenschutzmissionen sowie an humanitären Missionen teil.<sup>268</sup> Die Modernisierung der Streitkräfte der Volksrepublik China soll mit Nachdruck vorangetrieben werden, um die „*Sicherheit und Souveränität*“ Chinas zu gewährleisten.<sup>269</sup> Laut chinesischer Staatsführung sollen sich die Streitkräfte spätestens bis zum Jahr 2049 – anlässlich des hundertsten Jubiläums der Gründung der Volksrepublik China – zu einer „*Weltklassarmee*“ entwickelt haben. Vor allem in den letzten Jahren wurden „*[m]ilitärische Übungen und Vorbereitungen für Kriegsfälle [...] intensiviert.*“<sup>270</sup> Chinas Staatschef Xi Jinping betont jedoch stets, dass sein Militär niemandem bedrohe und seine Landesverteidigung ausschließlich defensiv zu verstehen sei: „*Gleichgültig, wie weit sich China auch immer entwickelt hat, es wird niemals nach Hegemonie und Expansion streben.*“<sup>271</sup>

---

<sup>266</sup> Sun Jianguo (Admiral), A Great Banner for World’s Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: International Strategic Studies 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, S. 1-8, hier S. 7.

<sup>267</sup> National Institute for Defense Studies (Japan), NIDS China Security Report 2016. The Expanding Scope of PLA Activities and the PLA Strategy, Tokyo 2016, S. 25.

<sup>268</sup> Sun Jianguo (Admiral), A Great Banner for World’s Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: International Strategic Studies 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, S. 1-8, S. 8.

<sup>269</sup> Die Presse, China soll wieder einen blauen Himmel sehen, in: *Die Presse*, 06.03.2017, S. 6.

<sup>270</sup> Xi Jinping, Bericht auf dem 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (18. Oktober 2017), Botschaft der Volksrepublik China in der Republik Österreich, S. 7.

<sup>271</sup> Ebenda, S 64.

## Wirtschaftlicher Aufstieg als Ziel

Die Staatsführung Chinas hatte zwar das Land mit ihrer Öffnungspolitik seit 1978 aus der Armut geführt: „Aber die lange Zeit hoch gelobten Wirtschaftspolitiker haben auch Fehler gemacht. China steht vor wirtschaftlichen schweren Jahren und wird die westlichen Kapitalmärkte in Atem halten.“<sup>272</sup> Viele gravierende Probleme muss China in den kommenden Jahren bewältigen, so die wachsende Ungleichheit zwischen ländlichen Gebieten und den Städten, sowie zwischen Küstenregionen und dem Binnenland. Zudem gibt es in keinem Land so viele Superreiche wie in China. Im April 2017 betrug die Zahl der in China registrierten US-Dollar-Milliardäre 594, die Zahl der chinesischen Millionäre lag in der Volksrepublik bei über zwei Millionen. In Peking lebten 2017 somit mehr Millionäre als in London oder in New York (wie aus der Hurun-Reichenliste des in Shanghai lebenden Briten Rupert Hoogewerf hervorgeht).<sup>273</sup> Aus Sicht der chinesischen Staatsführung ist dieses Problem bereits erkannt: Wenn aus chinesischer Sicht das Kapital akkumuliert, befindet sich der Wohlstand in den Händen einiger weniger Monopolkapitalisten, was wiederum eine wachsende Polarisierung zwischen der arbeitenden Klasse und der Bourgeoisie in den Bereichen Wohlstand und Einkommensverteilung zur Folge hat.<sup>274</sup> Es gilt deshalb, eine „ausgeglichene sozialistische Marktwirtschaft“ anzustreben, in der unterschiedliche Formen der Eigentumsverhältnisse – öffentlich und privat – existieren, der Fokus liegt dabei auf den öffentlichen Besitzverhältnissen als „dominante Form des Eigentums“.<sup>275</sup>

Weitere große Herausforderungen bleiben „ein aufgeblähter und ineffizienter Staatssektor, Umweltzerstörung, massive Binnenmigration, ein unzureichendes soziales

---

<sup>272</sup> Aus: Jörg Krämer, Chinas entzauberte Wirtschaftspolitiker, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.01.2016, S. 16.

<sup>273</sup> Felix Lee, Chinas knausrige Superreiche, in: *Die Presse am Sonntag*, 16.04.2017, S. 18.

<sup>274</sup> Zhang Yu, The Global Significance of the Socialist Market Economy, *Qiusbi, CPC Journal on China's Governance & Perspectives*, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 114-119, S. 115ff.

<sup>275</sup> Ebenda.

*Sicherheitsnetz, Korruption und mangelnde Rechtsstaatlichkeit.*<sup>276</sup> Zudem wird China „zunehmend ungünstigen demografischen Entwicklungen ausgesetzt“ sein:

*„Nachdem über drei Jahrzehnte eine Ein-Kind-Politik verfolgt wurde, wird die Zahl der Chinesen im arbeitsfähigen Alter ab 2016 abnehmen und die Zahl der Personen, die nicht mehr im erwerbsfähigem Alter sind, wird die der Kinder bis 2030 übersteigen. Aus diesem Grund gibt es Befürchtungen, dass die Bevölkerung alt wird, bevor sie reich wird.“*<sup>277</sup>

Da folglich die „produktiven Jahrgänge aufgrund der Ein-Kind-Politik ausgedünnt sind, ergeben sich große Schwierigkeiten beim Aufbau einer umfassenden nationalen Altersversorgung.“<sup>278</sup>

Mao Zedong hatte den Frauen noch befohlen, so viele Kinder wie möglich zu gebären (er sah das Heil in möglichst vielen Bauern, Arbeitern und Soldaten), ab 1973 änderte sich dessen Politik gegenüber Geburten. Damals bekamen chinesische Frauen durchschnittlich 4,6 Kinder.<sup>279</sup> Deng Xiaoping drehte die Priorität ab 1982 um, als die Ein-Kind-Politik von ihm eingeführt wurde: Er sah das Wirtschaftswachstum vom Bevölkerungswachstum bedroht und befahl die Einschränkung auf ein Kind pro Familie.<sup>280</sup> Seit Jahrzehnten finden Millionen Männer keine Ehefrauen mehr. In rückständigen ländlichen Gebieten floriert der Mädchenhandel. Junge Frauen werden entführt, verschleppt, als Bräute, Dienstmädchen oder Prostituierte weiterverkauft.<sup>281</sup> Männer haben in der

---

<sup>276</sup> Joseph S. Nye, Wie stark die Wirtschaft Chinas wirklich ist, in: *Die Presse*, 13.11.2014, S. 30.

<sup>277</sup> Ebenda.

<sup>278</sup> Helmut Schmidt, Ein letzter Besuch. Begegnungen mit der Weltmacht China. Gespräch mit Lee Kuan Yew, Pantheon-Verlag, 2015, S. 17.

<sup>279</sup> The Economist, Chinese demography. Old, not yet rich, in: *The Economist*, November 2nd, 2019, S. 65-66, hier S. 65.

<sup>280</sup> Sibylle Hamann, Kinder sind kein Material. Und Körper sind kein Staatsbesitz, in: *Die Presse*, 05.08.2015, S. 23; und: Internationale Politik (IP), Zwei-Kind-Politik, in: Internationale Politik (IP), hrsgg. von der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, Berlin, Juli-Oktober 2015, S. 54-55, hier S. 54.

<sup>281</sup> Sibylle Hamann, Kinder sind kein Material. Und Körper sind kein Staatsbesitz, in: *Die Presse*, 05.08.2015, S. 23.



chinesischen Gesellschaft traditionell einen höheren Stellenwert.<sup>282</sup> So entschieden sich viele Eltern, weibliche Föten abzutreiben. Am Land kommen teilweise 180 männliche Singles über 15 Jahre auf 100 unverheiratete Frauen, in Großstädten wie Shanghai ist das Verhältnis mit 123 zu 100 ausgeglichener.<sup>283</sup> Sieben Millionen unverheiratete Frauen (= „übriggebliebene Frauen“ / „Shengnü“) zwischen 25 und 34 Jahren lebten laut einer Studie der Qinghua-Universität aus dem Jahr 2016 in Chinas Städten. Mittlerweile ist die Alterung der Gesellschaft in China noch dramatischer als in westlichen Industrieländern. Es fehlt an jungen Arbeitskräften und an Pflegern für die Alten.<sup>284</sup> Die Ein-Kind-Politik Pekings wurde 2015 von der Zwei-Kind-Politik abgelöst.<sup>285</sup> Seit Ende 2013 durften Paare einen Antrag auf ein zweites Kind stellen, wenn mindestens ein Elternteil ein Einzelkind war.<sup>286</sup> Heute beträgt die durchschnittliche Geburtenrate 1,6 Kinder pro Frau, einige Demografieexperten behaupten, selbst diese Zahl sei noch zu hoch.<sup>287</sup> Seit dem Jahr 2012 verringert sich zudem die Anzahl der arbeitenden Bevölkerung, bis 2050 wird der Anteil voraussichtlich um ein Fünftel sinken. In China werden im Jahr 2050 zwei arbeitende Erwachsene für eine Pensionistin bzw. für einen Pensionisten aufkommen, im Jahr 2000 waren es noch neun werktätige Personen, die für eine Person im Ruhestand aufkamen. Laut Chinese Academy of Social Sciences könnte dem nationalen Pensionsfonds in China bereits das Geld bis zum Jahr 2035 ausgehen.<sup>288</sup>

China ist zudem noch nicht bereit, „effektiv auf lauter werdende Forderungen nach politischer Partizipation“ zu reagieren, „die häufig mit einem steigenden BIP pro Kopf

---

<sup>282</sup> Internationale Politik (IP), Zwei-Kind-Politik, in: Internationale Politik (IP), hrsgg. von der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, Berlin, Juli-Oktober 2015, S. 54-55, hier S. 54.

<sup>283</sup> Marlies Kastenhofer, Chinas übrig gebliebene Frauen, in: *Die Presse*, 12.04.2016, S. 6.

<sup>284</sup> Ebenda.

<sup>285</sup> Tom Phillips / Michael Safi, India's population bigger than China's, academic claims, in: *The Guardian Weekly*, 02.06.2017, S. 10.

<sup>286</sup> Internationale Politik (IP), Zwei-Kind-Politik, in: Internationale Politik (IP), hrsgg. von der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, Berlin, Juli-Oktober 2015, S. 54-55, hier S. 54.

<sup>287</sup> *The Economist*, Chinese demography. Old, not yet rich, in: *The Economist*, November 2nd, 2019, S. 65-66, hier S. 65.

<sup>288</sup> Ebenda.

einbergeben.<sup>289</sup> Die Frage stellt sich laut dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler diesbezüglich wie folgt: „Wird es zum politischen Wandel kommen, wenn sich das nominale BIP pro Kopf, das derzeit bei rund 7.000 US-Dollar liegt, der Schwelle von 10.000 US-Dollar nähert, wie das in Südkorea oder in Taiwan der Fall war?“<sup>290</sup>

So bleibt es abzuwarten,

„ob China ein Konzept entwickeln kann, um mit einer wachsenden städtischen Mittelschicht, regionaler Ungleichheit und ethnischen Minderheiten zurechtzukommen, die vielerorts Unruhepotenziale bergen. Sein schwacher wirtschaftlicher Entwicklungszustand könnte die Situation erschweren.“<sup>291</sup>

Die Volksrepublik ist seit Dezember 2001 Mitglied der Welthandelsorganisation WTO und gilt als der Wachstumsmarkt für amerikanische, europäische und russische Spitzentechnologie. Die WTO berücksichtigte bei der Aufnahme Chinas jedoch, dass die Preise in China nicht durch Angebot und Nachfrage, sondern durch staatliche Vorgaben bestimmt werden. So konnte auch zum Beispiel die EU Strafzölle verhängen, um den europäischen Markt vor Billigimporten aus China zu schützen. Diese WTO-Regel galt noch bis 11. Dezember 2016. Nach Meinung der europäischen Industrie dürfen die Vorschriften jedoch erst dann geändert werden, wenn sich China zu einer Marktwirtschaft gewandelt hat:<sup>292</sup> „As long as the party places itself above the law, real pro-market economic reforms are impossible.“<sup>293</sup>

Im Jahr 2010 hatte China Japan als Wirtschaftsmacht überholt und ist seither zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt nach den USA.<sup>294</sup> China überzeugt seit dem Beginn des Reform- und Öffnungsprozesses 1978 –

---

<sup>289</sup> Joseph S. Nye, Wie stark die Wirtschaft Chinas wirklich ist, in: *Die Presse*, 13.11.2014, S. 30.

<sup>290</sup> Ebenda.

<sup>291</sup> Ebenda.

<sup>292</sup> EU-Strafzölle auf Waren aus China könnten 2016 fallen, in: *Die Presse*, 02.04.2015, S. 5.

<sup>293</sup> Minxin Pei, Twilight of the CCP, in: *The American Interest*, March/April 2016, S.27-35, S. 31.

<sup>294</sup> Waltraut Urban, China als wirtschaftliche Weltmacht, Wien 2012, S. 117-125, hier S. 117.

dieser wurde durch Deng Xiaoping eingeleitet – mit einer enormen wirtschaftlichen Entwicklung. Zwischen 1979 und 2007 betrug in China das jährliche durchschnittliche Wirtschaftswachstum 9,7 Prozent. Im Jahr 2003 überholte mit 53,5 Milliarden US-Dollar die Volksrepublik erstmals die USA als größtes Zielland für ausländische Direktinvestitionen.<sup>295</sup> China hat seit einigen Jahren die USA als weltgrößter Industrieproduzent und Automobilmarkt überflügelt.<sup>296</sup> Für die ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)<sup>297</sup> wurde China 2005 viertgrößter Handelspartner.<sup>298</sup> 2017 lebten 625 Millionen Menschen in ASEAN-Staaten und erwirtschafteten mit rund drei Billionen US-Dollar rund acht Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung.<sup>299</sup>

Zwischen 1978 und 2008 hatte sich das Wirtschaftsvolumen der Volksrepublik China verzehnfacht.<sup>300</sup> In den letzten Jahren haben chinesische Manager damit begonnen, europäische und amerikanische Firmen zu kaufen. So ging im Sommer 2005 der insolvente britische Rover-Konzern an die chinesische Nanjing Corporation. Ein Jahr zuvor kaufte die chinesische Computerfirma Lenovo den Personalcomputerbereich des US-Konzerns IBM. Der chinesische Elektrokonzern TCL hatte den TV-Hersteller Thomson (Frankreich) und die Elektrofirma Schneider (Deutschland) gekauft. Weltweit investiert China Milliarden und „stellt sich

---

<sup>295</sup> Aus: Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: *Europäische Sicherheit* 1/2005, S. 18-24, S. 18.

<sup>296</sup> Henry Kissinger, Fareed Zakaria, Niall Ferguson, David Daokui Li: Wird China das 21. Jahrhundert beherrschen? Eine Debatte, Pantheon Verlag, München, im Februar 2012, S. 19.

<sup>297</sup> Die ASEAN wurde am 8. August 1967 von Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand gegründet. 1984 wurde das Sultanat Brunei Mitglied der ASEAN, zwischen 1995 und 1999 schlossen sich Vietnam, Laos, Kambodscha und Myanmar der ASEAN an. Mehr zu ASEAN in: Michael Fuker, Die ASEAN-Charter. Stückwerk des regionalen Integrationsprozesses, AIES Fokus 3/2009, herausgegeben vom Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES), Maria Enzersdorf 2009.

<sup>298</sup> Aus: White Paper: China's Peaceful Development Road. The State Council Information Office, People's Republic of China, Beijing, December 2005, S. 16.

<sup>299</sup> Felix Lee, Die magere Bilanz des Asean-Bundes, in: *Die Presse*, 2.08.2017, S. 4.

<sup>300</sup> Henry Kissinger, Fareed Zakaria, Niall Ferguson, David Daokui Li: Wird China das 21. Jahrhundert beherrschen? Eine Debatte, Pantheon Verlag, München, im Februar 2012, S. 19.

so ein internationales Markenportfolio zusammen.<sup>301</sup> Chinesische Investoren gibt es in mehr als 170 Ländern.<sup>302</sup> Durch Technologiezuwachs soll auch die eigene Infrastruktur in China verbessert werden: Chinas Hersteller setzen derzeit verstärkt auf Elektroantriebe. Bei Geely (seit 2010 Eigentümer von Volvo, der Kaufpreis für die Erwerbung aus dem Ford-Konzern betrug 1,5 Milliarden US-Dollar) sollen bis 2020 90 Prozent des Absatzes durch E-Autos oder Plug-in-Hybride erwirtschaftet werden.<sup>303</sup> Chinas Unternehmen sind auf Einkaufstour rund um den Globus und hatten im Jahr 2015 bereits dafür 22 Billionen US-Dollar „in der Kasse“.<sup>304</sup>

Die zahlreichen Firmenkäufe durch chinesische Investoren und der damit verbundene Kapitalzufluss beunruhigt unter anderem die deutsche Regierung. China konzentriert sich bei den Übernahmen in Europa einseitig auf „industrielle Hoch- und Schlüsseltechnologie“, so Deutschlands damalige Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries, und betonte, dass der chinesische Markt zugleich für europäische Investoren in vielen Bereichen verschlossen bleibe. Die EU-Staaten sollten, so Zypries, die Möglichkeit erhalten, in Einzelfällen „nicht marktkonforme, also insbesondere staatlich gelenkte oder subventionierte strategische Erwerbe von Unternehmen“, die Schlüsseltechnologien entwickeln oder herstellen, zu prüfen und notfalls zu untersagen.<sup>305</sup> Derartige Forderungen hatte auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron erhoben, er warnte im März 2019 in diesem Zusammenhang vor einem „naiven“ Umgang der EU mit der Volksrepublik China.<sup>306</sup> Laut Ernst & Young gab es 2016 in Deutschland 68 Übernahmen durch chinesische Käufer. Diese zahlten dafür insgesamt 10,7 Milliarden Euro. Das waren mehr Übernahmen als in den vorangegangenen zehn Jahren zusammen.<sup>307</sup> Die Europäische Kommission beschloss am 12. März

---

<sup>301</sup> China lässt Österreich bei Investitionen links liegen, in: *Der Standard*, 11.04.2015, S. 23.

<sup>302</sup> So Chinas damaliger Botschafter in Österreich, Zhao Bin, in seinem Vortrag zum Thema „Chinesische Außenpolitik“, Diplomatische Akademie Wien, 2. Juli 2013.

<sup>303</sup> Chinesische Autobauer forcieren Elektroantrieb, in: *Salzburger Nachrichten*, 12.12.2015, S. 34.

<sup>304</sup> China lässt Österreich bei Investitionen links liegen, in: *Der Standard*, 11.04.2015, S. 23.

<sup>305</sup> Die Presse, Berlin fordert Schutzwall gegen China-Übernahmen, in: *Die Presse*, 24.08.2017, S. 7.

<sup>306</sup> Marlies Eder, Macrons Doppelspiel mit Xi Jinping, in: *Die Presse*, 26.03.2019, S. 3.

<sup>307</sup> Die Presse, Berlin fordert Schutzwall gegen China-Übernahmen, in: *Die Presse*, 24.08.2017, S. 7.

2019 eine Mitteilung, in der die Volksrepublik China jedoch anders als 2016 wie folgt eingeschätzt wird:

„China ist gleichzeitig in verschiedenen Politikfeldern ein kooperativer Partner, mit dem die EU eng abgestimmte Ziele hat, ein Verhandlungspartner, mit dem die EU einen Ausgleich der Interessen finden muss, ein wirtschaftlicher Wettbewerber im Rennen um technologische Führerschaft und ein systemischer Rivale, der alternative Modelle des Regierens fördert.“<sup>308</sup>

Seitdem China Ende 2014 die Bestimmungen für Auslandsinvestitionen gelockert hatte,<sup>309</sup> werden Genehmigungen innerhalb von drei Tagen erteilt, selbst Staatsfirmen benötigen maximal 20 Tage, bis sie grünes Licht für eine Auslandsinvestition sehen.<sup>310</sup> Das Portfolio mit chinesischer Beteiligung war 2015 schon weltweit gestreut: Dazu gehörten damals bereits *Pirelli*,<sup>311</sup> *Club Med* (die Investmentgruppe *Fosun* hielt damals 92,81 Prozent des Kapitals des *Club Med*),<sup>312</sup> *Marionnaud*, das *Paris Marriott Hotel Champs-Elysee* sowie die *Groupe Du Louvre* und das *Waldorf Astoria* in New York,<sup>313</sup> *Rosneft*, *Deutsche Bank* oder *IBM* – in Österreich *Steyr Motors*, *ATB*,

---

<sup>308</sup> Oliver Grimm, EU legt gegenüber China die Samthandschuhe ab, in: *Die Presse*, 19.03.2019, S. 5.

<sup>309</sup> Davor bestand für Investitionsvorhaben ab 100 Millionen US-Dollar eine Genehmigungspflicht. Aus: Patrick Baldia, Chinesen nehmen Europa ins Visier, in: *Die Presse*, 02.10.2015, S. F6.

<sup>310</sup> China lässt Österreich bei Investitionen links liegen, in: *Der Standard*, 11.04.2015, S. 23.

<sup>311</sup> Die chinesische Staatsfirma ChemChina schluckt den 1872 gegründeten italienischen Konzern Pirelli „häppchenweise“, am 23. März 2015 zu 26,2 Prozent für 1,9 Milliarden Euro. Die Italiener erhalten Geschäft, die Chinesen Knowhow, in: Reifenkonzern Pirelli wird chinesisch, in: *Die Presse*, 24.03.2015, S. 14.

<sup>312</sup> Aus: Patrick Baldia, Chinesen nehmen Europa ins Visier, in: *Die Presse*, 02.10.2015, S. F6.

<sup>313</sup> „Klotzen statt Kleckern“ lautet die Devise bei den chinesischen Investoren: 345 Millionen Euro hatte sich die Kai Yuan Holding im November 2014 das Paris Marriott Hotel Champs-Elysee kosten lassen, kurz davor hatte sich die chinesische Versicherungsgruppe für zwei Milliarden US-Dollar das Waldorf Astoria Hotel New York gesichert. Für 1,2 Milliarden US-Dollar erwarb der Staatskonzern Jin Jiang International Holdings im Frühjahr 2015 die französische Groupe Du Louvre (diese betreibt weltweit mehr als 1.000 Hotels), und HK CTS Hotels (Tochterunternehmen der China National Travel Service Group Corporation) kaufte im August 2015 für kolportierte 625 Millionen US-Dollar die britische Kew Green Hotels Ltd. Aus: Patrick Baldia, Chinesen nehmen Europa ins Visier, in: *Die Presse*, 02.10.2015, S. F6.

Rosenberger, Huber Tricot und Palfinger. 2014 betrogen Chinas Auslandsinvestitionen 116 Milliarden US-Dollar, so Xingle Gao, Chinas damaliger Wirtschaftsrat in Österreich.<sup>314</sup> 2013 beschloss die chinesische Nuklearindustrie, in das *Hinkley Point C*-Projekt in Großbritannien zu investieren, das von der französischen EDF-Gruppe geleitet wird. Insgesamt sollen zwei Atomkraftwerke in Großbritannien bis 2023 gebaut werden, der Gesamtwert ist mit 243,6 Milliarden US-Dollar veranschlagt.<sup>315</sup> *China General Nuclear Power Group* und *China National Nuclear Corp.* werden sich gemeinsam bis zu 40 Prozent an diesem Projekt beteiligen.<sup>316</sup>

Anfang April 2015 hatte Ministerpräsident Li Keqiang seinen Unternehmern die Devise ausgegeben: „*Stürmt hinaus in die Welt*“.<sup>317</sup> Im Jahr 2016 hatten chinesische Firmen 1,12 Billionen Yuan (ca. 154 Milliarden Euro) für Zukäufe und Übernahmen außerhalb der Volksrepublik ausgegeben, ein Plus von 55 Prozent gegenüber 2015.<sup>318</sup> Die Unternehmen stemmen sich somit nicht nur gegen den Verfall des Yuan, sondern eignen sich auf diese Weise westliches (technologisches) Wissen an. Das wiederum ist der erklärte Wunsch der politischen Führung. Diese hat das Ziel ausgegeben, die technologische Lücke zu westlichen Firmen zu schließen und selbst Weltmarktführer hervorzubringen. Im Dezember 2014 wurde die Strategie „*Made in China 2025*“ erlassen, die vor allem Innovation, Qualität und Effizienz in den Vordergrund stellt („*High Quality Development*“). Bis 2049 soll dann China die führende Industriesupermacht sein und die höchstentwickelten Marktwirtschaften wirtschaftlich eingeholt haben.<sup>319</sup> Dieses Ziel wurde bereits im Jahr 1985 vom damaligen Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Huo Yaobang, formuliert.<sup>320</sup>

---

<sup>314</sup> China lässt Österreich bei Investitionen links liegen, in: *Der Standard*, 11.04.2015, S. 23.

<sup>315</sup> Cecily Liu, A powerful connection for Britain, in: *China Daily European Weekly*, April 3-9, 2015, S. 20.

<sup>316</sup> Ebenda.

<sup>317</sup> China lässt Österreich bei Investitionen links liegen, in: *Der Standard*, 11.04.2015, S. 23.

<sup>318</sup> Nicole Stern, Peking sitzt zwischen den Stühlen: Kontrollwahn oder Öffnung, in: *Die Presse*, 31.12.2016, S. 17.

<sup>319</sup> Ebenda.

<sup>320</sup> So Hu Hao, Director China Center for Contemporary World Studies, Peking, anlässlich des internationalen Symposiums „Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße“, Kleiner Festsaal des

Mittlerweile halten sich chinesische Investoren bei Firmenkäufen in Europa zurück, in Österreich gab es im ersten Halbjahr 2019 erstmals seit 2013 keine einzige chinesische Übernahme. Laut einer Analyse der Unternehmensberatung EY kann 2019 von einem „Ausverkauf“ europäischer Unternehmen an China keine Rede sein. Demnach geht die Zahl chinesischer Übernahmen und Beteiligungen in Europa seit dem Boom im ersten Halbjahr 2016 kontinuierlich zurück. Größter Deal innerhalb der EU war für China im ersten Halbjahr 2019 der Einstieg der *Evergrande Group* beim *Saab*-Nachfolgeunternehmen und Hersteller von Elektroautos *NEUS* mit einem Volumen von 930 Millionen US-Dollar. Beliebtestes Investitionsziel chinesischer Unternehmen war im ersten Halbjahr 2019 das Vereinigte Königreich mit 17 Deals, gefolgt von Deutschland mit elf Deals.<sup>321</sup>

Seit dem Frühjahr 2017 zeigt sich die chinesische Führung offiziell bereit, in China registrierte EU-Firmen gleich wie chinesische Firmen zu behandeln. Klagen über Bevorzugungen chinesischer Formen wies Chinas Premier Li Keqiang zurück: „*Das stimmt nicht, ganz im Gegenteil.*“ 322 EU-Firmen beklagen, dass sie nicht die gleiche Behandlung wie chinesische Firmen genießen. Sie werden zudem verpflichtet, Kooperationen mit chinesischen Firmen einzugehen, die sich wiederum schnell zu Konkurrenten entwickeln. Laut EU-Handelskammer würden EU-Firmen nur dann einen Marktzugang in China erhalten, wenn sie den Chinesen ihre Technologie zur Verfügung stellten. Von „*unfairen Bedingungen*“ sprach in diesem Kontext der EU-Handelskammerpräsident in China, Jörg Wuttke.<sup>323</sup> Die notwendige Modernisierung der Industrie erfordert deshalb eine weitere Öffnung Chinas, um neueste Technologie einführen zu können.

Chinas Staatsunternehmen produzieren trotz globalem Überangebot weiterhin große Mengen an Stahl und Kohle und ruinieren somit weltweit die Preise. China produziert etwa genauso viel Stahl wie der Rest der Welt

---

Bundesministeriums für Justiz im Palais Trautson, Wien, 19.-20. Oktober 2015, 19. Oktober 2015.

<sup>321</sup> Die Presse, Chinesen kaufen Europa nicht leer, in: *Die Presse*, 13.08.2019, S. 14.

<sup>322</sup> Felix Lee, China mimt den Freihandels Hüter, in: *Die Presse*, 16.03.2017, S. 4.

<sup>323</sup> Ebenda.

zusammen.<sup>324</sup> Stahl bildet den Motor für die Industrie des Landes und garantiert hochbezahlte Arbeitsplätze. Während im Jahr 2014 in den USA an die 140.000 Menschen in diesem Bereich tätig waren, arbeiteten darin in China nach offiziellen Angaben 4,7 Millionen Menschen (0,6 Prozent der Gesamtarbeiterschaft in China). In den nächsten Jahren soll die Stahlproduktion in China um einige hundert Millionen Tonnen abgebaut werden.<sup>325</sup> China konsumierte und produzierte 2014 die Hälfte der weltweit verbrauchten Kohle, des Zements, des Eisenerzes und des Stahls, es konsumierte 2014 ca. 40 Prozent des weltweiten Aluminiums und Kupfers. Laut Schätzungen wird bald China für die Hälfte aller auf der Welt neugebauten Gebäude aufkommen.<sup>326</sup>

Unter Xi Jinping wurde der Yuan im Oktober 2016 als Währungsreserve des IWF aufgenommen,<sup>327</sup> so beabsichtigt Xi, den Yuan nicht weiter gegenüber dem US-Dollar abzuwerten. China ist demnach nicht bestrebt, seine Exporte billiger zu machen und somit nicht in einen Währungskrieg einzutreten, „um auf Kosten anderer Länder eine harte Landung daheim zu verhindern.“<sup>328</sup>

Die EU weigert sich weiterhin, China als Marktwirtschaft anzuerkennen – ein Versprechen, das die EU im Zuge Chinas Beitritts zur Welthandelsorganisation (WTO) bis 2016 zugesagt hatten: „China erfüllt die Kriterien nicht“, heißt es von der Europäischen Kommission.<sup>329</sup> Die chinesische Führung weigert sich zudem weiterhin, Chinas enormen Handelsüberschuss – vor allem mit den USA – als Problem anzuerkennen. 2016 verkauften die Chinesen den USA Waren im Wert von über 480 Milliarden US-Dollar, umgekehrt nahmen sie den USA nur Waren im Wert von 116 Milliarden US-Dollar ab. Chinas Überschuss lag somit bei 360

---

<sup>324</sup> Keith Bradsher, China's Problem With Steel, in: *The New York Times International Weekly / Süddeutsche Zeitung*, May 12, 2017, S. 5.

<sup>325</sup> Ebenda.

<sup>326</sup> Henry M. Paulson, Jr., *Dealing with China*, Headline Publishing Group, London 2015, S. XIII.

<sup>327</sup> Stefan Wolff, Auf dem Weg zur Leitwährung, in: *FAZ Verlagsspezial / 19. EURO FINANCE WEEK*, 1. Dezember 2016, S. V3.

<sup>328</sup> Hendrik Ankenbrand, Kontrolleur mit harter Hand, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.01.2016, S. 20.

<sup>329</sup> Felix Lee, China mimt den Freihandels Hüter, in: *Die Presse*, 16.03.2017, S. 4.



Milliarden US-Dollar.<sup>330</sup> Um gegen dieses Ungleichgewicht vorzugehen, drohte US-Präsident Donald Trump mit einem 45-prozentigen Strafzoll auf alle chinesischen Einfuhren.

Mit Indien hatte China Mitte Mai 2015 Wirtschaftsverträge im Volumen von mehr als 22 Milliarden US-Dollar geschlossen, dies wurde anlässlich des dreitägigen Besuches von Indiens Ministerpräsident Narendra Modi in China beschlossen. Die Vereinbarungen betreffen unter anderem die Bereiche erneuerbare Energien, Industrieanlagen, Stahl, Finanzlogistik und Medien.<sup>331</sup>

In Lateinamerika verändert der intensive Austausch mit China die „*Tektonik der Handels- und Investitionslandschaft*“<sup>332</sup>: im Jahr 2014 liehen Chinas Banken lateinamerikanischen Institutionen 22 Milliarden US-Dollar, mehr als die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank zusammen zur Verfügung gestellt hatten.<sup>333</sup> China beabsichtigt, bis 2025 an die 250 Milliarden US-Dollar zwischen Mexiko und Feuerland zu investieren.<sup>334</sup> Für Chile, Peru und Brasilien war China im Jahr 2014 Handelspartner Nummer eins, für Argentinien und Venezuela Nummer zwei. Argentinien exportierte 2014 Rohstoffe, vor allem Soja, im Wert von etwa fünf Milliarden US-Dollar nach China, importierte von dort Industriegüter (Elektronik, Fahrzeuge, Spielsachen) im Wert von 10,8 Milliarden US-Dollar.<sup>335</sup> Die chinesische Ölfirma SINOPEC ist im Orinoco-Becken aktiv, wo 300 Milliarden Barrel Rohöl lagern sollen, der größte Vorrat der Welt. Kurz nach seinem letzten Wahlsieg unterfertigte der damalige Präsident Venezuelas, Hugo Chávez, einen Vertrag mit der CITIC Group, Chinas größter Industrieholding. Deren Geologen setzten sich zum Ziel, bis 2018 auf 916.700 Quadratkilometer alle Lagerstätten von Gold, Eisen, Bauxit, Phosphat und Kupfer zu katalogisieren.<sup>336</sup> Zwischen 2013 und 2016

---

<sup>330</sup> Ebenda.

<sup>331</sup> China und Indien schließen Milliardenwirtschaftsverträge, ORF.at, 16.05.2015, <http://orf.at//stories/2278913/>, abgerufen am 02.06.2015.

<sup>332</sup> Richard Bauer, China braucht Lateinamerika, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 26.11.2016, S. 9.

<sup>333</sup> Andreas Fink, Hungrige Männer ohne Moral, in: *Die Presse am Sonntag*, 29.03.2015 Nr. 22/290315, Beilage „Was wird verdrängt?“, S. 22-23, hier S. 22.

<sup>334</sup> Ebenda.

<sup>335</sup> Ebenda.

<sup>336</sup> Ebenda.

besuchte Chinas Präsident Xi Jinping dreimal Lateinamerika, was die zunehmende Relevanz dieser Region für China als Investitions- und Handelspartner unterstreicht.<sup>337</sup> Lateinamerika liefert Sojabohnen, Erdöl- und Bergbauprodukte nach China. Innerhalb eines Jahres ist China nach den USA und noch vor den EU-Ländern somit bereits zum zweitwichtigsten Handelspartner Lateinamerikas aufgestiegen. 2013 gingen 10 Prozent der Exporte der Region zwischen Mexiko und Argentinien nach China, 16 Prozent von deren Importen stammten aus China. Für Brasilien, Chile und Kuba ist China der wichtigste Exportmarkt geworden. China hat in den letzten Jahren seine Stellung als Lieferant von Konsum- und Industriegütern vor allem auf Kosten der USA stetig ausbauen können. Der Saldo der Handelsbilanz nimmt in diesem Raum Jahr für Jahr zugunsten Chinas zu.

Der Warenaustausch zwischen China und Lateinamerika basiert auf bilateralen Freihandelsverträgen. Der Rückzug aus der Transpazifischen Partnerschaft (TPP), wie von US-Präsident Trump angekündigt, könnte ein handelspolitisches Vakuum schaffen, das China als größte Exportnation der Welt nur allzu gerne ausfüllen möchte. Das würde vor allem die von TPP betreffenden Staaten Chile, Mexiko und Peru betreffen.<sup>338</sup> Als Vorstufe für die Annäherung an die asiatischen Märkte besteht auf lateinamerikanischer Seite bereits die weltoffene, dem Welthandel verpflichtete Pazifikallianz zwischen Mexiko, Kolumbien, Peru und Chile. Am Gipfeltreffen in Lima im November 2016 bekräftigten die APEC-Staaten ihren Willen, die Schaffung der Free Trade Area of the Asia Pacific (FTAAP) voranzutreiben.<sup>339</sup> Die chinesischen Direktinvestitionen in Lateinamerika nahmen zu: Zwischen 1990 und 2009 betrugen sie insgesamt 7 Milliarden US-Dollar. Das Jahr 2010 brachte eine Trendwende, als die beiden chinesischen Staatsunternehmen SINOPEC und CNOOC in großem Stil bei Erdölfirmen in Brasilien und Argentinien einstiegen. Die Direktinvestitionen zwischen 2010 und 2016 bewegten sich laut Schätzungen der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) zwischen jährlich knapp bis zu 14 Milliarden US-Dollar.<sup>340</sup> Im

---

<sup>337</sup> Richard Bauer, China braucht Lateinamerika, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 26.11.2016, S. 9.

<sup>338</sup> Ebenda.

<sup>339</sup> Ebenda.

<sup>340</sup> Ebenda.

Spitzenjahr 2010 machten die chinesischen Investitionen elf Prozent des gesamten Volumens an Direktinvestitionen in Lateinamerika aus. Die politische Orientierung der lateinamerikanischen Staaten spielt keine Rolle für China.<sup>341</sup>

China ist wegen der Schwerindustrie, aber auch wegen der zunehmenden Zahl der Autos ein wichtiger Ölabnehmer. China – größter Ölkonsument der Welt – gehört auch zu den wichtigsten Förderern der Elektromobilität.<sup>342</sup> Die Volksrepublik ist seit 1993 Netto-Ölimporteur. China wurde 2005 nach den USA zweitgrößter Erdöl-Importeur<sup>343</sup> und löste im April 2015 erstmals die USA als weltweit größter Ölimporteur ab.<sup>344</sup> Zudem ist China der weltweit größte Erzeuger und Käufer von Stahl, Autos und Smartphones.<sup>345</sup>

China hat den Bau von 155 neuen Kohlekraftwerken zwischen Januar und September 2015 bewilligt: würden diese Anlagen in Betrieb gehen, entsprächen ihre Emissionen 6 Prozent des gesamten heutigen Ausstoßes Chinas. Die neuen Kohlekraftwerke würden so viel Kohlendioxid produzieren, wie sich aus dem Energieverbrauch Brasiliens ergibt. China schließt nun ineffiziente Kohlefabriken und baut anderswo effizientere Anlagen. Zwei Drittel des Energieverbrauchs Chinas stammten 2015 aus Kohle, 4,3 Milliarden Tonnen im Jahr.<sup>346</sup> Peking verspricht, 2020 werden es 1,6 Milliarden Tonnen weniger sein. Doch immer noch soll Kohle dann fast 60 Prozent des Energieverbrauchs stellen.<sup>347</sup> China als größter Emittent halte am Plan fest, seine Emissionen ab spätestens 2030 zu reduzieren. Tatsächlich investiert derzeit kein Land mehr in grüne Energien als China.

---

<sup>341</sup> Ebenda.

<sup>342</sup> Die Anstrengungen zum Öl-Sparen waren nicht ganz folgenlos, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.01.2016, S. 17.

<sup>343</sup> Aus: Jutta Lietsch, Der Heißhunger des Gelben Drachen, in: *Die Presse*, 15.04.2006, S. 2.

<sup>344</sup> China kaufte damals knapp 7,4 Millionen Barrel pro Tag, die USA 7,2 Millionen Barrel, so Reuters. Aus: China überholt USA auch beim Öl, in: *Die Presse*, 12.05.2015, S. 14.

<sup>345</sup> Keith Bradsher, Chinese Efforts in the Solar Energy Industry Ripple Around the Globe, in: *The New York Times International Weekly / Süddeutsche Zeitung*, May 5, 2017, S. 5.

<sup>346</sup> Hendrik Ankenbrand, China und die Kohle, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.11.2015, S. 27.

<sup>347</sup> Ebenda.

Haben die Chinesen viele Jahre lang Solarzellen insbesondere für den Rest der Welt hergestellt, verkaufen die chinesischen Firmen das Meiste im eigenen Land. In China befanden sich 2017 zwei Drittel der weltweiten Solarproduktion, weltweit wurde die Hälfte aller neuen Solarpanels 2017 in China angekauft.<sup>348</sup> Die Effizienz dieser Energieerzeugung gleicht beinahe jener in den USA, Südkorea und Deutschland.<sup>349</sup> Zwischen 2007 und 2012 stieg der Anteil der Solarenergieproduktion in China um mehr als das Zehnfache, 2017 waren sechs von zehn Herstellern von Solarpanels chinesisch, verglichen mit null im Jahr 2007.<sup>350</sup> 2014 hatte China bereits so viele Solar- und Windkraftanlagen errichtet wie der Rest der Welt zusammen.<sup>351</sup> China hatte 2015 schon mehr Windkraftleistung installiert als die gesamte EU. Fast die Hälfte des weltweiten Ausbaus derartiger Anlagen fand 2015 bereits in China statt. 63.000 Megawatt an installierter Windkraftleistung kamen 2015 weltweit dazu, davon entfielen 48 Prozent oder 30.500 Megawatt auf China.<sup>352</sup> Es folgten die USA, Deutschland, Brasilien, Indien und Kanada, das ging aus der Statistik des Global Wind Energy Council (GWEC) hervor. China stellte 2016 ein Drittel der weltweit installierten Windkraftwerke (145.104 Megawatt von 432.419 Megawatt). Das zweitgrößte Windkraftland waren damals mit einem Weltanteil von 17 Prozent die USA, danach folgten Deutschland, Indien, Spanien, Großbritannien und Kanada. Weltweit deckten im Jahr 2016 die Windräder 5 Prozent des Stromverbrauchs, in der EU waren es 11 Prozent. Wind ist in der EU bereits die dritt wichtigste Stromquelle nach Gas und Wasser geworden.<sup>353</sup>

Bereits im März 2011 überraschte der damalige Premierminister Wen Jiabao bei seiner Rede im Volkskongress, als er sagte: „*Die Wirtschaft in China ist instabil, unausgewogen, unkoordiniert und letztendlich nicht*

---

<sup>348</sup> Keith Bradsher, Chinese Efforts in the Solar Energy Industry Ripple Around the Globe, in: *The New York Times International Weekly / Süddeutsche Zeitung*, May 5, 2017, S. 5.

<sup>349</sup> Ebenda.

<sup>350</sup> Ebenda.

<sup>351</sup> Felix Lee, Chinas Hauptstadt versinkt in giftigem Nebel, in: *Die Presse*, 02.10.2015, S. 8.

<sup>352</sup> Rückenwind für Alternative, in: *Die Presse*, 15.02.2016, S. 6.

<sup>353</sup> Ebenda.

aufrechtzuerhalten.<sup>354</sup> Premierminister Li Keqiang hatte am 5. März 2017 vor dem Volkskongress einen vorsichtigeren Wirtschaftskurs vorgegeben. Um Reformen voranzutreiben, wurde das Wachstumsziel für 2017 auf 6,5 Prozent gesenkt. Die mit dem rasanten Wirtschaftswachstum einhergehenden massiven Umweltprobleme sollen entschlossener bekämpft werden, „wir werden unseren Himmel wieder blau machen“, versprach Li Keqiang.<sup>355</sup> Letzterer meinte im September 2019: „Es ist eine ziemlich schwere Aufgabe für eine so große Volkswirtschaft wie China, schnelle Wachstumsraten von mehr als sechs Prozent vor dem Hintergrund der ungewissen internationalen Situation zu wahren.“<sup>356</sup> Vom Juli bis September 2019 wuchs die Wirtschaftsleistung in China um nur noch sechs Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, der Zuwachs fiel somit so gering aus wie fast drei Jahrzehnte nicht mehr. Die chinesische Industrie leidet unter den Folgen des Handelskrieges mit den USA und gestiegenen Lebensmittelpreisen, die Käufe von Kraftfahrzeugen gingen im 16. Monat in Folge zurück.<sup>357</sup>

Deutlich ist in China jedoch die Staatsverschuldung angestiegen: „Die lockere Kreditvergabe und steigende Staatsausgaben haben Sorgen über den Schuldengrad von schätzungsweise 68 Prozent des BIP geschürt.“<sup>358</sup> Im Juni 2017 schätzte das *Institute of International Finance* in Washington den Gesamtschuldenstand Chinas auf mehr als 304 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.<sup>359</sup> Bei Staatsunternehmen sollen Reformen vorangetrieben werden. So genannte „Zombie-Firmen“, also staatliche Unternehmen, die keinen Gewinn erwirtschaften und künstlich am Leben gehalten werden, werden geschlossen. Die Stahl- und Kohleproduktion soll noch stärker gedrosselt werden. In einem dem Volkskongress vorgelegten Bericht der staatlichen Planungs- und Reformkommission wurde die Reduzierung der Stahlproduktion um rund 50 Millionen Tonnen in Aussicht gestellt. Billige Stahlimporte aus China setzen europäischen Herstellern weiterhin

---

<sup>354</sup> Andreas Schieder, *Die Beziehungen mit China und die Wirtschaftskrise*, S. 92-94, hier S. 92.

<sup>355</sup> China soll wieder einen blauen Himmel sehen, in: *Die Presse*, 06.03.2017, S. 6.

<sup>356</sup> Die Presse, „Schnelle Wachstumsraten“ kaum mehr zu schaffen, in: *Die Presse*, 19.11.2019, S. 2 und 3, hier S. 2.

<sup>357</sup> Ebenda.

<sup>358</sup> China soll wieder einen blauen Himmel sehen, in: *Die Presse*, 06.03.2017, S. 6.

<sup>359</sup> Ian Bremmer, *The U.S. can win a trade war with China. That doesn't mean it should try*, in: *TIME*, August 28, 2017, S. 17-18, hier S. 18.

erheblich zu. Die Kohleförderung soll um 150 Millionen Tonnen gesenkt werden, Ziel bleibt die Abkehr von der Kohle als Energieträger.<sup>360</sup> Chinas Wirtschaft soll künftig deutlich weniger Energie verbrauchen, um die gleiche Menge an Waren herzustellen. Die konsequente Bekämpfung der Luftverschmutzung bildet ein wichtiges Ziel der chinesischen Regierung. Häufiger Smog bringt die Bevölkerung gegen die Regierung auf, die bisher das Problem auch mit Notmaßnahmen nicht in den Griff bekommt. Unternehmen, die gegen Umweltauflagen verstoßen, werden künftig entschlossener verfolgt, so Li Keqiang. In der Geldpolitik stellte Li Keqiang mehr Umsichtigkeit in Aussicht: es werden Schritte eingeleitet, um Risiken zu kontrollieren, die Stabilität im Finanzsektor soll sichergestellt werden. In diesem Kontext soll auch China aufmerksamer auf faule Kredite, Kreditausfälle, den Schattenbanksektor und Internet-Finanzdienstleistungen achten: „*Wir werden eine Brandmauer gegen Finanzrisiken errichten*“, so Li Keqiang.<sup>361</sup> Li Keqiang bekannte sich auch zum freien Welthandel: „*Wir lehnen jede Form von Protektionismus ab*.“<sup>362</sup> Zudem stellte Li klar, dass China sich künftig „*international mehr einmischen wollt*“, demnach müsse die Globalisierung sozialer werden „*und stärker auf Gegenseitigkeit beruhen*“.<sup>363</sup> 2017 war das Ziel, die Zahl der Landbevölkerung unter der Armutsgrenze um 10 Millionen Menschen zu senken. So planen die Staatsbanken, deshalb weiterhin hohe Kredite freizugeben. Der Staat ist bestrebt, den Bau neuer Infrastruktur wie Brücken und Flughäfen unvermindert fortzusetzen. Hier liegt Chinas größte Herausforderung: um die Wirtschaftsziele halten zu können, ist eine immer höhere Verschuldung nötig.<sup>364</sup> Der überschießende Immobilienmarkt soll wieder unter Kontrolle gebracht werden: „*Wohnungen sind zum Wohnen da*“, so Li Keqiang, sie sollten keine Spekulationsobjekte sein.<sup>365</sup> Seit 2016 geht China hart gegen Spekulanten vor und hat niedrige Auflagen für den Immobilienkauf erlassen, die Preise stiegen im Februar 2017 jedoch um 22,7 Prozent. So

---

<sup>360</sup> Ebenda.

<sup>361</sup> Ebenda.

<sup>362</sup> Finn Mayer-Kuckuck, Der Himmel soll wieder blau werden, in: *Salzburger Nachrichten*, 06.03.2017, S. 4.

<sup>363</sup> Ebenda.

<sup>364</sup> Ebenda.

<sup>365</sup> Ebenda.

sehen Immobilienblasen aus. Wird die massive Verschuldung Chinas etwa zur nächsten Finanzkrise führen?<sup>366</sup>

Seit 2008 kannte die chinesische Regierung nur ein Rezept, um die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt wenigstens halbwegs auf Kurs zu halten: Schulden, Schulden, Schulden. Der staatlich kontrollierte Bankensektor wurde angewiesen, großzügig Darlehen zu vergeben. Der Staat legte mit monetären Infrastrukturprojekten nach. Das Kreditvolumen stieg demnach doppelt bis dreifach so schnell wie die Wirtschaftsleistung. Mit anderen Worten: Jeden Yuan an zusätzlichem BIP hatte Peking mit mehr Yuan an neuen Schulden erkaufte. Zurück blieb das derzeit wohl höchste Kredit-Kartenhaus, das nebenbei auch noch als Motor der globalen Wirtschaft gilt. In Summe stiegen die Schulden in China auf über 277 Prozent der Wirtschaftsleistung (inklusive Lokalregierungen oder staatseigener Betriebe), so die OECD.<sup>367</sup> Insbesondere Unternehmen und Haushalte hätten sich zuletzt massiv überschuldet, so standen im Jahr 2017 Firmen vor allem dank großzügiger Staatsgarantien mit 175 Prozent des BIP in der Kreide, 2009 lag der Wert noch bei 100 Prozent. Die Relation zwischen offenen Krediten und dem BIP sei in China nun deutlich höher als etwa bei der Asienkrise 1997 oder der jüngsten Immobilienkrise in den USA.<sup>368</sup> Peking zeigt sich bestrebt, den kreditfinanzierten Boom einzudämmen. Geld ist dabei auch in unproduktiven Projekten versickert. Die Regierung in Peking hat das Ziel ausgegeben, Überkapazitäten in der Stahl-, Kohle- und Papierindustrie abzubauen. Wirklich voran kommt man dabei nur langsam, zumal das Thema sozialen Sprengstoff birgt.<sup>369</sup>

Der Kreditboom hat zu einem Immobilienboom geführt, der wiederum stark zum Wachstum geführt hat. Längst wird von einer Überhitzung gewarnt, die Regierung will das Kreditwachstum begrenzen.

2015 investierten chinesische Firmen 20 Milliarden US-Dollar in den USA, 2005 lag dieser Wert bei null. KMUs, die sich den Sprung in den Westen nicht leisten können, wandern stattdessen nach Vietnam oder Kambodscha

---

<sup>366</sup> Matthias Auer, Das chinesische Kredit-Kartenhaus, in: *Die Presse*, 22.03.2017, S. 15.

<sup>367</sup> So steht China sich selbst im Weg, in: *Die Presse*, 18.07.2017, S. 15.

<sup>368</sup> Matthias Auer, Das chinesische Kredit-Kartenhaus, in: *Die Presse*, 22.03.2017, S. 15.

<sup>369</sup> So steht China sich selbst im Weg, in: *Die Presse*, 18.07.2017, S. 15.

ab, wo sie billiger an Material und Arbeitskräfte kommen als in China. Für Produzenten ist die Steuerbelastung in China um 35 Prozent höher als in den USA, rechtfertigt der chinesische Milliardär Cao Dewang seine Abwanderung in die USA (Hersteller von Fensterscheiben für westliche Autohersteller). Er kaufte um 200 Millionen US-Dollar ein verlassenes Werk von General Motors in Dayton/Ohio, bis zu 3.000 neue Jobs sollten entstehen.<sup>370</sup>

Auf der Grundlage des Plans „*Made in China 2025*“ hofft China nun, in wesentlichen Technologien bis zum Jahr 2025 eigenständig sein zu können, dazu zählen Schlüsselindustrien im Technologiebereich wie auch der Flugzeugbau, der Bau von Hochgeschwindigkeitszügen, Computerchips und Robotern. Mindestens 300 Milliarden US-Dollar sollen dafür seitens der Regierung in Peking bereitgestellt werden.<sup>371</sup>

Am 5. November 2019 kündigte Staatschef Xi Jinping weitere Maßnahmen „zur Vertiefung der Reform“ und „Ausweitung der Öffnung“ an, aus seiner Sicht „im Zusammenhang mit der Einführung eines neuen offenen Weltwirtschaftssystems“ und als Zeichen an die internationale Gemeinschaft, „dass China seine Reform und Öffnung gemäß seinem eigenen Zeitplan und seinen eigenen Vorstellungen vorantreibt. Dies beinhaltet auch die unerschütterliche Entschlossenheit, die Win-Win-Kooperation weiter voranzutreiben.“<sup>372</sup> So setzt China dem „anhaltenden Abwärtsdruck auf die Weltwirtschaft [...] weiterhin seine Öffnung entgegen.“ Demnach soll die „Welt [...] an den Chancen des chinesischen Marktes, den Investitions- und Wachstumsmöglichkeiten teilhaben“.<sup>373</sup> Die Kommunistische Partei ist deshalb bestrebt, mit fünf folgenden Maßnahmen eine Öffnung des chinesischen Marktes zu bewirken: Ausbau der Marktöffnung; Verbesserung der Öffnungsstrukturen; Optimierung des Geschäftsumfeldes; Vertiefung der bi- und multilateralen Kooperationen; Förderung der „Seidenstraßen-Initiative“ („*One Belt, One Road*“ oder „*Belt*

---

<sup>370</sup> Matthias Auer, Donald Trumps liebster Chinese, in: *Die Presse*, 23.12.2016, S. 21.

<sup>371</sup> Keith Bradsher, Chinese Efforts in the Solar Energy Industry Ripple Around the Globe, in: *The New York Times International Weekly / Süddeutsche Zeitung*, May 5, 2017, S. 5.

<sup>372</sup> China Rundschau, China stärkt Öffnung und Zusammenarbeit, in: *China Rundschau*, Nr. 059, Dezember 2019, S. 1.

<sup>373</sup> Ebenda.



*and Road Initiative*<sup>374</sup>). Folgende konkrete Maßnahmen will die chinesische Führung in diesem Kontext umsetzen: weitere Öffnung des Finanzsektors; Vergrößerung der Freihandelspilotzonen; Förderung der Ausbaus der „*Belt and Road Initiative*“; Verbesserung des Rechtssystems zum Schutz des geistigen Eigentums; Umsetzung des 2019 beschlossenen Gesetzes über Auslandsinvestitionen.<sup>375</sup>

---

<sup>374</sup> Ebenda.

<sup>375</sup> Ebenda.

## Die BRICS-Initiative und die AIIB

Die BRICS-Gruppe (benannt nach den ersten Buchstaben der Teilnehmerstaaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) umfasst eine Gesamtbevölkerung von 3,6 Milliarden Menschen, das entspricht 43 Prozent der Weltbevölkerung auf 26 Prozent des globalen Territoriums mit einem Anteil am globalen Bruttonozialprodukt von 23 Prozent (2006: 12 Prozent).<sup>376</sup> Im Jahr 2016 stieg die Wirtschaftsleistung Chinas um 6,7 Prozent sowie jene Indiens 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr, während das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der BRICS-Länder 2016 5,1 Prozent und das durchschnittliche Globalwirtschaftswachstum laut IWF 3,1 Prozent betrug. Abgeschlagen waren damals die USA mit 1,6 Prozent sowie die Eurozone mit 1,7 Prozent.<sup>377</sup> In China wird BRICS nicht nur als „wirtschaftliches Konzept“ gesehen, sondern als Koordinationsplattform wachsender Volkswirtschaften für politische Regierungsführung (political governance).<sup>378</sup>

Seit Russlands Ausschluss aus der G8-Gruppe 2014 wendet sich Russlands Präsident Wladimir Putin wieder dem Osten und hier vor allem China zu. Am 8. und 9. Juli 2015 nahmen die Regierungschefs der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) in Ufa an ihrem gleichnamigen Gipfel teil. Am Treffen der *Shanghai Cooperation Organization* (SCO) im Anschluss kamen auch die Staatschefs der zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan zusammen. Russland plant, den Schwerpunkt des wirtschaftlichen Aufbaus in den Fernen Osten zu verlegen.<sup>379</sup> Ufa sollte den „Startschuss geben für die praktische Arbeit“ der BRICS, so Russlands Finanzminister Anton Siluanow. Die 2014 gegründete

---

<sup>376</sup> Quelle: BRICS Cooperation Center of Beijing Normal University, in: Yu Lintao, The Power of Five: Building A Stronger Partnership, China Focus, A promotional feature produced by Beijing Review, in: *Newsweek International*, 25.08.2017-01.09.2017, S. 14-15, hier S. 14.

<sup>377</sup> Yu Lintao, The Power of Five: Building A Stronger Partnership, China Focus, A promotional feature produced by Beijing Review, in: *Newsweek International*, 25.08.2017-01.09.2017, S. 14-15, hier S. 14.

<sup>378</sup> Ebenda.

<sup>379</sup> Aus: Felix Lee, Putin buhlt um die Schwellenländer, in: *Die Presse*, 08.07. 2015, S. 13.

BRICS-Bank könne die „*neue Seidenstraße*“ mitfinanzieren – ein von China initiiertes Projekt zur Wiederbelebung der antiken Handelswege, die Asien mit Europa verbinden sollen. Staat Kamele sollen zwischen Zhengzhou, Nowosibirsk und Moskau Hochgeschwindigkeitszüge und Lastwagen auf modernen Autobahnen verkehren.<sup>380</sup> Die BRICS-Bank sollte zu einem „*Konkurrenten der US-dominierten Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) aufgebaut werden*“.<sup>381</sup> Zwei Milliarden US-Dollar hatte Russland für die BRICS-Bank zugesagt, zudem hatte Moskau sämtliche Dokumente für die Gründung ratifiziert und erwartet, dass die anderen vier Partnerländer mitziehen. Die BRICS-Bank werde „*eine der großen multilateralen Banken*“, betonte Russlands Finanzminister Anton Siluanow.<sup>382</sup> Auch wenn China zuletzt der selbst initiierten Asien-Entwicklungsbank (AIIB) größere Priorität eingeräumt hat, begrüßt Peking die Initiative Russlands: „*Endlich entstehen ernst zu nehmende Alternativen zu den bestehenden Institutionen*“, so der Ökonom Yuan Guangming von der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften.<sup>383</sup>

Die Asiatische Infrastrukturbank, 2013 von Chinas Präsidenten Xi Jinping vorgeschlagen, wurde 2015 Realität. Es geht bei der AIIB um mehr als nur um Geld: „*Wir müssen gemeinsam eine regionale Ordnung schaffen, die besser zu Asien und zum Rest der Welt passt*“, so Xi Jinping am 28. März 2015.<sup>384</sup> Patrick Cronin vom Center for a New American Security meinte über die AIIB:

*„The China-backed Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) – established in 2013 to assist regional neighbors in infrastructure development and to help facilitate the creation of facilities to support the ‘one belt, one road’ initiative – is one example of China’s soft power efforts, which help to counter America’s rebalance-to-Asia policy.”*<sup>385</sup>

---

<sup>380</sup> Ebenda.

<sup>381</sup> Ebenda.

<sup>382</sup> Ebenda.

<sup>383</sup> Ebenda.

<sup>384</sup> Nikolaus Jilch, USA isolieren sich: China mischt die Weltordnung auf, in: *Die Presse*, 31.03.2015, S. 14.

<sup>385</sup> Wendell Minnick, China’s ‘One Belt, One Road’ Strategy. Modern-day Silk Road Plan Could Challenge US Influence in Region, in: *Defense News*, April 13, 2015, S. 18.

Seit 2010 existiert ein Beschluss zur Reform der bestehenden internationalen Finanzarchitektur, die vor allem aus Weltbank und Internationalen Währungsfonds besteht. Dazu kommt die Asian Development Bank ADN, die auch der Westen durch Japan mitkontrolliert. Alle Reformen dieser Institutionen werden von den USA seit 2010 blockiert. Peking sieht das aktuelle, von den USA und dem US-Dollar dominierte Finanzsystem als nicht mehr zeitgemäß an. Der ADN zufolge müssten in den nächsten Jahren bis zu acht Billionen US-Dollar in asiatische Infrastruktur investiert werden, um den Kontinent zu modernisieren. Die USA haben sich durch ihren kompromisslosen Widerstand gegen die AIIB ziemlich isoliert.<sup>386</sup> Unter den 57 Gründungsmitgliedern der AIIB – die Gründung fand offiziell im Januar 2016 statt – sind zu nennen: Australien, Brasilien, Brunei, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Iran, Israel, Italien, Jordanien, Kambodscha, Kasachstan, Katar, Kuwait, Luxemburg, Malta, die Mongolei, Myanmar, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Russland, Saudi-Arabien, Schweden, die Schweiz, Südafrika, Südkorea, die Türkei, Ungarn, die Vereinigten Arabischen Emirate und Vietnam.<sup>387</sup> 2019 zählte die AIIB über 90 Mitgliedstaaten, die USA sehen darin ein Gegengewicht zur Weltbank.<sup>388</sup> All diese neuen finanz- und wirtschaftspolitischen Institutionen bilden wichtige Säulen für Investitionen, die einem gigantischen geoökonomischen Projekt Chinas gewidmet sind: der „neuen Seidenstraße“.

---

<sup>386</sup> The Economist, The Asian Infrastructure Investment Bank. The Infrastructure Gap, in: *The Economist*, March 21<sup>st</sup>, 2015, S. 42.

<sup>387</sup> Chunyan Chang und Hui Ning, World Banks on Asia's Future, in: *China Daily European Weekly*, April 3-9, 2015, S. 1.

<sup>388</sup> Jane Perlez, China tries to loosen its Belt and Roadplan, in: *The New York Times International Edition*, April 27-28, 2019, S. 1 und 7, hier S. 7.

## Das Projekt „neue Seidenstraße“

Staats- und Parteichef Xi Jinping hat als seine Vision den „*chinesischen Traum*“ konkretisiert zwecks „*Wiederherstellung der Nation*“. Dazu gehört auch der Aufbau einer „*neuen Seidenstraße*“, die vor allem als die wirtschaftspolitische Gesamtstrategie zu verstehen ist.<sup>389</sup> Als „*Seidenstraßen-Wirtschaftsgürtel*“<sup>390</sup> und „*maritime Seidenstraße*“<sup>391</sup> rief Xi Jinping das Projekt im September 2013 während seines Staatsbesuches in Astana (heute: Nursultan) / Kasachstan ins Leben. Es werde „*4,4 Milliarden Menschen oder 63 Prozent der Weltbevölkerung direkte Vorteile bringen*“,<sup>392</sup> heißt es in dem etwa 9000 Wörter langen Aktionsplan.<sup>393</sup> Diese ursprünglich als „*One Belt, One Road*“ (OBOR)<sup>394</sup> bezeichnete oder auch wenige Jahre danach offiziell umbenannte „*Belt and Road Initiative*“ (BRI) gliedert sich in einen „*Silk Road Economic Belt*“ und in die „*21st Century Maritime Silk Road*“. Folglich stellt diese Initiative mehr als nur „*One Belt, One Road*“ (OBOR) dar, sondern soll auf globaler Ebene grundsätzlich mehrere Infrastruktur- und

---

<sup>389</sup> Irene Giner-Reichl (damalige Botschafterin Österreichs in China) in ihrem Vortrag „Aktuelle Betrachtungen zu China – Liegt Österreich auch an den neuen Seidenstraßen?“, Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen, Wien, 11. März 2015.

<sup>390</sup> Der deutsche Geograf Ferdinand von Richthofen (1833-1905) prägte den Begriff „*Seidenstraße*“ 1877, er berichtete in wissenschaftlicher Präzision über die „*centralasiatische[n] Seidenstraße[n]?*“. Aus: Günther Haller, Der lange Weg der Seidenkarawanen, in: *Die Presse am Sonntag*, 07.02.2016, S. 46 und 47, hier S. 46.

<sup>391</sup> In den Jahren 1405 bis 1433 war Chinas Admiral Zheng He während der Ming-Dynastie mit bis zu 300 Schiffen und 28.000 Mann sieben Mal um die halbe Erde unterwegs, auf der „*Seidenstraße des Meeres*“ – von Nanjing bis in den Golf von Oman, vielleicht sogar bis nach Kenia. So kamen die 100.000 Li – 50.000 Kilometer – zusammen. Die Hauptschiffe waren 120 Meter lang, die Santa Maria des Columbus brachte es auf 23,6 Meter. Aus: Jürgen Langenbach, China sucht alte Pracht, in: *Die Presse*, 14.05.2014, S. 24.

<sup>392</sup> Sun Jianguo (Admiral), A Great Banner for World’s Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: *International Strategic Studies* 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, S. 1-8, hier S. 4.

<sup>393</sup> Marlies Kastenhofer, Von Peking bis Athen: Chinas Traum einer besser vernetzten Welt, in: *Die Presse am Sonntag*, 07.02.2016, S. 18 und 19, hier S. 18.

<sup>394</sup> Guoxue Li, China pulls itself to the top, in: *China Daily European Weekly*, April 3-9, 2015, S. 11.

Handelerschließungsprojekte umfassen, hat jedoch auch „politische Komponenten und Implikationen“<sup>395</sup> und soll aus chinesischer Sicht die „Schicksalsgemeinschaft der Menschheit“<sup>396</sup> unterstreichen.

Im Juni 2015 riefen die EU und China eine Konnektivitätsplattform ins Leben, mit der zwei Flaggschiffprojekte, die EU-Investitionsoffensive und die „neue Seidenstraße“ verbunden werden sollen:<sup>397</sup>

*„One Belt and One Road runs through the whole of Eurasia. It borders on the Asia-Pacific Economic Circle on the East, and enters the European Economic Circle on the West. China’s pivotal role helps it gain geographic advantages, this becoming an important platform for foreign investment. The development and construction of One Belt and One Road creates a large market. Abundant natural resources can boost insufficient capital, human resources and under-developed infrastructure in countries along it. Investment in transportation, finance, energy, telecommunications, agriculture and tourism in these countries has great potential.“*<sup>398</sup>

In weiterer Folge gilt aus chinesischer Sicht:

*„A series of cooperation proposals have also been put into practice, including the China-Central Asia-West Asia Economic Corridor and the Bangladesh-China-India-Burma Economic Corridor. In the future, China will reach a set of agreements with countries along the Silk Road in terms of transport infrastructure, trade and investment, energy cooperation, regional integration and*

---

<sup>395</sup> Hao Hu, The Political Implications of the BRI, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 41-48, hier S. 41.

<sup>396</sup> Xi Jinping, President Xi Jinping’s Congratulatory Letter To The 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, in: China Institute for International Strategic Studies, The 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum Supplement 1/2018, Volume 130 (International Strategic Studies), Beijing 2018, S. 1.

<sup>397</sup> Marlies Kastenhofer, Von Peking bis Athen: Chinas Traum einer besser vernetzten Welt, in: *Die Presse am Sonntag*, 07.02.2016, S. 18 und 19, hier S. 19.

<sup>398</sup> Guoxue Li, China pulls itself to the top, in: *China Daily European Weekly*, April 3-9, 2015, S. 11.

*renminbi internationalization. In addition, China will also reduce the costs and barriers of investment within the region, which will appeal to foreign investors.”<sup>399</sup>*

Gemäß der seitens der Kommunistischen Partei Chinas beschlossenen „*Vision and Actions on jointly building the Belt and Road*“ sollen die sich an der „*neuen Seidenstraße*“ beteiligenden Länder fünf Ziele anpeilen:

- Politische Koordination;
- Bildung umfassender Netzwerke – politisch, wirtschaftlich, sicherheitspolitisch; wissenschaftlich;
- Freier, ungehinderter Handel;
- Finanzintegration und Ausbau der währungspolitischen Zusammenarbeit;
- Ausbau der gegenseitigen Entwicklungskooperationen auf persönlicher Netzwerkebene.<sup>400</sup>

Die „*neue Seidenstraße*“, die auf einer „grünen, gesunden, intelligenten und friedvollen“ Grundlage (Umwelt-, Medizin-, Cyber-, Finanz-, Energie und Transportnetzwerkkooperationen) ausgebaut werden soll, gilt somit als das Prestigeprojekt von Xi Jinping, als wichtigstes Projekt der chinesischen Außenpolitik und in der Folge als „*chinesische Interpretation der Globalisierung*“.<sup>401</sup> Dieses Projekt versteht sich aus Sicht des Präsidenten Xi Jinping als „*Chinas Beitrag für den Weltfrieden und für gemeinsame Entwicklung*“ und interpretiert sich mit dem Hauptziel gemeinsamer Nutzen als „*Weg, um potenzielle Konflikte zu entschärfen, mittels friedlicher wirtschaftlicher Entwicklung,*

---

<sup>399</sup> Ebenda.

<sup>400</sup> Hao Hu, The Political Implications of the BRI, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße? , Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 41-48, hier S. 48.

<sup>401</sup> So Österreichs ehemaliger Bundeskanzler Alfred Gusenbauer bei seinem Vortrag zum Thema „Die Chancen der Neuen Seidenstraße“ am 31. Mai 2016 (18.00 Uhr bis 19.30 Uhr) im Figaro-Saal des Palais Palfy in Wien.

*kultureller Verständigung und Kooperation im Bereich Sicherheit*“.<sup>402</sup> Es stellt eine komplett neuartige und mittlerweile fast weltumspannende Partnerschaft globaler Beziehungen dar. Die BRI soll 63 Prozent der Weltbevölkerung mit einbeziehen und ca. 29 Prozent der Weltwirtschaftskraft des globalen Bruttosozialproduktes umfassen.<sup>403</sup>

Es geht bei diesem Projekt auch und vor allem um die stärkere ökonomische Einbindung Westchinas und Zentralasiens sowie Westeuropas (Stichwort: Bahnanschlüsse bis Duisburg, Rotterdam, London und Madrid) in die chinesische Wirtschaftspolitik und folglich auch um die Erschließung neuer Märkte für China und in diesem Zusammenhang um den Abbau chinesischer Überkapazitäten.<sup>404</sup> Für den Ausbau von Infrastruktur waren auf der „*neuen Seidenstraße*“ von China vorerst Investitionen in der Höhe von 45 Milliarden US-Dollar geplant.<sup>405</sup> Dieses „*Seidenstraßenprojekt*“ setzt sich aus insgesamt sechs Korridoren zusammen, der Wirtschaftsgürtel im Norden soll aus folgenden, insgesamt vier, Wirtschaftskorridoren auf dem Festland bestehen:

- China-Mongolei-Russland-Korridor (Peking-Irkutsk),
- Bangladesch-China-Indien-Burma-Korridor (Kunming-Kalkutta),
- China-Hinterindische Halbinsel-Korridor (Kunming-Singapur),
- China-Pakistan-Korridor (Kashgar-Gwadar).<sup>406</sup>

---

<sup>402</sup> Hao Hu, *The Political Implications of the BRI*, in: Gerd Kaminski, *Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?*, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 41-48, hier S. 41.

<sup>403</sup> Lianjia Gao, *Belt and Road Initiative: a recipe for common development*, in: Gerd Kaminski, *Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?*, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 49-56, hier S. 53.

<sup>404</sup> So Österreichs ehemaliger Bundeskanzler Alfred Gusenbauer bei seinem Vortrag zum Thema „Die Chancen der Neuen Seidenstraße“ am 31. Mai 2016 (18.00 Uhr bis 19.30 Uhr) im Figaro-Saal des Palais Palfy in Wien.

<sup>405</sup> Ebenda.

<sup>406</sup> Marlies Kastenhofer, *Von Peking bis Athen: Chinas Traum einer besser vernetzten Welt*, in: *Die Presse am Sonntag*, 07.02.2016, S. 18 und 19, hier S. 18.



Im Süden sollen Chinas Seehäfen die Tore zu zwei Korridoren auf dem Seeweg öffnen: über dem Indischen Ozean und den Persischen Golf nach Europa und das Südchinesische Meer in den Südpazifik.<sup>407</sup> China verfügt bereits über hochmoderne Containerschiffe mit einem Fassungsvermögen von bis zu 19.000 Containern – würden diese auf einem Zug verladen, würde dieser einer Länge von bis zu 130 Kilometern entsprechen.<sup>408</sup> Eine weitere Notwendigkeit sieht China ebenso im Ausbau einer „Cyber-Seidenstraße“<sup>409</sup> sowie auch in einer „digitalen Seidenstraße“ und gemeinsam mit Russland in einer „polaren Seidenstraße“ oder „Ice Silk Road“,<sup>410</sup> die Chinas Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Nordmeer und der Arktis verbindet.<sup>411</sup> Die Kommunistische Partei Chinas bezeichnet die Volksrepublik bereits als „nah-arktische Macht“,<sup>412</sup> zudem soll China generell laut Präsident Xi Jinping eine „polare Großmacht“ werden.<sup>413</sup> Im „Action Plan for Harmonization of Standards Along the Belt and Road (2018-2020)“ wurden internationale Standards für 13 Industriesektoren festgelegt.<sup>414</sup>

Dieses Projekt steht im Zentrum der Strategie Chinas für das 21. Jahrhundert. China ist bestrebt, den Handel mit Asien und Europa über jeweils eine Meeres- und eine Landroute zu intensivieren und will zu diesem Zweck im ganz großen Stil in Straßen, Bahnlinien, See- und Flughäfen investieren. Der erste Teil der „neuen Seidenstraße“ soll

---

<sup>407</sup> Ebenda.

<sup>408</sup> So Österreichs ehemaliger Bundeskanzler Alfred Gusenbauer bei seinem Vortrag zum Thema „Die Chancen der Neuen Seidenstraße“ am 31. Mai 2016 (18.00 Uhr bis 19.30 Uhr) im Figaro-Saal des Palais Palfy in Wien.

<sup>409</sup> Ebenda.

<sup>410</sup> Während ihres Treffens in Moskau kamen Chinas Staatschef Xi Jinping und Russlands Premier Dmitri Medwedew im Juli 2017 überein, eine „Ice Silk Road“ zu erschließen. Aus: Bruno Maçães, *The Dawn of Eurasia. On the Trail of the New World Order*, Penguin Books, London 2019, S. 62.

<sup>411</sup> Asei Ito, China´s Quest For A „High-Quality Belt and Road Initiative“, AJISS-Commentary. The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No. 272, Tokyo, 18 July 2018, S. 2.

<sup>412</sup> Daniel Kestenholz, Erst der Mond, dann der Nord- und Südpol, in: *Salzburger Nachrichten*, 05.01.2019, S. 4.

<sup>413</sup> The Economist, Exploring the Antarctic. Heading South, in: *The Economist*, November 30th, 2019, S. 51.

<sup>414</sup> Asei Ito, China´s Quest For A „High-Quality Belt and Road Initiative“, AJISS-Commentary. The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No. 272, Tokyo, 18 July 2018, S. 2.

zwischen Westchina und Pakistan entstehen, so besuchte Präsident Xi Jinping als erstes chinesisches Staatsoberhaupt in neun Jahren im April 2015 Pakistan. Zwischen 2005 und 2015 ist der Handel zwischen China und seinem westlichen Nachbarn Pakistan von zwei auf zwölf Milliarden US-Dollar pro Jahr gewachsen.<sup>415</sup> Xi versprach Pakistan Infrastrukturinvestitionen in der Höhe von rund 46 Milliarden US-Dollar. Der Großteil dieser Investitionen (rund 34 Milliarden US-Dollar) soll in Energieprojekte fließen, rund sechs Milliarden US-Dollar in den Bau von Straßen und rund 3,7 Milliarden US-Dollar in den Ausbau des Bahnwesens. Das ganze Projekt trägt den Namen China-Pakistan-Wirtschaftskorridor (CPEC).<sup>416</sup> Ziel ist die Verbindung des Seehafens von Gwadar mit der autonomen Region Xinjiang in Chinas Nordwesten. Der neue Seehafen Gwadar soll Pakistans größter Tiefseehafen werden mit einer Umschlagsmenge von 400 Millionen Tonnen. Der Wirtschaftskorridor soll rund 3.000 Kilometer lang sein und ein Netzwerk aus Verkehrswegen, Kraftwerken und Stromleitungen bilden sowie von Kaschgar (Westchina) bis zum Arabischen Meer reichen, im Osten von Punjab bis Karachi. Chinas Außenminister Wan Yi meinte: *„Wenn ‚One Belt, One Road‘ wie eine Symphonie ist, von der alle Länder profitieren, dann ist der China-Pakistan-Wirtschaftskorridor die süße Melodie des ersten Satzes.“*<sup>417</sup>

Das Geld für diese von chinesischen Regierungsvertretern als Flaggschiff für das Seidenstraßenprojekt genannten Investitionen soll in erster Linie über den Staat von folgenden Banken kommen: China Development Bank (CDB), die Export-Import-Bank of China (EXIM) sowie auch der Agricultural Development Bank of China (ADBC). Weiteres Geld soll von einem Anfang 2015 geschaffenen, mit 40 Milliarden US-Dollar dotierten Seidenstraßenfonds der Regierung kommen.<sup>418</sup> Sowohl der

---

<sup>415</sup> Nikolaus Jilch, China greift für neue Seidenstraße in die Reserven, in: *Die Presse*, 22.04.2015, S. 15.

<sup>416</sup> Ebenda.

<sup>417</sup> Marlies Kastenhofer, Chinas asiatische Achse gegen Indien, in: *Die Presse*, 19.08.2016, S. 6.

<sup>418</sup> Lianjia Gao, Belt and Road Initiative: a recipe for common development, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 49-56, hier S. 54.

Seidenstraßenfonds, der vor allem in zentralasiatischen Ländern den Straßen- und Schienenbau ermöglicht, als auch die AIIB verstehen sich dabei nicht als „Hilfsagenturen“, sondern arbeiten marktwirtschaftlich, Gewinne werden im Sinne des „Shareholders“ erwartet.<sup>419</sup> Der Seidenstraßenfonds soll auch Gründungen von Unternehmen vereinfachen, sofern sie Joint Ventures mit chinesischen Firmen eingehen.<sup>420</sup> Insgesamt wird nach Ansicht der Asian Development Bank (ADB) bis 2030 ein Investitionsvolumen von über 26 Billionen US-Dollar nötig sein, einen Großteil der Summe beabsichtigt China tatsächlich zu übernehmen.<sup>421</sup> China stellte in Colombo rund 1,1 Milliarden Euro für den Ausbau des Hafens zur Verfügung – die größte bisher in Sri Lanka getätigte ausländische Direktinvestition.<sup>422</sup> Chinas Staatspräsident Xi Jinping betonte am 14. Mai 2017 anlässlich des ersten „Seidenstraßengipfels“ in Peking, diese Initiative „steht für alle offen“, auch für Regionen, die nicht unmittelbar an der historischen Route lägen.<sup>423</sup> Zu diesem „Seidenstraßengipfel“ kamen politische Delegierte aus insgesamt 68 Staaten, die zwei Drittel der Weltbevölkerung und insgesamt die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts repräsentierten.<sup>424</sup> Es handelt sich dabei um ein „Jahrhundertprojekt“. Xi plädierte, „historisch gewachsene und diplomatische Rivalitäten zu überwinden und den Weg für den neuen Freihandel zu eröffnen.“<sup>425</sup>

Der zweite „Seidenstraßengipfel“ fand vom 25. bis 27. April 2019 ebenfalls in Peking mit 5000 Teilnehmern aus über 150 Staaten statt – darunter über 40 Staats- und Regierungschefs (u.a. aus Russland, Griechenland, Ungarn, Österreich sowie aus Singapur, Malaysia, Papua Neuguinea). Bis Ende April 2019 wurden mit 123 Staaten und 29 Organisationen Kooperationsübereinkommen im Rahmen dieser *Belt and Road Initiative* (BRI) unterzeichnet.<sup>426</sup> Zudem ist China bei der Realisierung der BRI

---

<sup>419</sup> Ebenda.

<sup>420</sup> Felix Lee, Chinas Billionen-Dollar-Projekt, in: *Die Presse*, 13.05.2017, S. 19.

<sup>421</sup> Ebenda.

<sup>422</sup> Ebenda.

<sup>423</sup> Die Presse, Schwieriger Start für Seidenstraße, in: *Die Presse*, 15.05.2017, S. 5.

<sup>424</sup> Parag Khanna, *The Future is Asian*, Simon & Schuster Paperbacks, New York, London, Toronto, Sydney, New Delhi 2019, S. 1.

<sup>425</sup> Die Presse, Schwieriger Start für Seidenstraße, in: *Die Presse*, 15.05.2017, S. 5.

<sup>426</sup> Frédéric Lemaître, Xi Jinping promet des „routes de la soie“ plus transparentes, in: *Le Monde*, 27.04.2019, S. 6.

interessiert, die Kreditländer nachhaltig zu finanzieren, um einen Schuldenkollaps vor allem von Entwicklungsländern zu vermeiden, gab das chinesische Finanzministerium anlässlich des zweiten „Seidenstraßengipfels“ Ende April 2019 bekannt und kündigte in diesem Zusammenhang das „*Debt Sustainability Framework for Participating Countries of the Belt and Road Initiative*“ (BRI) an.<sup>427</sup> Die weiteren Reform- und Öffnungsmaßnahmen im Rahmen der BRI umfassen, so Staatschef Xi Jinping am 26. April 2019:

- Verbesserter Zugang zum Kapitalmarkt: weitere Öffnung des Handels für ausländische Unternehmen, die Dienstleistungsbranche, das verarbeitende Gewerbe und die Landwirtschaft werden für ausländische Investoren geöffnet.
- Stärkung der internationalen Zusammenarbeit beim Schutz des geistigen Eigentums: „*China wird die Strafverfolgung und den Schutz der legitimen Rechte und Interessen ausländischer Unternehmen an geistigem Eigentum stärken, erzwungene Technologietransfers unterbinden, den Schutz von Geschäftsgeheimnissen verbessern und strikt gegen Gesetzesverstöße gegen geistige Eigentumsrechte vorgehen.*“
- Erhöhung der Importe von Waren und Dienstleistungen „*in großem Umfang*“. So plant China, Zölle weiter zu senken.
- Verstärkte Koordination der internationalen makroökonomischen Politik mit dem Ziel der Schaffung eines ausgewogeneren und integrativen Wachstums der Weltwirtschaft. China plant keine Abwertung der Währung.
- Fortsetzung der Öffnungspolitik im Sinne eines wirtschaftlichen Multilateralismus – Ausbau von multi- und bilateralen Wirtschafts- und Handelsabkommen.<sup>428</sup>

---

<sup>427</sup> Asei Ito, China's Quest For A „High-Quality Belt and Road Initiative“, AJISS-Commentary. The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No. 272, Tokyo, 18 July 2018, S. 1.

<sup>428</sup> China Rundschau, Belt and Road Forum für internationale Kooperation fördert weitere Öffnung Chinas in: *China Rundschau*, Nr. 052, Juni 2019, S. 1.

Um die Bedeutung der eigenen Währung im internationalen Goldhandel aufzuwerten, hat China im Rahmen der BRI einen 16-Milliarden-US-Dollar-Fonds aufgelegt, der den Goldhandel zwischen den teilnehmenden Nationen stärken soll. Bis zu 60 Ländern soll die Möglichkeit gegeben werden, durch Korridore untereinander und mit China einerseits verbunden zu werden und andererseits physisches Gold gegen Yuan zu tauschen.<sup>429</sup> China ist sehr Gold-affin, es fördert mehr Gold als irgendein anderes Land. Bei Goldimporten lag China auf Platz eins, noch vor Indien. In Shanghai hatte China am 19. April 2016 noch ein eigenes Gold-Yuan-Fixing etabliert.<sup>430</sup> Ziel bleibt der Aufbau einer „grünen, gesunden, intelligenten und friedvollen Seidenstraße“, betonte Xi, an diesem Projekt hatten 2017 bereits über 100 Länder und internationale Organisationen ihre Unterstützung und Teilnahme bekundet.<sup>431</sup> Zwischen Jakarta und Bandung sowie zwischen China und Laos und zwischen China und Thailand entstehen Hochgeschwindigkeitseisenbahnen.<sup>432</sup> In Myanmar sollen in Kyaukpyu ein Tiefseehafen sowie ein Industriezonenprojekt entstehen, die formelle Inbetriebnahme des chinesischen Hafens Gwadar in Pakistan ist bereits erfolgt.<sup>433</sup> Zwischen Ungarn und Serbien wird derzeit die Eisenbahnstrecke mit chinesischer Unterstützung ausgebaut, die Eisenbahnstrecke zwischen Addis Abeba und Djibouti ist bereits in Betrieb, Gespräche über die Schaffung von Freihandelszonen zwischen China und den Golfkooperationsländern einerseits und China und Israel andererseits wurden eingeleitet.<sup>434</sup> Der Deal bei der Realisierung der „neuen Seidenstraße“ lautet: „Geld und Entwicklung gegen geostrategisch-günstige Lage.“<sup>435</sup> Obwohl Staatchef Xi Jinping bekräftigte, dass die „Seidenstraßeninitiative“ keine geopolitische Allianz darstelle und es sich dabei um einen offenen Prozess

---

<sup>429</sup> Nikolaus Jilch, Bis es heißt: „Das macht dann 300 Yuan, bitte“, in: *Die Presse am Sonntag*, 07.02.2016, S. 19.

<sup>430</sup> Ebenda.

<sup>431</sup> So Xi Jinping während des APEC-Gipfel in Lima im November 2016, in: Wang Yi, Advancing China's Major-Country Diplomacy in a Changing World, in: *Qiusbi, CPC Journal on China's Governance & Perspectives*, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120-124, S. 123.

<sup>432</sup> Ebenda.

<sup>433</sup> Ebenda.

<sup>434</sup> Ebenda, S. 124.

<sup>435</sup> Marlies Kastenhofer, Chinas asiatische Achse gegen Indien, in: *Die Presse*, 19.08.2016, S. 6.

handelt und keinen „*China-Club*“, schließt diese Initiative militärische Kooperationen nicht aus. In und unter diesem Rahmen plant China auch den Ausbau militärischer Kooperationen mit den Inselstaaten der Karibik und des Pazifiks – in den Bereichen Terrorbekämpfung, Friedenserhaltung und Katastrophenschutz.<sup>436</sup>

Die AIIB plant, Milliarden US-Dollar für die „*neue Seidenstraße*“ bereitzustellen.<sup>437</sup> China plante noch 2015 den Beginn des Baus eines Seehafens in Bagamoyo / Tansania, die Arbeiten an dem 800 Hektar großen Umschlagplatz begannen im Juli 2016. Tansanias Präsident John Pombe Magufuli ließ dieses Projekt stoppen, Nachverhandlungen mit den chinesischen Betreibern hätten 2019 noch kein positives Ergebnis gebracht. Hauptfinanzgeber des 10-Milliarden-US-Dollar-Projektes ist neben China (*China Merchant Holding International* – CMHI) auch der Oman (*State Government Reserve Fund* – SGRF).<sup>438</sup>

Als Tor nach Europa gilt im Rahmen des Projektes „*neue Seidenstraße*“ die griechische Hafenstadt Piräus: Im Juni 2010 erwarb die chinesische Reederei *China Ocean Shipping (Group) Co* (COSCO) eine 35-jährige Konzession für 67 Prozent des Frachthafens, 2015 wurden dort 60 Prozent aller chinesischen Exporte weltweit ausgeliefert.<sup>439</sup> Von Piräus aus soll ein Transportkorridor entstehen, der den Mittelmeerhafen mit einer Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Belgrad und Budapest verbindet. Das Bahnprojekt ist ein erfolgreiches Beispiel der mittlerweile „17+1“-Initiative zwischen China und den Staaten Mittel- und Osteuropas, darunter 12 EU-Länder und fünf Beitrittskandidaten. Der Ausbau ihrer

---

<sup>436</sup> Richard D. Fisher, CCP Hegemony Building and the United States Response, in: Democratic Pacific Union (eds.), *East Asia 2020 Dilemma & Prospects*, The 3rd East Asia Peace Forum, August 24-25, 2019, Taipei 2019, S. 62-88, hier S. 73f.

<sup>437</sup> Marlies Kastenhofer, Von Peking bis Athen: Chinas Traum einer besser vernetzten Welt, in: *Die Presse am Sonntag*, 7.02.2016, S. 18-19, hier S. 18.

<sup>438</sup> Ebenda.

<sup>439</sup> „COSCO Pacific, a subsidiary of COSCO Group and the fifth-largest container terminal operator in the world, has invested 4.3 billion euros in a 35-year management lease for the two piers at Piraeus Port, which is has been operating since June 2010.“ Aus: Jing Shi, COSCO Piraeus bid back on track, in: *China Daily European Weekly*, April 3-9, 2015, S. 22.

Infrastruktur ist eine Voraussetzung für die Vernetzung Eurasiens.<sup>440</sup> Seit dem 16+1-Start 2011 versprach die chinesische Regierung den teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten und fünf EU-Anwärtern am Westbalkan Investitionen in Höhe von 12,7 Milliarden Euro, im Jahr 2016 richtete die chinesische Bank ICBC dafür vorerst einen 10-Milliarden-Fonds ein.<sup>441</sup>

Am 7. April 2017 erreichte der erste direkte Frachtzug mit dem Namen *Ostwind* von China das Vereinigte Königreich, er brachte Konsumgüter nach Barking/East London.<sup>442</sup> Insgesamt rollte der Frachtzug in 16 Tagen durch acht Länder – eine bewältigte Gesamtstrecke von 12.000 Kilometern. Die Zeit, die im Schnitt auf der Seestrecke für derartige Transporte benötigt wird, wurde somit halbiert. Wenige Monate später erfolgte die erste Rückfahrt nach China, transportiert wurden Whisky aus Schottland, Medikamente und Babyprodukte nach Yiwu, an der Ostküste Chinas. 2016 transportierten 1.702 Frachtzüge aus China Güter nach Europa, somit verdoppelte sich die Anzahl der Züge von China nach Europa im Vergleich zu 2015.<sup>443</sup> Umgekehrt fährt der Großteil der Züge wieder leer nach China: So starteten in der ersten Jahreshälfte im Schnitt pro Woche fünf voll beladene Züge von Zentralchina aus nach Duisburg. Jedoch fuhren vier dieser fünf Züge leer wieder zurück. So war vorerst die „Neue Seidenstraße“ bisher eine „Einbahnstraße“.<sup>444</sup>

Die „neue Seidenstraße“ ist vor allem der Versuch Chinas, seine Überkapazitäten zu exportieren, sowie der „bislang ehrgeizigste Versuch Pekings, eine Globalisierung nach seinen Vorstellungen zu formen“ – in einer Zeit, in der die USA unter Präsident Donald Trump die globale Kooperation in

---

<sup>440</sup> Marlies Kastenhofer, Von Peking bis Athen: Chinas Traum einer besser vernetzten Welt, in: *Die Presse am Sonntag*, 07.02.2016, S. 18 und 19, hier S. 19.

<sup>441</sup> Marlies Kastenhofer, Pekings Spiel mit Osteuropa, in: *Die Presse*, 30.03.2018, S. 4.

<sup>442</sup> Tom Miller, China's new Silk Road weaves its web, in: *The Guardian Weekly*, 08.09.2017, S. 18.

<sup>443</sup> Ebenda.

<sup>444</sup> Christoph Giesen / Kai Strittmatter, Alle Wege führen nach Peking, in: *Süddeutsche Zeitung*, 12.05.2017, S. 2.

Frage stellen.<sup>445</sup> Das chinesische Wirtschaftsmodell war 2017 an seine Grenzen gestoßen:

- Der Export wuchs nicht mehr;
- Die Binnennachfrage reichte bei Weitem nicht mehr aus, um die von der Führung angepeilten Wachstumsziele zu erreichen;
- Damit die Wirtschaftsleistung dennoch Jahr für Jahr um mindesten 6,5 Prozent steigt, investierte der Staat selbst und nimmt dabei eine hohe Verschuldung in Kauf.<sup>446</sup>

Mit der „*neuen Seidenstraße*“ sollen nach Ansicht der chinesischen Führung alle Straßen nach Peking führen, dieses Projekt bildet den Kernpunkt des „*chinesischen Traumes*“, es zielt darauf, das 19. Jahrhundert der „*nationalen Demütigung*“ mit einem derartig gigantischen Projekt endgültig zu überwinden.<sup>447</sup> Inspiriert durch die alten Karawanenstraßen soll die „*neue Seidenstraße*“ – das derzeit wichtigste geopolitische Projekt Chinas – alles bisher verkehrstechnisch und -logistisch Erschlossene – in den Schatten stellen. Bereits in den letzten Jahren sind in einem Rekordtempo dichte Hochgeschwindigkeitseisenbahnnetze und neue Flughäfen und Containerterminals entstanden. Auch in der Ferne werden Infrastrukturprojekte mitfinanziert bzw. zur Gänze finanziert. So bekommt Ungarn von China einen Hochgeschwindigkeitszug „*und verbindet im Gegenzug nun mit seiner pekingsfreundlichen Haltung bei praktisch jeder heiklen EU-Abstimmung zu China-Themen ein einbeitliches Vorgehen der Union.*“<sup>448</sup>

Die „Trassenführungen“ sollen laut der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua wie folgt verlaufen:

---

<sup>445</sup> Ebenda.

<sup>446</sup> Ebenda.

<sup>447</sup> Tom Miller, China's new Silk Road weaves its web, in: *The Guardian Weekly*, 08.09.2017, S. 18.

<sup>448</sup> Christoph Giesen / Kai Strittmatter, Alle Wege führen nach Peking, in: *Süddeutsche Zeitung*, 12.05.2017, S. 2.



- Yiwu-Xian-Ürümqi-Moskau-Rotterdam, danach sowohl nach London und nach Madrid (Bahn)
- Xian-Bishkek-Teheran-Istanbul-Moskau-Rotterdam und danach sowohl nach London und Venedig (Landweg)
- Zhanjiang-Kuala Lumpur-Hambantota (Sri Lanka)-Kalkutta-Mombasa-Athen (Piräus)-Venedig (Seeweg).<sup>449</sup>

Die „*neue Seidenstraße*“ umfasst den Großteil der Landmasse und der Meere auf der Erde: auf dem Land bildet diese Transportrouten und -infrastruktur sowie Industriekorridore quer durch Zentralasien in den Mittleren Osten und Europa, auf dem Seeweg schließt die „*maritime Seidenstraße*“ den Bau neuer Häfen und Handelsrouten quer über das Südchinesische Meer bis zum Südpazifik sowie über den Indischen Ozean bis ins Mittelmeer mit ein.<sup>450</sup> China soll zu neuer wirtschaftlicher Stärke heranwachsen – davon sollen nach chinesischer Sicht „*alle profitieren*“. Vor allem geht es darum, China wirtschaftspolitisch – und somit innenpolitisch – zu festigen und außenpolitisch auf regionaler und globaler Ebene zu stärken: „*to realise the great rejuvenation of the Chinese people*“ oder frei nach US-Präsident Donald Trump: „*to make China great again*“.<sup>451</sup> Auf keinen Fall soll die „*neue Seidenstraße*“ bestehende internationale oder regionale Kooperationen ersetzen, wie die *Shanghai Cooperation Organization* (SCO), die *Eurasische Wirtschaftsunion*, die ASEAN, die China-ASEAN-Freihandelszone oder das *Central Asian Regional Economic Cooperation Program*.<sup>452</sup> Auf operationeller Ebene soll die Zusammenarbeit und Kooperation mit multinationalen und lokalen Think Tanks, Medienorganisationen und Zivilgesellschaften sowie NGOs verstärkt werden, diese sind „*crucial for the smooth implementation of the BRI*“.<sup>453</sup>

---

<sup>449</sup> Kai Strittmatter, Stoff für Träume, in: *Süddeutsche Zeitung*, 12.05.2017, S. 2.

<sup>450</sup> Tom Miller, China's new Silk Road weaves its web, in: *The Guardian Weekly*, 08.09.2017, S. 18.

<sup>451</sup> Ebenda.

<sup>452</sup> Hao Hu, The Political Implications of the BRI, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße? , Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 41-48, hier S. 46.

<sup>453</sup> Ebenda, S. 47.

Die Direktinvestitionen entlang dieser „neuen Seidenstraße“ betrug in den Jahren 2015 und 2016 laut chinesischen Angaben 30 Milliarden US-Dollar, chinesische Firmen unterzeichneten umfassende Bauverträge im Wert von 189 Milliarden US-Dollar und verdienten in 60 Ländern auf diesen Routen 145 Milliarden US-Dollar.<sup>454</sup> Pakistan stellte 2017 an die 14.500 Sicherheitskräfte zur Verfügung, um die Sicherheit von 7.000 chinesischen Arbeitskräften entlang des geplanten Wirtschaftskorridors zu garantieren. Die Gefahr war evident, als im Mai 2017 zwei chinesische Sprachlehrer von bewaffneten Männern in Quetta entführt und getötet wurden.<sup>455</sup> Länder wie Indien und Vietnam, die mit China in der Geschichte auch viel Feindschaft verbunden hat, sorgen sich um die „zunehmenden chinesischen Tentakeln“ in ihrem jeweiligen Umfeld. Indien hat den Bau des chinesischen Hafens Gwadar in Pakistan heftigst kritisiert – „als Plattform des militärischen Expansionismus“, als „eine Perlenkette“ rund um die „Mutter Indien“.<sup>456</sup> Zudem kritisiert Indien das Projekt des Chinesisch-Pakistanischen Wirtschaftskorridors innerhalb des „Seidenstraßenprojekts“, der auch Projekte in der zwischen Indien und Pakistan umstrittenen Region Kaschmir miteinschließt.<sup>457</sup> Der militärische Zwischenfall im Juli 2017 zwischen China und Indien nahe des *Hühnernackens* (Bhutan) verdeutlichte zudem die Anspannungen zwischen China und Indien bzw. den „strategischen Wettlauf“ der beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Welt. In Sri Lanka sicherte sich China 2017 für 99 Jahre die Miete des von chinesischen Firmen erbauten Seehafens Hambantota, nachdem Sri Lanka erklärt hat, seine diesbezüglichen Kredite nicht mehr bedienen zu können.<sup>458</sup> Nach den Wahlen in Malaysia 2018 kündigte die damals neue Regierung unter Mahatir bin Mohammed an, „Seidenstraßenprojekte“ in ihrem Land einer Überprüfung zu unterziehen, im Besonderen ein Eisenbahnprojekt, in dem

---

<sup>454</sup> Tom Miller, China's new Silk Road weaves its web, in: *The Guardian Weekly*, 08.09.2017, S. 18.

<sup>455</sup> Ebenda.

<sup>456</sup> Ebenda.

<sup>457</sup> National Institute for Defense Studies, NIDS China Security Report 2019. China's Strategy for Reshaping the Asian Order and Its Ramifications, Tokyo 2019, S. 54.

<sup>458</sup> Jane Perlez, China tries to loosen its Belt and Road plan, in: *The New York Times International Edition*, April 27-28, 2019, S. 1 und 7, hier S. 7.

die Schuldenlast des Landes drastisch wachsen könnte.<sup>459</sup> Zudem beschäftigen zahlreiche Beteiligungen von chinesischen Unternehmen an Seehäfen bzw. deren Anmietung wie in Sri Lanka, zum Teil in der EU sowie mittlerweile auch in Israel westliche Sicherheitspolitiker in Hinblick auf deren spätere Nutzbarkeit. Werden diese Häfen in Zukunft tatsächlich nur von zivilen Schiffen genutzt? Weltweite chinesische Beteiligungen an Seehäfen könnten die Stärkung Chinas als Seemacht – sowohl kommerziell als auch militärisch – untermauern, und somit auch den politischen Einfluss Chinas auf die jeweiligen Staaten vergrößern. Machtprojektion in Zusammenhang mit der Kontrolle strategischer Infrastruktur könnte vor allem mittels wirtschaftliche Abhängigkeiten ausgeübt werden.<sup>460</sup> So betreibt seit 2015 die *Shanghai International Port Group* das neue Frachtschiffterminal in Haifa / Israel, dem größten Hafen des Landes und zugleich Hauptstützpunkt der israelischen Marine und der israelischen Nuklear-Unterseeboote. Dieser Handel mit China wurde jedoch zuvor weder in der Knesset noch im Nationalen Sicherheitsrat diskutiert.<sup>461</sup> Im März 2019 gab Italien als erstes größeres EU-Mitglied und als erstes Mitglied der G-7 („Großen 7“ – informeller Zusammenschluss der in diesem informellen Kreis zusammenkommenden Industrienationen) seine Teilnahme an der *Belt and Road Initiative* (BRI) mittels einer Absichtserklärung bekannt. Die BRI-Projekte umfassen derzeit bis zu einer Billion US-Dollar, jedoch soll die BRI nur taktisch, jedoch nicht strategisch angepasst werden.<sup>462</sup>

2011 hatte China als größter Kreditgeber für Entwicklungsländer bereits die Weltbank überholt. EU und USA werfen China vor, mit derartigen Kreditvergaben gezielt den politischen Einfluss ausweiten zu wollen und Länder so in die Abhängigkeit Pekings zu bringen. Die Rückzahlungen von Krediten erfolgt meist in Form von Rohstofflieferungen. So hatte China

---

<sup>459</sup> National Institute for Defense Studies, NIDS China Security Report 2019. China's Strategy for Reshaping the Asian Order and Its Ramifications, Tokyo 2019, S. 54, S. 22.

<sup>460</sup> Veerle Nouwens, China's 21<sup>st</sup> Century Maritime Silk Road. Implications for the UK, Occasional Paper, Royal United Services Institute for Defence and Security Studies (RUSI), London, February 2019, S. I.

<sup>461</sup> The Economist, Israel and China. Too open for business?, in: *The Economist*, October 13<sup>th</sup>, 2018, S. 33-34, hier S. 33.

<sup>462</sup> Die Presse, Löst China die nächste Finanzkrise aus?, in: *Die Presse*, 18.02.2019, S. 6.

dem bankrotten Venezuela seit 2007 an die 60 Milliarden US-Dollar geliehen, zahlbar in Rohöllieferungen. China sicherte sich folglich seinen Einfluss auf die Ölproduktion des Landes, Venezuela besitzt die größten Ölreserven der Welt.<sup>463</sup> Die damalige Leiterin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, hatte daher Mitte Februar 2019 während der Münchner Sicherheitskonferenz vor einer neuen, von den Schwellenländern ausgehenden Finanzkrise gewarnt, deren Auslöser die intransparente Kreditvergabe durch die Volksrepublik China sein werde. In vielen Entwicklungsländern hätte die Verschuldung ein nicht mehr tragbares Ausmaß erreicht, so Lagarde. China forderte sie deshalb auf, dem sogenannten *Pariser Club* beizutreten – einem informellen Gremium, das Transparenzregeln für die Vergabe staatlicher Kredite festlegt und im Fall der Uneinbringlichkeit derartiger Kredite tätig wird.<sup>464</sup> Laut Olaf Scholz, Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, habe China selbst keine Übersicht über seine Kreditvergaben mehr, weil diese sowohl von der Zentralregierung als auch von regionalen Regierungen, Unternehmen und von Banken vergeben werden.<sup>465</sup>

Aus chinesischer Sicht stellt sich die *Belt and Road Initiative* (BRI) insgesamt dennoch als Erfolg dar, der Handel mit den an diesem Projekt teilnehmenden Ländern betrug im ersten Halbjahr 2019 an die 4,24 Billionen Yuan (617,5 Milliarden US-Dollar), das entsprach nach der General Administration of Customs of China einer Steigerung von 9,7 Prozent innerhalb eines Jahres.<sup>466</sup>

Vor allem im Westen wird die Politik der „*neuen Seidenstraße*“ weniger positiv gesehen, insbesondere die USA befürchten, dass mit dieser Politik China primär seine Nachbarstaaten „*für politische und wirtschaftliche Zwecke*“ benützen wird, vor allem um seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss in Asien und in einzelnen Staaten entlang dieser Routen zu

---

<sup>463</sup> Jane Perlez, China tries to loosen its Belt and Road plan, in: *The New York Times International Edition*, April 27-28, 2019, S. 1 und 7, hier S. 7.

<sup>464</sup> Die Presse, Löst China die nächste Finanzkrise aus?, in: *Die Presse*, 18.02.2019, S. 6.

<sup>465</sup> Ebenda

<sup>466</sup> Li Xiaoyang, Meeting Expectations, in: *The Economist*, August 3<sup>rd</sup>, 2019, S. 38-39, hier S. 38 (China Focus, produced by Beijing Review).

vergrößern.<sup>467</sup> Zudem ist die Projektidee „*neue Seidenstraße*“ grundsätzlich nicht neu. Bereits in den Jahren 1999 und 2006 verabschiedete der US-Kongress den „*Silk Road Strategy Act of 1999*“ und den „*Silk Road Strategy Act of 2006*“, 2011 verkündete die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton die „*New Silk Road Strategy*“ (Hillary Rodham Clinton, Remarks at the New Silk Road Ministerial Meeting, New York, September 22, 2011). Ziel der USA war es damals, Afghanistan als „Hub“ und als Verbindungsbrücke zwischen Süd-, Zentral- und Westasien auszubauen, um somit den amerikanischen Einfluss in diesen Regionen zu stärken.<sup>468</sup> Dennoch stellt die chinesische „*Belt and Road Initiative*“ (BRI) das bemerkenswerteste „*diplomatische*“ Projekt des 21. Jahrhunderts dar, ähnlich der Gründung der Vereinten Nationen, der Weltbank und der Initiierung des Marshallplans Mitte des 20. Jahrhunderts.<sup>469</sup>

---

<sup>467</sup> Angela Schottenhammer, War and Peace along the Historical Silk Roads, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße? , Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 21-39, hier S. 21.

<sup>468</sup> Ebenda, hier S. 22.

<sup>469</sup> Parag Khanna, The Future is Asian, Simon & Schuster Paperbacks, New York, London, Totonto, Sydney, New Delhi 2019, 2.

## China und Russland

In den 1950er-Jahren waren die Sowjetunion und China „*Verbündete gegen die USA*“.<sup>470</sup> Nach der Öffnung der USA gegenüber China ab 1972 verschob sich dieses „*Mächtegleichgewicht*“.<sup>471</sup> Gemäß US-Politikwissenschaftler Joseph S. Nye kam es mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 zwischen dem neuen Russland und China „*zu einer erneuten Annäherung*“, indem beide Länder 1992 erklärten, eine „*konstruktive Partnerschaft*“ zu verfolgen.<sup>472</sup> Die russisch-chinesische Partnerschaft ist seither von großer Bedeutung für die globalen Sicherheitsbeziehungen. Im Juli 1994 unterzeichneten beide Staaten das Übereinkommen betreffend Vorbeugung gefährlicher militärischer Aktivitäten (*Agreement on the Prevention of Dangerous Military Activities*).<sup>473</sup> Russland und China vereinbarten im April 1996 für das 21. Jahrhundert sogar eine *strategische Partnerschaft* („*strategic partnership of coordination*“), die es weiter zu konsolidieren und zu vertiefen gilt.<sup>474</sup> Im selben Monat wurde auch zwischen China, Russland, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan das Übereinkommen über vertrauensbildende Maßnahmen im Militärbereich entlang der gemeinsamen Grenzen unterzeichnet (*Agreement on Confidence-Building in the Military Field Along the Border Areas*), im April 1997 unterzeichnete China mit diesen Ländern das Übereinkommen über die Verringerung der Anzahl von Streitkräften in den gemeinsamen Grenzregionen (*Agreement on the Mutual Reduction of*

---

<sup>470</sup> Aus: Joseph S. Nye, Russland und China – geeint gegen den Westen?, in: *Die Presse*, 30.03.2015, S. 26 und 27, hier S. 26.

<sup>471</sup> Gemäß der Theorie des Mächtegleichgewichts wird abgeleitet, „*dass die Vormachtstellung der USA im Hinblick auf Machtressourcen durch eine chinesisch-russische Partnerschaft ausgeglichen werden sollte.*“ Aus: Ebenda.

<sup>472</sup> Aus: Joseph S. Nye, Russland und China – geeint gegen den Westen?, in: *Die Presse*, 30.03.2015, S. 26 und 27, hier S. 26.

<sup>473</sup> Information Office of the State Council of the People’s Republic of China, *White Papers of the Chinese Government (2005-2008)*, Foreign Languages Press, First Edition, Beijing 2012, S. 143.

<sup>474</sup> Sun Jianguo (Admiral), *A Great Banner for World’s Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena*, in: *International Strategic Studies* 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, S. 1-8, hier S. 4.

*Military Forces in the Border Areas*).<sup>475</sup> 2001 wurde zwischen China und Russland ein Vertrag über „*Freundschaft und Kooperation*“ unterzeichnet.<sup>476</sup> Mit Russland schloss China im Juni 2005 ein Abkommen, das die zuvor seit vierzig Jahren ungelösten Konflikte an der 4.300 Kilometer langen gemeinsamen Grenze beenden soll.

Während des US-geführten Krieges gegen Saddam Hussein 2003 übten chinesische Diplomaten große Zurückhaltung, und die chinesisch-amerikanische Koalition im Kampf gegen den Terrorismus wurde so ausgebaut<sup>477</sup>, dass sich nach den Koalitionen von 1941 gegen Japan und in den 1970er-Jahren gegen die Sowjetunion fast schon eine *dritte Koalition* gebildet hatte.<sup>478</sup> Die US-Operation *Enduring Freedom* zum Sturz des *Taliban*-Regimes in Afghanistan 2001 wurde von der chinesischen Regierung voll unterstützt: China war vor allem um die zunehmende Radikalisierung von Teilen der uigurischen Bevölkerung in Xinjiang besorgt, die einen „*islamistischen Befreiungskampf*“ unterstützten und somit eine Loslösung Xinjiangs (47 Volksgruppen leben in dieser Region) von China forderten. Zwischen 2014 und 2019 soll die chinesische Führung in Xinjiang laut Schätzungen von UN-Experten über eine Million Muslime in Lagern interniert haben.<sup>479</sup>

Vor allem seit 2003 – seit der US-geführten Militäroperation zum Sturz von Saddam Hussein im Irak – arbeiten jedoch Russland und China eng im UN-Sicherheitsrat zusammen. Um ihre Positionen zu koordinieren, nützen beide Länder diplomatische Rahmenstrukturen wie die BRICS-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und die SCO (*Shanghai Cooperation Organization* – SCO) gemeinsam mit Indien, Kasachstan,

---

<sup>475</sup> Information Office of the State Council of the People's Republic of China, *White Papers of the Chinese Government (2005-2008)*, Foreign Languages Press, First Edition, Beijing 2012, S. 143.

<sup>476</sup> Aus: Joseph S. Nye, *Russland und China – geeint gegen den Westen?*, in: *Die Presse*, 30.03.2015, S. 26 und 27, hier S. 26.

<sup>477</sup> Die USA setzten auf Drängen Chinas die *Islamische Bewegung Ostturkestan* auf die Liste terroristischer Vereinigungen; aus: Frank Gräfe, *Chinas innenpolitische Herausforderungen*, in: *Europäische Sicherheit* 1/2005, S. 18-24, S. 22.

<sup>478</sup> Ebenda.

<sup>479</sup> Fabian Kretschmer, *Chinas harter Kurs: Keine Gnade für die Uiguren*, in: *Die Presse*, 18.11.2019, S. 2.

Kirgisien, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan.<sup>480</sup> Aufgrund der Tatsache, dass Chinas Wirtschaft größer ist als jene der anderen vier BRICS-Staaten zusammen, sind die BRICS-Initiativen – einschließlich ihrer neuen Entwicklungsbank – „*Ausdruck des unverhältnismäßig großen chinesischen Einflusses.*“<sup>481</sup> Innerhalb der SCO wurden zwecks wirtschaftlicher Koordination ein *Interbank Consortium* sowie ein *Business Council* etabliert. Zudem entwickelte die SCO kooperative Beziehungen zu den Vereinten Nationen, der ASEAN sowie zur Organisation des kollektiven Sicherheitsvertrages.<sup>482</sup> Sicherheitskooperation innerhalb der SCO ist ein äußerst relevantes Themenfeld und widmet sich dem Kampf der „*three evil forces*“: Terrorismus, Separatismus (wie in Taiwan, Tibet oder „*Ost-Turkestan*“ (Xinjiang))<sup>483</sup> und Extremismus; in diesen Bereichen sollen auch der Austausch nachrichtendienstlicher Informationen sowie die Durchführung gemeinsamer militärischer Übungen verstärkt werden.<sup>484</sup> In Taschkent befindet sich das Anti-Terror-Zentrum der SCO. Zusätzlich dient die SCO dazu, um „*Neo-Interventionismus*“ vor allem seitens der USA in Zentral- und Ostasien zu verhindern: so seien die „*sogenannten Farbenrevolutionen*“ Versuche von „*US-geführten westlichen Ländern*“ gewesen, „*to overthrow what they label as ,authoritarian regimes*“.<sup>485</sup> Durch die SCO soll auch einem künftigen Machtspiel zwischen den USA einerseits sowie China und Russland andererseits massiv entgegengewirkt werden. Die USA haben

---

<sup>480</sup> Beim „historischen Treffen“ der SCO-Staats- und Regierungschefs in Astana (heute: Nur-Sultan) am 8. und 9. Juni 2017 wurde den beiden südasiatischen Staaten Indien und Pakistan der Mitgliederstatus in der SCO verliehen. Die SCO zählt auch vier Beobachter: Afghanistan, Belarus / Weißrussland, Iran und die Mongolei. Zudem steht die SCO mit sechs Dialogpartnern in Verbindung: Aserbaidschan, Armenien, Kambodscha, Nepal, Sri Lanka und der Türkei. Aus: The Shanghai Cooperation Organization, The Shanghai Cooperation Organization, [http://eng.sectsc.org/about\\_sco/](http://eng.sectsc.org/about_sco/), abgerufen am 20.11.2019.

<sup>481</sup> Joseph S. Nye, Russland und China – geeint gegen den Westen?, in: *Die Presse*, 30.03.2015, S. 26 und 27, hier S. 27.

<sup>482</sup> Wang Haiyun, SCO's New Challenges and Missions In Its Development, in: *International Strategic Studies 3/2016*, Volume 121, China Institute for International Strategic Studies, S. 21-29, hier S. 22.

<sup>483</sup> China Daily.com.cn, China's Military Strategy, May 2015, S. 2.

<sup>484</sup> Wang Haiyun, SCO's New Challenges and Missions In Its Development, in: *International Strategic Studies 3/2016*, Volume 121, China Institute for International Strategic Studies, S. 21-29, hier S. 29.

<sup>485</sup> Ebenda, hier S. 21.



China und Russland mittlerweile als „strategische Gegner“ klassifiziert. So „scheuen die USA keine Mühe, die Expansion der NATO und die US-japanische Allianz“<sup>486</sup> aus chinesischer und russischer Sicht gegen Russland und China und deren Nachbarregionen voranzutreiben, deshalb dürfen sich künftig die geopolitischen Machtspiele in Zentralasien mit Sicherheit „intensivieren“: „America and Japan may even incite conflicts within and between countries in this region in order to bring war and turmoil to the doorsteps of China and Russia.“<sup>487</sup> Zudem wird den USA aus chinesischer Sicht zugetraut, den islamischen Extremismus in Zentralasien für ihre Interessen zu „kanalisieren“.<sup>488</sup>

Sorge bereitet der US-Regierung in diesem Zusammenhang die verstärkte militärische Zusammenarbeit zwischen China und Russland. In ihrem ersten gemeinsamen Manöver (18. – 25. August 2005), es begann in Wladiwostok und endete auf der chinesischen Halbinsel Shandong, demonstrierten beide zuvor über Jahrzehnte verfeindeten Großmächte (China und Russland) vor allem vereinte Stärke. Die Übungsannahme bei dieser ersten Übung der Serie „Frieden“ („Frieden 2005“) war, dass in einem fiktiven Staat ethnische Unruhen zum Bürgerkrieg eskalieren. Chinesische und russische Soldaten marschierten dort aufgrund eines UN-Mandats ein, um diesen Konflikt zu beenden. An dieser Übung beteiligten sich über 10.000 Soldaten, 140 Kriegsschiffe und Unterseeboote sowie Langstreckenbomber des Typs *Tupolev Tu-22M3*. Die Heranziehung von U-Booten und Langstreckenbomben ist jedoch bei einer Friedensmission eher ungewöhnlich und erinnert mehr an die Besetzung eines fremden Territoriums. Nach Aussagen eines chinesischen Regierungssprechers sollte diese Übung ausschließlich „die Fertigkeit der Streitkräfte bei der gemeinsamen Bekämpfung von Extremismus, Terrorismus und Separatismus verbessern.“<sup>489</sup> Bei dieser Militärübung waren nur Beobachter aus den Staaten der *Shanghai Cooperation Organization* (SCO)<sup>490</sup> eingeladen – wie auch Afghanistan.

---

<sup>486</sup> Ebenda, S. 23.

<sup>487</sup> Ebenda.

<sup>488</sup> Ebenda.

<sup>489</sup> Aus: Elke Windisch, China und Russland lassen die Muskeln spielen, in: *Die Presse*, 18.08.2005, S. 5.

<sup>490</sup> Die SCO wurde im Jahr 2001 von den Staatschefs Chinas, Russlands, Usbekistans, Kasachstans, Kirgisiens und Tadschikistans gegründet. Ziel: Vertrauensbildung und Abrüstung entlang ihrer gemeinsamen Grenzen. Die SCO erstreckt sich über ein

Mehrere Tage probten im Juli 2017 drei chinesische und bis zu zehn russische Kriegsschiffe vor den Toren der NATO in der Ostsee für den Ernstfall. Es stellte somit das erste Manöver beider Atommächte im Baltikum sowie auch in Europa insgesamt dar.<sup>491</sup> China war bestrebt, hiermit auch als zweitgrößte Wirtschaftsmacht und Nation mit den zweithöchsten Militärausgaben der Welt und nach Zahl mit der größten Kriegsflotte seinen Einfluss und seine maritimen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. An der „*Wostok 2018*“, der laut russischem Verteidigungsministerium größten Militärübung seit 1981, haben bis zu 300.000 Soldaten mit bis zu 36.000 Fahrzeugen und Panzern sowie tausenden Flugzeugen und 80 Kriegsschiffen teilgenommen, das Szenario lautete: Verteidigung im Fall eines Großangriffs. China nahm daran mit 3200 Soldaten teil, ebenso beteiligte sich an dieser Übung ein mongolisches Kontingent. Die russischen Streitkräfte konnten bei dieser Übung ihre neuesten Geräte präsentieren, wie *Iskander*-Raketen, Kampfpanzer des Typs *T-80* und *T-90* sowie *Suchoj Su-34* und *Su-35*-Jagdbomber. Ebenso nahmen mehrere Fregatten mit *Kalibr*-Raketen teil.<sup>492</sup>

Die strategische Partnerschaft zwischen China und Russland ist vor allem auch dadurch begründet, dass die Volksrepublik auf Waffen und –systeme aus Russland angewiesen ist. China baut auch selbst mit russischer Unterstützung moderne Waffen(systeme) – von amphibischen Kriegsschiffen bis zu mobilen Atomraketen. In Russland erwarb China insbesondere Zerstörer, Marschflugkörper und das Boden-Luft-Raketensystem *S-400* sowie auch hochmoderne *Suchoj Su-35*-Kampffjets. Systeme wie die russischen Jäger *Suchoj Su-27* werden in China seit Jahren in Lizenz gefertigt. Russland ist nach wie vor der wichtigste Waffen- und Technologielieferant für China. Jedoch kritisiert Russland China sehr offen, dass China ursprüngliche russische Technologie verstärkt selbst produziert und somit immer weniger Militärprodukte aus Russland importiert. So

---

Gebiet von 30 Millionen Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von 1,5 Milliarden Menschen.

<sup>491</sup> Marlies Kastenhofer / Wolfgang Greber, Chinas Traum von der Herrschaft der Meere, *Die Presse*, 29.07.2017, S. 4.

<sup>492</sup> Jutta Sommerbauer, Freundschaftsmanöver mit China, in: *Die Presse*, 12.09.2018, S. 5.

stößt Chinas Nachbau der *Su-27* – die *chinesische Variante* der *Su-27* erhielt die Bezeichnung *J-11* – auf Empörung in Russland.<sup>493</sup>

Der kooperative Zusammenschluss Russlands und einiger zentralasiatischer Staaten in der *Shanghai Cooperation Organization* (SCO) dient in erster Linie dazu, um in Zentralasien durch militärische Kooperation und damit verbundene gegenseitige Vertrauensbildung die Stabilität in dieser Region im gegenseitigen Interesse zu sichern. Afghanistan besitzt Beobachterstatus, so soll auch die SCO „*nationale Versöhnung in Afghanistan unterstützen*.“<sup>494</sup> Insbesondere soll die SCO auch die ökonomischen Bedürfnisse Chinas nach Erdöl sicherstellen und den politischen und wirtschaftlichen Einfluss Russlands in diesem Raum gewährleisten.<sup>495</sup> Im Kampf um die Vorherrschaft in Ostasien versucht China bisher erfolgreich die gewünschte Beteiligung Indiens der geplanten *ASEAN+3*-Freihandelszone<sup>496</sup> zu verhindern.<sup>497</sup>

Seit der Verschlechterung der russisch-amerikanischen Beziehungen seit 2007/2008 (Suspendierung des adaptierten Vertrags über konventionelle Streitkräfte durch Russland, Einmarsch Russlands in Georgien) bauen China und Russland verstärkt ihre Wirtschaftsbeziehungen aus. 2013 unterzeichnete der russische Ölkonzern *Rosneft* mit der Volksrepublik China Lieferverträge für 25 Jahre im Ausmaß von 270 Milliarden US-Dollar, Russland hat somit 2015 Saudi-Arabien als größter Öllieferant Chinas abgelöst.<sup>498</sup> Im Mai 2014, also kurz nach der Annexion der Krim durch Russland, kündigte Russland nach zehnjähriger Verhandlung den Abschluss eines seit 2019 über 30 Jahre laufenden Vertrags im Umfang von 400 Milliarden US-Dollar über die Lieferung von 38 Milliarden

---

<sup>493</sup> Piraten im Rüstungssektor: China kopiert Suchoj-Jäger, *Russland-Aktuell*, 22.4.2009, [http://www.aktuell.ru/russland/wirtschaft/piraten\\_im\\_ruestungssektor\\_china\\_kopiert\\_suchoi\\_jaeger\\_1718.html](http://www.aktuell.ru/russland/wirtschaft/piraten_im_ruestungssektor_china_kopiert_suchoi_jaeger_1718.html), abgerufen am 22.05.2009.

<sup>494</sup> Xi Jinping, *China regieren*, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 2014, S. 418.

<sup>495</sup> Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: *Europäische Sicherheit* 1/2005, S. 18-24, S. 22.

<sup>496</sup> ASEAN-Staaten (Brunei, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam) + China, Japan und Südkorea.

<sup>497</sup> Vgl. Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: *Europäische Sicherheit* 1/2005, S. 23.

<sup>498</sup> Eduard Steiner, Wie Moskau und Peking flirten, in: *Die Presse*, 10.07.2018, S. 13.

Kubikmetern Gas pro Jahr nach China an.<sup>499</sup> Zu diesem zwischen *Gasprom* und der *China National Petroleum Corporation* abgeschlossenen Vertrag gehört auch die Errichtung einer 4.000 Kilometer langen in die chinesische Provinz Heilongjiang führenden Gaspipeline.<sup>500</sup> *Gasprom* gab zudem im November 2014 bekannt, dass ein Rahmenabkommen über die jährliche Lieferung von zusätzlichen 30 Milliarden Kubikmetern Gas in die Provinz Xinjiang abgeschlossen wurde. Sollten diese „östliche“ und „westliche“ Pipeline fertiggestellt werden, ließen diese jährlich nach China gelieferten 68 Milliarden Kubikmeter Gas jene 40 Milliarden Kubikmeter verblassen, die Russland 2015 nach Deutschland – seinem bisher größten Abnehmer – exportierte.<sup>501</sup> Im Raum Sibirien macht sich die demographische Lage zwischen Russland und China bemerkbar: sechs Millionen Russen stehen in diesem Raum 120 Millionen Chinesen gegenüber.<sup>502</sup> Chinesische Wirtschaftstreibende investieren vor allem im Osten Sibiriens und siedeln Betriebe an.

Die chinesisch-russischen Beziehungen sind aus chinesischer Sicht als „*stabile strategische Partnerschaft*“ zu betrachten: „*Changes in international relations since the end of the Cold War have only brought the two countries closer together*“.<sup>503</sup> Jedoch besitzt China an einer „formalen Allianz“ mit Russland kein Interesse, auch nicht, um einen anti-amerikanischen oder anti-westlichen Block zu bilden.<sup>504</sup> 2011 wurde China Russlands wichtigster Handelspartner, im Jahr 2014 stiegen die chinesischen Investitionen in Russland um 80 Prozent.<sup>505</sup> Während Anfang der 1990er-Jahre das bilaterale Handelsvolumen an die fünf Milliarden US-Dollar betrug, erhöhte sich dieses auf 100 Milliarden im Jahr 2014.<sup>506</sup> China und Russland arbeiten in den Projekten „*neue Seidenstraße*“ und BRICS eng zusammen, so

---

<sup>499</sup> Fu Ying, How China Sees Russia. Beijing and Moscow Are Close, but Not Allies, in: *Foreign Affairs*, January/February 2016, S. 96-105, hier S. 98.

<sup>500</sup> Aus: Joseph S. Nye, Russland und China – geeint gegen den Westen?, in: *Die Presse*, 30.03.2015, S. 26 und 27.

<sup>501</sup> Ebenda, S. 27.

<sup>502</sup> Ebenda.

<sup>503</sup> Fu Ying, How China Sees Russia. Beijing and Moscow Are Close, but Not Allies, in: *Foreign Affairs*, January/February 2016, S. 96-105, hier S. 96.

<sup>504</sup> Ebenda.

<sup>505</sup> Ebenda, hier S. 98.

<sup>506</sup> Ebenda.

auch über enge Bankenkooperationen wie die Asian Infrastructure Investment Bank und die New Development Bank (BRICS). Zudem wurde China Russlands wichtigster Waffenimporteur und Tausende Angehörige der chinesischen Streitkräfte hatten seit 1996 in Russland studiert bzw. Kurse besucht, weiters hatten russische Militärangehörige Ausbildungskurse an der Nationalen Verteidigungsuniversität in Peking absolviert.<sup>507</sup>

---

<sup>507</sup> Ebenda, hier S. 98.

## China und Indien

Ein Grenzkrieg im Herbst 1962 zwischen Indien und China sowie weitere kleinere Grenzkonflikte im bevölkerungsarmen Himalaya-Gebiet, die zum Teil militärisch ausgetragen wurden, prägen das Verhältnis zwischen beiden Mächten. Was Gebietsansprüche betrifft, gibt es zwei unterschiedliche geschichtliche Interpretationen: Indien beansprucht jene Grenzziehung, die 1914 zwischen Britisch-Indien und Tibet festgesetzt wurde (die sogenannte *McMahon Line*), China verweist bei seiner Interpretation auf die Grenzlinie des alten chinesischen Reiches.<sup>508</sup> So beansprucht China südlich des Himalaya zu Indien gehörende Gebiete, wie das südöstlich von Tibet gelegene Arunachal Pradesh, das China als *Südtibet* bezeichnet. Zudem wird von China auch das nordwestlich von Tibet gelegene Aksai Chin beansprucht. Aus chinesischer Sicht liegen zwischen China und Indien „mehr als 200 Kilometer Grenzgebiet, dessen Verlauf niemals offiziell festgelegt worden ist. Es geht dabei um ein Territorium von 125.000 Quadratkilometern.“<sup>509</sup> Davon stehen im „Zentrum der Streitigkeiten“ 90.000 Quadratkilometer im „östlichen Teil des Gebiets“ (Anmerkung: Arunachal Pradesh).<sup>510</sup> Seit 1959 hält sich weiters der Dalai Lama seit seiner Flucht aus der Volksrepublik China in Indien auf. Beide Seiten kamen anlässlich des Besuches von Indiens Premierminister Rajiv Gandhi in der Volksrepublik im Dezember 1988 überein, das der Schlüssel zur Lösung dieses Grenzkonfliktes „in einem gegenseitigen Kompromiss und Anpassung“ liege.<sup>511</sup>

1993 unterzeichneten China und Indien das Übereinkommen über die Beibehaltung von Frieden entlang der *Line of Actual Control* im chinesisch-indischen Grenzgebiet (*Agreement on the Maintenance of Peace and Tranquility Along the Line of Actual Control*).<sup>512</sup> 1996 folgte die Unterzeichnung des

---

<sup>508</sup> Henry Kissinger, *On China*, The Penguin Press, New York 2011, S. 1.

<sup>509</sup> Xie Chuntao, *Wie funktioniert die größte Partei der Welt. Erfolgsgeheimnisse der KP Chinas*, New World Press, Beijing, S. 264.

<sup>510</sup> Ebenda, S. 265.

<sup>511</sup> Ebenda.

<sup>512</sup> Information Office of the State Council of the People's Republic of China, *White Papers of the Chinese Government (2005-2008)*, Foreign Languages Press, First Edition, Beijing 2012, S. 143.

Übereinkommens über vertrauensbildende Maßnahmen im Militärbereich entlang dieser Linie (*Agreement on Confidence-Building Measures in the Military Field Along the Line of Actual Control in the China-India Border Areas*). Im April 2005 erfolgte die beiderseitige Unterzeichnung des Protokolls über die Modalitäten für die Implementierung der vertrauensbildenden Maßnahmen im Militärbereich entlang dieser Linie (*Protocol on Modalities for the Implementation of Confidence-Building Measures in the Military Field Along the Line of Actual Control in the China-India Border Areas*).<sup>513</sup>

Indiens damaliger Außenminister Pranab Mukherjee warnte 2008 betreffend China: „*Today's China seeks to further her interests more aggressively than in the past, thanks to the phenomenal increase of her capacities after thirty years of reforms.*“<sup>514</sup> Und das bezieht sich vor allem auf Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer sowie auf jene Quadratkilometer, die China von Indien beansprucht, die indisch-chinesische Grenze (*Line of Actual Control* – 4056 Kilometer lang) bleibt zudem noch in Diskussion: diese Grenze ist weder markiert noch findet sie sich auf gegenseitig anerkannten Landkarten.<sup>515</sup> Das Südchinesische Meer bildet die kürzeste Route zwischen dem Indischen Ozean und dem Pazifik, es „*bat sich im Zuge der rasanten Wirtschaftsentwicklung Indiens, Chinas und Südostasiens zur am meisten befahrenen Seehandelsroute der Welt entwickelt*“.<sup>516</sup> Mehr als die Hälfte des weltweiten Tankschiffsverkehrs passiert das Südchinesische Meer,<sup>517</sup> 90 Prozent des globalen Warenverkehrs werden ohnehin über See abgewickelt, ein Drittel aller internationalen Schifffahrtsrouten führt durch das Südchinesische Meer.<sup>518</sup> Zwei Drittel des weltweiten Öls und der Ölprodukte bzw. 75 Prozent der Ölimporte Chinas und 80 Prozent jener Japans und Südkoreas werden auf dem Indischen Ozean transportiert und passieren die Straße

---

<sup>513</sup> Ebenda.

<sup>514</sup> Aus: Address by Mr. Pranab Mukherjee, Hon'ble Minister for External Affairs at National Defence College, New Delhi, 3<sup>rd</sup> November 2008. India's Security Challenges and Foreign Policy Imperatives, <http://www.meaindia.nic.in/Speech/2008/11/03ss01.htm> (abgerufen am 04.11.2008).

<sup>515</sup> Vivek Raghuvanshi, India-China Border Talks Make No Headway, in: *Defense News*, May 25, 2015, S. 14.

<sup>516</sup> Aus: Felix Lee, China baut Große Mauer im Meer, in: *Die Presse*, 02.04.2015, S. 1.

<sup>517</sup> Ebenda.

<sup>518</sup> Gerhard Will, Tough Crossing: Europa und die Konflikte in der Südchinesischen See, SWP-Studie S10, Stiftung für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, im Juni 2014, S. 26.

von Malakka (15 Millionen Fass pro Tag), ein Seeweg, auf dem ein Drittel des weltweiten Handels durchtransportiert wird.<sup>519</sup> Somit wurde diese Schifffahrtsroute und vor allem das Südchinesische Meer seit 2003 vom damaligen chinesischen Präsidenten Hu Jintao als „strategische Priorität“ eingestuft, also als „*vitales Interesse*“ für die nationale Verteidigung Chinas.<sup>520</sup> Hier resultiert für China das so genannte *Malakka-Dilemma*, da China von diesem Seeweg, der damals aufgrund der enormen Piratenpräsenz zu den gefährlichsten Seerouten der Welt zählte, ziemlich abhängig ist. China hofft deshalb, künftig mehr Öl vom Indischen Ozean von Häfen in Myanmar oder Pakistan aus auf dem Landweg nach China zu transportieren. Im Gegensatz dazu befindet sich Indien im *Hormuz-Dilemma*, Indien ist vom Transport von Erdöl und Erdgas auf dieser Seeroute enorm abhängig. 40 Prozent des gesamten Weltrohölhandels passieren die Straße von Hormuz. Insgesamt werden 90 Prozent des globalen Handels und ca. 65 Prozent des gesamten Öls auf dem Seeweg transportiert.<sup>521</sup> Im Jahr 2030 wird Indien der bevölkerungsreichste Staat der Welt sein. Die Weltenergienachfrage wird sich zwischen 2006 und 2030 um 45 Prozent erhöhen, und ca. die Hälfte des Wachstums wird von Indien und China kommen.<sup>522</sup>

China hat aus Sicht Indiens seine „*Perlenkette-Strategie*“<sup>523</sup> beschlossen, die besagt: Eine Reihe von Häfen soll in befreundeten Staaten – an der nördlichen Küste des Indischen Ozeans – errichtet oder ausgebaut werden, um Erdöl am Landweg nach China zu transportieren. Die Volksrepublik unterhält eine große Marinebasis in Gwadar / Pakistan, von wo es auch

---

<sup>519</sup> Aus: Antoine Bondaz, *La Politique américaine en mer de Chine méridionale: maintenir une influence, rassurer des allies, garantir le droit*; und Marc Julienne, *Les intérêts chinois en mer de Chine méridionale*, in: *Diplomatie. Affaires stratégiques et relations internationales*, No 84, Janvier-Février 2017, S. 45-49, hier S. 44, sowie S. 50-53, hier S. 51.

<sup>520</sup> Aus: Marc Julienne, *Les intérêts chinois en mer de Chine méridionale*, in: *Diplomatie. Affaires stratégiques et relations internationales*, No 84, Janvier-Février 2017, S. 45-49, hier S. 44, sowie S. 50-53, hier S. 51.

<sup>521</sup> Aus: Robert Kaplan, *Center Stage for the 21<sup>st</sup> Century: Rivalry in the Indian Ocean*, March 16, 2009, *Real Clear Politics*, <http://www1.realclearpolitics.com>, abgerufen am 17.3.2009, S. 2.

<sup>522</sup> Ebenda, S. 3.

<sup>523</sup> Robert D. Blackwill and Ashley J. Tellis, *The India Dividend. New Delhi Remains Washington's Best Hope in Asia*, in: *Foreign Affairs*, September/October 2019, S. 173-183, hier S. 178.



den Schiffsverkehr durch die Straße von Hormuz überwachen kann, sowie in Pasni / Pakistan, 75 Meilen östlich von Gwadar, und ein Containerzentrum in Chittagong / Bangladesch. Zudem unterhält China auch Überwachungseinrichtungen auf den Inseln in der Bucht von Bengalen.<sup>524</sup> Myanmar bekommt Milliarden von US-Dollar aus China, China konstruiert im Gegenzug Straßen, Wasserwege und Pipelines, um die Bucht von Bengalen mit der südchinesischen Provinz Yunnan zu verbinden. China beabsichtigt auch, einen Kanal durch den Isthmus von Kra / Thailand zu bauen, um den Indischen Ozean mit der Pazifikküste Chinas zu verbinden – ein Projekt ähnlich dem Panamakanal.<sup>525</sup> Sowohl der chinesische Hafen in Gwadar / Pakistan als auch der indische Hafen in Chah Bahar / Iran sollen mit öl- und gasreichen Gebieten in Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan verbunden werden. Da mit Hilfe chinesischer Waffenlieferungen an Sri Lanka am 18. Mai 2009 offiziell der Krieg mit den „*Befreiungstigern von Tamil Eelam/LTTE*“ beendet wurde, war es seitens der Regierung in Colombo China gestattet, auch einen Hafen im Norden Sri Lankas – also in den ehemaligen von der LTTE kontrollierten Gebieten – zu errichten.<sup>526</sup>

Während des Besuches von Chinas Staatschef Xi Jinping in Indien (11.-13. Oktober 2019) betonte Indiens Premier Narendra Modi, dass sich beide Staaten „*im nationalen Verjüngungsprozess*“ befinden. Grenzkonflikte zwischen beiden Ländern sind nicht mehr ausgeföhrt. Aus der Rivalität zwischen China und Indien soll nun aus chinesischer Sicht eine „*neue Plattform für gute, nachbarschaftliche Beziehungen*“ entstehen, gemeinsam mit Afghanistan, so Chinas Außenminister Wang Yi im Oktober 2019. An einer derartigen regionalen Plattform sollen sich südasiatische Länder beteiligen, sowie in weiterer Folge auch Staaten in Südostasien und in Afrika. Xi und Modi erzielten im Oktober 2019 einen Konsens darüber, ein umfassendes regionales Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abzuschließen. Nach den informellen Treffen in Wuhan (April 2018) und in Chennai (Oktober 2019) sollen sich nun die chinesisch-indischen Beziehungen verbessern.<sup>527</sup>

---

<sup>524</sup> Ebenda, S. 3f.

<sup>525</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>526</sup> Aus: Zeit im Bild 1, ORF (Österreichischer Rundfunk), 18.5.2009, ca. 19.40 Uhr.

<sup>527</sup> China Rundschau, Xi Jinpings Südasiens-Reise: Chinas besondere Diplomatie, in: *China Rundschau*, Nr. 058, November 2019, S. 1.

## China und Nordkorea

China und Nordkorea sind seit dem Koreakrieg (1950-53) formal verbündet, als Mao Zedong Pjöngjang mit „*hunderttausenden*“ bewaffneten jungen Chinesen unterstützte, primär mit dem Ziel, amerikanische Streitkräfte von der chinesischen Grenze zurückzuschlagen bzw. fernzuhalten.<sup>528</sup> Einer der Söhne von Mao kam im Koreakrieg ums Leben. Die Volksrepublik China ist seither nicht nur der wichtigste Verbündete Nordkoreas, sondern auch bedeutendster Handelspartner des Landes. Nach dem Bruch der Volksrepublik China mit der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre unterhielt Nordkorea unter Kim Il-sung weiterhin enge Verbindungen zu Moskau, zumal China unter Deng Xiaoping sich ab 1978 primär zum Ziel setzte, sich wirtschaftlich verstärkt Richtung Westen zu öffnen. Kim Il-Sung betrachtete die Öffnung Chinas in Richtung Kapitalismus jedoch als „*Verrat am Sozialismus*“.<sup>529</sup> Zudem verbesserte die Volksrepublik 1992 die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen mit Südkorea, dem großen Gegner Nordkoreas. Nordkorea fühlte sich folglich zunehmend isoliert. Gerade ab den 2000er-Jahren peilte Nordkorea unter Kim Jong-il den Atommachtstatus an, um einen vom damaligen US-Präsidenten George W. Bush propagierten Regimewechsel in Pjöngjang zu vermeiden. Die Volksrepublik China wurde aus Sicht der nordkoreanischen Führung somit zunehmend als „*unzuverlässiger Verbündeter*“ gesehen, so blieb aus Sicht Kim Jong-il nur noch der Ausbau des Atomarsenals als letzte Rückversicherung für das Überleben seines Herrschaftssystems.<sup>530</sup>

Wie die Volksrepublik China haben jedoch auch die USA kein Interesse an einer nuklearen Bewaffnung Nordkoreas. Die Sichtweise in Hinblick auf die Sanktionspolitik gegenüber Nordkorea unterscheidet China und die USA grundsätzlich. So vermied China stets die Anwendung schärferer Sanktionen gegenüber Nordkorea. Folglich war China auch nach dem vierten Atomtest Nordkoreas am 6. Januar 2016 zunächst nicht bestrebt,

---

<sup>528</sup> John Delury, Why Xi Jinping is courting Kim Jong-un, in: *The New York Times International Edition*, June 24, 2019, S. 9.

<sup>529</sup> Ebenda.

<sup>530</sup> Ebenda.

sich schärferen Sanktionen gegen Pjöngjang anzuschließen, wie sie von den USA angestrebt wurden. Die chinesische Führung unterstützte damals zwar eine neue UN-Resolution, „man werde sich aber nicht durch Ereignisse und die gegenwärtige Stimmung beeinflussen lassen“, so Außenminister Wang Yi nach einem Gespräch mit US-Außenminister John Kerry am 27. Januar 2016 in Peking. Eine neue UN-Resolution durfte demnach keine neuen Spannungen hervorrufen bzw. die koreanische Halbinsel destabilisieren. Sanktionen, so Wang Yi, seien kein Selbstzweck.<sup>531</sup> Nordkoreas Atomtest fand nur 100 Kilometer von der chinesischen Grenze entfernt statt. Chinesische Nordkorea-Beobachter warnten, dass Pjöngjangs Atomtechnik möglicherweise nicht ausgereift sei, sodass ein unkontrolliertes Austreten von Radioaktivität auch in China Luft und Wasser kontaminieren könnte.<sup>532</sup> Die chinesische Nuklearbehörde richtete 20 Messstationen im Grenzgebiet ein. Bereits vor Kerrys Besuch hatte China empfindlich auf Kritik aus den USA reagiert, der zufolge China als „Schutzmacht“ Nordkoreas mehr tun könnte. Aus chinesischer Sicht seien derartige Kommentare nicht konstruktiv, hieß es im Außenministerium der Volksrepublik China.<sup>533</sup> China besitzt zwei Außenministerien – das „reguläre“ (also jenes staatliche der Volksrepublik China) sowie eines der Kommunistischen Partei.<sup>534</sup>

Die USA drängten die Volksrepublik China unter Präsident Barack Obama, härter gegen Nordkorea vorzugehen, etwa indem es nordkoreanische Frachtschiffe in chinesischen Häfen inspiziert, Ölexporte nach Nordkorea drosselt oder weniger Rohstoffe aus Nordkorea kauft. China beharrte weiterhin auf einer Verhandlungslösung, so auf die Wiederaufnahme der Sechsergespräche über das Nuklearprogramm Nordkoreas, die seit 2009

---

<sup>531</sup> China gegen schärfere Nordkorea-Sanktionen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.01.2016, S. 5.

<sup>532</sup> Petra Kolonko / Andreas Ross, Immer Ärger mit dem Nachbarn, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.01.2016, S. 5.

<sup>533</sup> China gegen schärfere Nordkorea-Sanktionen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.01.2016, S. 5.

<sup>534</sup> So Univ.Prof. Dr. Gerd Kaminski anlässlich des Vortrages des ehemaligen Bundeskanzlers der Republik Österreich, Alfred Gusenbauer, zum Thema „Die Chancen der Neuen Seidenstraße“ am 31. Mai 2016 (18.00 Uhr bis 19.30 Uhr) im Figaro-Saal des Palais Palfy in Wien.

ausgesetzt sind, nachdem sich Nordkorea von ihnen zurückgezogen hatte.<sup>535</sup> Offenbar wurde China von diesem vierten Atomtest überrascht.<sup>536</sup>

Aufgrund der früheren Atomtests 2006, 2009 und 2013 hatten die UN Sanktionen gegen Nordkorea verhängt. Nordkorea hatte sich in den von China vermittelten Sechser-Gesprächen zu einem Abbau seines Nuklearprogramms verpflichtet, 2013 seinen Atomreaktor jedoch wieder in Betrieb genommen.<sup>537</sup> Die Stärke der Testexplosionen hat ständig zugenommen. 2006 betrug sie weniger als das Äquivalent einer Kilotonne des chemischen Sprengstoffs TNT, was wiederum so wenig ist, dass vermutet wurde, das nordkoreanische Regime habe große Mengen konventionellen Sprengstoffs zur Explosion gebracht, um den Besitz von Kernwaffen vorzutäuschen. Es könnte sich dabei um eine nukleare Fehlzündung (Fizzler) gehandelt haben. Die Explosion von 2009 hatte bereits die Wucht von 1,5 bis 4,5 Kilotonnen TNT, was etwa der Stärke der ersten indischen Kernwaffentests von 1974 entspricht. 2013 waren es schließlich zwischen vier und sieben Kilotonnen. Diese Bombe war damit immer noch weniger als halb so stark wie jene, die 1945 Hiroshima zerstörte. Das legt nahe, dass es sich einerseits um eine Plutoniumbombe handelte, für die andererseits aber kein Spaltstoff aus ausreichend reinem Plutonium-239 zur Verfügung stand. Vielmehr wurde vermutlich Reaktorplutonium mit einem zu hohen Anteil Plutonium-240 verwendet. Dessen Atomkerne haben eine höhere Neigung, sich spontan zu spalten, weswegen die Kettenreaktion Bruchteile von Mikrosekunden zu früh ausgelöst werden kann, was die Wucht der Explosion stark vermindert.<sup>538</sup> Messungen des Geofon-Netzwerkes des deutschen Geoforschungszentrums zeigen, dass die Explosion die Hamgyong-Berge mit einer Magnitude von 5,3 erzittern ließ. Demnach war die Explosion zwar etwas stärker als jene vom Februar 2013, die nur ein 5,1-Beben verursachte, erreichte jedoch keine Werte, die man von einer echten Wasserstoffbombe

---

<sup>535</sup> China gegen schärfere Nordkorea-Sanktionen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.01.2016, S. 5.

<sup>536</sup> Susanna Bastaroli, Das chinesische Nordkorea-Dilemma, in: *Die Presse*, 28.01.2016, S. 6.

<sup>537</sup> Nordkorea verkündet Test einer Wasserstoffbombe, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.01.2016, S. 1.

<sup>538</sup> Ulf von Rauchhaupt, Wasserstoffbombe, gewöhnliche Kernwaffe oder Fehlzündung?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.01.2016, S. 2.

erwarten würde, deren Energie in die Millionen Tonnen TNT gehen kann. Die Atomteststopp-Behörde CTBTO stellte fest, dass der Test an demselben Ort vorgenommen wurde wie beim Atomtest 2013 und dass die Magnitude 4,85 betragen habe.<sup>539</sup> Es könnte sich jedoch um eine „geboostete“ Spaltbombe gehandelt haben, deren Plutoniumsprengsatz mit überschwerem Wasserstoff angereichert wurde. Dessen Kerne verschmelzen im Zuge der Kettenreaktion und können dadurch zusätzliche Explosionsenergie liefern.<sup>540</sup> Wahrscheinlicher könnte es sein, dass Kim Jong-uns Ingenieure eine Wasserstoffbombe zünden wollten, ihnen dies aber nicht gelang.<sup>541</sup>

Nach dem Atomtest von 2013 hatten die USA mit einer Machtdemonstration reagiert und zwei atomwaffentaugliche B-2-Bomber über Südkorea eingesetzt.<sup>542</sup> Sanktionen gegen Nordkorea wurden nach dem Atomtest 2013 verschärft: das Waffenembargo gegen Nordkorea wurde unter anderem verhängt. Einschränkungen oder Verbote gelten auch für Technologien, die zur Produktion von Waffen verwendet werden. Als Handelspartner für von Sanktionen betroffene Nuklear- und Raketentechnologie wurden in der Vergangenheit wiederholt Pakistan und Iran genannt.<sup>543</sup> Ebenso ist die Ausfuhr von Luxusgütern verboten. Damit wollte der UN-Sicherheitsrat unterstreichen, dass die Strafmaßnahmen die Regierenden treffen. In dieses Bild passen auch Einreiseverbote gegen namentlich bekannte Repräsentanten des Regimes. Allgemeine Reiseverbote gelten auch für Personen, die als Handelsreisende bezeichnet werden können. Sie versuchen im Auftrag der Führung, Güter aller Art nach Nordkorea zu importieren. Mit Sanktionen belegt wurden auch nordkoreanische Banken, deren führende Vertreter sowie Mitglieder nordkoreanischer Nachrichten- und Sicherheitsdienste, sofern diese namentlich bekannt sind.<sup>544</sup>

---

<sup>539</sup> Südkorea fordert US-Militärhilfe an, in: *Die Presse*, 08.01.2016, S. 6.

<sup>540</sup> Ulf von Rauchhaupt, Wasserstoffbombe, gewöhnliche Kernwaffe oder Fehlzündung?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.01.2016, S. 2.

<sup>541</sup> Ebenda.

<sup>542</sup> Südkorea fordert US-Militärhilfe an, in: *Die Presse*, 08.01.2016, S. 6.

<sup>543</sup> Sanktionen mit begrenzter Wirkung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.01.2016, S. 5.

<sup>544</sup> Ebenda.

Seit dem Machtantritt von Kim Jong-un 2011 waren bis Anfang 2018 die Beziehungen zwischen Nordkorea und China „stark abgekühlt“, für Spannungen sorgten auch die Hinrichtung von Kims Onkel, Jang Song-taek, der über Jahre die Kommunikation zu Peking gepflegt hat.<sup>545</sup> Als Peking im Dezember 2015 kurzfristig das Konzert der nordkoreanischen Girl-Popband *Moranbong* absagte, weil diese in ihren Liedern das Atomprogramm pries, fühlte sich Kim persönlich gedemütigt: Am selben Tag verkündete Kim, eine Wasserstoffbombe ins Atomarsenal aufgenommen zu haben.<sup>546</sup> So hatte Nordkorea nach eigenen Angaben am 6. Januar 2016 „erfolgreich“ eine Wasserstoffbombe getestet. Auch wenn es sich lediglich um eine „verkleinerte“ Bombe handelte, mit dem „perfekten Erfolg unserer historischen Wasserstoffbombe“ habe Nordkorea „den Rang eines fortgeschrittenen Atomstaats erreicht“, verkündete die Nachrichtensprecherin des nordkoreanischen Staatsfernsehens feierlich.<sup>547</sup> Diese Bombe diene demnach Verteidigungszwecken, die Sprecherin fügte hinzu: „Solange die USA ihre böartige Anti-Nordkorea-Politik fortsetzen, so lang werden wir nicht aufhören, unser Atomprogramm weiterzuentwickeln.“<sup>548</sup> Südkoreanische Fachleute und Nachrichtendienstmitarbeiter äußerten jedoch Zweifel, dass es sich bei der unterirdischen Explosion, die in der Nähe des nordkoreanischen Atomtestgeländes Punggye-ri ein Beben der Stärke 5,1 auslöste, tatsächlich um eine Wasserstoffbombe handelte.<sup>549</sup> Seismographen im nordchinesischen Erdbebenzentrum in der zu Nordkorea benachbarten Provinz Jilin beschrieben einen einzelnen, aber heftigen Ausschlag, auf ihrem Bildschirm, der eine Stärke von 4,9 erreichte, das wäre mit den Werten des nordkoreanischen Atomtests von 2013 identisch.<sup>550</sup>

Wasserstoffbomben, genauer Fusionsbomben, setzen zehn bis hundert Mal mehr Energie frei als gewöhnliche Kernwaffen, deren Energie aus der Spaltung von Atomkernen entweder von Uran-235 oder Plutonium-239

---

<sup>545</sup> Ebenda.

<sup>546</sup> Ebenda.

<sup>547</sup> Felix Lee, Superbombe für Nordkorea?, in: *Die Presse*, 07.01.2016, S. 1.

<sup>548</sup> Ebenda.

<sup>549</sup> Nordkorea verkündet Test einer Wasserstoffbombe, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.01.2016, S. 1.

<sup>550</sup> Felix Lee, Superbombe für Nordkorea?, in: *Die Presse*, 07.01.2016, S. 1.

stammt.<sup>551</sup> Die Wasserstoffbombe beruht auf einer Verschmelzung (Fusion) von Atomkernen, und zwar der schweren Wasserstoffisotope Deuterium (D) und / oder Tritium (T), etwa in Form der Lithiumverbindung LiD, wobei auch das Lithium an den Reaktionen teilnimmt. In Summe entstehen Helium und sehr viel Energie. Herkömmliche Atombomben beziehen dagegen ihre Energie aus der Spaltung (Fission) schwerer Atomkerne wie Uran. Wasserstoffbomben setzen viel mehr Energie frei, doch sie müssen mit Fissionsbomben (Atombomben) gezündet werden, der Prozess ist zweistufig.<sup>552</sup> Die Wasserstoffbombe imitiert grundsätzlich die Vorgänge in der Sonne. Die erste 1952 von den USA auf einem Pazifikatoll getestete Wasserstoffbombe war mehr als 700 Mal so stark wie die Atombombe auf Hiroshima.<sup>553</sup> Außer den USA war es bisher nur Russland und China gelungen, eine Wasserstoffbombe zu zünden.

Eine triumphierende Sprecherin im nordkoreanischen Staatsfernsehen hatte, wie weiter oben beschrieben, verkündet, dass Nordkorea „*erstmal erfolgreich eine Wasserstoffbombe getestet hat.*“<sup>554</sup> Es handelte sich um ein „*in der Welt aufsehenerregendes Ereignis, das in der 5.000 Jahre alten Nationalgeschichte einen besonderen Platz*“ erhalten werde.<sup>555</sup> Nordkoreas Staatsfernsehen zeigte auch den entsprechenden, auf den 15. Dezember 2015 datierten Befehl von Kim Jong-un:

*„Lasst uns das Jahr 2016 mit dem aufregenden Geräusch unserer ersten Wasserstoffbombenexplosion beginnen, damit die ganze Welt zu unserer sozialistischen, atomar bewaffneten Republik und der großartigen Arbeiterpartei Koreas aufschauen wird“*, stand in der handschriftlichen Botschaft neben Kims Unterschrift.<sup>556</sup>

---

<sup>551</sup> Ulf von Rauchhaupt, Wasserstoffbombe, gewöhnliche Kernwaffe oder Fehlzündung?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.01.2016, S. 2.

<sup>552</sup> Felix Lee, Superbombe für Nordkorea?, in: *Die Presse*, 07.01.2016, S. 1.

<sup>553</sup> Ebenda.

<sup>554</sup> Petra Kolonko, Affront gegen die Schutzmacht Peking, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.01.2016, S. 2.

<sup>555</sup> Ebenda.

<sup>556</sup> Felix Lee, Superbombe für Nordkorea?, Lexikon, in: *Die Presse*, 07.01.2016, S. 1.

Der Atomtest vom 6. Januar 2016 war jedenfalls ein „*Gesichtsverlust*“, den Kim Jong-un China zugefügt hat. China war nicht vorgewarnt. Die „China Daily“ erlaubte sich sogar einen kleinen Hinweis auf die Fruchtlosigkeit der von China geförderten Sechs-Parteien-Gespräche, die von Peking bisher stets als Forum für Fortschritte im Atomstreit propagiert worden waren.<sup>557</sup> Es sei jetzt wohl klar, schrieb die Zeitung, dass bisherige Versuche, das Atomprogramm zu bremsen, nichts gebracht hätten. Nun sei kollektive Weisheit vonnöten, um international einen richtigen Umgang mit Nordkorea zu finden.<sup>558</sup> Der UN-Sicherheitsrat verurteilte den Atomtest am 6. Januar 2016 einstimmig als eine „*Bedrohung für Frieden und Sicherheit auf der Welt*“ und beschloss lediglich, „*bedeutende Maßnahmen*“ zu erwägen.<sup>559</sup> Nach dem Test der angeblichen Wasserstoffbombe schoss Nordkorea am 7. Februar 2016 gegen 9 Uhr Ortszeit eine Langstreckenrakete, die künftig als Atomwaffenträgersystem dienen soll, ins Weltall – angeblich, um dort einen Satelliten zu stationieren.<sup>560</sup> Nordkoreas amtliche Nachrichtenagentur KCNA gab die genauen Daten der Umlaufbahn bekannt, in der der Satellit in einem Radius von etwa 500 Kilometern die Erde umrundet.<sup>561</sup> Der Test dieser Langstreckenrakete hatte gravierende Folgen:<sup>562</sup>

- Südkorea und die USA begannen mit der Stationierung des Raketenabwehrsystems THAAD (Terminal High Altitude Area Defence)<sup>563</sup>. Zum Schutz der eigenen 28.500 Soldaten auf der koreanischen Halbinsel forderten US-Militärs bereits im Frühjahr 2015 die Installierung eines Raketenabwehrsystems, die Regierung in Seoul zögerte damals noch.<sup>564</sup>

---

<sup>557</sup> Petra Kolonko / Andreas Ross, Immer Ärger mit dem Nachbarn, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.01.2016, S. 5.

<sup>558</sup> Ebenda.

<sup>559</sup> Felix Lee, Superbombe für Nordkorea?, in: *Die Presse*, 07.01.2016, S. 1.

<sup>560</sup> Burkhard Bischof, Abwehrraketen als Exportschlager?, in: *Die Presse*, 09.02.2016, S. 4.

<sup>561</sup> Felix Lee, Nordkorea provoziert die Welt, in: *Die Presse*, 08.02.2016, S. 1.

<sup>562</sup> Burkhard Bischof, Abwehrraketen als Exportschlager?, in: *Die Presse*, 09.02.2016, S. 4.

<sup>563</sup> Das System soll angreifende Raketen mittels eines Abfanggeschosses durch die kinetische Energie des Zusammenpralls zerstören. Die Reichweite einer solchen Abfangrakete beträgt 200 Kilometer, die maximale Flughöhe 150 Kilometer. Gebaut wurde das System von der Lockheed Martin Corporation. Aus: Burkhard Bischof, Südkorea: Hitzige Debatte um Raketenabwehr, in: *Die Presse*, 08.04.2015, S. 5.

<sup>564</sup> Burkhard Bischof, Südkorea: Hitzige Debatte um Raketenabwehr, in: *Die Presse*, 08.04.2015, S. 5.



- Auch in Japan kam damals die Debatte über die Anschaffung eines Raketenabwehrsystems in Gang.
- Die Regierung in Seoul hatte die Diskussion um die Installierung des THAAD zunächst mit einem Nein abgewürgt: Grund für diese Ablehnungen war die Rücksichtnahme auf China, einen Haupthandelspartner Südkoreas.

Die südkoreanische Regierung sprach in Hinblick auf den nordkoreanischen Langstreckenraketenentest von einer „*schweren Provokation*“.<sup>565</sup> Für Japans Ministerpräsident Shinzo Abe stellte der Raketenabschuss eine ernsthafte Bedrohung für den Weltfrieden dar: „*Wir können das absolut nicht erlauben.*“<sup>566</sup> Peking bedauerte den Raketenabschuss. Chinesischen Militärexperten zufolge handelte es sich dabei um ein ähnliches Modell, wie es das Regime im Dezember 2012 ins All befördert hat. Der Raketentyp hatte damals eine Reichweite von rund 8.000 Kilometern gehabt, der Typ von Anfang Februar 2016 könnte eine noch um zwischen 1.000 und 2.000 Kilometer größere Reichweite gehabt haben. So wäre Nordkorea in der Lage, die meisten Teile Europas, Australiens, Kanadas und die US-Westküste zu treffen.<sup>567</sup> Am 13. Januar 2016 schossen südkoreanische Soldaten auf eine nordkoreanische Drohne, die in Südkoreas Luftraum eingedrungen war.<sup>568</sup>

Mitte März 2015 empfahl der zu Besuch in Seoul weilende hohe chinesische Diplomat Liu Jianchao Südkorea dringend: „*Bei der Frage der Aufstellung eines Raketenabwehrsystems auf der koreanischen Halbinsel ist sehr wichtig, die Aufmerksamkeit und auch die Sorgen Pekings mit zu berücksichtigen.*“<sup>569</sup> China lehnt die Errichtung eines westlichen Raketenabwehrsystems vehement ab.<sup>570</sup> China forderte somit beide Koreas auf, Friedensgespräche zu

---

<sup>565</sup> Ebenda.

<sup>566</sup> Ebenda.

<sup>567</sup> Ebenda.

<sup>568</sup> Susanna Bastaroli, Wie Kim die Großmächte gegeneinander ausspielt, in: *Die Presse*, 14.01.2016, S. 5.

<sup>569</sup> Ebenda.

<sup>570</sup> Sanctions on North Korea: Big Brother, in: *The Economist*, March 5th, 2016, S. 46 und 47, hier S. 46.

beginnen.<sup>571</sup> Eine THAAD-Batterie des Raketenabwehrsystems besteht aus sechs mobilen Abschussrampen für 48 Abfangraketen sowie einem Radar- und Feuerleitsystem. Eben dieses Radarsystem (18.000 Kilometer Reichweite) dürfte den Widerstand Chinas und Russlands gegen THAAD befeuern, da mit THAAD die USA in die Lage versetzt werden können, weit in den Raum Chinas und Russlands hineinzublicken.<sup>572</sup> Südkorea und Japan haben Patriot-Raketenabwehrsysteme in ihren Arsenalen.<sup>573</sup>

Nordkorea hatte Anfang 2017 damit gedroht, Seoul in ein „Feuermeer“ zu verwandeln.<sup>574</sup> Am 3. Juli 2017 hatte Nordkorea nach einem gemeinsamen Militärmanöver zwischen den USA und Südkorea vor der „wachsenden Gefahr eines Atomkrieges“ gewarnt, so die nordkoreanische Zeitung *Rodong*: „Die Amerikaner bringen Korea mit ihrer militärischen Provokation an den Rand eines Atomkrieges.“<sup>575</sup> Die USA und Südkorea sollen folglich „nicht mit dem Feuer spielen.“ Demnach könne jede kleine Fehleinschätzung einen Atomkrieg und damit zwangsläufig einen neuen Weltkrieg auslösen. Nordkorea hatte am 4. Juli 2017 mit dem Test einer Interkontinentalrakete erneut die Spannungen angeheizt. Die Rakete hätte nach westlichen Angaben auch Alaska erreichen können. Die USA hatten durch Drohungen versucht, Nordkorea zum Einlenken zu zwingen. US-Präsident Donald Trump hatte mehrmals betont, sich auch militärische Optionen offenzuhalten, und China aufgefordert, den Druck auf Nordkorea zu erhöhen. China – es nimmt Nordkorea bis zu 90 Prozent seiner Exporte ab<sup>576</sup> – lehnte jedoch zu harsche Maßnahmen ab (wie einen Stopp von Öllieferungen), aus diesem Grund hatten die USA China stark kritisiert.<sup>577</sup> Mit allen Mitteln soll aus chinesischer Sicht eine Implosion des Regimes in Pjöngjang mit all ihren Folgen vermieden werden. China

---

<sup>571</sup> Ebenda.

<sup>572</sup> So Xi Jinping während des APEC-Gipfel in Lima im November 2016, in: Wang Yi, *Advancing China's Major-Country Diplomacy in a Changing World*, in: *Qinshi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120-124, S. 122.

<sup>573</sup> Ebenda.

<sup>574</sup> Wendy Sherman / Evans Revere, *Why we've fallen short and why that's no longer an option*, in: *TIME*, April 3, 2017, S. 30.

<sup>575</sup> Die Presse, Nordkorea warnt USA vor „Atomkrieg“, in: *Die Presse*, 10.07.2017, S. 3.

<sup>576</sup> Victor Cha, *China needs to get serious*, in: *TIME*, April 3, 2017, S. 32.

<sup>577</sup> Nordkorea warnt USA vor „Atomkrieg“, in: *Die Presse*, 10.07.2017, S. 3.

- befürchtet bei einem Sturz von Kim Jong-un sowie einem Kollaps des Regimes enorme Flüchtlingsströme entlang der 1.400 Kilometer langen gemeinsamen Grenze;
- würde zudem die Pufferzone zum von den USA unterstützten Südkorea abhandenkommen;
- befürchtet, das Kernmaterial könnte auch in unsichere Hände geraten;
- betont die Relevanz einer stabilen Peripherie für seine wirtschaftliche und politische Entwicklung.<sup>578</sup>

Aus diesem Grund hat China aus amerikanischer Sicht auch die Finanzzugänge Nordkoreas weiterhin bestehen lassen (über chinesische Banken), trotz US-Bedenken, diese ermöglichen jedoch erst der nordkoreanischen Führung die Entwicklung des Nuklearprogramms in dieser Geschwindigkeit.<sup>579</sup>

Nach einer Reihe von nordkoreanischen Raketentests hatte China nach mühseligen Verhandlungen im UN-Sicherheitsrat im Jahr 2017 dennoch der Einleitung von Sanktionen gegen Nordkorea zugestimmt.<sup>580</sup> China ist zwar ein Gegner der Verbreitung von Nuklearwaffen, „*aber noch wichtiger ist es der Volksrepublik, die koreanische Halbinsel geteilt zu halten und zu gewährleisten, dass Nordkorea weiterhin als ein stabiler Puffer an der chinesischen Staatsgrenze dient.*“<sup>581</sup> Damit ist der wirtschaftliche Druck, den China bereit ist, in der Nuklearfrage auf Nordkorea auszuüben, auch begrenzt.<sup>582</sup>

Chinas Präsident Xi Jinping forderte die „*Strategie der beidseitigen Reduzierung krisenschürender Aktivitäten durch Nordkorea und den USA.*“<sup>583</sup> Washington will

---

<sup>578</sup> Peter Buchas / Jean Christopher Mittelstaedt, Chinas Nordkorea-Problem, in: *Militär Aktuell* 2/2016, S. 10-12, hier S. 11.

<sup>579</sup> Victor Cha, China needs to get serious, in: *TIME*, April 3, 2017, S. 32.

<sup>580</sup> Brics-Gipfel, Atomkrise nur Fußnote, in: *Die Presse*, 05.09.2017, S. 4.

<sup>581</sup> Richard N. Haass, Zehn Lehren aus Kims Griff nach Atomwaffen, in: *Die Presse*, 02.08.2017, S. 22.

<sup>582</sup> Ebenda.

<sup>583</sup> Reinhard Meier-Walser, Bernhard Seliger, Wiener Iran-Deal als Modell für Nordkorea-Gespräche, in: *Die Presse*, 31.08.2017, S. 26-27, hier S. 27.

Peking zwingen, seine beträchtlichen Öllieferungen an Nordkorea völlig einzustellen. Russlands Präsident Vladimir Putin hatte davor gewarnt, dass die Nordkorea-Krise eine „planetarische Katastrophe“<sup>584</sup> auslösen könne, aus diesem Grund sind weitere Sanktionen gegen Nordkorea, so Putin am Rande des BRICS-Gipfels am 5. September 2017 in Xiamen, „sinnlos“.<sup>585</sup> Diese Krise kann, so Putin, nur durch „friedlichen Dialog“ gelöst werden.<sup>586</sup> Interventionen fremder Armeen in Irak 2003 und in Libyen 2011, die beide im Sturz und mit dem Tod des jeweiligen Machthabers endeten, haben Kim Jong-un von der Notwendigkeit überzeugt, Nuklearwaffen zu besitzen, um das Überleben des Regimes zu garantieren: „Sie werden Gras essen und ihr Programm nicht stoppen, solange sie sich nicht sicher fühlen“, betonte Putin.<sup>587</sup> US-Präsident Trump strebt „größtmögliche Sanktionen“ gegen Nordkorea an, Putin nannte daraufhin Sanktionen „nutzlos“ und warnte vor „militärischer Hysterie“.<sup>588</sup> Dennoch kam es am 11. September 2017 zur Verschärfung der Sanktionen gegen Nordkorea aufgrund des sechsten Atomwaffentests Nordkoreas am 2. September 2017, die UN betreiben nun die „strikteste gezielte Sanktionspolitik“, die gegen ein Land verhängt wurde.<sup>589</sup>

Chinas Außenminister Wang Yi beschrieb im März 2016 die Lage mit dramatischen Worten: „Schwerter werden gezogen, die Bogen sind gespannt, Pulverdampf liegt in der Luft.“<sup>590</sup> Diese Warnung aus China steckt die Warnung vor einer „gefährlichen und kaum noch zu kontrollierenden Eskalation in Fernost.“<sup>591</sup> Dem Regime von Kim Jong-un ist es seit 2006 gelungen, sechs Atombomben zu testen, zudem mehrere Dutzende Raketen, allein 14 zwischen Januar und Mitte September 2017. In zwei Fällen handelte es sich

---

<sup>584</sup> Justin McCarry und Tom Phillips, Putin calls for dialogue to avert ‘a catastrophe’, in: *The Guardian Weekly*, 08.09.2017, S. 4.

<sup>585</sup> Chinas Zensur; Brics statt Wasserstoffbombe, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.09.2017, S. 16.

<sup>586</sup> Justin McCarry und Tom Phillips, Putin calls for dialogue to avert ‘a catastrophe’, in: *The Guardian Weekly*, 08.09.2017, S. 4.

<sup>587</sup> Ebenda.

<sup>588</sup> Ebenda.

<sup>589</sup> Felix Lee, Wie Nordkorea die Bombe entwickelte, in: *Die Presse*, 12.09.2017, S. 4.

<sup>590</sup> Pjôngjang will Industriepark Kaesong liquidieren, in: *Die Presse*, 11.03.2016, S. 5.

<sup>591</sup> Ebenda.

dabei um die Abschüsse von Interkontinentalraketen, die auch das amerikanische Festland treffen könnten.<sup>592</sup>

Wirtschaftsreformen nach dem Vorbild Chinas scheut Kim, „denn sie könnten sein Regime destabilisieren, ebenso wie eine Entmilitarisierung und eine dauerhafte Aussöhnung mit Südkorea. Dieses Verhalten ist natürlich zutiefst unmoralisch, doch es funktioniert.“<sup>593</sup> Fast 30 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion existiert die „Demokratische Volksrepublik Korea“ noch immer. Am Leben erhalten wird sie von ihrem wichtigsten Verbündeten: China. China ist nach wie vor Haupthandelspartner, aus China kommt zudem großzügige humanitäre Hilfe. Ebenso wie Südkorea fürchtet China den massiven Flüchtlingsstrom nach einem unkontrollierten Zerfall des Kim-Regimes in Nordkorea.<sup>594</sup> Zudem hat sich China stets geweigert, Nordkorea die Schuld am Angriff auf die südkoreanische Korvette im März 2010 mit 46 südkoreanischen Toten zu geben. China

- unterstützte im Koreakrieg die kommunistischen Einheiten in Korea;
- war am (Wieder)-Aufbau des neugegründeten kommunistischen Staates in der nördlichen Hälfte Koreas nach 1953 beteiligt;
- sieht Nordkorea als äußerst relevanten Pufferstaat gegen einen zu großen regionalen Einfluss der USA.<sup>595</sup>

China wies im September 2017 ein stärkeres Vorgehen gegen Nordkorea zurück: „Kern des Problems sei der Konflikt zwischen Nordkorea und den USA – nicht China sei das Land, das für eine Verschärfung der Spannungen Sorge“, betonte eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums.<sup>596</sup>

Nordkoreanische Funktionäre hatten schon 2002 zugegeben, an einem Programm für die Urananreicherung zu arbeiten. China, Russland, Südkorea, Japan und Russland hatten stets versucht, Nordkorea in die

---

<sup>592</sup> Felix Lee, Wie Nordkorea die Bombe entwickelte, in: *Die Presse*, 12.09.2017, S. 4.

<sup>593</sup> Christian Ultsch, Warum Kim Jong-il der Welt sein Spiel aufzwingen kann, in: *Die Presse*, 24.11.2010, S. 2.

<sup>594</sup> Ebenda.

<sup>595</sup> Kein Überleben ohne China, in: *Die Presse*, 24.11.2010, S. 2.

<sup>596</sup> Thomas Spang, Nordkorea hat Guam in Reichweite, in: *Salzburger Nachrichten*, 16.09.2017, S. 6.

„Sechs-Parteien-Gespräche“ in Peking miteinzubinden und zu überreden, sein Atomwaffenprogramm zu stoppen. Nordkorea hatte sich bereit erklärt, den Reaktor in Yongbyong unbrauchbar zu machen sowie Unterlagen über das Atomprogramm vorzulegen. Als Gegenleistung versprachen die anderen Teilnehmer der „Sechs-Parteien-Gespräche“ Lebensmittel, Öl, Dünger sowie andere großzügige Hilfen. Die Abrüstungsverhandlungen waren seither festgefahren. Nordkorea trat am 10. Januar 2003 aus dem Atomwaffensperrvertrag aus. Wie die USA und China habe, so die Interpretation aus Pjöngjang, Nordkorea das Recht auf atomare Bewaffnung, nur so wäre Nordkorea vor Angriffen von außen sicher. Das Glück für die Kim-Führung in Pjöngjang ist es, dass es zur Lösung dieser Krise keine militärische Lösung gibt:

- Nordkorea würde beim ersten Anzeichen eines US-geführten Militärschlages Seoul in Schutt und Asche liegen.
- In einem derartigen Fall würden – wie im Korea-Krieg 1950-53 – China und die USA direkt aneinandergeraten.
- Hochriskant wäre es auch, Kim Jong-un „mit einer gezielten Kugel“ zu töten: Keiner kann wissen, ob die politischen Verhältnisse nicht noch unberechenbarer werden.<sup>597</sup>

Am 22. April 2018 verkündete Nordkoreas Staatschef Kim Jong-un das Ende aller Nukleartests: *„die Entwicklung von Atomwaffen und die Technik, Atomsprengköpfe auf ballistische Raketen zu montieren, sei erfolgreich abgeschlossen. Damit wären weitere Tests gar nicht nötig“*, verkündete die nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA.<sup>598</sup> Diesem Statement gingen Gespräche zwischen ihm und südkoreanischen Gesandten sowie zuvor zwischen ihm und dem chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping im Februar und im März 2018 voraus.<sup>599</sup> Deeskalation durch Dialog – das erscheint derzeit als der einzige Ausweg, um die Region stabil zu halten. Während seines Besuches in Pjöngyang (20.-21. Juni 2019) stellte jedoch Chinas Staatschef

---

<sup>597</sup> Christian Ultsch, Warum Kim Jong-il der Welt sein Spiel aufzwingen kann, in: *Die Presse*, 24.11.2010, S. 2.

<sup>598</sup> Angela Köhler, Kim Jong-uns kluger Schachzug, in: *Die Presse*, 23.04.2018, S. 5.

<sup>599</sup> The Economist, North Korea. An explosive offer, in: *The Economist*, March 10th, 2018, S. 49-50, hier S. 49.

Xi Jinping klar: China unterstützt nachdrücklich „die sozialistische Haltung Nordkoreas“, egal, wie sich die internationale Situation entwickelt.<sup>600</sup>

---

<sup>600</sup> China Rundschau, Xi Jinping zu Besuch in Nordkorea. Konsolidierung der Freundschaft zwischen China und Nordkorea, in: *China Rundschau*, Nr. 054, August 2019, S. 1.

## China und Japan

Die chinesisch-japanischen Beziehungen sind äußerst belastet – nicht nur aufgrund des Streits über die Vergangenheit Japans als Kolonialmacht im Zweiten Weltkrieg. Seit Jahrzehnten sorgen die teilweise regelmäßigen Besuche von japanischen Premierministern im Yasukuni-Schrein, in dem auch unter den zwei Millionen japanischen Gefallenen die Gebeine von 14 Kriegsverbrechern des Zweiten Weltkrieges „*der Klasse A*“ bestattet sind,<sup>601</sup> für diplomatische Verstimmungen und heftige Proteste seitens der chinesischen Regierung. Japan hat bisher nie offiziell zugegeben, im Zweiten Weltkrieg Aggressor gewesen zu sein. Sowohl China als auch Japan wetteifern zudem um geostrategische Positionen, Territorien und Rohstoffquellen (Erdöl und Erdgas) in Gewässern, die beide Seiten für sich beanspruchen. Es geht dabei um die Ausdehnung beider Wirtschaftszonen auf See, die beide Staaten unterschiedlich beurteilen. Das Gebiet 450 Kilometer westlich von Okinawa ist reich an Erdgasvorkommen. Im Sommer 2003 hatte China mit Bohrungen begonnen. Die japanische Regierung verdächtigte China, die Bohrungen auf die angrenzende japanische „ausschließliche Wirtschaftszone“ auszuweiten. Die Mittellinie trennt nach Ansicht Japans die 200-Seemeilen-Wirtschaftszone der beiden Staaten. China erkennt diese Linie jedoch nicht an. 2004 tauchte ein chinesisches U-Boot sogar in japanischen Gewässern auf.

Seit den 1970er-Jahren existieren zwischen China und Japan Kontroversen um die Inselgruppe Senkaku / Diaoyu im Ostchinesischen Meer. China beansprucht auch Inseln wie die Spratlys (wie Cuarteron, Gaven, Johnson South et Hughes, Fiery Cross, Mischief und Subi) oder die Paracel-Inseln (je über 10 Quadratkilometer Fläche, die größeren Flächen stellen hier Woody Island und North Island dar), die teils bis zu 2.000 Kilometer von Chinas Südküste entfernt sind. Auf dem Fiery Cross Reef, dem Subi Reef sowie dem Mischief Reef wurden vom chinesischen Militär Lande- bzw. Startbahnen von bis zu 3.000 Metern errichtet.<sup>602</sup> Mit der Errichtung eines

---

<sup>601</sup> Helmar Dumbs, „Die Gefahr: Ein Krieg aus Versehen“, Interview mit dem ehemaligen australischen Premierminister Kevin Rudd, in: *Die Presse*, 05.09.2014, S. 4.

<sup>602</sup> Ministry of Defense (Japan), *Situations in East / South China Sea, West Pacific Ocean & Sea of Japan*, February 2017, Foliensatz.



Militärflughafens auf der größten Paracel-Insel, Woody Island, verstieß China zudem gegen die Prinzipienklärung von Manila aus dem Jahr 1992 über die friedliche Streitbeilegung im Südchinesischen Meer (später unterzeichnet wurde von China und der ASEAN die *Declaration on the Conduct of the Parties of the South China Sea* aus 2002 mit dem Ziel, territoriale und juristische Streitigkeiten friedlich auszutragen und davon abzusehen, Aktionen zu tätigen, die Streitigkeiten verkomplizieren oder eskalieren lassen; Vertrauen durch Dialog zu stärken; im Bereich Umweltschutz und Forschung zu kooperieren; Sicherungs- und Seenotrettungsoperationen durchzuführen, und transnationale Kriminalität zu bekämpfen).<sup>603</sup> China begründet seinen Anspruch historisch wie folgt: In der Ming-Dynastie vom 14. bis zum 17. Jahrhundert und auch in der späteren Qing-Dynastie kontrollierte China zeitweise die Meere bis nach Indonesien.<sup>604</sup>

Zwischen China und Japan droht ein Rüstungswettlauf. Japans damaliger Premier Koizumi unterstrich während seiner Amtszeit die Notwendigkeit, acht Milliarden Euro jährlich für den Bau eines Raketenabwehrschirms bis 2011 gemeinsam mit den USA zur Verfügung zu stellen. Auch die Planung zur Herstellung eigener Langstreckenraketen wurde seitens der japanischen Regierung eingeleitet. Mit einer am 10. Dezember 2004 vom Kabinett beschlossenen Neufassung der japanischen Militärdoktrin verabschiedete sich Japan von seiner *Friedensverfassung*.<sup>605</sup> Diese Neuausrichtung wandelte die Selbstverteidigungskräfte in eine schlagkräftige Berufsarmee, lockerte das strenge Exportverbot für Waffentechnologie und erlaubt nun, mit den USA ein modernes Raketenabwehrsystem zu entwickeln. Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden darin mit Nordkorea und China zwei potenzielle Gegenspieler beim Namen genannt. Diese neue Verteidigungsdoktrin war mit 1. April 2005 in Kraft getreten. Obwohl Japan nie offiziell zugegeben hat, im Zweiten Weltkrieg der Aggressor im Pazifik zu sein, hatte es sich unter dem Druck der US-Besatzung nach 1945 eine *pazifistische* Verfassung gegeben, die militärische Aktionen außerhalb

---

<sup>603</sup> Information Office of the State Council of the People's Republic of China, White Paper of the Chinese Government (2005-2008), Foreign Languages Press, Beijing, First Edition 2012, S. 144.

<sup>604</sup> Aus: Felix Lee, China baut Große Mauer im Meer, in: *Die Presse*, 02.04.2015, S. 1.

<sup>605</sup> Gunther Hauser, Japan und Indien – im geopolitischen Wettbewerb mit China, in: *Militär Aktuell* 1/2015, S. 50.

der Landesgrenzen strikt verbietet.<sup>606</sup> Die japanische Armee ist technisch hochgerüstet und äußerst gut trainiert. In UN-Einsätzen beteiligt war die japanische Armee bereits seit 1992 in Kambodscha (*United Nations Transitional Authority in Cambodia* – UNTAC; Polizei- und Wahlbeobachtungsaufgaben sowie Pionieraufgaben zwecks Instandhaltung von Straßen und Brücken) oder mit Pionierdiensten im Irak, wo sie im Rahmen einer *Japan Self-Defense Forces Iraq Reconstruction and Support Group* zwischen Januar 2004 und Juli 2006 Trinkwasser aufbereitet und an Instandsetzungsarbeiten im öffentlichen Bereich beteiligt war.

Japans Premierminister Shinzo Abo vertritt nun eine „proaktive Außenpolitik“<sup>607</sup> – im Sinne einer „*Proactive Contribution to Peace*“<sup>608</sup> auf der Grundlage internationaler Kooperationen.<sup>608</sup> Abe zielt folglich auf die Stärkung des Bündnisses mit den USA und folgt dabei seit Februar 2014 der geopolitischen Logik Japans: „*Japan will, in cooperation with our partners, contribute even more proactively to securing peace, stability, and prosperity of the regional and international community.*“<sup>609</sup> Durch eine auf diese Ziele zugeschnittene Neuauslegung des Artikels 9 (Kriegs- und Gewaltverzicht) der japanischen Verfassung soll Japan eine kollektive Verteidigung ermöglicht werden:

*„Recently two Japanese hostages were kidnapped and brutally murdered by [Islamic State] extremists. Under Article 9, we could do nothing to rescue them. On top of collective self-defense rights, we also need to think about how to deal with terrorism. We have to take more of our own responsibility for securing international peace and extending humanitarian support, and support for our allies.“*<sup>610</sup>

---

<sup>606</sup> Aus: Angela Köhler, Japan verabschiedet sich vom Pazifismus, in: *Die Presse*, 11.12.2004, S. 9.

<sup>607</sup> So Kazuya Sakamoto von der Osaka University in seinem Vortrag über „Japan’s Security Policy“ in der Diplomatischen Akademie Wien, 17. März 2015.

<sup>608</sup> So Makoto Taketoshi, Head of Mission, Embassy of Japan in Austria, at the meeting of the Asian Contact Group, held on 28 February 2014, OSCE Hofburg.

<sup>609</sup> Ebenda.

<sup>610</sup> So Hiroshi Imazu, in: Paul Kallender-Umezu, Interview, Hiroshi Imazu, Chairman, Policy Research Council’s Research Commission on Security, LDP of Japan, in: *Defense News*, April 13, 2015, S. 30.

Japans Außen- und Sicherheitspolitik zielt in Hinblick auf kollektive Verteidigung auch auf eine Vertiefung der Kooperationen mit Australien, Indien, Indonesien und den Mitgliedstaaten der ASEAN:<sup>611</sup> „*We are now proactively extending cooperation with key allies. ... With the right of collective self-defense, these partnerships carry more meaning.*“<sup>612</sup> Aus japanischer Sicht ist China ein „Gigant“ mit Nuklearwaffen, der auch seine konventionellen militärischen Mittel verstärkt: „*Derzeit sieht es so aus, als ob China verlernt hätte, weise zu agieren*“, betonte Kazuya Sakamoto von der Universität Osaka.<sup>613</sup>

Wenn China demnach ein starker Staat ist, bedroht es aus Sicht der östlichen und südöstlichen Anrainerstaaten all diese Nachbarländer. Japan wird nach derzeitigem Stand auch in Zukunft über keine Atomwaffen verfügen und ist nicht bestrebt, eine Eindämmungspolitik gegenüber China durchzuführen. Eine derartige Politik sei demnach weder möglich noch wirksam, die Sicherheit der „Weltinsel“ Eurasien (nach dem britischen Geographen Sir Halford John Mackinder, der 1904 die geopolitische „Heartland-Theorie“ entwickelte) liegt im Interesse aller Mächte.<sup>614</sup> Für Japan stellt China jedoch eine „zunehmende Gefahr für unsere interne Sicherheit dar“, so das Anfang August 2014 veröffentlichte Sicherheitspapier der japanischen Regierung.<sup>615</sup> Insbesondere sei die von China am 23. November 2013 errichtete Flugverbotszone über den umstrittenen Inseln im Ostchinesischen Meer (Senkaku / Diaoyu) „extrem gefährlich“.<sup>616</sup> Die Inselgruppe fällt auch unter Artikel V des amerikanisch-japanischen Verteidigungsvertrags (*Treaty of Mutual Cooperation and Security between the United States and Japan*) vom 19. Januar 1960.<sup>617</sup> Im Zuge der 60-Jahresfeiern

---

<sup>611</sup> So Makoto Taketoshi, Head of Mission, Embassy of Japan in Austria, at the meeting of the Asian Contact Group, 28. Februar 2014, OSZE, Hofburg.

<sup>612</sup> So Hiroshi Imazu, in: Paul Kallender-Umezu, Interview, Hiroshi Imazu, Chairman, Policy Research Council's Research Commission on Security, LDP of Japan, in: *Defense News*, April 13, 2015, S. 30.

<sup>613</sup> So Kazuya Sakamoto von der Osaka University in seinem Vortrag über „Japan's Security Policy“ in der Diplomatischen Akademie Wien, 17. März 2015.

<sup>614</sup> Ebenda.

<sup>615</sup> China als „Bedrohung“, in: *Die Presse*, 06.08.2014, S. 4.

<sup>616</sup> Ebenda.

<sup>617</sup> Defense News, Time To Get Tougher on China, in: *Defense News*, 09.12.2013, S. 20.

dieses Abkommens hob US-Präsident Donald Trump am 18. Januar 2020 folglich die Bedeutung der gemeinsamen Verteidigungsallianz hervor.<sup>618</sup>

Derartige Maßnahmen, „*die den Status quo verändern*“ würden, könnten „*unbeabsichtigte Konsequenzen*“ im Ostchinesischen Meer zur Folge haben. Erwähnt werden auch die „*zunehmend bedrohlichen Aktivitäten der chinesischen Seestreitkräfte*“ im Indischen Ozean. Angesichts dieser Bedrohung wird hervorgehoben, „*dass unsere Selbstverteidigungskräfte eine zentrale Bedeutung bei der Verteidigung unserer Bürger, unseres Eigentums, unseres Landes und unserer Meere*“ haben.<sup>619</sup> Der Streit um unbewohnte Inseln im Ostchinesischen Meer hat beide asiatische Mächte immer wieder an den Rand militärischer Konflikte gebracht. Die Spannungen haben ebenso auf beiden Seiten auch zur Verschärfung der nationalistischen Propaganda geführt.<sup>620</sup> Am 10. Juni 2016 tauchte erstmals aus dem Dunst vor der Inselkette der Senkaku / Diaoyu eine Fregatte der chinesischen Volksmarine auf. Japans Küstenwache löste Alarm aus, jedoch erwies sich das kleinere japanische Patrouillenboot als zur Abschreckung von zu geringer Kapazität. Japan schickte deshalb einen Zerstörer.<sup>621</sup> Zudem kreuzten in dieser Region noch drei russische Marineschiffe auf, laut Japan könnte es sich hier um eine konzertierte chinesisch-russische Provokation gehandelt haben.<sup>622</sup>

2012 hatte die japanische Regierung drei dieser Inseln aus privater Hand gekauft und zum nationalen Eigentum erklärt.<sup>623</sup> Die Risiken waren laut dem damaligen US-Vizepräsidenten Joe Biden „*zu hoch*“, dass es zwischen den Streitparteien zu unbeabsichtigten gewaltsamen Zusammenstößen komme, die durch Unfälle oder Missverständnisse ausgelöst werden könnten. China argumentiert, dass die Diaoyu-Inseln vor der Annexion durch Japan 1895 „*unbewohntes chinesisches Territorium*“ waren, Japan ist jedoch der Ansicht, dass diese „*terra nullius*“ waren, also ein Land, das zu keiner Macht gehörte. Besonders die Ming-Dynastie inkorporierte diese Inseln in die nationale Verteidigung Chinas, während der Qing-Dynastie

---

<sup>618</sup> Japan Defense Focus, The 60<sup>th</sup> Anniversary of the Japan-U.S. Security Treaty, in: *Japan Defense Focus*, No. 121, March 2020, S. 4-5, hier S. 4.

<sup>619</sup> China als „Bedrohung“, in: *Die Presse*, 06.08.2014, S. 4.

<sup>620</sup> Ebenda.

<sup>621</sup> Angela Köhler, Gefährliche Muskelspiele im Pazifik, in: *Die Presse*, 11.06.2016, S. 7.

<sup>622</sup> Ebenda.

<sup>623</sup> Ebenda.

waren die Senkaku-/Diyao-Inseln sowie die umgebenden Inseln (Huangwei Islet und Chiwei Islet) der Gerichtsbarkeit von Gamalan / Taiwan unterstellt, zudem waren diese Inseln in alten Seekarten Japans als nordöstliche Inseln Taiwans markiert. 1885 annektierte Japan Ryuku und erklärte diese Region zur Präfektur Okinawa gehörig. Das japanische Außenministerium hält fest, dass die territoriale Berechtigung Japans in diesem Raum durch den Friedensvertrag von San Francisco zwischen Japan und den USA aus 1951 geregelt wurde (China war damals nicht eingeladen), die Erklärung von Kairo (Dezember 1943) und die Potsdamer Deklaration (Juli 1945) gewährleisten demnach keine legale Grundlage, um den japanischen Territorialanspruch zu definieren. Die Senkaku-/Diaoyu-Inseln wurden nicht im Zusammenhang mit dem Artikel 3 des Vertrages von San Francisco erwähnt. Durch den Vertrag von San Francisco wurde zudem die Verwaltung der Senkaku-/Diaoyu-Inseln den USA übertragen, China wies dies jedoch als „null und nichtig“ zurück.<sup>624</sup> 1971 unterzeichneten Japan und die USA das Okinawa-Rückgabe-Abkommen (Okinawa Reversion Agreement), das die Ryuku-Inseln zusammen mit den umstrittenen Senkaku- / Diaoyu-Inseln unter jenen Territorien einreichte, die Japan übergeben wurden.<sup>625</sup> Am 30. Dezember 1971 folgte daraufhin der Protest Chinas.

Im Artikel 8 der Potsdamer Erklärung vom Juli 1945 steht jedoch: Die Bestimmungen der Kairoer Erklärung aus 1943 solle umgesetzt werden und die japanische Souveränität soll limitiert werden auf die Inseln Honschu, Hokkaido, Kyushu, Shikoku u. a. ; laut „Kairo“ gilt: „*All the territories Japan has stolen from the Chinese, such as Manchuria, Formosa, and the Pescadores, shall be restored to the Republic of China.*“<sup>626</sup>

---

<sup>624</sup> Jiagu Richter, Der Inselstreit und die ADIZ (Luftverteidigungs-Identifikationszone) der VR China im Ostchinesischen Meer, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 209-228, hier S. 213.

<sup>625</sup> Ebenda.

<sup>626</sup> Liu Jianguyong, Why Japan's Claim to the Diaoyu Islands Just Doesn't Stand Up, in: *Qinsbi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, April-June 2017, Vol 9 No2 Issue 31, S. 130-136.

1972 hatten China und Japan Verhandlungen über diplomatische Beziehungen eröffnet, um die Anerkennung der Volksrepublik China als einzige legitime Regierung Chinas zu erzielen und Unterstützung für die Haltung Pekings zu Taiwan als integralen Bestandteil Chinas zu bekommen. Peking verzichtete demnach auf alle Wiedergutmachungsansprüche für erlittene Kriegsschäden.<sup>627</sup> Ohne jedoch auf die territorialen Ansprüche auf die Senkaku-/Diaoyu-Inseln zu verzichten, stellte der damalige Ministerpräsident Zhou Enlai fest, dass man sich vorrangig auf die *„Herstellung freundschaftlicher Beziehungen konzentrieren und ein gemeinsames Verständnis über wichtige Punkte herbeiführen wollte, während weniger wichtige Dispute im Geiste der Kooperation und durch friedliche Mittel zu einem späteren Zeitpunkt gelöst werden sollten.“*<sup>628</sup> Diese Konzept des Zurückstellens von Disputen und des Verfolgens einer gemeinsamen Entwicklung gilt als Grundlage der Politik Chinas gegenüber Japan seit den 1970er-Jahren: *„Die beiden Länder folgten damals einer pragmatischen Strategie der Verschiebung der Konfliktlösung in eine ferne Zukunft und des Festhaltens am Grundsatz ‚keine Eskalation und kein Kompromiss‘.“*<sup>629</sup>

Die Ankündigung der japanischen Regierung vom September 2012, drei der Senkaku-/Diaoyu-Inseln von „Privatbesitzern“ zu kaufen, rief scharfe Reaktionen Chinas und Taiwans hervor. Folglich meinten einige Beobachter, dass die Errichtung der Luftverteidigungs-Identifikationszone (ADIZ – Air Defense Identification Zone) im Ostchinesischen Meer 14 Monate später eine Reaktion Chinas auf diese japanische Initiative war.<sup>630</sup> Am 23. November 2013 erklärte China über dem Ostchinesischen Meer eine große ADIZ<sup>631</sup>. Washington entsendete daraufhin zwei B-52-Bomber

---

<sup>627</sup> Ebenda, hier S. 214.

<sup>628</sup> Ebenda, hier S. 214.

<sup>629</sup> Ebenda, S. 213f.

<sup>630</sup> Ebenda, S. 214.

<sup>631</sup> Jiagu Richter, Der Inselstreit und die ADIZ (Luftverteidigungs-Identifikationszone) der VR China im Ostchinesischen Meer, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 209-228, hier S. 209.

durch den „blinden Teil“ der Zone, ohne Peking zu informieren.<sup>632</sup> In Washington hieß es, der Überflug sei Teil eines „lange geplanten“ Routinemanövers gewesen.<sup>633</sup> Anfang Dezember 2013 kündigte Südkorea an, seine ADIZ als Reaktion auf China zu erweitern, zudem betonte der damalige US-Vizepräsident Joe Biden, dass die USA die unilateral von China verkündete ADIZ nicht anerkennen werde.<sup>634</sup> Auch die japanische Regierung gab zu verstehen, dass die neue chinesische ADIZ die territoriale Integrität Japans verletze.<sup>635</sup> Die Einrichtung einer ADIZ widerspricht jedoch weder dem Völkerrecht noch der internationalen Praxis, jedoch sind für die Bewahrung der regionalen Stabilität vor allem vertrauensbildende Maßnahmen notwendig. China zielt damit auf die Nicht-Duldung von unkontrollierter Militärpräsenz bzw. von fremden Flotten in diesen Gewässern. In der Literatur und den unterschiedlichen Begriffserklärungen der Staaten, die Flugüberwachungszonen ausgerufen haben, existiert jedoch keine einheitliche Begriffsdefinition zu ADIZs. Im Allgemeinen lässt sich aber folgende Definition ableiten: Eine ADIZ „ist eine abgegrenzte Zone im Luftraum, die ein Staat zur Luftraumkontrolle über seinem Staatsgebiet und jenseits desselben ausruft.“<sup>636</sup> Unklarheiten bestehen jedoch weiterhin, welchen Luftraum eine ADIZ konkret umfasst, zudem lässt sich auch nicht eindeutig bestimmen, ob ADIZ-Regelungen nur Privat- oder auch Staatsluftfahrzeuge betreffen. An letzter Stelle ist auch nicht ersichtlich, ob ADIZ-Regelungen auf die gesamte Luftfahrt, die die ADIZ

---

<sup>632</sup> Masanori Nishi, Japan´s former vice minister of defense, Japan, Allies Must Remain Vigilant in South China Sea, in: *Defense News*, 14.12.2015, S. 17. Und: Inselstreit: USA ignorieren Flugverbot, in: *Die Presse*, 27.11.2013, S. 7.

<sup>633</sup> Inselstreit: USA ignorieren Flugverbot, in: *Die Presse*, 27.11.2013, S. 7.

<sup>634</sup> Jung Sung-Ki, S. Korea To Expand Air Defense Zone, in: *Defense News*, December 9, 2013, S. 1 und 8, hier S. 8.

<sup>635</sup> Dr. Jiagu Richter, Universität Wien, anlässlich des internationalen Symposiums „Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße“, Kleiner Festsaal des Bundesministeriums für Justiz im Palais Trautson, Wien, 19.-20. Oktober 2015, 19. Oktober 2015.

<sup>636</sup> Alice Falkner, Die Problematik der Errichtung von Air Defense Identification Zones (ADIZs) unter besonderer Berücksichtigung der East China Sea ADIZ Chinas, Diplomarbeit, Institut für Europarecht und Völkerrecht der Universität Innsbruck, 9. September 2016, S. 16.

durchquert, anwendbar sind, oder der Transitluftverkehr vom Anwendungsbereich ausgenommen ist.<sup>637</sup>

Die politischen Positionen betreffend die von China und Japan beanspruchten Inseln im Ostchinesischen Meer stellen sich wie folgt dar:

Argumente Japans:

- Als Japan die Inseln 1895 annektierte, waren sie unbewohnt und somit „*terra nullius*“.
- Die Annexion erfolgte vor dem Ende des japanisch-chinesischen Krieges und war nicht Gegenstand des Vertrags von Shimonoseki aus 1895 und der Kairo-Deklaration aus 1943. Die Landnahme erfolgte somit nicht im Kriegskontext und ist daher nicht Teil der Rückgabeverpflichtungen.
- China habe aus dieser Sicht die japanische Souveränität über die Inseln durch die faktische Akzeptanz der japanischen Kontrolle seit 1895 anerkannt, daher existiert kein Territorialstreit um diese Inseln.<sup>638</sup>

Argumente Chinas und (fast identisch) auch Taiwans:

- Historische Belege über die Benennung, Berichterstattung und Verwaltung waren zeitgemäße Manifestationen der territorialen Souveränität. Sie beweisen, dass die Inseln zum Zeitpunkt der japanischen Annexion 1895 nicht „*terra nullius*“, sondern chinesische Territorien waren. Die Inseln waren zwar unbewohnt, dies sei jedoch kein Indiz für die Beurteilung von Souveränitätsansprüchen (demnach erwähnt der „Okinawa-Rückgabe-Vertrag“ 73 Inseln, von denen 26 unbewohnt sind).
- Japans Übernahme der Inseln wurde bis zur strategischen Niederlage der chinesischen Streitkräfte verzögert und erst ausgeführt, als der Sieg Japans absehbar war. Obwohl die Annexion im Vertrag von

---

<sup>637</sup> Ebenda.

<sup>638</sup> Ebenda, S. 213f.



Shimonoseki selbst nicht erwähnt ist, handelt es sich um Kriegsgewinne Japans, die den Rückgabeverpflichtungen nach der Kairo-Deklaration 1943 und der Potsdamer Deklaration 1945 unterliegen.<sup>639</sup>

- Keine Regierung Chinas – ob national oder kommunistisch – hat jemals den Anspruch auf die Souveränität über die Inseln aufgegeben.<sup>640</sup>

Seit 1972 enthalten sich die US-Regierungen einer rechtlichen Position zur Souveränität der Inseln. Sie hatten jedoch deutlich gemacht, dass das Verteidigungsbündnis mit Japan von 1960 auch die Senkaku-/Diaoyu-Inseln umfasst.<sup>641</sup> Mit dem Okinawa-Rückgabe-Vertrag von 1972 wurde auch die japanische ADIZ erweitert. Seither schließt sie den Luftraum über der Hohen See um die Daito- und Ryuku-Inselkette zwischen dem 29. Grad nördlicher Breite und Taiwan einschließlich der Senkaku-/Diaoyu-Inseln mit ein. Die ADIZ reicht beinahe an die Territorialgewässer Chinas (110 Kilometer Entfernung), Taiwan (90 Kilometer Entfernung), Südkorea (70 Kilometer Entfernung), die russische Fernostprovinz (90 Kilometer Entfernung) und die Insel Sachalin (50 Kilometer Entfernung) heran.<sup>642</sup>

Spannungen gibt es für Japan nach wie vor mit China und Südkorea, da keine Regierung in Tokio offiziell zugegeben hatte, einst der Aggressor im Pazifik gewesen zu sein. Japan bleibt folglich eine große Geste nach dem Vorbild von Willy Brandts Kniefall in Warschau<sup>643</sup> schuldig – in Hinblick auch auf das Massaker an hunderttausenden chinesischen Zivilisten 1937 in Nanking. Renommiertere japanische Historiker leugnen das Massaker bis heute.<sup>644</sup>

Unter dem Druck der alliierten Besatzung nach der Kapitulation Japans am 15. August 1945 hatte sich das Kaiserreich eine pazifistische Verfassung

---

<sup>639</sup> Ebenda, S. 214f.

<sup>640</sup> Ebenda, S. 215.

<sup>641</sup> Ebenda, S. 215.

<sup>642</sup> Ebenda, S. 217.

<sup>643</sup> Der damalige Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, hatte am 7. Dezember 1970 vor dem Ehrenmal des jüdischen Ghettos in Warschau einen Kranz niedergelegt. Nach dem Richten der Kranzschleife war Brandt vor dem Mahnmal niedergekniet.

<sup>644</sup> Aus: Christoph Neidhart, Das japanische Tabu, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.04.2009, S. 4.

gegeben. US-General MacArthur ließ somit eine neue Verfassung ausarbeiten, die am 3. Mai 1947 in Kraft trat. Der sogenannte „Pazifismus-Artikel“ (Artikel 9) lautet wie folgt:

*„In aufrichtigem Streben nach [...] Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg [...] und [...] Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten. Um das [...] zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten. Ein Recht des Staates zur Kriegsführung wird nicht anerkannt.“<sup>645</sup>*

Militärische Einsätze sollten sich demnach ausschließlich auf die Selbstverteidigung gegen unmittelbare Angriffe beschränken. Diese Nachkriegsverfassung wurde von Premier Shinzo Abe als „*degradierend*“ bezeichnet, zugleich zweifelte er die Legitimität des Tokioter Kriegsverbrechertribunals an, auf dem die alliierten Mächte die Verantwortlichen Japans für ihre Rolle im Zweiten Weltkrieg verurteilten.<sup>646</sup> Japan entsagte nach 1945 „*auf ewig dem Krieg als souveränem Recht der Nation*“. Deshalb hieß sein rund 240.000 Mann starkes Militär auch nicht „*Heer*“, „*Flotte*“ und „*Luftwaffe*“, sondern „*Selbstverteidigungskräfte*“, darum nannte man Kampfpanzer „*Spezialfahrzeuge*“, Zerstörer „*Begleitschiffe*“, den Verteidigungsminister „*Leiter des Landschutzes*“ und die Offiziere schlicht „*Vorgesetzte*“.<sup>647</sup> In der Verfassung stand auch, dass maximal ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes für das Militär bereitgestellt werden dürfen, bei der damals zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt kam damit dennoch ein enormer Verteidigungshaushalt zusammen.

Aufgrund der wachsenden Bedrohungen – Nordkoreas Atomtests, die Aufrüstung Chinas zur Großmacht und nicht zuletzt die Nachfrage der UNO und USA nach japanischen Soldaten für internationale Einsätze – gibt es seit Anfang 2007 beim japanischen Militär einige Änderungen: seit 9. Januar 2007 ist die 1954 gegründete „Selbstverteidigungsbehörde“ nach Jahrzehnten ein „echtes“ Ministerium. Der damalige Verteidigungschef Fumio Kyuma wurde Minister. Japans Berufsmarine hatte damals mit 32 Milliarden Euro den viertgrößten Militärhaushalt der Welt. Die japanische

---

<sup>645</sup> Angela Köhler, Machtwechsel jagt Asien Angst ein, in: *Die Presse*, 20.09.2006, S. 7.

<sup>646</sup> Ebenda.

<sup>647</sup> Angela Köhler, Japans Armee wirft Fesseln ab, in: *Die Presse*, 09.01.2007, S. 11.

Armee braucht nun nicht länger eine Sondererlaubnis des *Reichstages*, um im Ausland Flagge zu zeigen. Bisherige Einsätze mussten als „humanitär“, etwa an der Seite britischer und niederländischer Truppen im Südirak, oder beim Wiederaufbau nach dem Tsunami in Indonesien als „außerordentlich“ vom Parlament beschlossen werden, weil die bis dato geltende pazifistische Verfassung Kampfhandlungen japanischer Truppen auf den Verteidigungsfall des eigenen Territoriums beschränkte. In der Folge dürfen nun japanische Soldaten auch ohne parlamentarische Sondergenehmigung zum Gefecht ins Ausland.<sup>648</sup>

Die Änderung der Verteidigungspolitik Japans beruht auf einer Neuinterpretation der pazifistischen Verfassung: künftig soll auch die regionale Machtposition berücksichtigt werden, zusätzlich zur kollektiven Verteidigung. Das japanische Parlament hatte einer Änderung der Verfassung am 19. September 2015 zugestimmt. In den „*National Defense Program Guidelines for the Financial Year 2014 and beyond*“ sind die Ziele für künftige Streitkräftekapazitäten wie folgt definiert:

- Bildung einer dynamischen, vereinten (teilstreitkräfteübergreifenden) Verteidigungsstreitkraft, die in der Lage ist, einen Koalitionskrieg zu führen und die Luftüberlegenheit sowie die Seeherrschaft durchzusetzen;
- diese soll auf fortschreitender Technologie vor allem in Hinblick auf Informationen, Führung, Interoperabilität, Mobilität, Flexibilität, Durchhaltefähigkeit, hohe Bereitschaft und rasche Reaktionsfähigkeit beruhen.
- Gestärkt sollen auch gemeinsame amerikanisch-japanische Eventualfallplanungen werden sowie ihre Ausrichtung zum westlichen Pazifik. Verstärktes Gewicht wird darauf gelegt, „*die Sicherheit des See- und Luftraumes um die japanischen Inseln zu gewährleisten und auf Angriffe gegen küstenferne Inseln zu reagieren.*“<sup>649</sup>

---

<sup>648</sup> Ebenda.

<sup>649</sup> Jiagu Richter, Der Inselstreit und die ADIZ (Luftverteidigungs-Identifikationszone) der VR China im Ostchinesischen Meer, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit

Japans Selbstverteidigungskräfte planen, die Anzahl der Zerstörer von 47 auf 54, ihrer mit dem Aegis-System ausgerüsteten Raketenabwehr-Zerstörer von 6 auf 8 sowie ihrer Unterseeboote von 16 auf 22 zu erhöhen. Zudem wird die Luftwaffe die Zahl ihrer Luftraumüberwachungs- (Airborne Early Warning and Control, AEW2C) sowie ihrer Luftbetankungs-, Transport- und Kampfflugzeuge erhöhen.<sup>650</sup>

---

und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße? , Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 209-228, hier S. 221.

<sup>650</sup> Ebenda, hier S. 222.

## China, die USA und das Südchinesische Meer

Deng Xiaoping hatte 1979 in Texas im Zuge seines Staatsbesuches den Cowboyhut geschwenkt, Jiang Zemin hatte 1997 den Hula getanzt.<sup>651</sup> Zwischen China und den USA wuchsen jedoch die Spannungen: Chinas Hackerattacken auf US-Firmen und Behörden im großen Stil mit dem Ziel Industriespionage (so der Vorwurf der USA) verärgern die USA ebenso wie der Bau künstlicher Inseln durch China im Südchinesischen Meer.<sup>652</sup>

Außenpolitisch schlug Xi Jinping seit 2013/14 einen völlig neuen Ton an: Er träumt den „chinesischen Traum“ von der „Wiederbelebung der großen chinesischen Nation“. Xi hat dabei die Zurückhaltung seiner Vorgänger aufgegeben, er scheut in den umstrittenen Territorien des Ost- und des Südchinesischen Meeres konfrontative Schritte nicht.<sup>653</sup> Xi fühlt sich von den USA eingeschränkt, Peking unterstellt Washington, den Aufstieg Chinas sabotieren zu wollen: „Amerikas Strategie der Eindämmung Chinas wird nie funktionieren“, lautete der Titel eines Webportals des Parteisprachrohrs „Volkszeitung“ im September 2015.<sup>654</sup> Xi setzt stark auf Nationalismus, tatsächlich erklärte der KP-Apparat unter Xi den Westen und die USA ausdrücklich zum ideologischen Feind.<sup>655</sup> Xi fordert ein „neues Modell von Großmachtbeziehungen“ ein, ein Verhältnis auf Augenhöhe, „in dem die USA China vor der eigenen Haustüre freie Hand gewähren.“<sup>656</sup>

2005 kündigte die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice an, dass die USA den Pazifik verteidigen werden.<sup>657</sup> Auftakt für die Einleitung des „pazifischen Zeitalters“ der USA (Hillary Clinton<sup>658</sup>)<sup>659</sup> war im November 2011

---

<sup>651</sup> Kai Strittmatter, Der chinesische Traum, in: *Süddeutsche Zeitung*, 23.09.2015, S. 9.

<sup>652</sup> Ebenda.

<sup>653</sup> Ebenda.

<sup>654</sup> Ebenda.

<sup>655</sup> Ebenda.

<sup>656</sup> Ebenda.

<sup>657</sup> Gerald Brettner-Messler, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus chinesischer Sicht, Wien 2009, S. 137.

<sup>658</sup> Hillary Clinton veröffentlichte im Herbst 2011 im *Foreign Affairs*-Journal einen Aufsatz mit dem Titel „America’s Pacific Century“, jedoch erhielt das Wort „pivot“ in diesem Zusammenhang große Bedeutung. Aus: Hillary Rodham Clinton, *Hard Choices*, a

eine neuntägige Pazifikreise von US-Präsident Barack Obama nach Hawaii, Australien und Bali – mit ökonomischen, militärischen und geostrategischen Zielsetzungen.<sup>660</sup> China müsse sich an die Spielregeln halten, mahnte Obama in Hinblick auf den Währungskonflikt und den künstlich niedrig gehaltenen Kurs der chinesischen Währung. In Manila erklärte die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton, das Südchinesische Meer sei genauso ein philippinisches Meer. Der Territorialkonflikt um die Seerechte entzweit weiterhin China und seine Nachbarn. Die USA streben weiterhin den Ausbau ihrer Rolle als Patronanzmacht im Pazifik an.<sup>661</sup>

Ein Inselstreit zwischen China und den Philippinen ging 2013 direkt an das Ständige Streitschlichtungstribunal (Permanent Court of Arbitration) in Den Haag. Am 13. Juli 2015 hatte dieses Tribunal in Den Haag die erste Woche von Hearings abgeschlossen betreffend die Streitigkeiten über die Seegrenzen zwischen den Philippinen und China. China besteht darauf, dass diese Streitigkeiten nicht von „fremden Richtern“ gelöst werden können und verweigerte somit die Teilnahme an den Hearings.<sup>662</sup> Die Philippinen hatten diesbezüglich im Jahr 2013 das Ständige Streitschlichtungstribunal angerufen. Den Haag argumentierte, dass die „nine-dash line“ (die Neun-Strich-Linie) aus 1947,<sup>663</sup> die von China zur Definition ihrer Ansprüche genutzt wird, illegal sei. Als Grundlegendokument wurde vom Ständigen

---

memoir, Simon & Schuster, London, New York, Sydney, Toronto, New Delhi 2014, S. 45f.

<sup>659</sup> Bereits der Außenminister der US-Regierung unter Bill Clinton, Warren Christopher, meinte Anfang der 1990er-Jahre: „Das 21. Jahrhundert gehört den pazifischen Nationen.“ In: Diese Nato hat ausgedient. Das Bündnis muss europäischer werden. Ein Standpunkt von Theo Sommer, hrsgg. von Roger de Weck, Edition Körber-Stiftung, Berlin 2012, S. 84.

<sup>660</sup> Thomas Vieregge, China in der pazifischen US-Flügelzange, in: *Die Presse*, 21.11.2011, S. 5.

<sup>661</sup> Ebenda.

<sup>662</sup> The South China Sea: See U in court, in: *The Economist*, July 18th, 2015, S. 43.

<sup>663</sup> Diese Linie umschließt ca. 80 Prozent des Südchinesischen Meeres und geht zurück auf eine Karte, die die chinesische Nationalregierung 1948 vorgelegt hatte. Chinas Volkskongress erließ 1992 ein Gesetz über die Territorialgewässer (Territorial Sea Law) und 1998 ein weiteres Gesetz über Chinas Exklusive Wirtschaftszonen sowie seinen Kontinentalsockel. Aus: Gerhard Will, Tough Crossing: Europa und die Konflikte in der Südchinesischen See, SWP-Studie S10, Stiftung für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, im Juni 2014, S. 18.

Streitschlichtungstribunal ein im Dezember 2014 veröffentlichtes „Positionspapier“ des chinesischen Außenministeriums verwendet, in dem China seine „*unumstrittene Souveränität*“ über die Inseln des Südchinesischen Meeres und die „*umliegenden Gewässer*“ betont.<sup>664</sup> Trotz der Abwesenheit ist China eine wesentliche Partei in diesem Fall. China hat jedoch dieses Papier nicht offiziell vorgelegt, um den Eindruck der Akzeptanz dieses Verfahrens zu verhindern.<sup>665</sup> Riffe, die nur bei Ebbe aus dem Wasser ragen, können aus Sicht des Seerechts keine Beanspruchung begründen, während bei einem Fels über Wasser die 12-Meilen-Zone (22 Kilometer) als Territorialbeanspruchung und somit die ausschließliche Wirtschaftszone von 200 nautischen Meilen gilt.<sup>666</sup> Zudem dürfen gemäß der UN-Seerechtskonvention von Montego Bay aus 1982 (UNCLOS) – sie garantiert vor allem aus amerikanischer Sicht die Freiheit der Hohen See („*freedom of the high seas*“) und somit die Durchführung „friedlicher militärischer Operationen“ („*Freedom of Navigation Operations*“ – FONOPS) zu Wasser und in der Luft in den ausschließlichen Wirtschaftszonen der Anrainerstaaten<sup>667</sup> – nur Inseln, auf denen kontinuierliche „*menschliche Besiedlung*“ und „*wirtschaftliches Eigenleben*“ in der Vergangenheit bewiesen werden können, beansprucht werden. Für Peking – China hatte die UNCLOS 1996 ratifiziert – gilt laut UNCLOS, dass die Durchführung derartiger „friedlicher militärischer Operationen“ inakzeptabel und somit in den chinesischen Gewässern sowie auch in Chinas ausschließlicher Wirtschaftszone verboten seien.<sup>668</sup> Jener Kollisionsfall aus 2001, an dem ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug *EP-3* mit einem chinesischen Jagdflugzeug des Typs *J-8* kollidiert sei, verdeutlichte diese Problematik.<sup>669</sup>

Die Philippinen betonen, dass es sich bei den chinesischen Besetzungen auf den Spratly-Inseln um keine Inseln handle, bestenfalls, so Manila, eine 12-Seemeilenzone könnte somit abgeleitet werden, jedoch keine ausschließliche Wirtschaftszone. China hat zwar einzelne Riffe zu

---

<sup>664</sup> The South China Sea: See U in court, in: *The Economist*, July 18th, 2015, S. 43.

<sup>665</sup> Ebenda.

<sup>666</sup> Ebenda.

<sup>667</sup> Aus: Antoine Bondaz, La Politique américaine en mer de Chine méridionale: maintenir une influence, rassurer des allies, garantir le droit, in: *Diplomatie. Affaires stratégiques et relations internationales*, No 84, Janvier-Février 2017, S. 45-49, hier S. 48.

<sup>668</sup> Ebenda.

<sup>669</sup> Ebenda.

Flughäfen ausgebaut und aufgeschüttet, die UN-Seerechtskonvention setzt jedoch klar fest: von Menschen gemachte Strukturen zählen nicht als Inseln.<sup>670</sup>

Das Urteil fällt das Ständige Streitschlichtungstribunal in Den Haag am 12. Juli 2016 auf der Grundlage der Klage der Philippinen aus 2013 (15 Punkte, eingebracht von Präsident Benigno Aquino, China verhängte unmittelbar nach der Klage von 2013 Wirtschaftssanktionen und verhängte ein Importverbot über philippinische Bananen).<sup>671</sup> Mit dem Urteil aus Den Haag steht nun fest (jedoch nicht für China – es bezeichnete das Urteil als „illegal und lächerlich“ und somit als „null und nichtig“), dass historische Gründe für die chinesischen Forderungen als juristische Argumentation nicht herangezogen werden können. Das betrifft auch das 220 Kilometer von den Philippinen entfernte Scarborough-Riff, das Mischief Reef sowie das Second Thomas Shoal. Zudem kann aus den geologischen Formationen des Archipels der Spratlys keine Insel im juristischen Sinne abgeleitet werden.<sup>672</sup> Eine 12-Seemeilenzone könne zwar laut Artikel 3 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS – United Nations Convention on the Law of the Sea)<sup>673</sup> um topographische Objekte wie Sandbänke, Riffe, Atolle und Felsen, die bei der Flut noch aus dem Wasser ragen, gelegt werden, jedoch keine 200-Meilen-Zone als exklusive Wirtschaftszone. Letzteres ist nur bei Inseln zulässig, also Orten, die für menschliches Leben und die Bewirtschaftung tragfähig sind und somit nicht von externer Versorgung abhängen.<sup>674</sup> „Künstliche Inseln“ oder „aufgeschüttete Riffe“ können im juristischen Sinne also nicht zu Inseln

---

<sup>670</sup> The South China Sea: See U in court, in: *The Economist*, July 18th, 2015, S. 43.

<sup>671</sup> Felix Lee, China greift militärisch aus, in: *Die Presse*, 04.05.2018, S. 3.

<sup>672</sup> Barthélémy Courmont / Éric Mottet, La mer de Chine méridionale: une mer chinoise?, in: *Diplomatie. Affaires stratégiques et relations internationales*, No 84, Janvier-Février 2017, S. 40-44, hier S. 42.

<sup>673</sup> Artikel 3 UNCLOS: „Jeder Staat hat das Recht, die Breite seines Küstenmeeres bis zu einer Grenze festzulegen, die höchstens zwölf Seemeilen von den in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen festgelegten Basislinien entfernt sein darf.“ Aus: UNCLOS, Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, in: Werner Doralt (Hrsg.), *Völkerrecht. KODEX des österreichischen Rechts*, bearbeitet von Markus Beham, Melanie Fink und Ralph Janik, 2. Auflage, LexisNexis Verlag ARD ORAC, Stand 01.01.2017, Wien 2017, S. 448.

<sup>674</sup> Felix Lee / Wolfgang Greber, Chinas verlorene „Seeschlacht“, in: *Die Presse*, 13.07.2016, S. 5.



gemacht werden. Abgeleitet wird dieses Rechtsfaktum von Artikel 121 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS – United Nations Convention on the Law of the Sea) vom 10. Dezember 1982:

Gemäß Artikel 121 (1) UNCLOS ist eine Insel „eine natürlich entstandene Landfläche, die vom Wasser umgeben ist und bei Flut über dem Wasserspiegel hinausragt.“ Laut Artikel 121 (2) UNCLOS „bestimmen sich das Küstenmeer, die Anschlusszone, die ausschließliche Wirtschaftszone und der Festlandsockel einer Insel nach den für andere Landgebiete geltenden Bestimmungen dieses Übereinkommens.“ Zudem gilt nach Artikel 121 (3) UNCLOS, dass „Felsen, die für die menschliche Besiedlung nicht geeignet sind oder ein wirtschaftliches Eigenleben nicht zulassen, [...] keine ausschließliche Wirtschaftszone und keinen Festlandsockel“ haben.<sup>675</sup>

Vom Ständigen Schiedshof in Den Haag werden somit die Hoheitsrechte der Volksrepublik China in der Seeregion verneint, China verletzt demnach die UN-Seerechtskonvention aus 1982 in folgenden Punkten:

- China habe die philippinische Fischerei und Ölförderung behindert;
- China habe Souveränitätsrechte der Philippinen in deren exklusiver Wirtschaftszone verletzt;
- Bauten im Meer hätten das Ökosystem geschädigt; und
- der Grundsatz wurde verletzt, dass bei anhängigen Streitbeilegungsverfahren keine Partei den Konflikt schüren darf.<sup>676</sup>

Seit 2011 hat zudem Manila auf den von den Philippinen beanspruchten Teil des Gelben Meeres den Begriff „Westphilippinisches Meer“ eingeführt. Für China ist es die „Südsee“ (Nanhai oder Nanyang), für Vietnam die „Ostsee“ (*Bien Dong*).<sup>677</sup> Der Schiedsspruch von Den Haag wird

---

<sup>675</sup> UNCLOS, Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, in: Werner Doralt (Hrsg.), Völkerrecht. KODEX des österreichischen Rechts, bearbeitet von Markus Beham, Melanie Fink und Ralph Janik, 2. Auflage, LexisNexis Verlag ARD ORAC, Stand 1.01.2017, Wien 2017, S. 475.

<sup>676</sup> Felix Lee / Wolfgang Greber, Chinas verlorene „Seeschlacht“, in: *Die Presse*, 13.07.2016, S. 5.

<sup>677</sup> Gerhard Will, Tough Crossing: Europa und die Konflikte in der Südchinesischen See, SWP-Studie S10, Stiftung für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, im Juni 2014, S. 7.

von China als „politische Provokation“ verurteilt sowie als „illegale Unternehmung seitens der philippinischen Vorgängerregierung“, in dieser Causa hatte China 2017 laut eigenen Angaben die Unterstützung von 120 Ländern und mehr als 240 politischen Parteien aus unterschiedlichen Ländern: „China opposes the illegal acts of the temporary arbitral tribunal which overstepped, extended, and even abuses its power, dealing powerful blow to the political plot to suppress and smear China.“<sup>678</sup> In einem Statement des chinesischen Außenministeriums hieß es: „Der Schiedshof habe sich durch die USA instrumentalisieren lassen, sich in innere Angelegenheiten eingemischt, Chinas Souveränität verletzt. Er sei unzuständig.“<sup>679</sup> Als Schiedsrichter waren fünf renommierte Völkerrechtler aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Polen unter dem Vorsitz des Ghanesen Thomas A. Mensah tätig.<sup>680</sup> China betonte, es halte nach wie vor „seine territoriale Souveränität und maritimen Rechte und Interessen im Südchinesischen Meer aufrecht“.<sup>681</sup> Zudem entbehren aus chinesischer Sicht der „illegale Anspruch“ der Philippinen jeder „historischen oder legalen Basis.“<sup>682</sup> Alle Länder – hier besonders jene der ASEAN – werden von China aufgerufen, regionale Streitigkeiten durch Dialog und Konsultation ausschließlich zwischen jenen Ländern zu lösen, die dadurch betroffen sind.<sup>683</sup>

So setzt Rodrigo Duterte, der gegenwärtige Präsident der Philippinen, vor allem im Gegensatz zu seinem Vorgänger auf Deeskalation mit China, dies kam während seines Besuches am 20. Oktober 2016 in Peking zu Tage. China hatte sich demnach bereit erklärt, in die philippinische Infrastruktur und Entwicklung zu investieren, ein Angebot, dass Duterte nicht

---

<sup>678</sup> Wang Yi, Advancing China's Major-Country Diplomacy in a Changing World, in: *Qiushi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120-124, S. 124.

<sup>679</sup> Ebenda.

<sup>680</sup> Ebenda.

<sup>681</sup> Xinhua, China Adheres to the Position of Settling Through Negotiation the Relevant Disputes Between China and the Philippines in the South China Sea, the State Council, the People's Republic of China, Updated: Jul 13, 2016 11:23 AM.

<sup>682</sup> Ebenda.

<sup>683</sup> Wang Yi, Advancing China's Major-Country Diplomacy in a Changing World, in: *Qiushi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120-124, S. 124.

ausschlagen konnte.<sup>684</sup> Dennoch versuchten die Philippinen 2019, ihre militärischen Einrichtungen auf Thitu (Spratlys) zu modernisieren, worauf Peking umgehend mit der Entsendung einer über 100 Boote/Schiffe umfassenden Flottille bestehend aus Fischerbooten und Schiffen der chinesischen Küstenwache, in diesem Raum reagierte.

Aus chinesischer Sicht liegt die Herausforderung in der Anwendung des Artikels 121 (3) UNCLOS in Verbindung mit der Wiener Vertragsrechtskonvention aus 1969 in Bezug auf Ziel und Zweck völkerrechtlicher Verträge. Seestreitigkeiten gibt es demnach zahlreiche, so zwischen Katar und Bahrain, Nicaragua und Kolumbien, Rumänien und der Ukraine (Schwarzes Meer) sowie zwischen Bangladesch und Myanmar. Artikel 121 (3) UNCLOS stellt sich in der Definition von Begriffen wie „Inseln“ und „Riffe“ als unklar heraus. So liegt es an der politischen Führung der jeweiligen Länder (China und die Philippinen), in diesem Sinne gemeinsame Entscheidungen zu treffen (in der Causa des Scarborough Reef und der Nansha Qundao).<sup>685</sup>

Im September 2015 hatte der damalige US-Außenminister John Kerry alle regionalen Konkurrenten Chinas im Ringen um die Kontrolle des Südchinesischen Meeres dazu bewegen können, ihrerseits feindselige Aktionen rund um die umstrittenen rund 200 Spratly-Inseln – die meisten bestehen aus Korallenriffen und Sandbänken – einzustellen, falls China dies ebenso tut. Derzeit sind nur 7 Spratly-Inseln in chinesischem Besitz, 27 Riffe kontrolliert Vietnam, 9 die Philippinen, 5 Malaysia und 1 Taiwan.<sup>686</sup> Malaysia, die Philippinen, Taiwan und Vietnam haben sich zu dieser Selbstbeschränkung verpflichtet. Auf der Spratly-Insel Yongxiang war China bereits seit 2013 dabei, eine ganze Stadt zu errichten, inklusive Werften und einer Landebahn für Verkehrsflugzeuge. Sie trägt den Namen

---

<sup>684</sup> Barthélémy Courmont / Éric Mottet, *La mer de Chine méridionale: une mer chinoise?*, in: *Diplomatie. Affaires stratégiques et relations internationales*, No 84, Janvier-Février 2017, S. 40-44, hier S. 42.

<sup>685</sup> So Prof. Dr. Kong Lingje während der Konferenz “Structures of cooperative and common security: A prospect for development for East Asia”, 30. Oktober bis 1. November 2016, Hotel Baseler Hof, Hamburg (organisiert von der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, der China Foreign Affairs University und dem Walter-Schücking-Institut für Internationales Recht an der Universität Kiel u.a.).

<sup>686</sup> Aus: Felix Lee, *China baut Große Mauer im Meer*, in: *Die Presse*, 02.04.2015, S. 1.

Sansha und soll chinesischen Staatsmedien zufolge bereits mehr als 3.000 Einwohner zählen.<sup>687</sup> Auf dem Yonshu Reef (Fiery Cross Reef) entstand 2016 ein neuer Flughafen mit einer 3.000-Meter-Piste und einem Radar.<sup>688</sup>

Der Territorialstreit im Südchinesischen Meer gewann Mitte Februar 2016 an Schärfe, als Chinas Streitkräfte ein modernes Raketensystem auf Woody Island stationiert hatten. Die Insel befindet sich seit mehr als 40 Jahren unter chinesischer Kontrolle, wird jedoch auch von Taiwan und Vietnam beansprucht.<sup>689</sup> Der US-Sender Fox News meldete damals unter Berufung auf Satellitenaufnahmen der zivilen Firma *Image Sat International*, dass China auch eine Radaranlage auf Woody Island errichtet habe. Die Bilder zeigten einem US-Experten zufolge das *HQ-9*-Luftabwehrsystem. Mit einer Reichweite von 200 Kilometern könne dieses System eine Bedrohung für zivile und militärische Flugzeuge darstellen.<sup>690</sup> Der damalige Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte im Pazifik, Admiral Harry Harris, sagte, die Stationierung von Raketen wäre keine Überraschung, stehe aber im Gegensatz zum chinesischen Versprechen, keine weiteren Truppen oder weitere militärische Infrastruktur in die Region zu verlegen. Admiral Harris kündigte weitere US-Patrouillenfahrten in dem Gebiet an, durch das relevante Handelsrouten verlaufen. Chinas Außenministerium verteidigte eine Stationierung von Abwehrsystemen auf bewohnten Inseln: „*Das steht in Einklang mit dem internationalen Recht auf Selbstverteidigung*“, sagte Außenminister Wang Yi.<sup>691</sup>

Seit 2007 führen bereits die maritimen Selbstverteidigungskräfte Japans mit den Marinekräften der USA und Australiens gemeinsam Übungen durch – erstmals wurden diese am 9. Juli 2011 im „Offshore“-Bereich des ASEAN-Mitglieds Brunei im Südchinesischen Meer abgehalten. Diese Übungen sind als Warnungen gegenüber China zu verstehen, gegen die stärkere Machtprojektion zur Durchsetzung territorialer Ansprüche seitens

---

<sup>687</sup> Ebenda.

<sup>688</sup> Sun Jianguo (Admiral), A Great Banner for World's Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: *International Strategic Studies* 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, S. 1-8, hier S. 6.

<sup>689</sup> China baut Militärfestung im Meer aus, in: *Die Presse*, 18.02.2016, S. 4.

<sup>690</sup> Ebenda.

<sup>691</sup> Ebenda.

Peking.<sup>692</sup> Die damalige liberalkonservative Regierung von Australiens Premier Malcolm Turnbull hatte Ende Februar 2016 eine wichtige militärstrategische Entscheidung getroffen: Die Streitkräfte Australiens werden massiv ausgebaut, als ein Hauptgrund gilt China – aufgrund „*wachsender Besorgnis über die militärischen Aktivitäten Pekings*“ – so hochrangige Militärs<sup>693</sup> Das *Defence White Paper* 2016 sieht zwar lediglich ein leichtes Plus des jährlichen Militärbudgets von 1,9 Prozent des BIPs auf zwei Prozent vor, was insgesamt 32 bis 33 Milliarden Austral-Dollar (ca. 21 Milliarden Euro) entspricht. Damit und durch zusätzliche Mittel wird jedoch ein enormes Rüstungspaket von bis zu 127 Milliarden Euro finanziert, mit dem unter anderem 12 neue U-Boote, 9 Fregatten, und 12 Wachschiffe für die Flotte sowie Kampfdrohnen, Panzerfahrzeuge und Hubschrauber für die Armee beschafft werden, größtenteils bis 2021<sup>694</sup> Man wird somit auch den seit langem beschlossenen Kauf von vorerst 75 bis 80 Mehrzweckkampffjets *F-35A Lightning II* von Lockheed Martin mitfinanzieren und die Zahl der aktiven Militärangehörigen von rund 58.000 (zuzüglich 23.000 aktivierten Reservisten) auf 62.400 erhöhen. Die *Royal Australian Air Force* bestand 2016 im Kern aus etwa 90 *F/A-18 Hornet*- und *Superhornet*-Jagdbombern, die Navy aus 6 U-Booten der *Collins*-Klasse, zwei Hubschrauberträgern, und elf Fregatten. Drei Zerstörer kamen danach dazu. Allein für die neuen U-Boote sind umgerechnet 32 Milliarden Euro budgetiert, wobei sich die Anschaffung aber über zwei Jahrzehnte erstreckt. Turnbull verwies auf die regionalen Herausforderungen wie Terror – mehr als 110 Australier kämpfen als Islamisten in Syrien und im Irak – und Militäringagements etwa in Nahost, im Indischen Ozean und Osttimor. „*Binnen der nächsten zwei Jahrzehnte werden die Hälfte aller U-Boote der Welt und die Hälfte aller modernen Kampffjets in der indopazifischen Region, also unserer, operieren, was das strategische Umfeld ändert.*“<sup>695</sup> Für Australien führen wichtige Schifffahrtsrouten durch das von China beanspruchte Seegebiet.

Im Juni 2016 hatte auch Neuseeland ein milliardenschweres Aufrüstungsprogramm angekündigt – als Reaktion auf die Spannungen im

---

<sup>692</sup> Koushu Takamine, Develop a Multilateral Framework for Maintenance of the Maritime Security in the South China Sea, JFIR Commentary, Tokyo, July 29, 2011, S. 1.

<sup>693</sup> Ein Kontinent rüstet groß auf, in: *Die Presse*, 26.02.2016, S. 4.

<sup>694</sup> Ebenda.

<sup>695</sup> Ebenda.

Südchinesisches Meer und die Terrorbedrohung. Bis 2030 sollen umgerechnet 12,3 Milliarden Euro in Schiffe und Flugzeuge sowie in die Modernisierung von Überwachungssystemen investiert werden. In diesem Kontext soll die Kontrolle der exklusiven Wirtschaftszone an der Küste sowie des Südlichen Ozeans und der Antarktis verbessert werden.<sup>696</sup>

Mit Vietnam streitet sich China seit Jahrzehnten um Inseln im Südchinesischen Meer. Der Konflikt spitzte sich Anfang Mai 2014 zu, als Peking eine massive Tiefseebohr-Erkundungsplattform vor die Paracel-Inselgruppe und somit in die ausschließliche Wirtschaftszone Vietnams verlegte. Dieser „*Haiyang Shiyou 981*“-Fall verursachte in Vietnam weitverbreitete Gewalt, als chinesische Fabriken von vietnamesischen Bürgern angegriffen wurden.<sup>697</sup>

China baut seit 2014 mehrere Riffe und Atolle unweit der philippinischen Küste zu künstlichen Inseln aus, schüttet sie mit Sand auf und festigt diese mit Beton. Die USA gingen Ende Oktober 2015 davon aus, dass China auf diese Weise bereits eine Fläche von vier Quadratkilometern geschaffen habe. Der damalige Oberbefehlshaber des US-Pazifikkommandos, US-Admiral Harris, sprach in diesem Zusammenhang von einer „*Großen Mauer aus Sand*“.<sup>698</sup> Trotz chinesischer Proteste wollen die USA auch in Zukunft mit Kriegsschiffen in umstrittenen Gewässern im Südchinesischen Meer kreuzen. Derartige Einsätze seien weltweit „*Routine*“, sagte Admiral Harry Harris am 3. November 2015 in einer Rede in Peking: „*Keine Nation sollte sie als Bedrohung verstehen*.“<sup>699</sup> Am späten Montag, 26. Oktober 2015, war der US-Lenkstoffkreuzer „*USS Lassen*“ durch die von China als Hoheitsgebiet beanspruchte Zwölf-Meilen-Zone um das Subi-Riff nahe der Spratly-Inseln gefahren.<sup>700</sup> Das Subi-Riff ist Teil einer ganzen Reihe von

---

<sup>696</sup> Auch Neuseeland beteiligt sich am Wettrüsten, in: *Salzburger Nachrichten*, 11.06.2016, S. 5.

<sup>697</sup> Wendell Minnick, Vietnam Pushes Modernization As China Challenge Grows, in: *Defense News*, 31.08.2015, S. 9 und 10, hier S. 9.

<sup>698</sup> Felix Lee, USA setzen China im Streit um Spratly-Inseln unter Druck, in: *Die Presse*, 28.10.2015, S. 6.

<sup>699</sup> Südchinesisches Meer: USA wollen weiter Kriegsschiffe schicken, 3. November 2015, 11:30 Uhr, Der Standard Online, <http://derstandard.at/2000024999213/USA-wollen-weiter-Kriegsschiffe-ins-Südchinesische-Meer-schicken>, abgerufen am 12.11.2015.

<sup>700</sup> Christian Zschke, Atoll provocateur. Die USA und China suchen die Machtprobe um ein von Peking beanspruchtes Gewässer, in: *Süddeutsche Zeitung*, 28.10.2015, S. 8.

Atollen, Riffen und Gesteinsformationen im Südchinesischen Meer, deren territoriale Zugehörigkeit umstritten ist. China häuft seit Januar 2013 auf dem Subi-Riff gewaltige Sandmengen auf und hatte damals auf der aus dem Meer wachsenden Insel mit dem Bau einer Landebahn begonnen. Das Riff ist Teil der Spratly-Inselgruppe. Dort konstruiert China auch auf zwei weiteren Atollen Landebahnen.<sup>701</sup> Peking behauptet, das Riff gehöre, wie mehr als 80 Prozent des 3,5 Millionen Quadratkilometer großen Südchinesischen Meeres, traditionell zu chinesischem Territorium. Damit stünde demnach China auch die Kontrolle der Gewässer zu.<sup>702</sup> Peking betrachtet die Präsenz amerikanischer Kriegsschiffe „*nabe des chinesischen Territoriums im Südchinesischen Meer als einen Akt der Provokation*“.<sup>703</sup> Chinas Außenminister Wang Yi forderte Washington demnach unverzüglich auf, diesbezüglich das US-amerikanisch-chinesische Verhältnis nicht aufs Spiel zu setzen. Es handle sich um einen „*gefährlichen und provokativen Schritt*“, der Chinas Souveränität und Sicherheitsinteressen unmittelbar bedrohe.<sup>704</sup> Chinas Verteidigungsministerium warnte, das Militär würde „*alle notwendigen Maßnahmen*“ unternehmen, um die Sicherheit des Landes zu schützen.<sup>705</sup> Admiral Wu Shengli, der damalige Oberkommandierende der chinesischen Flotte, hatte die USA vor einem Krieg gewarnt: Bei einer Telefonkonferenz mit US-Admiral John Richardson, damaliger Chef des Admiralstabes der US Navy, sagte Wu am 29. Oktober 2015, dass aufgrund der Spannungen in der Region „*ein kleiner Zwischenfall einen gewaltsamen Konflikt entzünden*“ könne.<sup>706</sup> „*Unser Militär wird weiter fliegen, navigieren und operieren, wann immer und wo immer es vom Völkerrecht erlaubt ist*“, so Admiral Harris. Die USA würden seit Jahrzehnten weltweit solche Einsätze unternehmen, um das Recht auf Freiheit der Meere und somit der Schifffahrt zu unterstreichen.<sup>707</sup> Die Freiheit der Meere bzw. der internationalen Gewässer war stets ein

---

<sup>701</sup> Ebenda.

<sup>702</sup> Ebenda.

<sup>703</sup> Fu Ying, How China Sees Russia. Beijing and Moscow Are Close, but Not Allies, in: *Foreign Affairs*, January/February 2016, S. 96-105, hier S. 102.

<sup>704</sup> Felix Lee, USA setzen China im Streit um Spratly-Inseln unter Druck, in: *Die Presse*, 28.10.2015, S. 6.

<sup>705</sup> Ebenda.

<sup>706</sup> Chinas Marine warnt die USA vor Gefahr eines Krieges, in: *Die Presse*, 31.10.2015, S. 4.

<sup>707</sup> Südchinesisches Meer: USA wollen weiter Kriegsschiffe schicken, 3. November 2015, 11:30 Uhr, Der Standard Online, <http://derstandard.at/2000024999213/USA-wollen-weiter-Kriegsschiffe-ins-Südchinesische-Meer-schicken> (abgerufen am 12.11.2015).

Grundprinzip der US-Politik, so der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger.<sup>708</sup> Über die Hälfte des weltweiten Tankerverkehrs verläuft durch das Südchinesische Meer, dieser Raum gilt somit als strategisch äußerst relevant.<sup>709</sup> So sind aus chinesischer Sicht der „friedvolle Aufbau und die Entwicklung“ von Verteidigungseinrichtungen äußerst relevant, um die Interessen Chinas in diesem Raum zu schützen.<sup>710</sup>

China hat hier ein „Malakka-Dilemma“: Damit ist gemeint, dass 80% der chinesischen Importe und Exporte,<sup>711</sup> die das Südchinesische Meer passieren, durch die Straße von Malakka müssen, die an ihrem engsten Punkt gerade einmal 2,8 Kilometer breit ist.<sup>712</sup> Im Süden ist der chinesische Handel von der Bereitschaft Singapurs, Malaysias und Indonesiens abhängig, die Freiheit der Schifffahrt aufrechtzuerhalten. Im Osten werden alle Zugänge zum Pazifik von Japan kontrolliert. Mit seiner gewaltigen Machtprojektionsfähigkeit sind auch im Konfliktfall die USA jederzeit in der Lage, jeglichen überseeischen Handel Chinas zu blockieren.<sup>713</sup>

In den heiklen und potenziell konfliktträchtigen Streit um Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer wurde im März und April 2016 Indonesien hineingezogen. Seit einem schweren Zwischenfall zwischen chinesischen und indonesischen Schiffen in indonesischen Gewässern hatten sich die Spannungen verschärft. Anfang April 2016

---

<sup>708</sup> Henry Kissinger, Fareed Zakaria, Niall Ferguson, David Daokui Li: Wird China das 21. Jahrhundert beherrschen? Eine Debatte, Pantheon Verlag, München, im Februar 2012, S. 63.

<sup>709</sup> Felix Lee, USA setzen China im Streit um Spratly-Inseln unter Druck, in: *Die Presse*, 28.10.2015, S. 6.

<sup>710</sup> Li Zhanshu, Speech Delivered by Chairman of the Standing Committee of the National People's Congress Li Zhanshu at the Opening Dinner of the 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, October 24, 2018, in: China Institute for International Strategic Studies, The 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum Supplement 1/2018, Volume 130 (International Strategic Studies), Beijing 2018, S. 2-6, hier S. 5.

<sup>711</sup> So Österreichs ehemaliger Bundeskanzler Alfred Gusenbauer bei seinem Vortrag zum Thema „Die Chancen der Neuen Seidenstraße“ am 31. Mai 2016 (18.00 Uhr bis 19.30 Uhr) im Figaro-Saal des Palais Palfy in Wien.

<sup>712</sup> Peter Kreuzer, Freie Schifffahrt oder „Kanonenbootpolitik“. Der Konflikt zwischen den USA und China im Südchinesischen Meer muss rechtlich geklärt werden, HSFK Standpunkte, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Nr. 5/2015, Frankfurt/Main, S. 2.

<sup>713</sup> Ebenda.



kündigte das Verteidigungsministerium in Jakarta an, auf und um eine Inselgruppe im betreffenden Seegebiet herum die Militärpräsenz umfassend auszubauen.<sup>714</sup> Es geht hier um die Natuna-Inseln, einen Archipel aus 272 Inseln – die meisten sind sehr klein und unbewohnt. Insgesamt leben auf den Natunen 100.000 Menschen von der Landwirtschaft und der Fischerei. Dass die Natunen zu Indonesien gehören, hat China bisher akzeptiert, dessen nächstes Festlandgebiet, die große Insel Hainan, an die 1.600 Kilometer im Norden liegt.<sup>715</sup> Mit Indonesien gab es zwei Vorfälle, 2010 und 2013: Chinesische Fischer waren in indonesischen Wassern aktiv, die Küstenwache nahm sie fest, da tauchten bewaffnete Schiffe aus China auf und erzwangen „*mehr oder weniger höflich die Freilassung der Fischer.*“<sup>716</sup> Dennoch agierte Jakarta als Vermittler betreffend die Meinungsverschiedenheiten um die Gebietsansprüche in der Region weiter. Indonesien erhebt jedoch auch keine weiteren Ansprüche im Südchinesischen Meer. Am 19. März 2016 drang ein chinesisches Fischereischiff in die Gewässer um Natuna ein. Als ein indonesisches Patrouillenboot aufkreuzte, wurden acht Fischer auf dem Trawler festgenommen. Der Versuch, den Trawler in den nächsten indonesischen Hafen zu bringen, wurde jedoch von einem herbeieilenden Schiff der chinesischen Küstenwache vereitelt. Die Chinesen übernahmen ihren Kutter und verließen den Schauplatz. Indonesien verweigerte die Freilassung der chinesischen Fischer, ihnen drohe ein ordentliches Strafverfahren, so Fischereiministerin Susi Pudjiastuti.<sup>717</sup> Die Regierung in Jakarta protestierte heftig und warnte Peking vor weiteren ähnlichen Aktionen. Sie sieht den Einsatz für Frieden in der Region unterminiert und überlegte, den Internationalen Seegerichtshof in Hamburg anzurufen. Jakarta betonte in diesem Kontext jedoch, dass es „*keinen grundsätzlichen Konflikt mit China*“ gebe. Pekings Regierungssprecher erwiderten, dass die Souveränität Indonesiens über die Natunas außer Frage stehe, nur: „*Das Boot war in traditionellen chinesischen Fanggründen unterwegs*“, es habe demnach indonesische Gewässer nicht verletzt. So sollten die chinesischen

---

<sup>714</sup> Wolfgang Greber, Indonesien wird in Seestreit mit China hineingezogen, in: *Die Presse*, 04.04.2016, S. 2.

<sup>715</sup> Ebenda.

<sup>716</sup> Ebenda.

<sup>717</sup> Ebenda.

Gefangenen wieder auf freien Fuß gesetzt werden.<sup>718</sup> Das Verteidigungsministerium in Jakarta gab daraufhin bekannt, fünf F-16 sowie Aufklärer auf Riau (Natunas) zu verlegen, um „Diebe abzuschrecken“. Indonesien kündigte damals an, auf Riau Hafen und Flugfeld auszubauen, Marineinfanterie, ein Bataillon der Armee und Spezialkräfte dort zu stationieren und bisherige Einheiten zu stärken. Dazu kamen modernere Radarsysteme und Drohnen. Die indonesische Marine und Küstenwache verlegten zahlreiche Schiffe, darunter drei Fregatten der Ahmad-Yani-Klasse, in die Region – das war zu dieser Zeit die Hälfte des indonesischen Inventars an diesem großen Schiffstyp.<sup>719</sup>

Taiwans damals scheidender Präsident Ma Ying-jeou hatte angekündigt, am 28. Januar 2016 auf die von Taiwan kontrollierte, zu den Spratly-Inseln zählende Taiping-Insel zu fliegen, wo Kräfte der taiwanesischen Küstenwache stationiert sind. Taiwan erhebt ebenso Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer. Das Vorhaben von Ma Ying-jeous wurde jedoch in Peking positiv aufgenommen. „*Es sei die gemeinsame Verantwortung von China und Taiwan, das Vaterland zu schützen und sein Territorium zu wahren*“, hieß es bei der Pekinger Taiwan-Behörde. Die De-facto-Vertretung der USA in Taipeh äußerte dagegen Kritik. „*Ma Ying-jeous Besuch auf der Insel sei nicht hilfreich und werde nicht dazu beitragen, die Spannungen zu mindern.*“<sup>720</sup>

Der amerikanische Sender CNBC berichtete Anfang Mai 2018 unter Berufung auf US-Nachrichtendienste, dass die chinesische *Volksbefreiungsarmee* auf einigen umstrittenen Inseln der Spratlys Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 Kilometern stationiert habe. Die Boden-Luft-Raketen besitzen demnach eine Reichweite von 100 Kilometern. Seit Anfang April 2018 hatte, so CNBC, Chinas Militär derartige Systeme aufgestellt, unter anderem auf den künstlich aufgeschütteten Riffen Fiery Cross, Mischief und Subi.<sup>721</sup> Eine international akzeptable Lösung im „Inselstreit“ ist derzeit nicht in Sicht, China setzt seine Ansprüche militärisch durch.

---

<sup>718</sup> Ebenda.

<sup>719</sup> Ebenda.

<sup>720</sup> China gegen schärfere Nordkorea-Sanktionen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.01.2016, S. 5.

<sup>721</sup> Felix Lee, China greift militärisch aus, in: *Die Presse*, 04.05.2018, S. 3.

## China und die USA: im Wettbewerb abhängig

Die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den USA wurden zum zentralen Element in Hinblick auf die Gestaltung der Weltpolitik und der Weltwirtschaft.<sup>722</sup> Bezeichneten die USA ihre Beziehungen zu China während der Präsidentschaft Bill Clintons als *strategische Partnerschaft*, so bewertete die Regierung von George W. Bush sie als *strategische Konkurrenz*.<sup>723</sup> China ist vor allem hauptverantwortlich für das größte Handelsdefizit in der amerikanischen Geschichte. Die chinesischen Exporte in die USA sind zwischen 1990 und 2002 allein um 1.200 Prozent gestiegen.<sup>724</sup> Die Devisenreserven in der Chinesischen Zentralbank erreichten im Jahr 2009 über 1,95 Billionen US-Dollar.<sup>725</sup> Das ist zwölf Mal mehr Geld, als die Länder der Eurozone zum Schutz gegen Turbulenzen an den Finanzmärkten Ende 2008 zur Verfügung hatten.<sup>726</sup> Die zweitgrößten Devisenreserven der Welt besaß Ende 2008 Japan mit 997 Milliarden US-Dollar, Taiwan war zu dieser Zeit mit 282 Milliarden US-Dollar an Devisenreserven an fünfter Stelle, Südkorea mit 212 Milliarden US-Dollar an siebter Stelle im weltweiten Vergleich platziert. Indien besaß Ende 2008 rund 253 Milliarden US-Dollar an Devisenreserven.<sup>727</sup> Im April 2015 hatte China einen enormen Berg an Währungsreserven von insgesamt 3,8 Billionen US-Dollar erreicht.<sup>728</sup> Chinas Devisenreserven blieben auch 2016 mit Abstand die größten der Welt. Dahinter folgte Japan mit nur einem Drittel der Fremdwährungsreserven Pekings. Um den Yuan zu stabilisieren, gab China große Mengen an US-Dollar aus. Im Dezember 2015 und Januar 2016 schrumpften Chinas Fremdwährungsreserven um 108 Milliarden US-Dollar und 99,5 Milliarden US-Dollar auf 3,23 Billionen

---

<sup>722</sup> Aus: Heinz Brill, Strategische Allianzen in der internationalen Politik. Unilateralismus versus Multipolarität, in: ÖMZ 5/2002, S. 539-546, S. 542.

<sup>723</sup> Ebenda.

<sup>724</sup> Henry Kissinger, On China, The Penguin Press, New York 2011, S. XVI.

<sup>725</sup> Johnny Erling, Clinton rückt von Menschenrechtsfragen ab, in: *Der Standard*, 23.2.2009, S. 4.

<sup>726</sup> Oliver Grimm, China: was tun mit zwei Bio. Dollar?, in: *Die Presse*, 01.12.2008, S. 1.

<sup>727</sup> Wendell Minnick, Closer China-Taiwan Ties Point to Change in 2009, in: *Defense News*, December 15, 2008, S. 31.

<sup>728</sup> Nikolaus Jilch, China greift für neue Seidenstraße in die Reserven, in: *Die Presse*, 22.04.2015, S. 15.

US-Dollar.<sup>729</sup> Mit August 2015 verkaufte die *Bank of China* US-Dollar und kaufte Yuan zu, um die Währung zu stabilisieren. 2015 schrumpften die Währungsreserven Chinas erstmals seit 1992.<sup>730</sup> Die genaue Zusammensetzung der chinesischen Reserven ist geheim, aber laut US-Finanzministerium hielt China im Dezember 2015 mindestens 1,25 Billionen US-Dollar in Form von US-Staatsanleihen.<sup>731</sup> China ist somit der größte Auslandsgläubiger der mit 23 Billionen US-Dollar (nach: The Concord Coalition, 2019) verschuldeten USA und liegt insgesamt auf Platz zwei aller Gläubiger. Nur die US-Notenbank Federal Reserve hält noch mehr US-Staatsanleihen.<sup>732</sup> China hat auch viel Gold zugekauft und hielt im Februar 2016 etwa 1621 Millionen Tonnen des Edelmetalls.<sup>733</sup> Nur 99 Millionen von fast 1,4 Milliarden Chinesen hielten im Dezember 2015 Aktien.<sup>734</sup>

US-Dollar gegen Yuan (Renminbi), das ist eine der wichtigsten Fronten im sogenannten Währungskrieg. Diesen Begriff hat Brasiliens damaliger Finanzminister Guido Mantega geprägt. Aufgrund der Wirtschaftskrise versuchten viele Staaten, ihre Währung abzuwerten, um Vorteile im Exportgeschäft zu erlangen. Niedrige Leitzinsen, Hilfs-, Rettungs- und Konjunkturpakete sowie Anleihenkäufe durch die Zentralbank waren die wichtigsten Waffen in diesem Krieg. Die chinesische Währung Yuan (Renminbi) ist an den US-Dollar gekoppelt, jedoch auf einem zu niedrigen Niveau, findet die US-Regierung. Peking will sich die Währungspolitik jedoch nicht diktieren lassen.<sup>735</sup> China hat einen Vorteil gegenüber den USA: Die Zentralregierung in Peking kontrolliert den Wechselkurs des Yuan – eine Tatsache, die Washington schon lange bemängelt.<sup>736</sup> Der Yuan würde durch staatliche Einwirkung künstlich niedergehalten, so die US-Regierung. Der damalige amerikanische Präsident Barack Obama meinte im Jahr 2011 beim Treffen der APEC-Mitglieder (Asia Pacific Economic Cooperation) in Hawaii über die Währungspolitik Pekings: „Genug ist genug.“

---

<sup>729</sup> Matthias Auer, China „verbrennt“ 100 Mrd. US-Dollar, in: *Die Presse*, 08.02.2016, S. 6.

<sup>730</sup> Ebenda, und: China schmelzen die Reserven weg, in: *Die Presse*, 11.01.2016, S. 6.

<sup>731</sup> China schmelzen die Reserven weg, in: *Die Presse*, 11.01.2016, S. 6.

<sup>732</sup> Ebenda.

<sup>733</sup> Matthias Auer, China „verbrennt“ 100 Mrd. US-Dollar, in: *Die Presse*, 08.02.2016, S. 6.

<sup>734</sup> China schmelzen die Reserven weg, in: *Die Presse*, 11.01.2016, S. 6.

<sup>735</sup> USA gegen China: Harsche Worte im Währungskrieg, in: *Die Presse*, 16.11.2011, S. 16.

<sup>736</sup> Ebenda.

*Es ist an der Zeit für China, zu einem marktbasierten System für seine Währung überzugehen.*<sup>737</sup> Die chinesische Wirtschaft sei, so Obama, nun „erwachsen“, der Yuan war damals schon nach Meinung vieler Ökonomen um 20 bis 25 Prozent unterbewertet.<sup>738</sup>

Nach Berechnungen der Bank für Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel hatte der Yuan zwischen 2005 und 2011 gegenüber anderen Währungen um fast 38 Prozent aufgewertet, während der US-Dollar 18 Prozent verloren hatte. Wenn Washington heute Peking kritisiert, dann rügt der Schuldner den Gläubiger.<sup>739</sup> Die chinesische Zentralbank kämpfte ab Ende 2015 gegen die Abwertung des Yuan – und somit gegen Investoren, die versuchen, mit dem Yuan-Absturz auch noch Geld zu verdienen.<sup>740</sup> China hatte ab Sommer 2015 nach dem Platzen der Blase mit einer Krise zu kämpfen, Folge war eine Kapitalflucht, rund eine Billion US-Dollar wurden abgezogen. Die Abwertung des Yuan hatte besonders 2016 viele Chinesen dazu veranlasst, ihr Geld außer Landes zu bringen: „*Allein im dritten Quartal (Anmerkung 2016) haben Unternehmen und Privatleute 207 Mrd. Dollar ins Ausland transferiert*“, so die Commerzbank. Das Volumen der Abflüsse war dabei so groß, dass es den bei diesem Zeitraum erzielten Leistungsbilanzüberschuss übertraf: „*Die Chinesen versuchen, ihr Geld woanders zu investieren, um der Yuan-Abwertung aus dem Weg zu gehen*“, so Lutz Karpowitz von der Commerzbank.<sup>741</sup> Steigende Zinsen könnten die USA als sicheren Anlageort attraktiv machen, Schwellenländer wie China müssten in einem derartigen Fall mit Mittelabflüssen leben.<sup>742</sup> Peking blieb somit nichts mehr anderes übrig, als auf dem Devisenmarkt zu investieren.

China ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und Exportweltmeister. Beim Treffen der G20-Finanzminister am Rande der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Lima (Oktober 2015) gab es kaum noch Zweifel, dass der Yuan in den Währungskorb des IWF aufgenommen wird. Das IWF-Führungsgremium beschloss daraufhin

---

<sup>737</sup> Ebenda.

<sup>738</sup> Ebenda.

<sup>739</sup> Ebenda

<sup>740</sup> China legt sich mit George Soros an, in: *Die Presse*, 28.01.2016, S. 20.

<sup>741</sup> Nicole Stern, Peking sitzt zwischen den Stühlen: Kontrollwahn oder Öffnung, in: *Die Presse*, 31.12.2016, S. 17.

<sup>742</sup> Ebenda.

tatsächlich, den Yuan in den Währungskorb des IWF aufzunehmen. Dieser ist wiederum Grundlage für die Sonderziehungsrechte (SZR) – eine Art Kunstwährung, in welcher der Fonds rechnet und Finanzhilfen auszahlt. Ebenso werden die Einlagen beim Fonds, die in den IWF-Staaten zu den Devisenreserven zählen, in SZR gehalten.<sup>743</sup> Zum Währungskorb aus US-Dollar, Euro, Yen und dem Pfund kam also der Yuan dazu. Der SZR-Korb wird alle fünf Jahre überprüft.<sup>744</sup>

Nach 2000 gab es kaum spürbare Exporte aus den USA nach China.<sup>745</sup> Seit 40 Jahren jedoch sind China und die USA untereinander die wichtigsten Handelspartner sowie die gegenseitig wichtigsten Investitionsziele. 2018 betrug das bilaterale Handelsvolumen zwischen China und den USA mehr als 630 Milliarden US-Dollar. Zudem reisten pro Tag 17.000 Menschen zwischen China und den USA, alle 17 Minuten startete oder landete ein Flugzeug in die bzw. aus den USA in China.<sup>746</sup>

In den USA kündigte 2016 der damalige Präsidentschaftskandidat Donald Trump pauschal 45 Prozent Zoll auf Waren aus China an.<sup>747</sup> In den USA hätten nämlich die Importe aus China 44 Prozent der Arbeitslosigkeit in den betroffenen Branchen verursacht.<sup>748</sup> Der folglich eingeleitete Handelskrieg zwischen den USA und China schien sich 2019 zuzuspitzen. Im Oktober 2019 einigten sich schließlich die USA und China auf einen ersten „dünnen Deal“ im Handelskrieg, auf eine „Phase eins“.<sup>749</sup> Donald Trump erklärte diesen Schritt wie folgt: „Ich denke, dass es besser ist, es in Abschnitten und Phasen zu machen, weil es so ein großer Deal ist und so viel umfasst.“<sup>750</sup> Ursprünglich wollten die USA am 15. Oktober 2019 die Strafzölle auf chinesische Importe im Wert von 250 Milliarden US-Dollar

---

<sup>743</sup> Yuan auf dem Weg zur Welt-Reservewährung, in: *Salzburger Nachrichten*, 10.10.2015, S. 21.

<sup>744</sup> Ebenda.

<sup>745</sup> Matthias Auer, Amerika wird zum Opfer der Globalisierung, in: *Die Presse*, 24.02.2016.

<sup>746</sup> China Rundschau, Die chinesisch-amerikanischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, in: *China Rundschau*, Nr. 059, Dezember 2019, S. 2.

<sup>747</sup> Matthias Auer, Amerika wird zum Opfer der Globalisierung, in: *Die Presse*, 24.02.2016, S. 11.

<sup>748</sup> Ebenda

<sup>749</sup> Matthias Auer, Fünf Minuten falscher Frieden, in: *Die Presse am Sonntag*, 13.10.2019, S. 17.

<sup>750</sup> Ebenda.

von 25 auf 30 Prozent anheben.<sup>751</sup> Peking sagte zunächst zu, US-Farmern Sojabohnen und Schweinefleisch im Wert von bis zu 50 Milliarden US-Dollar abzunehmen. Die Agrarimporte Chinas aus den USA könnten jedoch zumindest danach insgesamt stagnieren. Als Gegenmaßnahme auf Trumps Strafzölle fuhr Peking die Agrarimporte aus den USA zurück, Länder wie Brasilien übernahmen das Geschäft der amerikanischen Konkurrenz mit China. Washington musste daraufhin bis Herbst 2019 an die 28 Milliarden US-Dollar an Subventionen an die amerikanischen Landwirte auszahlen, um die Folgen der US-Handelspolitik abzufedern.<sup>752</sup> Aus chinesischer Sicht will man sich keinen Deal aufzwingen lassen, die US-Strafzölle haben „die bilaterale Handels- und Investitionszusammenarbeit beeinträchtigt“ und „einen negativen Beitrag zum Vertrauen des Marktes und zur wirtschaftlichen Stabilität in China und den USA, sogar auf der ganzen Welt geleistet“, stellte ein am 2. Juni 2019 von der chinesischen Regierung veröffentlichtes Weißbuch fest.<sup>753</sup> Am 1. Juni 2019 hatte die chinesische Regierung ihrerseits Strafzölle auf 5140 US-Waren im Wert von 60 Milliarden US-Dollar auferlegt, darunter Wein, Holz und verflüssigtes Erdgas.<sup>754</sup> China wäre auch in der Lage, bei weiteren US-Zöllen gegen die Volksrepublik bei den Seltenen Erden „anzusetzen“, also bei Metallen wie Neodyn, Lanthan und Cer, die für den Bau von Windrädern, Elektroautos und Smartphones benötigt werden: „Für China sind Seltene Erden das, was Öl für Saudi-Arabien ist“, hatte Deng Xiaoping bereits 1992 angemerkt.<sup>755</sup> Die USA bezogen allein 80 Prozent dieser Metalle aus China, der Bedarf der EU an Seltenen Erden wurde sogar zu 100 Prozent aus China gedeckt.<sup>756</sup> Eine künstliche Verknappung der Seltenen Erden hätte steigende Produktionskosten und steigende Preise in den USA zur Folge. Zudem hätte Peking eine sogenannte „nukleare Option“: die Volksrepublik könnte auch damit drohen, im großen Stil US-Staatsanleihen zu verkaufen. 2019 besaß die Volksrepublik China die meisten US-Staatsanleihen im Wert von ca. 1,1 Billionen US-Dollar. Eine Abstoßung könnte aus chinesischer Sicht die

---

<sup>751</sup> Ebenda.

<sup>752</sup> Ebenda.

<sup>753</sup> Frank Sieren, Verhärtete Fronten, in: *China Rundschau*, Nr. 054, August 2019, S. 4.

<sup>754</sup> Ebenda.

<sup>755</sup> Ebenda.

<sup>756</sup> Ebenda.

US-Zinsen schlagartig nach oben treiben und dem US-Haushalt sowie der Wirtschaft in den USA massiv zusetzen.<sup>757</sup>

Die USA sind seit einigen Jahren dazu übergegangen, ihre *strategische Industrie* auch gegen übergroßen chinesischen Einfluss zu schützen. Eine Übernahme des US-Konzerns UNOCAL durch das chinesische Ölunternehmen CNOOC war 2005 am politischen Widerstand in den USA gescheitert. CNOOC hatte dafür 18,4 Milliarden US-Dollar geboten. UNOCAL wurde daraufhin von seinem amerikanischen Konkurrenten Chevron für einen niedrigeren Preis übernommen (16,4 Milliarden US-Dollar).<sup>758</sup>

Brennpunkt der Diskussionen zwischen den USA, Kanada, dem Vereinigten Königreich, der EU einerseits und China andererseits war seit 2017 die (mögliche) Beteiligung des Telekommunikationskonzerns *Huawei* am westlichen 5G-Netz. US-Präsident Donald Trump schloss eine Beteiligung von *Huawei* am amerikanischen 5G-Netz aus Gründen der nationalen Sicherheit Anfang Mai 2019 aus. Demnach wurde ein möglicher Einfluss der Kommunistischen Partei Chinas auf diesen „*Privatkonzern*“ nicht ausgeschlossen. *Huawei* kam daher in den USA auf eine schwarze Liste, den amerikanischen Unternehmen wurde eine Zusammenarbeit mit diesem Konzern untersagt. *Huawei* würde im Fall eines positiven Marktzugangs nicht nur den Telekommunikationsmarkt mitkontrollieren, sondern auch ein Sicherheitsrisiko für die Koordination innerhalb der „*Five Eyes*“ (also der nachrichtendienstlichen Koordination zwischen dem Vereinigten Königreich, den USA, Kanada, Australien und Neuseeland) darstellen. Wesentlicher und sensibler Nachrichtenaustausch würde somit über einen chinesischen Anbieter verlaufen.<sup>759</sup>

---

<sup>757</sup> Ebenda.

<sup>758</sup> Aus: Jeremy Martin, CNOOC, Chevron and Unocal: Mergers, money, politics, in: *The San Diego Union – Tribune*, <http://www.signonsandiego.com/uniontrib/20050805/news/z1e5martin.html>, August 5, 2005, abgerufen am 20.05.2009.

<sup>759</sup> Charlie Parton, US and China: Trade, Technology, Theft and Arrests, RUSI Commentary, Royal United Services Institute, London, 18 January 2019, S. 1.



## China und die EU

Seit 1975 existierten politisch-wirtschaftliche bzw. diplomatische Beziehungen zwischen den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der Volksrepublik China, seit 1994 gibt es zwischen der Europäischen Union (EU) und der Volksrepublik einen formal eingerichteten Dialog. Seit Anfang 2002 finden regelmäßige Tagungen der außenpolitischen EU-Troika und der chinesischen Regierung statt. In erster Linie stehen dabei zwar wirtschaftliche Themen im Mittelpunkt, der politische Dialog aber – wie z.B. über Menschenrechte,<sup>760</sup> das EU-Waffenembargo, die Taiwanfrage, Umweltprobleme, die wirksame Bekämpfung von Armut – wurde seit den 1990er-Jahren zunehmend relevanter.

Gemeinsam mit Indien wurde auch die Volksrepublik China seit dem Ende des Kalten Krieges ein Fall von großem politischem und wirtschaftlichem Interesse für die Staaten der EU und die USA<sup>761</sup>. Die Staaten der

---

<sup>760</sup> China betont stets die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte für die eigene Bevölkerung (dazu zählen vor allem die Ausbildung, die Entwicklung, das Recht auf Überleben – vgl. dazu Luo Haocai, China's Unique Socialist Approach to Human Rights, *Qiusbi*, April-June 2017, S. 38-43). So gilt auch Homosexualität großteils in China als „inakzeptabel“. Erstmals in der Geschichte Chinas war 2016 ein Gericht bestrebt, über einen Fall gleichgeschlechtlicher Ehe zu entscheiden. Am 23. Juni 2015 – ihrem einjährigen Jahrestag – hatten Sun Wenlin und Hu Mingliang bei einem Standesamt versucht, ihre Partnerschaft registrieren zu lassen. Eine Ehe könne nur zwischen Mann und Frau geschlossen werden, erklärte der Standesbeamte in Changsha, der Hauptstadt der Provinz Hunan. Die 26jährige Sun meinte, das chinesische Eherecht definiere die Ehe als Bund zwischen „Ehefrau und Gatten“, so bleibt eine Festlegung auf das Geschlecht offen. Bis 1997 galt Homosexualität in China als Verbrechen, bis 2001 als mentale Krankheit. Aus: Marlies Kastenhofer, China und das Tabu Homosexualität, in: *Die Presse*, 29.01.2016, S. 8.

<sup>761</sup> Die USA anerkannten nach dem chinesischen Bürgerkrieg und der Gründung der Volksrepublik China 1949 ausschließlich die Republik China (Nationalchina = Taiwan) an. Im Korea- und Vietnamkrieg unterstützte die Volksrepublik die Gegner der USA. Die USA wollten auch verhindern, dass die Volksrepublik 1971 den ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat von Taiwan übernimmt. Entspannung brachten ein Besuch von US-Außenminister Henry Kissinger in Peking 1971 und die darauffolgende *Ping-Pong-*

Europäischen Gemeinschaft pflegten vorerst die intensiven politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu China auf der Grundlage des Artikels 177 des EG-Vertrags mit folgenden Zielen:

- nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung;
- allmähliche Integration von China als *Entwicklungsland* in die Weltwirtschaft;
- Kampf gegen die Armut.

Die weitere Basis für die EG-China-Beziehungen war zunächst das Übereinkommen über die Zusammenarbeit im Bereich Handel und Wirtschaft aus dem Jahr 1985 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Volksrepublik China. In diesem Zusammenhang kommt es zu jährlichen Treffen innerhalb sektoraler Arbeitsgruppen. Zusätzlich wurden ein politischer Dialog mit einem jährlichen China-Gipfel und ein Dialog in Menschenrechtsfragen etabliert. Die Europäische Kommission veröffentlichte zum Aufbau einer strategischen Partnerschaft mit Asien und China Anfang September 2001 eine *Kommunikation* mit dem Titel „*Europe and Asia: A Strategic Framework for Enhanced Partnership*“ sowie folgende China-spezifische Papiere: „*A Long-term Policy for China-Europe Relations*“ (1995), „*Building a Comprehensive Partnership for China*“ (1998) sowie „*EU Strategy towards China: Implementation of the 1998 Communication and Future Steps for a More Effective EU Policy*“ (2001). Im Strategiepapier der Europäischen Kommission (2007-2013) waren folgende drei Prioritäten für die Kooperation mit der Volksrepublik festgehalten:

- Unterstützung für Chinas Reformprogramm – sektorale Dialoge;
- Nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Umweltschutz,<sup>762</sup> Energieressourcen und wirtschaftliches Wachstum sowie Maßnahmen gegen den Klimawandel;

---

*Diplomatie* (es spielten die Tischtennis-Teams der Volksrepublik China und der USA gegeneinander). Seit 1979 bestehen diplomatische Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den USA.

<sup>762</sup> Chinas Städte hatten mittlerweile Smogwerte zum Teil von über 600 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter. Die Weltgesundheitsorganisation hält einen Wert von unter 25 Mikrogramm für unbedenklich. Chinas Städte und Landschaften versinken im

- Verantwortungsvolles Regieren (*Good Governance*) zur Stärkung des Rechtsstaates, der Zivilgesellschaften und des Schutzes wirtschaftlicher, sozialer und ziviler Rechte.

Die EU ist zum größten Handelspartner Chinas und zum größten Investor in der Volksrepublik geworden, umgekehrt ist China zweitgrößter Handelspartner für die EU. Pro Tag wurden im Jahr 2017 Waren zwischen der EU und China im Wert von 1,5 Milliarden Euro ausgetauscht.<sup>763</sup>

Am 19. Mai 2000 wurden zwischen der EU und China erfolgreiche Verhandlungen abgeschlossen, die zur Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation WTO führten – mit Wirkung vom 11. Dezember 2001. Der Handel zwischen China und den Europäischen Gemeinschaften bzw. der EU hat sich zwischen 1975 und 2006 weit mehr als verdreißigfach, das Handelsvolumen erreichte im Jahr 2006 an die 272,3 Milliarden US-Dollar,<sup>764</sup> 1975 lag es bei 3 Milliarden US-Dollar.<sup>765</sup> Das Handelsvolumen seitens der EU mit den USA betrug 2006 262,7 Milliarden US-Dollar, jenes mit Japan 207,4 Milliarden US-Dollar.<sup>766</sup> 2018 erreichte

---

Smog: Im Dezember 2015 bedeckte der dichte Smog eine Fläche in Nordchina, die zusammen größer als Deutschland und Frankreich war und mehr Einwohner zählte als ganz Europa. Bei dieser Konzentration von Partikeln im Smog schmerzt der Hals, die Augen tränen und der Kopf dröhnt. China ist der größte Emittent von klimaschädlichem CO<sub>2</sub> auf der Welt. Die enormen Mengen an Kohle, die China täglich verbrennt, tragen zur Luftverschmutzung und Erderwärmung bei. Im Norden und Westen des Landes fressen sich die Geröllwüsten immer tiefer ins einst fruchtbare Kernland hinein. Im Süden Chinas kommt es im Sommer regelmäßig zu verheerenden Wirbelstürmen und Überschwemmungen. Aus: Felix Lee, Chinas Hauptstadt versinkt in giftigem Nebel, in: *Die Presse*, 02.10.2015, S. 8.

<sup>763</sup> European Commission, EU-China Summit: deepening the strategic global partnership, Beijing, 16 July 2018, Press release IP/18/4521, S. 1.

<sup>764</sup> Aus: Pang Zhongying, On Sino-Europe “strategic partnership”, in: *International Review*, herausgegeben vom Shanghai Institute for International Studies, Spring 2007, Volume 46, S. 1-19, S. 6.

<sup>765</sup> Gerhard Will, *Tough Crossing: Europa und die Konflikte in der Südchinesischen See*, SWP-Studie S10, Stiftung für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, im Juni 2014, S. 26.

<sup>766</sup> Pang Zhongying, On Sino-Europe “strategic partnership”, in: *International Review*, herausgegeben vom Shanghai Institute for International Studies, Spring 2007, Volume 46, S. 1-19, S. 6.

das Handelsvolumen zwischen China und der EU um die 600 Milliarden US-Dollar.<sup>767</sup> Probleme in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und der Volksrepublik China bilden insbesondere die große Abwanderung europäischer Konzerne nach China und die massiven Produktfälschungen seitens chinesischer Firmen.<sup>768</sup>

Nach der Niederschlagung des Studentenaufstandes am Tiananmen-Platz<sup>769</sup> am 4. Juni 1989 – dieser wird auch heute von der chinesischen Staatsführung als legitim gerechtfertigt<sup>770</sup> – beschlossen die Mitgliedstaaten der damaligen Europäischen Gemeinschaften, ein Waffenembargo gegen die Volksrepublik China zu verhängen. Frankreich und Deutschland unterstützten zwar die luxemburgische EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2005 in ihrem Bemühen, das EU-Waffenembargo gegen die Volksrepublik China aufzuheben. Die USA und Japan äußerten allerdings demgegenüber ihre Bedenken. Vor allem die USA beriefen sich auf die nicht zufriedenstellende Menschenrechtssituation in der Volksrepublik sowie auf die politischen Spannungen zwischen den Regierungen in Peking und Taipeh betreffend die Unabhängigkeit der Republik China (Taiwan). Großbritannien bremste die Intentionen, das Waffenembargo aufzuheben, und versuchte, um Verständnis für die Bedenken der USA zu werben. Die Beibehaltung des Waffenembargos gilt vor allem auch für *Dual-use*-Güter, also für technologisch hochwertige Produkte, die sowohl für zivile als auch

---

<sup>767</sup> EU verbuchte 2018 Mega-Handelsdefizit mit China, Trend, <https://www.trend.at/wirtschaft/eu-mega-handelsdefizit-china-10804237> , abgerufen am 20.11.2019.

<sup>768</sup> Gemäß den Ausführungen von Dr. Heinrich von Pierer, Siemens Deutschland, auf der Tagung „Wirtschaftsordnung mit menschlichem Antlitz“, Veranstaltung der Katholischen Akademie in Bayern, 22.11.2005.

<sup>769</sup> 150.000 Soldaten rückten in der Nacht zum 4. Juni 1989 in Peking ein und walzten Barrikaden nieder. Offiziell starben dabei 241 Menschen. Berühmt wurde jener Mann, der am 5. Juni 1989 mehrere T-59-Tanks längere Zeit aufhielt. Aus: *Die Presse am Sonntag*, 31.05.2009, S. 5.

<sup>770</sup> Chinas Verteidigungsminister Wei Fenghe hat die damalige Niederschlagung der Proteste am Tiananmen-Platz als „richtige Entscheidung“ gerechtfertigt. Diese Proteste seien demnach politische Unruhen gewesen, die Regierung habe keine andere Wahl gehabt, als diese niederzuschlagen: „Deshalb ist China stabil.“ Laut Angaben der chinesischen Regierung wurden bei der Niederschlagung der „konterrevolutionären Aufstände“ am 4. Juni 1989 rund 200 Zivilisten und zahlreiche Sicherheitskräfte getötet. Aus: Militär aktuell, Tiananmen: „Entscheidung richtig!“, in: *Militär aktuell* 2/2019, S. 9.

für militärische Zwecke benutzt werden können. Der US-Kongress bereitete Strafen gegen die EU vor, sollte diese eine Aufhebung des Waffenembargos gegen China beschließen. Republikanische Politiker in Washington setzten sich in einem solchen Fall dafür ein, Rüstungseinfuhren aus EU-Staaten um bis zu zwanzig Prozent zu kürzen. Die europäischen Partner hätten sich demnach einstellen müssen, beim größten amerikanischen Kampfflugzeugprojekt, dem *Joint Strike Fighter* (JSF), ausgeschlossen zu werden. Das JSF-Konsortium, an dem auch die damalige europäische *EADS* (nun *Airbus Military*) und die britische *Bae Systems* beteiligt waren bzw. sind, wird vom US-Luft- und Raumfahrtkonzern *Lockheed Martin* geleitet.<sup>771</sup> Am 14. April 2005 beschlossen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments mehrheitlich, das Embargo nicht aufzuheben.

Das EU-Waffenembargo bedeutet keineswegs, dass tatsächlich keine Waffen von der EU nach China geliefert werden dürfen. Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten können beim Waffenembargo jederzeit über Ausnahmen bestimmen und müssen die EU lediglich über die beschlossenen Ausnahmen informieren. So konnte China Helikopter von EADS und deutsche Dieselmotoren für die Marine sowie britische Triebwerke für Kampfflugzeuge erwerben. Allein Großbritannien hatte zwischen 1999 und 2006 Waffen im Wert von 0,5 Milliarden Pfund nach China geliefert.<sup>772</sup>

China äußerte öfters vehement seine Ablehnung gegenüber Besuchen des Dalai Lama in den Mitgliedstaaten der EU. China sieht im Dalai Lama einen „Staatsfeind“, der laut Interpretation Pekings versucht, Tibet von China abzuspalten.<sup>773</sup> Im März 2009 lud sogar Südafrika auf chinesischen Druck hin den zuvor eingeladenen Dalai Lama wieder aus: Zu einer Ende März 2009 geplanten Konferenz als Vorbereitung zur Fußballweltmeisterschaft im darauffolgenden Jahr 2010 waren in Johannesburg Friedensnobelpreisträger wie Nelson Mandela, Frederik Willem de Klerk, Erzbischof Desmond Tutu und ursprünglich auch das

---

<sup>771</sup> Aus: USA drohen EU mit Sanktionen, in: *Die Presse*, 25.03.2005, S. 5.

<sup>772</sup> Aus: Government breached own guidelines on arms exports, says report, *The Guardian*, <http://www.guardian.co.uk>, 21.05.2007.

<sup>773</sup> Edward Wong, Mongolia breaks ties with Dalai Lama after Beijing censures visit, in: *The New York Times International Edition*, January 2, 2017, S. 4.

geistliche Oberhaupt der Tibeter geladen. Dabei sollte die Frage, was Fußball zur Überwindung von Rassismus und Fremdenhass beitragen könne, erörtert werden. Südafrika verweigerte dem Dalai Lama schließlich das Einreisevisum. Die Konferenz wurde daraufhin – nach heftigen Protesten – von den Organisatoren abgesagt. Präsidentensprecher Thabo Masebe begründete die Verweigerung des Visums wie folgt: „*Ein Besuch des Dalai Lama würde nur die Aufmerksamkeit weg von Südafrika hin zu Tibet-Fragen lenken.*“ Masebe hatte jedoch geleugnet, dass die Verweigerung der Einreise für den Dalai Lama auf Druck Chinas hin erfolgte. Der Sprecher der Botschaft Chinas in Pretoria, Dai Bing, entgegnete: „*Selbstverständlich habe Peking darauf hingewiesen, dass ein Besuch des Dalai Lama den bilateralen Beziehungen sehr schaden könne.*“<sup>774</sup> In Peking warnte Außenamtssprecher Qin Gang jede Regierung, die „*offizielle Kontakte mit dem Dalai Lama unterhält oder ihm eine Plattform für seine spalterischen Aktivitäten bietet.*“<sup>775</sup> Eine ähnliche Situation gab es auch im November 2016, als die Mongolei auf Druck Chinas den Dalai Lama ersuchte, nicht in das Land zu kommen, einem Land, das seit dem 16. Jahrhundert Beziehungen zum Dalai Lama pflegt.<sup>776</sup>

Was die Beziehungen zur EU betrifft, gilt es aus Sicht Chinas, die „*umfassende strategische Partnerschaft*“ auszubauen. Die EU wird meist aus chinesischer Sicht als stabilisierendes Element zwischen mittleren und kleineren Ländern Europas gesehen,<sup>777</sup> jedoch in der letzten Zeit verstärkt als von den USA zu stark abhängig. Die Volksrepublik China wurde aufgrund ihres zunehmenden globalen politischen und wirtschaftlichen Einflusses zum „*systemischen Rivalen*“ der EU, Peking fördert darüber hinaus ebenso „*alternative Modelle des Regierens*“<sup>778</sup> – als „*Modellecharakter*“ gilt aus Sicht Pekings ausschließlich jenes Regierungsmodell der Volksrepublik China.

---

<sup>774</sup> Aus: China sorgt für Image-Desaster, in: *Die Presse*, 25.03.2009, S. 5.

<sup>775</sup> Ebenda.

<sup>776</sup> Edward Wong, Mongolia breaks ties with Dalai Lama after Beijing censures visit, in: *The New York Times International Edition*, January 2, 2017, S. 4.

<sup>777</sup> Sun Jianguo (Admiral), A Great Banner for World's Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: *International Strategic Studies* 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, S. 1-8, hier S. 4.

<sup>778</sup> Oliver Grimm, EU legt gegenüber China die Samthandschuhe ab, in: *Die Presse*, 19.03.2019, S. 5.



## China und die Coronakrise 2020

Die Coronakrise verdeutlichte anfangs den intransparenten Umgang der Volksrepublik mit dieser global schwerwiegenden Herausforderung. Nach bekannten Fällen von Covid-19 wurden im Dezember 2019 von lokalen kommunistischen Kadern in Wuhan sowie von der Zentralregierung in Peking derartige Tatsachen verharmlost und vertuscht – trotz eines nach dem Ausbruch von Sars in den Jahren 2002/2003 eingeführten umfassenden landesweit ausgebauten Meldesystems für Epidemien.<sup>779</sup> Im Nachhinein versuchte dann die Kommunistische Partei in Peking, „aus dieser Katastrophe einen politischen Sieg zu machen“.<sup>780</sup> Dies geschah durch eine Verknüpfung von praktischer Hilfe (es wurden Tausende Tonnen von Schutzausrüstung von China unter anderem verstärkt nach Europa geflogen) und dem Einsatz ihrer „neuen Seidenstraße“.<sup>781</sup> Diese Hilfslieferungen wurden u. a. von der Chinesischen Handelskammer in der EU (diese Einrichtung wurde im August 2018 in Brüssel registriert), zum Teil direkt von der chinesischen Regierung, von chinesischen Konzernen wie *Geely* oder *Alibaba* und auch Stiftungen wie der *Li Shufu Foundation* und der *Jack Ma Foundation* eingeleitet und koordiniert. Das am Flughafen von Liège / Lüttich im Jahr 2018 von der belgischen Regierung gemeinsam mit *Alibaba* eingerichtete *eWTP* Logistikverteilungszentrum spielte hier bei der europaweiten Verteilung der Hilfsgüter (vor allem nach Belgien, Frankreich, Italien, Slowenien und auch nach Österreich) eine wichtige Rolle.<sup>782</sup> Nach Leipzig-Halle (Flughafen) wurden allein am 27. und 29. April 2020 insgesamt 25 Millionen Schutzmasken mit dem weltgrößten Flugzeug *Antonow-225* geliefert. Diese von chinesischen Diplomaten oft als „gutberzige Hilfeleistungen“ bezeichneten Exporte von Schutzausrüstung, die meist gegen Bezahlung durchgeführt wurden, können ohne weiteres als Teil der von Peking stets flexibel definierten und ausgebauten „neuen Seidenstraße“

---

<sup>779</sup> Steven Lee Myers, Reluctance to send bad news cost China weeks, in: *The New York Times International Edition*, March 31, 2020, S. 1 und 4, hier S. 1.

<sup>780</sup> Oliver Grimm, „China hat schon immer Statistiken gefälscht“, in: *Die Presse*, Interview mit der Chinaexpertin Didi Kirsten Tatlow, 11.04.2020, S. 10.

<sup>781</sup> Ebenda.

<sup>782</sup> China Rundschau, China unterstützt Europa bei der Bekämpfung von COVID-19, in: *China Rundschau*, Nr. 064, Mai 2020, S. 1.



verstanden werden, obwohl aus Sicht Pekings diese Hilfsleistungen wie folgt interpretiert wird: „Zuvor wurde China in seinem Kampf gegen das Virus vom Ausland unterstützt und nun erwidert China diese Hilfe.“<sup>783</sup> So, wie seit Mitte der 2010er-Jahren seitens der Volksrepublik gemeinsam mit Russland die Realisierung des Konzepts der „arktischen“ oder „polaren Seidenstraße“ verfolgt wird (der Hafen von Murmansk wird seit 2017 auch für diesen Zweck handelspolitisch ausgebaut), ist seit der Coronakrise dennoch das chinesische Konzept der „medizinischen Seidenstraße“ oder der „Seidenstraße der Gesundheit“ als Teil der umfassenden „neuen Seidenstraße“ neu erkennbar. Im Ringen um globalen Einfluss versuchte die Volksrepublik China sich folglich mit einer „Politik der Großzügigkeit“ als verantwortlicher Partner zu präsentieren – und somit sich um wenig Geld Sympathien zu sichern.<sup>784</sup> Anfällig für derartige Unterfangen waren Italien und Serbien. Während der serbische Präsident Aleksandar Vučić im Zuge einer großen Hilfslieferung aus China am Flughafen Belgrad auch die chinesische Fahne küsste, war aus einem Leitartikel der italienischen Tageszeitung „La Repubblica“ zu entnehmen: „Wir merken uns das“. Gegenüber Europa versuchte China dadurch die Botschaft auszusenden, im Vergleich zu den USA „ein verlässlicher Partner“ zu sein. Der Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Josep Borrell, sprach in diesem Zusammenhang von einer „Schlacht der Narrative“.<sup>785</sup> Jedoch gab es bei diesen Initiativen der chinesischen Regierung zahlreiche Pannen, es ging vor allem dabei um die Lieferungen von unbrauchbaren Schutzmasken und Test-Kits in die Niederlande, in die Slowakei, nach Spanien sowie nach Südtirol. Spanien zog aus den zuvor bereits beteiligten Spitälern im März 600.000 chinesische Schutzmasken wieder ab, Peking musste daraufhin die Auflagen für die Hersteller derartiger Produkte verschärfen.

Bereits am 17. November 2019 berichtete die „South China Morning Post“ über den ersten Fall einer atypischen Pneumonie. Danach gab es schon fünf bis zehn Fälle pro Tag. Gemäß den Regeln der

---

<sup>783</sup> Ebenda.

<sup>784</sup> Oliver Grimm, „China hat schon immer Statistiken gefälscht“, in: *Die Presse*, Interview mit der Chinaexpertin Didi Kirsten Tatlow, 11.04.2020, S. 10.

<sup>785</sup> Andreas Wetz, Christoph Lehermayr, Christoph Zotter, „Medizinische Seidenstraße“: Chinas Corona-Hilfe ist nicht nur Segen, Addendum-Internetplattform, 9. April 2020, <https://www.addendum.org/coronavirus/chinas-corona-hilfe/> (abgerufen am 9. April 2020).

Weltgesundheitsorganisation (*World Health Organization* – WHO) muss eine globale Warnung veröffentlicht werden, sobald von einer ansteckenden Krankheit mindestens drei neue Fälle pro Tag existieren. Bis die WHO jedoch tatsächlich über diese neue Krankheit informiert wurde, vergingen noch circa eineinhalb Monate. Am 31. Dezember 2019 wurde die WHO von China informiert, jedoch mit dem Hinweis, es gebe keine Anzeichen für eine Mensch-zu-Mensch-Übertragung.<sup>786</sup> Taiwan warnte am selben Tag die WHO im Gegensatz dazu vor einer Mensch-zu-Mensch-Übertragung durch den neuen Virus. Taiwanische Ärzte hätten demnach von ihren Kollegen in der Volksrepublik China erfahren, dass sich medizinisches Personal in Wuhan angesteckt habe. Die WHO hatte derartige Warnungen aus Taiwan bewusst ignoriert, auch dahingehend, dass Taiwan „als abtrünnige chinesische Provinz“ nach Darstellung der Volksrepublik kein Mitglied der WHO sei. Taiwan führte gleich nach Bekanntwerden des Virus rasch und gezielt Fieberkontrollen für Einreisende zunächst aus Wuhan und kurz danach aus der Volksrepublik China ein und überwachte mit Schnelltests und Big Data die Ausbreitung des Virus. Ende Januar 2020 war für Personen aus der Volksrepublik China seitens der taiwanesischen Regierung ein Einreisestopp verhängt worden. Bis 24. April 2020 gab es in Taiwan somit nur 428 bestätigte Corona- und sechs Covid-19-Todesfälle.<sup>787</sup> Taiwan nutzte jene Erfahrungen aus der Sars-Krise im Jahr 2003,<sup>788</sup> Taipeh war damals monatelang im Ausnahmezustand. Erst seit 22. Januar 2020 stand auch für die WHO ohne Zweifel fest, dass das Coronavirus von Mensch-zu-Mensch übertragbar ist. Zuvor hatten chinesische Behörden – vor allem die Polizei – Ärzte, die über das „geheimnisvolle Lungenleiden“ informiert haben, vorgeladen und ihnen vorgeworfen, im Internet „unwahre

---

<sup>786</sup> Christian Ultsch und Julia Raabe, China hat vertuscht, die WHO versagt und Europa geschlafen, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 4.

<sup>787</sup> Die Presse, Taiwan fordert China in der Krise heraus, in: *Die Presse*, 25.04.2020, S. 6.

<sup>788</sup> Aufgrund der Erfahrungen mit dem Sars-Virus, von dem Taiwan 2003 trotz der damals noch viel geringeren Verflechtungen mit der Volksrepublik China schwer betroffen war, gründete die Regierung von Taiwan unmittelbar danach ein für derartige Fälle zuständiges „Nationales Gesundheits-Kommandozentrum“ (NHCC). Dieses NHCC dient als zentrale Koordinationsstelle – diesem gehören an: das „Zentrale Kommandozentrum für Epidemien“, das „Kommandozentrum für biologische Pathogene“, das „Kommandozentrum für Bioterrorismus“ und das „Zentrale medizinische Notfalls-Operationszentrum“.

*Behauptungen*“ zu verbreiten.<sup>789</sup> Erst am 23. Januar 2020 riegelten in der Volksrepublik die Behörden das Epizentrum der Corona-Pandemie in der elf Millionen Einwohner-Stadt Wuhan ab. Noch Ende Februar 2020 ließ die WHO wissen: „*Die Verbreitung von Covid-19 ist einstweilen unter Kontrolle*“, jedoch darf diese neue Erkrankung von den Staaten nicht unterschätzt werden.<sup>790</sup>

Wirtschaftlich zeigte das erste Quartal 2020 mit negativem Wachstum – erstmals seit 30 Jahren – auf, wie stark die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt unter den Folgen des Coronavirus (Covid-19) leidet. Die Wirtschaft der Volksrepublik ist infolge dieser Pandemie erstmals seit Jahrzehnten geschrumpft. Im ersten Quartal 2020 ging die wirtschaftliche Gesamtleistung der Volksrepublik China im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 6,8 Prozent zurück, so das chinesische Statistikamt.<sup>791</sup> Die umfassenden Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronaviruses hatten die chinesische Wirtschaft seit Ende Januar 2020 zum Stillstand gebracht. Im ersten Quartal 2020 brachen die Einzelhandelsumsätze um 19 Prozent ein, die Industrieproduktion ging um 8,4 Prozent zurück. Im März und April begannen Fabriken und unterschiedliche Unternehmen jedoch, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Ökonomen vermuteten damals, dass der gravierendste wirtschaftliche Einbruch zwar vorüber ist, „*aber eine schnelle Erholung der chinesischen Wirtschaft im zweiten Quartal in Anbetracht der aktuellen Lage nicht zu erwarten*“ sei, betonte Max Zenglein, Wirtschaftsexperte beim China-Institut *Merics* in Berlin.<sup>792</sup>

Der Kampf gegen das Coronavirus in Form des Sars-CoV-2 (und der Erkrankung Covid-19) schien in China auch einen tief verwurzelten Rassismus zum Ausdruck zu bringen. Besonders getroffen wurde die afrikanische Diaspora. Mitte April 2020 hob China den aus der Sicht der Regierung bereits seit Wochen scheinbar gewonnenen Kampf gegen das Virus hervor, während die danach erneut eingetretene Verbreitung des

---

<sup>789</sup> Christian Ultsch und Julia Raabe, China hat vertuscht, die WHO versagt und Europa geschlafen, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 4.

<sup>790</sup> Karin Pollack und Bernadette Redl, Nur eine Epidemie, keine Pandemie, in: *Der Standard*, 28.02.2020, S. 6.

<sup>791</sup> Salzburger Nachrichten, Covid-19 zieht rote Spur in Chinas Wirtschaft, in: *Salzburger Nachrichten*, 18.04.2020, S. 16.

<sup>792</sup> Ebenda.

Covid-19 aus Sicht der Regierung in Peking von „importierten Fällen aus dem Ausland“ stammte. Verschwiegen wurde jedoch in den Staatsmedien stets, dass es sich bei den eingereisten Infizierten bis zu 90 Prozent um Staatsbürger der Volksrepublik China handelte. Ausländer, darunter auch Diplomaten, durften damals nur in Ausnahmefällen ins Land. Vor Filialen der Fastfoodkette *McDonald's* in Guangzhou wurden damals Besucher darauf hingewiesen, „dass künftig keine schwarzen Leute im Restaurant erlaubt sind.“<sup>793</sup> Das US-Konsulat in Guangzhou gab eine Warnung heraus, Afroamerikaner sollten die Stadt meiden. Vorfälle häuften sich, „in dem Leute, die dem Äußeren nach eine afrikanische Herkunft hätten, nachts aus ihrem Hotel geschmissen, ihre Reisepässe konfisziert und sie in Quarantäne geschickt wurden.“<sup>794</sup> Die Regierung in Peking dementierte darauf umgehend, dass „keine Diskriminierung in China gegen afrikanische Brüder“ gegeben sei, so der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian.<sup>795</sup> Demnach war die Warnung des US-Konsulats aus chinesischer Sicht der Versuch gewesen, „einen Keil zwischen China und Afrika zu treiben.“<sup>796</sup> Es waren jedoch zuvor Botschafter afrikanischer Staaten, die in einem Brief an Chinas Topdiplomaten Diskriminierungen afrikanischer Menschen anprangerten, demnach werde der falsche Eindruck vermittelt, der Coronavirus stamme von Afrikanern.

Die Coronakrise brachte in der Volksrepublik China anfangs Kommunikationsprobleme und fehlerhaftes Krisenmanagement zum Vorschein: Vertuschung, Einschüchterung des davor warnenden medizinischen Personals, Vorwurf der Lüge gegenüber der bereits davor warnenden Ärzteschaft Taiwans, enges Zusammenspiel mit der WHO in Bezug auf die „gemeinsame Eindämmung“ der Krise unter einem Generaldirektor, dessen Land (Äthiopien) eng wirtschaftlich mit der Volksrepublik China zusammenarbeitet bzw. wirtschaftlich von China abhängig ist. WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus beschuldigte die Regierung in Taiwan sogar in dieser Causa, eine „rassistische Verleumdungskampagne“ gegen ihn im Internet zu orchestrieren. Beweise für

---

<sup>793</sup> Fabian Kretschmer, „Im Restaurant sind keine Schwarzen erlaubt“, in: *Die Presse*, 17.04.2020, S. 5.

<sup>794</sup> Ebenda.

<sup>795</sup> Ebenda.

<sup>796</sup> Ebenda.

diese Behauptung legte er jedoch keine vor. Die Regierung in Peking eilte stets dem WHO-Generaldirektor zur Seite und forderte Taiwan auf, „*sie solle aufhören, Lügen zu verbreiten und Hass zu säen.*“<sup>797</sup> Im Frühjahr 2020 zeigte sich die Regierung in Peking noch dazu öffentlichkeitswirksam spendabel und stellte der WHO nach dem angekündigten Zahlungsstopp der US-Regierung unter Präsident Donald Trump als „Kompensation“ zunächst 20 Millionen US-Dollar im März sowie 30 Millionen US-Dollar danach zur Verfügung.<sup>798</sup>

---

<sup>797</sup> Die Presse, WHO kontra Taiwan: „Wer diskriminiert wen?“, in: *Die Presse*, 11.04.2020, S. 8.

<sup>798</sup> Die Presse, China spendet 30 Millionen Dollar an die WHO, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 7.

## Mit Xi Jinping in eine neue Ära?

Seit seinem Amtsantritt 2013 lässt Xi keinen Tag verstreichen, ohne seine Macht auszubauen, In den ersten Monaten seiner Amtszeit ließ er sämtliche wichtige Posten in der Parteizentrale auf seine Person zuschneiden. An den Universitäten und Schulen bekämpft er „westliche Werte“ und pflegt zugleich einen Kult um seine Person. Zudem geht er mit einer Vehemenz gegen politische Gegner vor, „wie es seit 40 Jahren in diesem Ausmaß keiner seiner Vorgänger gewagt hatte.“<sup>799</sup> Der Sohn eines Revolutionärs der ersten Stunde, der während Chinas Bürgerkrieg an der Seite von Mao Zedong gekämpft hatte, sitzt wie Mao Zedong allem vor, was in der politischen Führung wichtig ist: der Militärkommission, den Leitungsgruppen für Reformen, für Nationale Sicherheit, für Auslandsangelegenheiten, für die Taiwan-Frage und in den entscheidenden staatlichen Internet-Angelegenheiten.<sup>800</sup> Ebenso leitet Xi eine von ihm gegründete Kommission für Wirtschaft und Finanzen. Das ist ziemlich neu, da seine Vorgänger ökonomische Angelegenheiten stets ihren untergeordneten Premiers überließen.<sup>801</sup> Zudem hatte der Nationale Volkskongress im Zuge seiner Verfassungsänderung am 11. März 2018 Xi die unbegrenzte Amtsausübung zugesichert und unter Xi eine neue „Kontrollkommission“ geschaffen, deren Aufgabe in der Überwachung von Staatsbediensteten liegt. Unabhängig vom Obersten Gericht oder der Generalstaatsanwaltschaft kann diese Einrichtung mit lokalen Unterkommissionen gegen Korruption, Dienstvergehen oder „allzu lockere Umsetzung politischer Ziele“ vorgehen.<sup>802</sup> Diese Änderung sei wichtig, so Xi nach der Abstimmung über seinen Antrag in Peking (von 2963 Abgeordneten stimmten 2958 für den Antrag von Xi, zwei stimmten dagegen, drei enthielten sich), „um den Sozialismus mit

---

<sup>799</sup> Felix Lee, Chinas mächtigster Mann seit Mao, in: *Die Presse*, 05.03.2015, S. 6.

<sup>800</sup> Hendrik Ankenbrand, Kontrolleur mit harter Hand, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.01.2016, S. 20.

<sup>801</sup> Zhang Junshe, Troop cut a concrete step for peace, in: *China Daily*, September 5-6, 2015, S. 5.

<sup>802</sup> Christoph Giesen, Präsident auf Lebenszeit, in: *Süddeutsche Zeitung*, 12.03.2018, S. 9. Auch: Ren Jianming & Others, *The Good Fight. China's Recent Battle Against Corruption*, Party Building Books Publishing House, Foreign Languages Press, Beijing 2015, S.2ff.

*chinesischen Merkmalen aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln.*<sup>803</sup> Dieser „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“ schließt vier Komponenten mit ein: den Weg, die Theorie, das System und die Kultur („die vier wesentlichen Merkmale“).<sup>804</sup> Am 11. März 2018 wurde auch Xi Jinpings Gedankengut für das „neue Zeitalter des Sozialismus chinesischer Prägung“ als neue Leitlinie in der Präambel der chinesischen Verfassung verankert. Beim 19. Parteitag der Kommunistischen Partei am 18. Oktober 2017 war die Xi'sche Theorie in die Verfassung der Partei aufgenommen worden. Nun steht sie im Rang der Staatsverfassung.<sup>805</sup> Seither umfasst der „Sozialismus chinesischer Prägung“ folgende Theorien: Marxismus-Leninismus, das Gedankengut von Mao Zedong, das Gedankengut von Deng Xiaoping, die Theorie der drei Repräsentanten, der Wissenschaftliche Ausblick auf die Entwicklung sowie das Gedankengut von Xi Jinping zum *Sozialismus chinesischer Prägung*,<sup>806</sup> das im Bereich Diplomatie zehn folgende Aspekte umfasst:

- Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei übt die umfassende Gewalt über die Volksrepublik aus; die Führung der Partei bleibt „zentralisiert und geeint“.
- Die Diplomatie der Volksrepublik soll großmachtpolitisch ausgebaut werden mit dem Ziel, die Nation selbst zu erneuern.
- Weltfriede und gemeinsame Entwicklung sollen als Grundlage dienen – im Sinne einer gemeinsamen Schicksalsgemeinschaft für die Menschheit.

---

<sup>803</sup> Finn Mayer-Kuckuk, Ein Präsident auf Lebenszeit, in: *Salzburger Nachrichten*, 12.03.2018, S. 4.

<sup>804</sup> Li Xiaosi, Socialism with Chinese Characteristics, in: Gerd Kaminski (ed.), *Chinese Strategies in Politics, Foreign Policy, Security Policy, Economy and Law*, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 76, Wien 2019, S. 13-19, hier S. 13.

<sup>805</sup> Christoph Giesen, Präsident auf Lebenszeit, in: *Süddeutsche Zeitung*, 12.03.2018, S. 9.

<sup>806</sup> Li Xiaosi, Socialism with Chinese Characteristics, in: Gerd Kaminski (ed.), *Chinese Strategies in Politics, Foreign Policy, Security Policy, Economy and Law*, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 76, Wien 2019, S. 13-19, hier S. 13.

- Ausbau des Sozialismus chinesischer Prägung: „Die Genossen der ganzen Partei müssen für immer ein Herz und eine Seele mit dem Volk sein und mit ihm sein Schicksal teilen“, betonte Staatschef Xi Jinping.<sup>807</sup>
- Ausbau des „neuen Seidenstraßenprojekts“ (*Belt and Road*) – gemeinsames Wachstum durch „Diskussion und Zusammenarbeit“.
- Friedvolle Entwicklung soll auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts und Nutzens erreicht werden. („win-win cooperation“).
- Entwicklung globaler Partnerschaften – politisch, diplomatisch, wirtschaftlich, sicherheitspolitisch.
- Aufbau eines globalen Systems der Staatsführung (*Governance*) auf der Grundlage von Fairness und Gerechtigkeit.
- Nationale Interessen der Volksrepublik China dienen als Entscheidungskriterien für den Schutz der Souveränität, der Sicherheit und die Entwicklungsziele.
- Ausbau der chinesischen Diplomatie mit ihren besonderen Charakteristiken.<sup>808</sup>

Innenpolitisch gilt es weiterhin, die Integration der „fünf zentralen Dimensionen“ umzusetzen, „also des Aufbaus von Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft sowie einer ökologischen Zivilisation“.<sup>809</sup>

Die von Deng Xiaoping 1978 eingeführte Amtszeitbegrenzung des Staatschefs auf zweimal fünf Jahre gilt seit 11. März 2018 also nicht mehr, dieses System der kollektiven Führung sollte ursprünglich nach der Diktatur von Mao Zedong verhindern, dass China von den Launen eines

---

<sup>807</sup> Xi Jinping, Bericht auf dem 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (18. Oktober 2017), Botschaft der Volksrepublik China in der Republik Österreich, S. 1.

<sup>808</sup> Xinhua News Agency, 10 Major Aspects of Xi Jinping Thought on Diplomacy, in: China Focus. A promotional feature produced by Beijing Review, veröffentlicht in: *Newsweek*, July 27<sup>th</sup> - August 3<sup>rd</sup>, 2018, S. 11.

<sup>809</sup> Xi Jinping, Bericht auf dem 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (18. Oktober 2017), Botschaft der Volksrepublik China in der Republik Österreich, S. 2.



einzelnen Politikers abhängt.<sup>810</sup> Der einflussreichste Posten in der Volksrepublik ist jedoch nicht das Präsidentenamt, sondern das Amt des Parteivorsitzenden, das keiner Zeitbegrenzung unterworfen ist. An zweiter Stelle kommt der Vorsitz der Militärkommission, der zugleich den Oberbefehl über die *Volksbefreiungsarmee* innehat. Dieses Amt ist ebenso zeitlich nicht befristet. Beide Posten hat Staatschef Xi Jinping auf sich vereint. Xis Vorgänger, Jiang Zemin, blieb auch jahrelang Oberbefehlshaber der Armee, obwohl er das Präsidentenamt nicht mehr bekleidete.<sup>811</sup>

Xi Jinping leitete zu Beginn seiner Amtszeit bereits umfassende Anti-Korruptionskampagnen ein, tatsächlich sind Amtsmissbrauch und Selbstbereicherung bis hinauf zur Staatsspitze weit verbreitet: „*Nicht nur kleine Fliegen wolle er fangen, sondern auch große Tiger*“, verkündete Staatschef Xi Jinping kurz nach seinem Amtsantritt und löste damit die größte Antikorruptionskampagne in der Geschichte Chinas aus.<sup>812</sup> Mit der Festnahme des Parteifunktionärs Su Rong ging Xi Mitte Februar 2015 gleich ein großer Fang ins Netz: Su war Vizepräsident der chinesischen Konsultativkonferenz und war lange Parteivorsitzender der Provinzen Jiangxi und Gansu. Er habe seine Macht missbraucht, Bestechungsgelder angenommen und Postenschacher betrieben, heißt es in einem Bericht der Disziplinarkommission der Kommunistischen Partei.<sup>813</sup> Im September 2018 wurde der zwei Jahre zuvor zum Präsidenten der Interpol (Internationale Polizeibehörde, Sitz: Lyon) gewählte ehemalige chinesische Vizeminister für öffentliche Sicherheit, Meng Hongwei, während einer Dienstreise wegen Korruption verhaftet. Knapp zwei Wochen, nachdem Meng Hongwei während seines Aufenthaltes in China verschwunden war, beschuldigte Chinas Sicherheitsministerium Meng am 8. Oktober 2018 der Korruption.<sup>814</sup> „*Die vehemente Bekämpfung der Korruption ist zweifellos notwendig und populär*“, sagte Sebastian Heilmann, Leiter des Berliner China-Instituts

---

<sup>810</sup> Felix Lee, Chinas roter Absolutismus, in: *Die Presse*, 12.03.2018, S. 1.

<sup>811</sup> Ebenda.

<sup>812</sup> Marlies Kastenhofer, Korrupte Kader auf der Abschussliste, in: *Die Presse*, 18.02.2015, S. 8.

<sup>813</sup> Ebenda.

<sup>814</sup> The Economist, Law enforcement. Unwanted red notice, in: *The Economist*, October 13th, 2018, S. 41-42; und Die Presse, Rückschlag für Chinas globalen Führungsanspruch, in: *Die Presse*, 09.10.2018, S. 4.

Merics.<sup>815</sup> Da diese jedoch mit Denunziationsmethoden betrieben werde, trage sie „*keinesfalls zur offiziell verkündeten Stärkung rechtsstaatlicher Verfahren bei*“, so Heilmann. Sie dienen vielmehr zur Ausschaltung politischer Gegner von Xi.<sup>816</sup> Mehr als 200.000 Funktionäre (bis hinauf zum Minister und Provinzgouverneur, mehr als 4000 Offiziere und 82 Generäle)<sup>817</sup> wurden bis Ende 2015 unter dem Vorwurf der Bestechlichkeit verhaftet, auch Wirtschaftstreibende wie der Leiter des Telefonanbieters China Telecom.<sup>818</sup> Korruption ist in China Teil des politischen Systems und „*ein Mittel, um Loyalität zu schaffen und politische Gestaltungsfreiheit zu erkaufen. Die Leidtragenden jedoch sind oftmals einfache Bürger.*“<sup>819</sup>

Zudem gehen Chinas Behörden vehement gegen Verwandte mutmaßlicher Regierungskritiker vor. Der in Köln lebende Autor Chang Ping (er arbeitet auch für die Deutsche Welle) schrieb auf der Website china-change.org, Beamte hätten in seiner Heimatprovinz Sichuan am 27. März 2016 zwei seiner Brüder und eine jüngere Schwester entführt, die sich auf dem Nachhauseweg von einer Familienfeier befanden.<sup>820</sup> Chang wird von der chinesischen Führung verdächtigt, zu den Autoren eines anonymen Briefes zu gehören. Darin wird Xi Jinping vorgeworfen, durch die Zentralisierung der Macht in seinen Händen das Land in eine „politische, wirtschaftliche, ideologische und kulturelle Krise“ gestürzt zu haben. Zudem wird Xis zunehmender Personenkult heftig kritisiert.<sup>821</sup> Die Verfasser, die sich als „*treue kommunistische Parteimitglieder*“ bezeichnen, fordern Xi zum Rücktritt auf.<sup>822</sup> Dieser Brief war Anfang März 2016 auf der halbstaatlichen Internetseite Wujie News aufgetaucht. Die Zensurbehörden schritten sofort ein und löschten den Brief, dennoch wurde der Brief zigfach weitergeleitet. Die Behörden antworteten mit einer Verhaftungswelle. Vier

---

<sup>815</sup> Felix Lee, Chinas mächtigster Mann seit Mao, in: *Die Presse*, 5.03.2015, S. 6.

<sup>816</sup> Ebenda.

<sup>817</sup> Sébastien Falletti, « La Chine a besoin d'un autre modèle de croissance », Entretien avec David Shambaugh, in : *Le Point*, 17 mars 2016, S. 54-58, hier S. 56.

<sup>818</sup> Hendrik Ankenbrand, Kontrolleur mit harter Hand, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.01.2016, S. 20.

<sup>819</sup> Marlies Kastenhofer, Korrupte Kader auf der Abschussliste, in: *Die Presse*, 18.02.2015, S. 8.

<sup>820</sup> Felix Lee, Peking jagt Verwandte von Regierungskritikern, in: *Die Presse*, 30.03.2016, S. 6.

<sup>821</sup> Ebenda.

<sup>822</sup> Ebenda

Mitarbeiter von Wujie News wurden vermisst, der Chefredakteur wurde verhört. Ebenso teilte der in New York lebende Dissident Wen Yunchao mit, dass er drei seiner Angehörigen in der Provinz Guangdong vermisste. Über andere Quellen hatte Chang erfahren, seine Familie sei beauftragt worden, auf ihn einzuwirken, nicht länger die chinesische Führung zu kritisieren.<sup>823</sup> Andernfalls würden die Behörden Wege finden, seine Geschwister anzuklagen. Die örtliche Polizei erklärte am 29. März 2016, Changs Geschwister würden verdächtigt, bei einer Zeremonie zur Ahnenverehrung einen Waldbrand ausgelöst zu haben. Gegen sie wurde nun wegen Brandstiftung ermittelt.<sup>824</sup>

Chinas Souveränität zu hinterfragen überschreitet eine „rote Linie“, so Xi Jinping, so forderte er die Verwaltung in Hongkong auf, mehr zu tun, um „die Sicherheit Chinas zu schützen“ und „patriotische Erziehungsprogramme“ zu implementieren.<sup>825</sup> Jedoch hatte Xi Jinping erstmals auf chinesischem Boden eine Frage eines westlichen Reporters (nämlich jene nach den Sanktionen gegen US-Medien) zugelassen, was wiederum als Fortschritt im Umgang Pekings mit der westlichen Öffentlichkeit gewertet werden kann.<sup>826</sup> Anfang 2016 verschwanden fünf Peking-kritische Verleger, sie sollten ein Buch über eine ehemalige Geliebte von Xi Jinping geplant haben.<sup>827</sup> Zhou Xiaoping, einer der Stars der regimetreuen Blogger, erklärte in einem Beitrag „Neun K.-o.-Schläge in Amerikas Kaltem Krieg gegen China“, „die amerikanische Kultur untergrabe die moralischen Grundlagen und das Selbstbewusstsein der Chinesen“.<sup>828</sup> In einem anderen Beitrag „verglich er die US-Medienberichterstattung über China mit der Behandlung der Juden durch Hitler“.<sup>829</sup> Wochen zuvor lobte Xi Jinping den Blogger Zhou für seine „positive Energie“.<sup>830</sup> Teile der Bevölkerung Hongkongs gingen in den Jahren 2003, 2012 und 2014 für mehr demokratische Freiheiten auf die Straße. Ab Juni

---

<sup>823</sup> Ebenda.

<sup>824</sup> Ebenda.

<sup>825</sup> Tom Phillips, Hong Kong's freedom fades, *The Guardian Weekly*, 7-13 July 2017, S. 1 und 4, hier S. 1.

<sup>826</sup> Oliver Grimm, China und USA ringen um Vormacht, in: *Die Presse*, 13.11.2014, S. 1.

<sup>827</sup> Marlies Kastenhofer, Chinas Angst vor Hongkongs Büchern, in: *Die Presse*, 9.01.2016, S. 10.

<sup>828</sup> Oliver Grimm, China und USA ringen um Vormacht, in: *Die Presse*, 13.11.2014, S. 1.

<sup>829</sup> Ebenda.

<sup>830</sup> Ebenda.

2019 weiteten sich die Proteste in Hongkong gegen die Regierung der Sonderverwaltungszone und die Zentralregierung in Peking jedoch massiv aus. Die Protestbewegung in Hongkong hat ausgerechnet ein Zitat von Bruce Lee zum Leitmotiv erhoben: „*Sei formlos, ohne Gestalt – so wie Wasser*“, lehrte die *Kung-Fu*-Legende aus den 1970er-Jahren.<sup>831</sup> Diesen Rat hatten die Demonstranten konsequent vorerst befolgt – sie agierten weitgehend ohne Führungspersonen, verummten sich zum Teil schwarz und organisieren über verschlüsselte Smartphone-Apps spontane Straßenblockaden. Direkte Zusammenstöße mit der Polizei haben sie zunächst vermieden.<sup>832</sup> Seit Sommer 2019 schien die Lage jedoch zu eskalieren: Der internationale Flughafen, Regierungsgebäude und auch die Polytechnische Universität in Hongkong wurden von Demonstranten gestürmt bzw. besetzt. Innerhalb von 24 Stunden wurden am 18. und 19. November 2019 an die 1100 Demonstranten verhaftet, 235 wurden in Spitäler gebracht. Hongkongs Regierungschefin Carrie Lam sprach von einer „gefährlichen Situation auf dem Campus.“ Die Polizei will auf dem Campus 8000 Brandsätze gefunden haben.<sup>833</sup> Aus chinesischer Sicht haben vor allem seit Juni 2019 die Demonstranten in Hongkong „überwiegend friedliche Demonstrationen und Versammlungen durchgeführt, doch mischten sich verschiedene Radikale mit scharfen Protesten [...] darunter.“<sup>834</sup> In Hinblick auf die Anwendung von Gewalt bei den Demonstrationen äußerte sich einer der führenden Aktivisten der Protestbewegung in Hongkong, Joshua Wong, wie folgt:

*„Machtlose wie wir möchten nicht auf Gewalt zurückgreifen. Als Demonstranten am 1. Juli 2019 bei der Besetzung des Hongkonger Parlaments den Slogan riefen: ‚Ihr habt mir beigebracht, dass friedliche Proteste nutzlos sind‘, stellte ich fest, dass dieser Slogan ein Hilferuf der Demonstranten war. Ihre Stimme wurde zu lange ignoriert. Mein Eindruck derzeit ist, dass Hongkonger auch weiterhin vor extremer Gewalt*

---

<sup>831</sup> Fabian Kretschmer, Wahlen in Zeiten der Gewaltexzesse, in: *Die Presse*, 23.11.2019, S. 8.

<sup>832</sup> Ebenda.

<sup>833</sup> Die Presse, Hongkong: Polizei verhaftet mehr als 1000 Personen, in: *Die Presse*, 20.11.2019, S. 3.

<sup>834</sup> China Rundschau, Die Gemeinde in Hongkong fordert ein Ende der Gewalt, in: *China Rundschau*, Nr. 056, September 2019, S. 1.

*zurückschrecken. Aber die Möglichkeiten für eine institutionelle Lösung werden immer geringer.*“<sup>835</sup>

Aus chinesischer Sicht gibt es „Anzeichen dafür, dass die Serie gewaltsamer Vorfälle offensichtlich von ausländischen Kräften organisiert und geplant“ worden sei.<sup>836</sup> Auf einer Pressekonferenz am 6. August 2019 wies Yang Guang, Sprecher des Büros für Hongkong- und Macau-Angelegenheiten des chinesischen Staatsrates darauf hin, dass mit „dem Beginn der Überarbeitung des Auslieferungsgesetzes im Februar 2019 einige westliche Politiker und taiwanesischen Behörden an der Spitze der Proteste stünden und Realitäts- verfälschende und unverantwortliche Erklärungen abgegeben hätten.“<sup>837</sup> Mit Nachdruck wird seitens der chinesischen Führung in Peking ebenso darauf hingewiesen, dass die Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong „wiederholt erklärt“ hat, dass das Gesetz zur Auslieferung mutmaßlicher Straftäter an China bereits wie von der Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam am 9. Juli 2019 angekündigt verworfen wurde – dieses Gesetz war der eigentliche Grund für die neuen Massendemonstrationen in Hongkong 2019. Die Hongkonger Regierung sei demnach den Forderungen der Demonstranten entgegengekommen. Radikale Demonstranten verwenden demnach Letzteres jedoch weiterhin „als Deckmantel für ihr ständig weiter eskalierendes gewalttätiges Verhalten“, das sich auf die ganze Gesellschaft auswirkt: „Einige radikale Aktivisten haben die Institutionen der Zentralregierung in Hongkong eklatant blockiert und angegriffen, das nationale Emblem und die Nationalflagge entehrt, offen die Autorität der Zentralregierung und die nationale Souveränität und den Grundsatz ‚Ein Land, zwei Systeme‘ in Frage gestellt.“<sup>838</sup> Anfang August 2019 hatten sich demnach „Gewalt und Unordnung [...] weiter verschärft.“<sup>839</sup> Falls „die Lage die

---

<sup>835</sup> Felix Lee, „Allein sind wir schwach und zerbrechlich“, Interview mit dem Hongkonger Aktivistin Joshua Wong, in: *Die Presse*, 20.11.2019, S. 3.

<sup>836</sup> China Rundschau, Die Gemeinde in Hongkong fordert ein Ende der Gewalt, in: *China Rundschau*, Nr. 056, September 2019, S. 1.

<sup>837</sup> Ebenda.

<sup>838</sup> Ebenda.

<sup>839</sup> Ebenda.

*Regierung von Hongkong überfordern würde, dann würde natürlich die Zentralregierung übernehmen.*<sup>840</sup>

Nachdem das Oberste Gericht in Hongkong am 18. November 2019 das Vermummungsverbot für verfassungswidrig erklärt hatte, stellte die chinesische Zentralregierung klar, dass nur der Ständige Ausschuss in Peking das letzte Wort bei der Auslegung von Gesetzen habe.<sup>841</sup> So ist es laut Joshua Wong *„wichtiger denn je, dass wir uns mit unserer Stimme an die Weltgemeinschaft wenden. Nur internationaler Druck kann Chinas aggressives Verhalten noch eindämmen. Allein sind wir zu schwach und zerbrechlich.“*<sup>842</sup> Hongkongs Regierungschefin Carrie Lam rief auf, von Gewalt Abstand zu nehmen und betont die Rolle Hongkongs als *„freie und offene Stadt“* sowie als globales Finanzzentrum:

*„I reject the use of violence to achieve any political, economic or social outcomes. Violence is not among the actions or values that most people associate with Hong Kong, which has a reputation as a safe and welcoming city. The radical actions of some rioters cannot dictate how to steer Hong Kong through its current difficulties.“*<sup>843</sup>

Lam weiter: *„Deep wounds have been opened in our society. These will take time to heal.“*<sup>844</sup> Zum Finanzplatz Hongkong erklärte Lam Folgendes:

*„Hong Kong’s business community has made it clear that the successful implementation of ‘One Country, Two systems’ is the make-or-break condition of the city’s continued prosperity as a global hub for trade, finance, business, logistics and our arts and culture.“*<sup>845</sup>

---

<sup>840</sup> So der Botschafter der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland, Wu Ken, im ZDF-Morgenmagazin, in: China Rundschau, Botschafter Wu Ken zu Gast im ZDF-Morgenmagazin, in: *China Rundschau*, Nr. 056, September 2019, S. 2.

<sup>841</sup> Felix Lee, *„Allein sind wir schwach und zerbrechlich“*, Interview mit dem Hongkonger Aktivisten Joshua Wong, in: *Die Presse*, 20.11.2019, S. 3.

<sup>842</sup> Ebenda.

<sup>843</sup> Carrie Lam, *Yes, Hong Kong does have a future*, in: *The New York Times International Edition*, September 27, 2019, S. 13.

<sup>844</sup> Ebenda.

<sup>845</sup> Ebenda.

Die EU, die USA, Australien und Taiwan unter anderen „haben ihre Unterstützung für das Anliegen der Menschen in Hongkong bekundet, für Menschenrechte, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu kämpfen.“<sup>846</sup>

Wohlstand und Stabilität der Sonderverwaltungszone Hongkong müssten langfristig gesichert werden. Aus diesem Grund kündigte die Zentralregierung an, das Auswahlverfahren des Regierungschefs und der Beamten in der Sonderverwaltungszone zu verbessern. Zudem soll durch „historische und kulturelle Erziehung das nationale Bewusstsein und den Patriotismus der chinesischen Landsleute in Hongkong und Macao“ aus Sicht Pekings verbessert werden<sup>847</sup>, ebenso durch „Schutzmaßnahmen gegen Einmischung und Sabotage ausländischer Kräfte in Hong Kong“.<sup>848</sup>

Xis Vorgänger vermieden offene diplomatische oder militärische Konflikte, diese Zurückhaltung ist mit Xi nicht mehr vorhanden.<sup>849</sup> Allein zwischen 2010 und 2015 wuchs der Verteidigungsetat pro Jahr zweistellig. „Die chinesische Öffnungspolitik, wie wir sie dreieinhalb Jahrzehnte lang kannten, ist zu Ende“, so Heilmann.<sup>850</sup> Stattdessen manifestiert sich unter der Führung von Xi Jinping eine „machtvolle Schubumkehr, die Chinas Aufstieg und die Herrschaft der Kommunistischen Partei im 21. Jahrhundert sichern soll.“<sup>851</sup> „Schubumkehr“ wird die neue Strategie der Kommunistischen Partei Chinas genannt: ideologische Abschließung nach innen, wirtschaftliche und diplomatische Expansion nach außen: darunter fallen der Aufstieg des Yuan zur Reservewährung im Jahr 2016 und die Gründung einer Asiatischen Entwicklungsbank als Konkurrenz zur Weltbank.<sup>852</sup> Xi Jinping hat in marxistischer Theorie promoviert, er traut allein nur seiner Partei zu, China „vor dem Zerfall zu schützen und zu alter Größe zu führen.“<sup>853</sup>

---

<sup>846</sup> Vanessa Shih, Hongkong-Protteste und die Folgen, in: *Die Presse*, 05.07.2019, S. 22.

<sup>847</sup> Die Presse, Peking zieht in Hongkong die Zügel an, in: *Die Presse*, 02.11.2019, S. 7.

<sup>848</sup> Ebenda.

<sup>849</sup> Felix Lee, Chinas mächtigster Mann seit Mao, in: *Die Presse*, 05.03.2015, S. 6.

<sup>850</sup> Ebenda.

<sup>851</sup> Ebenda.

<sup>852</sup> Hendrik Ankenbrand, Chinas großer Sprung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 03.12.2015, S. 1.

<sup>853</sup> Hendrik Ankenbrand, Kontrolleur mit harter Hand, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.01.2016, S. 20.

## Schlussfolgerungen

Die Volksrepublik China wird zunehmend zu einem weltpolitischen Akteur. Deren Regierung beeinflusst nicht nur aufgrund der Größe des Landes die ostasiatische Region und ebenso vermehrt globale ökonomische wie auch sicherheitspolitische Abläufe. Als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt baut die Volksrepublik umfassend ihre wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Beziehungen weltweit aus und baut somit ihren Großmachtstatus innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft aus.<sup>854</sup> Auch militärisch wurden die inzwischen global vernetzten Beziehungen vertieft. So besuchten chinesische Militärdelegationen regelmäßig Südostasien, Afrika sowie auch Lateinamerika. Erstmals in der Geschichte der chinesischen Marine umrundete im Jahr 2002 ein kleiner Flottenverband die Welt und besuchte Singapur, Ägypten, die Türkei, die Ukraine, Griechenland, Portugal, Brasilien, Ecuador und Peru. Zudem baute China seine Handelsbeziehungen zu Brasilien, Ägypten, Venezuela, dem Sudan, Nigeria und Südafrika massiv aus.<sup>855</sup>

Unter Präsident Xi Jinping strebt China unterschiedliche Rahmen für die Beziehungen mit anderen Staaten und Regionen an – im Zeichen von „*umfassender Stabilität*“ und „*ausgeglichenem Wachstum*“. Ein neues Modell von Großmachtbeziehungen mit den USA, eine umfassende strategische Partnerschaft der Zusammenarbeit mit Russland, eine Partnerschaft „*für Frieden, Wachstum, Reform, und Zivilisation*“ mit Europa sowie eine „*Partnerschaft der Einheit und Zusammenarbeit*“ mit den BRICS-Ländern sollen aus chinesischer Sicht in den nächsten Jahren entstehen und ausgebaut werden. Für die Entwicklungsländer gilt der Grundsatz der „*pragmatischen Zusammenarbeit*“ mit China – interessens- und entwicklungsbezogen, die Partnerschaft mit lateinamerikanischen Staaten soll auf eine „höhere Stufe“

---

<sup>854</sup> Gunther Hauser, Maritime Disputes and Developments, in: Democratic Pacific Union (eds.), East Asia 2020 Dilemma & Prospects, The 3rd East Asia Peace Forum, August 24-25, 2019, Taipei 2019, S- 183-193, hier S. 183.

<sup>855</sup> Aus. Guillermo R. Delamer, Lyle J. Goldstein, Jorge Eduardo Malena, Gabriela E. Porn, Chinese Interests in Latin America, in: Paul D. Taylor (ed.), Latin American Security Challenges. A Collaborative Inquiry from North and South, Naval War College Newport Papers 21, S. 79-102, S. 88.



gestellt werden. Seit 2013 steht die Belt and Road Initiative (BRI) im Zentrum der umfassenden Kooperation sowohl mit Nachbarländern als auch transkontinental eurasisch und weltweit: Ziel ist die Schaffung „*wettbewerbsfähiger regionaler Industrien und Märkte*“ und der Ausbau der Logistik und des Transportsystems, um unter anderem Erdöl aus Westasien, Naturgas und Uran aus Zentralasien sowie Kautschuk / Gummi aus Südostasien nach China verstärkt importieren zu können. Diesem Ziel dienen bilaterale Freihandelsabkommen, „*Energiepartnerschaften*“ und / oder sogenannte *Regional Comprehensive Economic Partnerships* (RCEP). Dadurch soll auch eine stabile Preispolitik für Rohstoffe erreicht werden – im Sinne sowohl des Produzenten / Lieferanten als auch des Konsumenten. Zu diesem Zwecke sollte aus chinesischer Sicht die *Shanghai Cooperation Organization* (SCO) als Plattform für die Ausbeutung von Rohstoffen und des regionalen Handels ausgebaut werden. Im Mittleren Osten kann die Partnerschaft zwischen den Ländern des Golfkooperationsrates und China im Bereich Ölförderung, chemische Produkte und bilaterale Investitionen demnach weiter ausgebaut werden. In Bezug auf Energie- und Elektrizitätstransport kann die Zusammenarbeit mit ASEAN ausgebaut werden sowie auch in Hinblick auf die „*gemeinsame Entwicklung des Südchinesischen Meeres*“. China bekennt sich weiterhin zum Multilateralismus, auch beim Ausbau der nuklearen Sicherheit. Das ist das Ziel der „*Politik des gegenseitigen Nutzens*“ der Kommunistischen Partei Chinas.<sup>856</sup>

In diese „*Politik des gegenseitigen Nutzens*“ wird auch verstärkt Grönland eingebaut. China erschloss 2012 eine gigantische Erzmine nördlich der Hauptstadt Nuuk. Der erste chinesische zivile Eisbrecher *Xue Long* (*Schneedrache*), dieses wurde 1993 ursprünglich als ukrainisches Schiff gebaut, pflügte 2012 erstmals durch die Nordostpassage entlang der Küste Sibiriens.<sup>857</sup> Die Rechte der Arktisanrainer (Kanada, USA, Norwegen, Dänemark, Russland, Island, Schweden und Finnland) werden von China nicht angefochten, jedoch stellt China Ansprüche in dieser Region. China ist grundsätzlich bestrebt, „*auf Diplomatie und gemeinsame Projekte*“ zu bauen,

---

<sup>856</sup> Liu Zhemin, China's Contribution to Global Climate Governance, in: *Qinshi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 31, April-June 2017, Vol 9 No 2, S. 123-129, S. 125.

<sup>857</sup> Der zweite zivile chinesische Eisbrecher *Xue Long 2* wurde 2018 fertiggestellt. Aus: *The Economist*, Exploring the Antarctic. Heading South, in: *The Economist*, November 30th, 2019, S. 51.

laut amerikanischen Schätzungen liegen ein Drittel des noch unentdeckten Gases und 13 Prozent der Ölreserven in der Arktis – dazu noch enorme Vorkommen an Kohle, Nickel, Kupfer, Mangan, Gold und Titan sowie seltene Erden wie Neodym und Erbium. Nur ein geringer Teil der Vorkommen liegt in internationalen Gewässern, wo jedes Land Nutzungsrechte hat.<sup>858</sup> China leitet seine Ansprüche in der Arktis aus den durch die Eisschmelze ausgelösten Folgen der Klimaveränderung ab. Die Eisschmelze aus dem Jahr 2007 habe sechs Monate später in Südchina extreme Stürme und Kälte bewirkt, so Ma Deyi, Leiter der chinesischen Arktisexpedition 2012.<sup>859</sup> Die Öffnung der Nordostpassage kann Chinas Exporte begünstigen, sie verkürzt den Weg von Shanghai nach Rotterdam um mindestens 11.000 Kilometer gegenüber der Strecke durch den Indischen Ozean und den Suezkanal. Das erspart eine Woche Fahrzeit und im Schnitt an die 600.000 US-Dollar pro Fahrt, so das *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI).<sup>860</sup> Also bezeichnet sich China als „Stakeholder“ (legitimer Teilhaber) in der Arktis und als „arktischer Staat“ und beansprucht einen Platz als ständiger Beobachter im Arktischen Rat.<sup>861</sup>

Der Klimawandel wurde bereits im Oktober 2008 seitens der chinesischen Führung als gemeinsame Bedrohung für die Menschheit erkannt: auch China, so die damalige Parteiführung, ist von den Auswirkungen des Klimawandels negativ betroffen.<sup>862</sup> Während der Eröffnung der Pariser Klimakonferenz Ende 2015 betonte Präsident Xi, dass alle Länder ihren bestmöglichen Beitrag in Hinblick auf eine bestmögliche Zusammenarbeit zur Reduktion der Schadstoffe beitragen sollen – gemäß dem Prinzip der „gemeinsamen, jedoch differenzierten Verantwortlichkeiten“. Die Entwicklungsländer sollen demnach die unterentwickelten Länder finanziell und technologisch bei der Erreichung der Klimaziele unterstützen: „Harmonie und nicht Uniformität soll erreicht werden“, die unterschiedlichen Länder haben demnach verschiedene Ansätze, um dem Klimawandel

---

<sup>858</sup> Hannes Gamillscheg, Aufstrebende Weltmacht China will auch in der Arktis mitreden, in: *Die Presse*, 27.11.2012, S. 8.

<sup>859</sup> Ebenda.

<sup>860</sup> Ebenda.

<sup>861</sup> Ebenda.

<sup>862</sup> Information Office of the State Council of the People's Republic of China, *White Papers of the Chinese Government (2005-2008)*, Foreign Languages Press, First Edition, Beijing 2012, S. 570.

entgegenzutreten: „Therefore, China believes that different countries should increase dialogue, respect each other’s concerns, and be allowed to choose policies that are best suited to their national conditions. (bottom-up approach for climate reduction)”<sup>863</sup> China stellte in Aussicht, das Höchstmaß an Schadstoffemissionen um 2030 erreicht zu haben, schloss jedoch nicht aus, dieses Höchstmaß bereits früher zu erreichen. Die Schadstoffemissionen per Einheit des BIP sollen sich auf 60-65 Prozent des Werts von 2005 einpendeln. 20 Prozent soll der Anteil an erneuerbarer Energie an der Energiekonsumation betragen, der Waldanteil soll um 5,5 Millionen Kubikmeter ausgeweitet werden – verglichen mit dem Wert aus dem Jahr 2005.<sup>864</sup>

China wetteifert mit Japan, Indien und den USA um fossile Ressourcen, vor allem in Afrika, im Mittleren Osten und im Ostchinesischen Meer. All diese Staaten sind enorm von Öl- und Gasimporten abhängig. Die Beziehungen zwischen China und seinen Nachbarn in Ostasien werden ökonomisch immer verflochtener, zugleich gibt es erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verstärkte Rüstungsanstrengungen Japans aufgrund der politisch-militärischen Spannungen zu China.

Mit den Staaten Afrikas baut China seine Beziehungen gezielt aus. Der Einladung nach Peking folgten im November 2006 anlässlich des Afrika-Gipfels Staatschefs und Diplomaten aus 48 afrikanischen Ländern. Die chinesische Staatsführung hatte kurz danach 33 afrikanischen Regierungen bis Ende 2007 einen Teil ihrer Schulden erlassen. Zudem wurden nach Afrika neue Kredite im Wert von drei Milliarden US-Dollar vergeben.<sup>865</sup> In Afrika geht es China insbesondere um die Sicherung von Öl, Gas, Uran, und Erzen. China verkauft im Gegenzug Textilien, Haushaltsgeräte und Elektronik. Im Sudan flossen 2012 über die Hälfte der sudanesischen Ölexporten in die Volksrepublik. Chinas Rüstungsfabriken sind die Hauptlieferanten von Panzern, Bombern und Raketen, mit denen die

---

<sup>863</sup> Research Group of the China Center for International Economic Exchanges, The Belt and Road Initiative: Using Energy Resources to Drive Common Development, in: *Qinshi*, CPC Journal on China’s Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 87-92, S. 90ff.

<sup>864</sup> Liu Zhemin, China’s Contribution to Global Climate Governance, in: *Qinshi*, CPC Journal on China’s Governance & Perspectives, Issue 31, April-June 2017, Vol 9 No 2, S. 123-129, S. 126.

<sup>865</sup> Ebenda.

Regierung in Khartum Konflikte im eigenen Land und im Tschad austrägt. Zwischen 2000 und 2006 hat sich Chinas Handel mit Afrika mehr als verdreifacht. Zu den wichtigsten Aufgaben der chinesischen Staatsführung gehört, ihrem Land im internationalen Wettbewerb den Zugang zu Rohstoffen zu sichern.<sup>866</sup> Während seiner ersten Afrika-Tour schloss Präsident Xi Jinping mit afrikanischen Staaten insgesamt über 40 Kooperationsvereinbarungen ab.<sup>867</sup> Beim Auftakt des Afrika-Forums in Peking kündigte Staatschef Xi Jinping am 3. September 2018 Investitionen in der Höhe von 60 Milliarden US-Dollar für die Entwicklung in Afrika bis zum Jahr 2021 an. Im Paket selbst waren damals 15 Milliarden US-Dollar als „*Hilfen und zinslose Kredite*“ vorgesehen. Zudem sollen einige afrikanische Staaten von ausstehenden Schulden befreit werden. „*Wir heißen Afrika im Expresszug der chinesischen Entwicklung willkommen*“, begrüßte Xi die anwesenden Gäste in der Großen Halle des Volkes, darunter Staats- und Regierungschefs aus 53 afrikanischen Staaten und die Vertreter von fast 30 afrikanischen und internationalen Organisationen, wie auch der UN-Generalsekretär António Guterres. Afrika wird somit mit der 2013 ins Leben gerufenen „*neuen Seidenstraße*“ verbunden.<sup>868</sup> Auch in Afrika gilt es aus chinesischer Sicht, die wirtschaftlichen Beziehungen zu vertiefen. Der afrikanische Kontinent ist für China zu einem sehr wichtigen Absatzmarkt geworden. Mit einem Handelsvolumen von 170 Milliarden US-Dollar im Jahr 2016 hatte China in Afrika sowohl die USA als auch die EU überholt. In nur 17 Jahren hatte China das Handelsvolumen mit dem afrikanischen Kontinent mehr als verzwanzigfacht.<sup>869</sup> Chinas Direktinvestitionen in Afrika nehmen seither exorbitant zu, chinesische Unternehmen bauen quer durch Afrika Straßen, Schienen, Stromleitungen, Flughäfen, Kraftwerke, Fußballstadien, Regierungsgebäude sowie auch ganze Städte. Mit *Nova Cidade de Kilamba* soll in Angola eine fast neun Quadratkilometer große Stadt entstehen, nahe Johannesburg soll ein „*Manhattan von Afrika*“ errichtet werden. In Sambia, Gabun, Ghana, Kamerun und in Äthiopien errichten chinesische Investoren gewaltige Staudämme. Mehr als 10.000

---

<sup>866</sup> Zahlen aus: Jutta Lietsch, Der Heißhunger des Gelben Drachen, in: *Die Presse*, 15.04.2006, S. 2.

<sup>867</sup> People's Republic of China, The Roadmap of the 18th CPC National Congress and The Chinese Dream, Beijing 2013, S. 336.

<sup>868</sup> Felix Lee, Peking lockt Afrika mit Milliarden, in: *Die Presse*, 04.09.2018, S. 3.

<sup>869</sup> Ebenda.

Unternehmen sollen laut der Unternehmensberatung McKinsey inzwischen in Afrika investiert haben. Viele afrikanische Länder erhöhen somit ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von China, so machen in Djibouti – am strategischen wichtigen Horn von Afrika – chinesische Kredite fast 80 Prozent der Schuldenlast aus.<sup>870</sup> Die chinesische Wirtschaft wächst, die Abhängigkeit von China am globalen Markt steigt. Zudem entwickelte China die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas auf der Grundlage des *Forum on China and Africa Cooperation* (FOCAC) aus dem Jahr 2000 in ein *China Africa Defense and Security Forum* (CADSF) Mitte 2018 weiter.<sup>871</sup> Ziel Chinas ist nun auch der Ausbau militärischer Kooperationen mit dem afrikanischen Kontinent.

Das wirtschaftliche Wachstum der Volksrepublik war bis 2008 mit fast durchschnittlich 10 Prozent exorbitant. Die Volksrepublik benötigt jedoch ein Wachstumsmodell, das weniger Energie verschwendet als jenes der USA und zugleich die gewaltigen sozialen Probleme in den Griff bekommt. Weite Teile der chinesischen Bevölkerung leben in Armut, die Arbeitsbedingungen sind oft katastrophal. Zudem sind die ökologischen Herausforderungen für China ziemlich groß, wie die Luftverschmutzung, die Bodenerosion – 27 Prozent der Fläche Chinas sind bereits Wüste, jährlich kommen 2.500 Quadratkilometer dazu –, und der Mangel an sauberem Trinkwasser. Diese Umweltprobleme gilt es akut zu lösen, „sonst wäre jeder Traum von der Weltmacht China schon in ein paar Jahren ausgeträumt.“<sup>872</sup> Chinas Entwicklungsstrategie hängt insgesamt von der Integration in die Weltwirtschaft ab. Für die inneren Entwicklungsziele für 2019 verkündete die Kommunistische Partei Chinas ein „stabiles Wachstum“ von 6 bis 6,5 Prozent, das „in erster Linie zum Schutz der Beschäftigung“ kontrolliertes Wachstum sichern soll: „Aus finanzieller Sicht soll das Defizit bei 2,8 Prozent liegen, was Raum für den Umgang mit möglichen Risiken lässt.“<sup>873</sup>

---

<sup>870</sup> Ebenda.

<sup>871</sup> Richard D. Fisher, CCP Hegemony Building and the United States Response, in: Democratic Pacific Union (eds.), *East Asia 2020 Dilemma & Prospects*, The 3rd East Asia Peace Forum, August 24-25, 2019, Taipei 2019, S- 62-88, hier S. 63.

<sup>872</sup> So Burkhard Bischof, Neue Weltmacht China, in: *Die Presse*, 15.04.2006, S. 1.

<sup>873</sup> China Rundschau, Regierung fördert Markt und verbessert Lebensstandard, in: *China Rundschau*, Nr. 050, April 2019, S. 1.

Im Positionspapier Chinas zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik vom Dezember 2006 mit dem Titel „Chinas nationale Verteidigung im Jahr 2006“ stand bereits, China sei nie zuvor so eng mit der Welt verbunden gewesen.<sup>874</sup> Die Olympischen Spiele im August 2008 in Peking hatten insbesondere zum Ziel, das neue Image Chinas als dynamisch wirtschaftliches sowie als scheinbar gesellschaftlich offenes Land hervorzuheben. Jedoch lässt „die zunehmend nationalistisch-chauvinistische Rhetorik führender Militärs und Parteifunktionäre sowie ein seit den blutig niedergeschlagenen landesweiten Studentenprotesten von 1989 unerreicht hartes Vorgehen gegen politische Kritiker im Land und unduldsame Volksgruppen an den Rändern“ Chinas an der Offenheit und auch Friedensbewegtheit der Präsidentschaft Xi Jinpings zweifeln.<sup>875</sup> Die Demokratieproteste in Hongkong<sup>876</sup> – wie die „Schirmrevolution“ („umbrella revolution“)<sup>877</sup> vom Herbst 2014 – war laut Xi eine „illegale Bewegung“, der Westen solle sich in der Folge aus Chinas Angelegenheiten heraushalten. Jene amerikanischen Journalisten, die 2014 „über Korruption, Menschenrechtsverletzungen und vor allem die enorme Bereicherung der Familien hoher kommunistischer Parteifunktionäre und Regierungspolitiker“ berichteten, mussten China verlassen, sie hätten laut Xi „Chinas Gesetze befolgen“ sollen.<sup>878</sup> In Hongkong hatten die Proteste 2019 an Gewalttätigkeit zugenommen. Demonstranten, die sich zuvor mit ihren Regenschirmen gegen die Tränengaswolken der Polizei geschützt haben, begannen seit 2019, Molotowcocktails und Pflastersteine zu werfen. Bisher ist die Regierung in Peking weitsichtig genug, die Folgen einer militärischen Niederschlagung in Hongkong vorherzusehen:<sup>879</sup> derartige Erinnerungen an

---

<sup>874</sup> Gerald Brettner-Messler, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus chinesischer Sicht, Wien 2009, S. 125.

<sup>875</sup> Oliver Grimm, China und USA ringen um Vormacht, in: *Die Presse*, 13.11.2014, S. 1.

<sup>876</sup> Die ehemalige britische Kronkolonie wurde am 1. Juli 1997 chinesische Sonderverwaltungszone. Peking soll im Zuge einer Übergangszeit von 50 Jahren Hongkong jene Rechte garantieren, die es in der Volksrepublik in dieser Form nicht gibt – darunter die Meinungs- und Pressefreiheit sowie eine unabhängige Justiz und die Aussicht auf freie Wahlen. Zudem fühlen sich 20 Jahre nach dieser Übergabe die meisten Hongkonger weiterhin nicht mit China verbunden. Patriotische Gefühle kann man nicht erzwingen.

<sup>877</sup> Tom Phillips, Hong Kong's freedom fades, *The Guardian Weekly*, 7-13 July 2017, S. 1 und 4, hier S. 1.

<sup>878</sup> Oliver Grimm, China und USA ringen um Vormacht, in: *Die Presse*, 13.11.2014, S. 1.

<sup>879</sup> Fabian Kretschmer, Wahlen in Zeiten der Gewaltexzesse, in: *Die Presse*, 23.11.2019, S. 8.

die Ereignisse am Tiananmen-Platz von 1989 würden vor allem nicht nur diplomatische Proteste der USA und der EU zur Folge haben, sondern auch wirtschaftliche Nachteile für das große „Seidenstraßen-Projekt“ und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China einerseits und den USA und der EU andererseits. Im britisch-chinesischen Übergangsvertrag aus 1997 soll Freiheit und Autonomie der Sonderverwaltungszone Hongkong noch bis zum Jahr 2047 bestehen bleiben, jedoch testet seit 2012 die Kommunistische Partei in Peking unter Xi Jinping Machtansprüche gegenüber Hongkong stets aus. Die Demonstranten kämpfen somit gegen die Zeit.<sup>880</sup> Aus Sicht des taiwanesischen Außenministers Joseph Wu gibt es betreffend Hongkong zwei Szenarien: Falls Peking versucht, die Situation mit Waffengewalt zu beenden, bedeutet dies ein Ende des „Ein Land, zwei Systeme“-Modells – „und ein totales Desaster.“ Wenn jedoch Peking nichts dagegen unternimmt, werden die Proteste andauern. Einen derartigen Zustand kann jedoch die chinesische Zentralregierung nicht tolerieren. Der Zugang Taiwans wäre, „eine Lösung mit demokratischen Mitteln zu finden. Das beste wäre aus meiner Sicht eine genuine Demokratie für Hongkong“, so Joseph Wu.<sup>881</sup> Dass die Demokratie siegte, bewiesen die Bezirksrätewahlen am 24. November 2019, an der zuvor noch nie so viele Bürgerinnen und Bürger aus Hongkong teilgenommen hatten. Mehr als 4,1 Millionen Wahlberechtigte waren aufgerufen, 452 Sitze in 18 Bezirksräten zu wählen. Die demokratischen Kräfte errangen 388 Sitze und kontrollieren nun 17 Bezirksräte. Die Wahlbeteiligung lag mit 71 Prozent auf Rekordniveau, in einigen Bezirken waren sogar um die 80 Prozent aller Wahlberechtigten zur Urne gegangen. Obwohl die Bezirksrätewahlen nur symbolische Bedeutung für Hongkong haben – wirkliche politische Entscheidungsrechte besitzen diese nicht – können die Wahlen als wichtiger Indikator für die Stimmung in der Bevölkerung gesehen werden.<sup>882</sup> Hongkongs Regierungschefin Carrie Lam meinte nach den Wahlen am 25. November 2019: „Es sei an der Zeit, ernsthaft über die Meinung der Bevölkerung nachzudenken.“<sup>883</sup>

---

<sup>880</sup> Ebenda.

<sup>881</sup> Judith Hecht, „China hasst die Demokratie“, Interview mit dem Außenminister von Taiwan, Joseph Wu, in: *Die Presse*, 11.09.2019, S. 10.

<sup>882</sup> Fabian Kretschmer, Ein Bekenntnis zur Demokratie, in: *Die Presse*, 25.11.2019, S. 5.

<sup>883</sup> Daniel Kestenholz, Eine Ohrfeige für Peking, in: *Salzburger Nachrichten*, 26.11.2019, S. 5.

Die Coronakrise 2020 nutzte die chinesische Führung, um in Hongkong umfassend die Daten über die Aktivisten der Demokratiebewegung auszuwerten. So kam es im Frühjahr 2020 zu insgesamt mehr als 7000 Verhaftungen, zudem hatte Luo Huining, der Leiter des Verbindungsbüros der Volksrepublik China in Hongkong, vor weiteren Unruhen in der Stadt gewarnt. Derartige Unruhen wären demnach eine „*Gefahr für die nationale Sicherheit*“.<sup>884</sup> De facto erhielt seit 18./19. März 2020 das Verbindungsbüro mit Unterstützung von Carrie Lam das Recht, sich verstärkt in lokale Angelegenheiten einzumischen. An diesem Wochenende wurden auf massivem Druck von Luo Huining in Hongkong 15 Anführer der Demokratiebewegung verhaftet. Das Hongkonger *Basic Law* sieht im Gegensatz dazu bis zum Jahr 2049 eine unabhängige Exekutive, Justiz, und Legislative vor, die Volksrepublik China wäre demnach ausschließlich für die Außen- und die Verteidigungspolitik Hongkongs zuständig.<sup>885</sup>

Fortschritt ist nach Ansicht der chinesischen politischen Führung auch ohne Freiheit möglich. US-Geopolitiker sehen den Aufstieg China äußerst skeptisch:

„*The rise of China will undoubtedly be one of the great dramas of the twenty-first century. China's extraordinary economic growth and active diplomacy are already transforming East Asia ...*“<sup>886</sup>

China ist zwar politisch bestrebt, als ständiges UN-Sicherheitsratsmitglied, den rasanten ökonomischen Aufstieg friedlich zu untermauern. Es bleibt jedoch unbestritten, dass China am Weg ist, eine Supermacht zu werden – mit allen geopolitischen Ambitionen. So versucht China weiterhin, ökonomisch, politisch, und militärisch seinen Einfluss weltweit auszubauen und Machtansprüche zu verteidigen, so auch im Südchinesischen Meer: Laut Staatspräsident Xi Jinping sind die Inseln im Südchinesischen Meer chinesisches Territorium „*seit uralten Zeiten*“, folglich sieht sich die chinesische Regierung gezwungen, seine territoriale Souveränität über diese

---

<sup>884</sup> Marlies Eder, Tag der Abrechnung in Hongkong, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 4.

<sup>885</sup> Ebenda.

<sup>886</sup> Aus: G. John Ikenberry, The Rise of China and the Future of the West, in: *Foreign Affairs*, January/February 2008, S. 23-37, S. 23.



Inseln zu sichern.<sup>887</sup> Das wurde auch während der Coronakrise 2020 sichtbar: während sich Covid-19 global stark ausbreitete – vor allem in Europa und den USA – gab am 19. April 2020 die politische Führung der Volksrepublik China 80 Inseln in umstrittenen Regionen des Südchinesischen Meeres chinesische Namen, um ihren Machtanspruch auch in global herausfordernden Krisenzeiten zu verdeutlichen. Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump warfen daraufhin der Volksrepublik China vor, Covid-19 auszunutzen, um „*rechtswidrige Ansprüche*“ im Südchinesischen Meer zu erweitern.<sup>888</sup>

Aus Sicht Chinas benützen die USA die Dispute, um das Südchinesische Meer, um China „*einzu-dämmen*“, so wurde dadurch aus der „*regionalen eine globale Angelegenheit*“.<sup>889</sup> China – es besitzt die weltgrößte Fischfangflotte (fast 2.600 Hochseeschiffe), der Anteil der chinesischen Bevölkerung am weltweiten Fischkonsum beträgt mehr als ein Drittel<sup>890</sup> – beruft sich auf eine Befischung der Gewässer seit 2.000 Jahren. Dadurch, dass die Gewässer um China mittlerweile leergefischt sind, setzt China seine Fischereiflotten weit über seine Grenzen aus global ein (so auch in Westafrika und im Südchinesischen Meer). Manche chinesische Fischereischiffe sind derart groß, sodass sie in einer Woche so viel Fisch aufnehmen können wie zum Beispiel ein durchschnittliches senegalesisches Boot in einem Jahr.<sup>891</sup> Chinesische Fangflotten bzw. Fischereischiffe sind zunehmend in maritimen Disputen mit örtlichen Schiffen ausgesetzt, so zum Beispiel mit Indonesien, Südkorea, den Philippinen oder im März 2016 mit Argentinien, als ein chinesisches Schiff von Argentinern versenkt

---

<sup>887</sup> So Präsident Xi Jinping im Herbst 2015, in: Hannah Beech, Inside the International Contest over the most important Waterway in the World, in: *TIME*, June 6, 2016, S. 22-29, hier S. 26.

<sup>888</sup> Fabian Kretschmer, China als großer Gewinner der Viruskrise, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 4 und 5, hier S. 4.

<sup>889</sup> So Präsident Xi Jinping im Herbst 2015, in: Hannah Beech, Inside the International Contest over the most important Waterway in the World, in: *TIME*, June 6, 2016, S. 22-29, hier S. 26.

<sup>890</sup> Andrew Jacobs, China's Trawls, and Nets Empty, in: *The New York Times International Weekly / Süddeutsche Zeitung*, May 12, 2017, S. 1 und 4.

<sup>891</sup> Ebenda, hier S. 1.

wurde. Mit Hilfe der chinesischen Marine wurden philippinische Fischerboote bei den Spratlys vertrieben.<sup>892</sup>

Parallel mit regional- und auch geopolitischen Ambitionen der Volksrepublik schwächt sich in China weiterhin die Wirtschaft ab, die Schulden des Landes steigen seit einigen Jahren schnell an. Zudem importierte China im Januar 2015 um 19,9 Prozent weniger Waren aus dem Ausland als noch ein Jahr zuvor, meldeten die Zollbehörden des Landes Anfang Februar 2015. Dies bedeutete den schärfsten Einbruch seit 2009 und ist ein Zeichen dafür, dass die erhoffte Stärkung des Binnenkonsums in China nicht funktioniert. Der Preisverfall wichtiger Rohstoffe drückt den Wert der Importe des Landes, doch auch die importierte Menge an Öl oder Kohle sank deutlich.<sup>893</sup> Mit einem Rekord-Handelsbilanzüberschuss von 60 Milliarden US-Dollar blieb Chinas Wirtschaft 2014 und darüber hinaus weiterhin abhängig von Exporten.<sup>894</sup> An China – der zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt – kann kein Weg mehr vorbeiführen, trug es doch im Jahr 2018 mittlerweile mit über 18 Prozent zum globalen Bruttoinlandsprodukt bei – die EU lag bei 16 Prozent, die USA bei 15 Prozent. Zum Vergleich: die Volksrepublik China hatte 1980 einen Anteil am weltweiten Bruttoinlandsprodukt von nur 2,3 Prozent.<sup>895</sup>

Chinas sicherheits- und militärpolitische Strategie setzt sich aus einer defensiven Sicherung des Kernlandes sowie einer offensiven Stabilisierung der strategischen Peripherie zusammen. Letzteres erfolgt „entweder militärisch durch *preemptive strikes*“ und über Besetzung (wie im Falle von Xinjiang und Tibet) oder über ‚Sinisierung‘ der Region in Form von kultureller Akzeptanz, Assimilation und Migration (wie im Fall der Inneren Mongolei oder der Mandschurei). China führte häufig „*begrenzte Offensiven gegen feindliche Kräfte zur Stabilisierung der Peripherie. Je stärker China militärisch war, desto gewaltsamer reagierte es in Krisen und zur ‚aktiven Verteidigung‘*“<sup>896</sup> So

---

<sup>892</sup> Ebenda, hier S. 4.

<sup>893</sup> Auch die Chinesen kaufen nicht mehr, in: *Die Presse*, 09.02.2015, S. 8.

<sup>894</sup> Ebenda.

<sup>895</sup> Michael Löwy, Europas Antwort auf Chinas Way of Life, in: *Die Presse*, 06.05.2019, S. 22 und 23, hier S. 22.

<sup>896</sup> Peter Buchas, Bedrohungswahrnehmungen und sicherheitspolitische Konzepte Chinas, in: *Sicherheit und Frieden* (S+F) 3/2016, Verlag Nomos, Baden-Baden 2016, S. 177-184, hier S. 178.

warnte der ehemalige australische Premierminister Kevin Rudd 2014: „Die Gefahr ist hier nicht die eines Krieges aus Kalkül, sondern eines Krieges aus Versehen, aus Unvermögen mit Zwischenfällen, etwa einem Zusammenstoß von Kampfjets, umzugehen. Das macht vielen Sorgen.“<sup>897</sup> In Asien gibt es viele Territorialkonflikte: eine geteilte koreanische Halbinsel, die Taiwan-Frage, der Konflikt im Ostchinesischen Meer zwischen Japan und China sowie im Südchinesischen Meer zwischen China und zahlreichen Anrainerstaaten. Zudem ist der indisch-pakistanische Konflikt ungelöst, in Summe sind in alle diese Konflikte folgende Nuklearstaaten involviert: Indien, Pakistan, China, Nordkorea, die USA sowie in der Kurilenfrage Russland. In diesem Zusammenhang wäre ein Versuch der USA, „mit Hilfe von asiatischen Staaten eine militärische Eindämmungspolitik oder einen ideologischen Feldzug gegen China zu initiieren“, zum Scheitern verurteilt.<sup>898</sup>

Es gilt in erster Linie, das so genannte „Sicherheitsdilemma“ zu lösen, gemäß dem der Vorteil des Handelns eines Staates nicht unbedingt der Vorteil für einen anderen Staat darstellt. China befindet sich in einer Politik des „harmonischen Realismus“ – machtorientiert und auf Grundlage der Präferenz des Gleichgewichts von Macht und gegenseitigem Respekt –, die USA definieren sich weiterhin als traditionell realistische Macht mit der Vorherrschaft von Macht über dem Machtgleichgewicht.<sup>899</sup> Während China und die USA betreffend Außenpolitik Realisten sind, können die EU-Europäer als „liberale Institutionalist“ definiert werden.<sup>900</sup> China und die USA haben in Bezug auf politische Zielformulierung und Umsetzung mehr gemeinsam als die EU. Im Gegenzug zeigen sich China und EU gegenüber amerikanischem Unilateralismus als äußerst skeptisch bis ablehnend. Thukydides meinte, dass wenn eine Macht aufsteigt, dies unbedingt zu

---

<sup>897</sup> Helmar Dumbs, „Die Gefahr: Ein Krieg aus Versehen“, Interview mit dem ehemaligen australischen Premierminister Kevin Rudd, in: *Die Presse*, 05.09.2014, S. 4.

<sup>898</sup> Henry Kissinger, Fareed Zakaria, Niall Ferguson, David Daokui Li: Wird China das 21. Jahrhundert beherrschen? Eine Debatte, Pantheon Verlag, München, im Februar 2012, S. 21.

<sup>899</sup> Reinhard Heinisch, *Confronting Washington – What if Beijing Plays the European Card*, in: Gerd Kaminski, *Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?*, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 125-150, hier S. 127.

<sup>900</sup> Ebenda.

einem Krieg führen muss. China und die USA sind aus realpolitischen Gründen gezwungen, dieser Annahme zu widersprechen, aus chinesischer Sicht existiert somit keine „Thukydides-Falle“: Aus Sicht Pekings (und nur aus Sicht der Volksrepublik China) sei die Friedensliebe des Landes hierfür ausschlaggebend.<sup>901</sup> China wird künftig weiterhin versuchen, seinen wirtschaftlichen und auch politischen Einfluss regional und global auszubauen, gerade in Zeiten, in denen die USA eine inkohärente Ostasien-Politik verfolgen und daher von vielen Staaten nicht mehr als zuverlässiger Partner angesehen werden.

Mit seinem Traum einer „großen nationalen Verjüngung“ ist Präsident Xi Jinping bestrebt, auch seine Streitkräfte schlagkräftig auszubauen. Nur so könne sich mit einem „Weltklassemilitär“ China in eine große See- und Weltmacht entwickeln. Der Kontrolle über die Ozeane und der Verteidigung nationaler maritimer Rechte und Interessen müsse demnach große Bedeutung beigemessen werden. Im März 2017 verfünffachte die chinesische Marine die Zahl der Marine-Infanteristen auf 100.000 Mann, im April 2017 lief Chinas erster wirklich selbst gebauter Flugzeugträger, die *Shandong*, vom Stapel. Im Juni 2017 erfolgte der Stapellauf des Typschiffs der neuen, ultramodernen Zerstörerklasse *Renhai*, es verdrängt mehr als 10.000 Tonnen und wird der Größe nach von den USA als Kreuzer eingestuft. Im Juli 2017 machten sich chinesische Schiffe zur ersten chinesischen Marinebasis im Ausland auf – in Djibouti, dort befinden sich seither zwei chinesische Marineschiffe im Dienst. Die chinesische Marinebasis befindet sich in der Nähe der deutlich größeren US-Marinebasis Camp Lemonnier. Die chinesische Basis „hilft uns, internationale Aufträge wie Begleitmissionen oder Einsätze gegen Piraten besser zu erfüllen“, so der chinesische Regierungssprecher Geng Shuang.<sup>902</sup> Die chinesische Basis liegt neben Anlagen, die die USA, Japan und Frankreich unterhalten. Sie dient vor allem dem Schutz der Schifffahrtsrouten, die Stützpunkte ermöglichen

---

<sup>901</sup> So Univ.Prof. Gerd Kaminski, Österreichisches Institut für China- und Südostasienforschung, anlässlich des internationalen Symposiums „Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße“, Kleiner Festsaal des Bundesministeriums für Justiz im Palais Trautson, Wien, 19.-20. Oktober 2015, 20. Oktober 2015.

<sup>902</sup> Finn Mayer-Kuckuck, Chinas Marine fährt bis Dschibouti, in: *Salzburger Nachrichten*, 18.07.2017, S. 5.

es, weiter entfernt zu operieren als bisher. Die USA unterhalten 800 Militärbasen weltweit, davon liegen 200 in Japan und Korea. So ist China mit einer einzigen Minibasis in Djibouti noch sehr weit vom Status einer militärischen Supermacht entfernt.<sup>903</sup> Zudem strebt China kein Militärbündnis mit Staaten oder Staatengemeinschaften an.<sup>904</sup>

„Die Renaissance der Nation vor Augen sei China bereit, seine Kerninteressen immer aktiver zu verteidigen, auch in Konfrontation mit anderen Großmächten“, so das Berliner MERICA-Institut. Allen voran stehen Ansprüche auf Taiwan sowie die umstrittenen Senkaku-/Diaoyu-, Paracel- und Spratly-Inseln.<sup>905</sup> China ist bereit, seine nationalen Interessen im Ausland verstärkt zu verteidigen. Es geht vor allem auch um den Schutz chinesischer Investitionen und Arbeiter im Ausland.<sup>906</sup> China verfügt zwar mit fast 500 Schiffen weitaus mehr Marineschiffe als die USA (276, davon 268 Kampfschiffe im engeren Sinne), jedoch dient der Großteil der chinesischen Flotte dem Küstenschutz. Den chinesischen Hochseeinheiten fehlen derzeit zudem Erfahrung und Logistik für längere Aktionen in der Ferne.<sup>907</sup> Zwischen 2014 und 2018 hat laut dem International Institute for Strategic Studies (IISS, London) China mehr U-Boote, Kriegsschiffe und Amphibienboote in Betrieb gesetzt als jene Anzahl von Schiffen, die damals insgesamt in Deutschland, Indien, Spanien, Taiwan und dem Vereinigten Königreich in Betrieb war.<sup>908</sup>

Ziel Chinas unter Präsident Xi Jinping ist es, mit dem äußerst flexibel ausgestalteten geopolitischen und geökonomischen Projekt der „neuen Seidenstraße“ mit unterschiedlichsten Unterteilungen – von einer „arktischen Seidenstraße“ bis zur „Seidenstraße der Gesundheit“ bzw. „medizinischen

---

<sup>903</sup> Ebenda.

<sup>904</sup> Li Zhanshu, Speech Delivered by Chairman of the Standing Committee of the National People's Congress Li Zhanshu at the Opening Dinner of the 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, October 24, 2018, in: China Institute for International Strategic Studies, The 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum Supplement 1/2018, Volume 130 (International Strategic Studies), Beijing 2018, S. 2-6, hier S. 4.

<sup>905</sup> Marlies Kastenhofer / Wolfgang Greber, Chinas Traum von der Herrschaft der Meere, *Die Presse*, 29.07.2017, S. 4.

<sup>906</sup> Ebenda.

<sup>907</sup> Ebenda.

<sup>908</sup> Mike Yeo, Chinese Defense Industrial Base Mirrors Military Buildup, in: *Defense News*, 27.08.2018, S. 16.

*Seidenstraße*“ – die wirtschafts- und sicherheitspolitische Führerschaft über Eurasien und den östlichen Teil des Pazifiks gegenüber den USA zu erringen. China hat sich bereits aufgrund seines nuklearen, militärischen und wirtschaftlichen Potenzials als regionale Supermacht behauptet, aufgrund seiner globalen Ambitionen und seines politischen und wirtschaftlichen Einflusses befindet sich die Volksrepublik China bereits auf dem Weg zur Weltmacht. Und die USA unter Präsident Donald Trump scheint es der Volksrepublik China diesbezüglich auch leicht zu machen: Während die USA seit der Präsidentschaft von Trump ihr politisches und finanzielles Engagement innerhalb der Vereinten Nationen drastisch reduzierten, weitete China den politischen und finanziellen Einfluss auf die Vereinten Nationen während dieser Zeitspanne massiv aus: neben großzügigen Spenden an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) werden mittlerweile vier von 15 Unterorganisationen der Vereinten Nationen von Diplomaten aus der Volksrepublik China geführt, kein anderes Mitglied dieser internationalen Staatengemeinschaft weist diesbezüglich eine größere Anzahl von Spitzendiplomaten auf. Während die Volksrepublik ihren Einfluss global weiterhin zu projizieren versucht, zeigte die politische Führung in Peking erneut bei der Bewältigung der Coronakrise im Jahr 2020 – vor allem bei der Ursachenforschung – ihre politischen Grenzen bei internationalen Kooperationen auf. Als der australische Premierminister Scott Morrison von der kommunistischen Führung in Peking verlangte, die Hintergründe des Ursprungs der globalen Coronakrise aufzuklären, drohte diese Australien mit wirtschaftlichen Konsequenzen<sup>909</sup> und warf der australischen Regierung vor, mit der Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung „Anordnungen der US-Regierung“<sup>910</sup> umzusetzen. US-Präsident Donald Trump hatte bereits zuvor China aufgefordert, den exakten Ablauf der Ausbreitung des Covid-19 offenzulegen. Hintergrund waren Spekulationen, dass das Coronavirus nicht von einem Tiermarkt in Wuhan, sondern aus einem Labor der chinesischen Regierung in Wuhan stammen könnte. Chinas Kommunistische Partei hatte versucht, auch hier in ihrem Sinne „Offenheit“ zu betreiben. Es handelt sich dabei um eine Allmachtspartei, die sich zur Aufgabe gemacht hat, die Volksrepublik in ihrem Sinne zu führen.

---

<sup>909</sup> Die Presse, China droht Australien mit Boykott, in: *Die Presse*, 28.04.2020, S. 8.

<sup>910</sup> ORF, Australien will Untersuchung von Ausbruch in China, 22. April 2020, <https://orf.at/stories/3162858/> (abgerufen am 29. April 2020).



## Literaturverzeichnis

*Ankenbrand*, Hendrik: Kontrolleur mit harter Hand, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.01.2016, S. 20.

*Ankenbrand*, Hendrik: Chinas großer Sprung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 03.12.2015, S. 1.

*Ankenbrand*, Hendrik: China und die Kohle, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.11.2015, S. 27.

*Anwar*, André: Großmächte setzen auf die Modernisierung ihrer Atomwaffen, in: *Die Presse*, 03.07.2017, S. 2.

*Auer*, Matthias: Fünf Minuten falscher Frieden, in: *Die Presse am Sonntag*, 13.10.2019, S. 17.

*Auer*, Matthias: Das chinesische Kredit-Kartenhaus, in: *Die Presse*, 22.03.2017, S. 15.

*Auer*, Matthias: Donald Trumps liebster Chinese, in: *Die Presse*, 23.12.2016, S. 21.

*Auer*, Matthias: China „verbrennt“ 100 Mrd. US-Dollar, in: *Die Presse*, 08.02.2016, S. 6.

*Baldia*, Patrick: Chinesen nehmen Europa ins Visier, in: *Die Presse*, Beilage Internationale Immobilienmärkte, 02.10.2015, S. F6.

*Bastaroli*, Susanna: Wie Kim die UN-Sanktionen umgeht, in: *Die Presse*, 13.09.2017, S. 5.

*Bastaroli*, Susanna: Das chinesische Nordkorea-Dilemma, in: *Die Presse*, 28.01.2016, S. 6.

*Bastaroli*, Susanna: Wie Kim die Großmächte gegeneinander ausspielt, in: *Die Presse*, 14.01.2016, S. 5.



*Bauer, Richard: China braucht Lateinamerika, in: Neue Zürcher Zeitung, 26.11.2016, S. 9.*

*Beech, Hannah: Inside the International Contest over the most important Waterway in the World, in: TIME, June 6, 2016, S. 22-29.*

*Bischof, Burkhard: Chinas KP lässt ihre Muskeln spielen, in: Die Presse, 02.10.2019, S. 7.*

*Bischof, Burkhard: China zuerst?, in: Die Presse, 22.07.2017, Spectrum, S. III.*

*Bischof, Burkhard: Abwehrraketen als Exportschlager?, in: Die Presse, 09.02.2016, S. 4.*

*Bischof, Burkhard: Südkorea: Hitzige Debatte um Raketenabwehr, in: Die Presse, 08.04.2015, S. 5.*

*Bischof, Burkhard: Neue Weltmacht China, in: Die Presse, 15.04.2006, S. 1.*

*Bischof, Burkhard: Chinas Geheimnistuerei wird militärisches Risiko, in: Die Presse, 27.03.2009, S. 8.*

*Blackwill, Robert D., Tellis, Ashley J.: The India Dividend. New Delhi Remains Washington's Best Hope in Asia, in: Foreign Affairs, September / October 2019, S. 173-183.*

*Bondaz, Antoine: La Politique américaine en mer de Chine méridionale: maintenir une influence, rassurer des allies, garantir le droit, in: Diplomatie. Affaires stratégiques et relations internationales, No 84, Janvier-Février 2017, S. 45-49.*

*Bradsher, Keith: Chinese Efforts in the Solar Energy Industry Ripple Around the Globe, in: The New York Times International Weekly / Süddeutsche Zeitung, May 5, 2017, S. 5.*

*Bradsher, Keith: China's Problem With Steel, in: The New York Times International Weekly / Süddeutsche Zeitung, May 12, 2017, S. 5.*

*Bremmer*, Ian: The U.S. can win a trade war with China. That doesn't mean it should try, in: *TIME*, August 28, 2017, S. 17-18.

*Brettner-Messler*, Gerald: Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus chinesischer Sicht, in: Gerd Kaminski und Barbara Kreissl: Von Stein zu Stein im Fluss der Zeit. 30 Jahre Reform- und Öffnungspolitik der Volksrepublik China, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 55, Wien 2009, S. 125-163.

*Brettner-Messler*, Gerald: Neues Weißbuch aus China, in: *Der Soldat*, 29.04.2009, S. 8.

*Brill*, Heinz: Strategische Allianzen in der internationalen Politik. Unilateralismus versus Multipolarität, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift* 5/2002, S. 539-546.

*Buchas*, Peter / *Mittelstaedt*, Jean Christopher, Chinas Nordkorea-Problem, in: *Militär Aktuell* 2/2016, S. 10-12.

*Buchas*, Peter: Bedrohungswahrnehmungen und sicherheitspolitische Konzepte Chinas, in: *Sicherheit und Frieden* (S+F) 3/2016, Verlag Nomos, Baden-Baden 2016, S. 177-184.

*Cavas*, Christopher P.: China among invitees to major US exercise, in: *Defense News*, June 12, 2017, S. 10 und 11.

*Cha*, Victor: China needs to get serious, in: *TIME*, April 3, 2017, S. 32.

*Chen*, Xinneng: U.S. Air Force Experiences on Development of Informationized Equipment, in: *International Strategic Studies* 4/2016, Volume 122, China Institute for International Strategic Studies, Beijing 2016, S. 92-100.

*China Daily.com.cn*: China's Military Strategy. The State Council Information Office of the People's Republic of China, May 2015, Beijing, December 27, 2016.

*China.org.cn*: China adopts national security strategy guideline, January 23, 2015.

*China Rundschau*: China unterstützt Europa bei der Bekämpfung von COVID-19, in: *China Rundschau*, Nr. 064, Mai 2020, S. 1.

*China Rundschau*: China stärkt Öffnung und Zusammenarbeit, in: *China Rundschau*, Nr. 059, Dezember 2019, S. 1.

*China Rundschau*: Die chinesisch-amerikanischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, in: *China Rundschau*, Nr. 059, Dezember 2019, S. 2.

*China Rundschau*: Highlights des diesjährigen “Single’s Day”, in: *China Rundschau*, Nr. 059, Dezember 2019, S. 12.

*China Rundschau*: Xi Jinpings Südasien-Reise: Chinas besondere Diplomatie, in: *China Rundschau*, Nr. 058, November 2019, S. 1.

*China Rundschau*: Die Gemeinde in Hongkong fordert ein Ende der Gewalt, in: *China Rundschau*, Nr. 056, September 2019, S. 1.

*China Rundschau*: Botschafter Wu Ken zu Gast im ZDF-Morgenmagazin, in: *China Rundschau*, Nr. 056, September 2019, S. 2.

*China Rundschau*: Xi Jinping zu Besuch in Nordkorea. Konsolidierung der Freundschaft zwischen China und Nordkorea, in: *China Rundschau*, Nr. 054, August 2019, S. 1.

*China Rundschau*: Belt and Road Forum für internationale Kooperation fördert weitere Öffnung Chinas in: *China Rundschau*, Nr. 052, Juni 2019, S. 1.

*China Rundschau*: Regierung fördert Markt und verbessert Lebensstandard, in: *China Rundschau*, Nr. 050, April 2019, S. 1.

*Chinese Ministry of National Defence*: China’s Military Strategy, Beijing, May 26, 2015.

*Chunyan*, Zhang, Ning, Hui: World Banks on Asia’s Future, in: *China Daily European Weekly*, April 3-9, 2015, S. 1.

*Clinton*, Hillary Rodham: *Hard Choices*, a memoir, Simon & Schuster, London, New York, Sydney, Toronto, New Delhi 2014.

*Cronk*, Terri Moon: *Pacom Commander: Rebalance to Asia Pacific ,being Realized*’, February 26, 2016, [pacom.mil/Media/News/News-Article-View/Article/674627/pacom-commander-rebalance-to-asia-pacific-being-realized](http://pacom.mil/Media/News/News-Article-View/Article/674627/pacom-commander-rebalance-to-asia-pacific-being-realized) (abgerufen am 19.09.2017).

*Courmont*, Barthélémy / *Mottet*, Éric: *La mer de Chine méridionale: une mer chinoise?*, in: *Diplomatie. Affaires stratégiques et relations internationales*, No 84, Janvier-Février 2017, S. 40-44.

*Dai*, Bingguo: *Answering the Diplomatic Question of the 21st Century*, in: *Qiushi*, CPC Journal on China’s Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 125-130.

*Defense News*: *Time To Get Tougher on China*, in: *Defense News*, December 9, 2013, S. 20.

*Delamer*, Guillermo R. / *Goldstein*, Lyle J. / *Malena*, Jorge Eduardo / *Porn*, Gabriela E., *Chinese Interests in Latin America*, in: *Taylor*, Paul D. (ed.), *Latin American Security Challenges. A Collaborative Inquiry from North and South*, Naval War College Newport Papers 21, S. 79-102.

*Delury*, John: *Why Xi Jinping is courting Kim Jong-un*, in: *The New York Times International Edition*, June 24, 2019, S. 9.

*de Weck*, Roger (Hrsg.), *Das Bündnis muss europäischer werden. Ein Standpunkt von Theo Sommer*, Edition Körber-Stiftung, Berlin 2012.

*Doemens*, Karl: *Apokalypse vor dem Golfspiel*, in: *Salzburger Nachrichten*, 10.08.2017, S. 4.

*Die Presse*: *China droht Australien mit Boykott*, in: *Die Presse*, 28.04.2020, S. 8.

*Die Presse*: *Taiwan fordert China in der Krise heraus*, in: *Die Presse*, 25.04.2020, S. 6.

*Die Presse*: China spendet 30 Millionen Dollar an die WHO, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 7.

*Die Presse*, WHO kontra Taiwan: „Wer diskriminiert wen?“, in: *Die Presse*, 11.04.2020, S. 8.

*Die Presse*: Hongkong: Polizei verhaftet mehr als 1000 Personen, in: *Die Presse*, 20.11.2019, S. 3.

*Die Presse*: „Schnelle Wachstumsraten“ kaum mehr zu schaffen, in: *Die Presse*, 19.11.2019, S. 2-3.

*Die Presse*: Peking zieht in Hongkong die Zügel an, in: *Die Presse*, 02.11.2019, S. 7.

*Die Presse*: Chinesen kaufen Europa nicht leer, in: *Die Presse*, 13.08.2019, S. 14.

*Die Presse*: Rückschlag für Chinas globalen Führungsanspruch, in: *Die Presse*, 09.10.2018, S. 4.

*Die Presse*: Löst China die nächste Finanzkrise aus?, in: *Die Presse*, 18.02.2019, S. 6.

*Die Presse*: Berlin fordert Schutzwall gegen China-Übernahmen, in: *Die Presse*, 24.08.2017, S. 7.

*Die Presse*: Nordkorea warnt USA vor „Atomkrieg“, in: *Die Presse*, 10.07.2017, S. 3.

*Die Presse*: Schwieriger Start für Seidenstraße, in: *Die Presse*, 15.05.2017, S. 5.

*Die Presse*: China soll wieder einen blauen Himmel sehen, in: *Die Presse*, 06.03.2017, S. 6.

*Doralt*, Werner (Hrsg.), Völkerrecht. KODEX des österreichischen Rechts, bearbeitet von Markus Beham, Melanie Fink und Ralph Janik, 2. Auflage, LexisNexis Verlag ARD ORAC, Stand: 01.01.2017, Wien 2017.

*Dumbs*, Helmar: „Die Gefahr: Ein Krieg aus Versehen“, Interview mit dem ehemaligen australischen Premierminister Kevin Rudd, in: *Die Presse*, 05.09.2014, S. 4.

*Eder*, Marlies: Tag der Abrechnung in Hongkong, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 4.

*Eder*, Marlies: Macrons Doppelspiel mit Xi Jinping, in: *Die Presse*, 26.03.2019, S. 3.

*Eder*, Marlies: US-Airlines streichen Taiwan von Plan, in: *Die Presse*, 26.07.2018, S. 6.

*Erling*, Johnny: Clinton rückt von Menschenrechtsfragen ab, in: *Der Standard*, 23.2.2009, S. 4.

*European Commission*: EU-China Summit: deepening the strategic global partnership, Beijing, 16 July 2018, Press release IP/18/4521.

*Falkner*, Alice: Die Problematik der Errichtung von Air Defense Identification Zones (ADIZs) unter besonderer Berücksichtigung der East China Sea ADIZ Chinas, Diplomarbeit, Institut für Europarecht und Völkerrecht der Universität Innsbruck, 9. September 2016.

*Falletti*, Sébastien: « La Chine a besoin d'un autre modèle de croissance », Entretien avec David Shambaugh, in : *Le Point*, 17 mars 2016, S. 54-58.

*Fink*, Andreas: Hungrige Männer ohne Moral, in: *Die Presse am Sonntag*, Beilage „Was wird verdrängt?“, 29.03.2015, S. 22-23.

*Fisher*, Richard D.: CCP Hegemony Building and the United States Response, in: Democratic Pacific Union (eds.), East Asia 2020 Dilemma & Prospects, The 3rd East Asia Peace Forum, August 24-25,2019, Taipei 2019, S- 62-88.

*Freiberger*, Harald, *Giesen*, Christoph: Herzstillstand um 13.34 Uhr, in: *Süddeutsche Zeitung*, 05.01.2016, S. 17.

Fu, Ying: How China Sees Russia. Beijing and Moscow Are Close, but Not Allies, in: *Foreign Affairs*, January/February 2016, S. 96-105.

Fuker, Michael: Die ASEAN-Charter. Stückwerk des regionalen Integrationsprozesses, AIES Fokus 3/2009, herausgegeben vom Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES), Maria Enzersdorf 2009.

Gamillscheg, Hannes: Aufstrebende Weltmacht China will auch in der Arktis mitreden, in: *Die Presse*, 27.11.2012, S. 8.

Gao, Lianjia: Belt and Road Initiative: a recipe for common development, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße? , Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 49-56.

Gareis, Sven Bernhard: Neuer Traum von alter Größe: Chinas Außenpolitik unter Xi Jinping, in: *Staaek, Michael, Groten, David* (Hrsg.): China und Indien im regionalen und globalen Umfeld, Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit e. V. (WIFIS), Band 34, Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto 2018, S. 11-27.

Gattringer, Christian: „Peking spielt uns gegeneinander aus“, Interview mit Eberhard Sandschneider, in: *Die Presse*, 06.12.2008, S. 7.

Gaulhofer, Karl: „Chinas Börse? Kasinos von Zockern“, Interview mit Xuewu Gu von der Universität Bonn, in: *Die Presse*, 14.04.2016, S. 15.

Gaulhofer, Karl: Der chinesische Traum von einer neuen Leitwährung, in: *Die Presse*, 28.3.2009, S. 2.

Giesen, Christoph: Präsident auf Lebenszeit, in: *Süddeutsche Zeitung*, 12.03.2018, S. 9.

Giesen, Christoph, *Strittmatter, Kai*: Alle Wege führen nach Peking, in: *Süddeutsche Zeitung*, 12.05.2017, S. 2.

Gräfe, Frank: Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: *Europäische Sicherheit* 1/2005, S. 18-24.

*Greber, Wolfgang*: Indonesien wird in Seestreit mit China hineingezogen, in: *Die Presse*, 04.04.2016, S. 2.

*Greber, Wolfgang*: „Erwägen bemannten Marsflug mit USA, Europa“, in: *Die Presse*, 25.06.2007, S. 8.

*Grimm, Oliver*: „China hat schon immer Statistiken gefälscht“, in: *Die Presse*, Interview mit der Chinaexpertin Didi Kirsten Tatlow, 11.04.2020, S. 10.

*Grimm, Oliver*: EU legt gegenüber China die Samthandschuhe ab, in: *Die Presse*, 19.03.2019, S. 5.

*Grimm, Oliver*: China und USA ringen um Vormacht, in: *Die Presse*, 13.11.2014, S. 1.

*Grimm, Oliver*: China: was tun mit zwei Bio. Dollar?, in: *Die Presse*, 01.12.2008, S. 1.

*Grimm, Oliver*: Chinas Volkswirtschaft überholt Großbritannien, in: *Die Presse*, 21.12.2005, S. 19.

*Haass, Richard N.*: Zehn Lehren aus Kims Griff nach Atomwaffen, in: *Die Presse*, 02.08.2017, S. 22.

*Haller, Günther*: Der lange Weg der Seidenkarawanen, in: *Die Presse am Sonntag*, 07.02.2016, S. 46 und 47.

*Hao, Hu*: The Political Implications of the BRI, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße? , Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 41-48.

*Hauser, Gunther*: Maritime Disputes and Developments, in: Democratic Pacific Union (eds.), East Asia 2020 Dilemma & Prospects, The 3rd East Asia Peace Forum, August 24-25, 2019, Taipei 2019, S- 183-193.

*Hauser, Gunther*: China – eine asiatische Großmacht auf dem Weg zur Weltmacht. Aktuelle Entwicklungen der Außen- und Sicherheitspolitik der



Volksrepublik China, WIFIS-aktuell, Band 61, Wissenschaftliches Forum für Internationale Sicherheit e. V. (WIFIS), Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto 2018.

*Hauser, Gunther*: Japan und Indien – im geopolitischen Wettbewerb mit China, in: *Militär Aktuell* 1/2015, S. 50.

*Hauser, Gunther*: China – A Hyper-state on the Rise, in: Gunther Hauser/Franz Kernic (eds), *China: The Rising Power*, Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main 2009, S. 11-37.

*Hecht, Judith*: „China hasst die Demokratie“, Interview mit dem Außenminister von Taiwan Joseph Wu, in: *Die Presse*, 11.09.2019, S. 10.

*Heinisch, Reinhard*: Confronting Washington – What if Beijing Plays the European Card, in: Gerd Kaminski, *Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?*, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 125-150.

*Hornig, Frank / Wagner, Wieland*: Duell der Giganten, in: *Der Spiegel* 32/2005, S. 74-88.

*Ikenberry, G. John*: The Illusion of Geopolitics. The Enduring Power of the Liberal Order, in: *Foreign Affairs*, May/June 2014, S. 80-90.

*Ikenberry, G. John*: The Rise of China and the Future of the West, in: *Foreign Affairs*, January/February 2008, S. 23-37.

*Information Office of the State Council of the People's Republic of China*, White Papers of the Chinese Government (2005-2008), Foreign Languages Press, Beijing, First Edition 2012.

*Internationale Politik (IP)*: Zwei-Kind-Politik, in: *Internationale Politik (IP)*, hrsgg. von der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, Berlin, Juli-Oktober 2015, S. 54-55.

*Ito, Asei*: China's Quest For A „High-Quality Belt and Road Initiative“, AJISS-Commentary. The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No. 272, Tokyo, 18 July 2018.

*Jacobs, Andrew*: China's Trawls, and Nets Empty, in: *The New York Times International Weekly / Süddeutsche Zeitung*, May 12, 2017, S. 1 und 4.

*Japan Defense Focus*: The 60<sup>th</sup> Anniversary of the Japan-U.S. Security Treaty, in: *Japan Defense Focus*, No. 121, March 2020, Tokyo, S. 4-5.

*Jiang, Zhenxi*: Observation and reflections On UN Peacekeeping Operations, in: *International Strategic Studies* 4/2016, Volume 122, China Institute for International Strategic Studies, Beijing 2016, S. 35-43.

*Jilch, Nikolaus*: Bis es heißt: „Das macht dann 300 Yuan, bitte“, in: *Die Presse am Sonntag*, 07.02.2016, S. 19.

*Jilch, Nikolaus*: China greift für neue Seidenstraße in die Reserven, in: *Die Presse*, 22.04.2015, S. 15.

*Jilch, Nikolaus*: USA isolieren sich: China mischt die Weltordnung auf, in: *Die Presse*, 31.03.2015, S. 14.

*Joint Chiefs of Staff*: The National Military Strategy of the United States of America 2015. The United States Military's Contribution To National Security, June 2015.

*Julienne, Marc*: Les intérêts chinois en mer de Chine méridionale, in: *Diplomatie. Affaires stratégiques et relations internationales*, No 84, Janvier-Février 2017, S. 50-53.

*Kallender-Umezū, Paul*: Interview, Hiroshi Imazu, Chairman, Policy Research Council's Research Commission on Security, LDP of Japan, in: *Defense News*, April 13, 2015, S. 30.

*Kaneda, Hideaki*: The Xi Jinping Administration's Quest for Maritime Hegemony, AJISS-Commentary. The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No 231, Tokyo, 13 July 2016.

Kaplan, Robert: Center Stage for the 21<sup>st</sup> Century: Rivalry in the Indian Ocean, March 16, 2009, Real Clear Politics, <http://www1.realclearpolitics.com>, abgerufen am 17.03.2009.

Kastenhofer, Marlies: Pekings Spiel mit Osteuropa, in: *Die Presse*, 30.03.2018, S. 4.

Kastenhofer, Marlies: Asiens Giganten auf frontalem Kollisionskurs, in: *Die Presse*, 08.08.2017, S. 3.

Kastenhofer, Marlies: Chinas asiatische Achse gegen Indien, in: *Die Presse*, 19.08.2016, S. 6.

Kastenhofer, Marlies, Greber, Wolfgang: Chinas Traum von der Herrschaft der Meere, in: *Die Presse*, 29.07.2017, S. 4.

Kastenhofer, Marlies: Wie sich China im Pazifik ausbreitet, in: *Die Presse*, 27.05.2016, S. 2 und 3.

Kastenhofer, Marlies: Chinas übrig gebliebene Frauen, in: *Die Presse*, 12.04.2016, S. 6.

Kastenhofer, Marlies: Von Peking bis Athen: Chinas Traum einer besser vernetzten Welt, in: *Die Presse am Sonntag*, 07.02.2016, S. 18 und 19.

Kastenhofer, Marlies: China und das Tabu Homosexualität, in: *Die Presse*, 29.01.2016, S. 8.

Kastenhofer, Marlies: Chinas Angst vor Hongkongs Büchern, in: *Die Presse*, 09.01.2016, S. 10.

Kastenhofer, Marlies: Korrupte Kader auf der Abschussliste, in: *Die Presse*, 18.02.2015, S. 8.

Kestenholz, Daniel: Eine Ohrfeige für Peking, in: *Salzburger Nachrichten*, 26.11.2019, S. 5.

Kestenholz, Daniel: Erst der Mond, dann der Nord- und Südpol, in: *Salzburger Nachrichten*, 05.01.2019, S. 4.

*Kestenholz*, Daniel: Hingerichtet wegen eines Nickerchens, in: *Salzburger Nachrichten*, 15.05.2015, S. 4.

*Khanna*, Parag: *The Future is Asian*, Simon & Schuster Paperbacks, New York, London, Toronto, Sydney, New Delhi 2019.

*Kissinger*, Henry: *On China*, The Penguin Press, New York 2011.

*Kissinger*, Henry, *Zakaria*, Fareed, *Ferguson*, Niall, *Daokui Li*, David: Wird China das 21. Jahrhundert beherrschen? Eine Debatte, Pantheon Verlag, München, im Februar 2012.

*Kleiber*, Martin: The Chinese Military on a Long March into the 21<sup>st</sup> Century, in: Gunther Hauser and Franz Kernic (eds.), *China: The Rising Power*, Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main 2009, S. 193-214.

*Knapp*, Brandon: Lessons from China's space station that crashed into the Pacific, in: *Defense News*, April 9th, 2018, S. 12.

*Köhler*, Angela: Kim Jong-uns kluger Schachzug, in: *Die Presse*, 23.04.2018, S. 5.

*Köhler*, Angela: Was Kim mit seinen Raketentests bezweckt, in: *Die Presse*, 16.09.2017, S. 9.

*Köhler*, Angela: Wie Südkorea Kim Jong-un ausschalten will, in: *Die Presse*, 06.09.2017, S. 7.

*Köhler*, Angela: Kim schockt Japan: Panik nach Raketentest, in: *Die Presse*, 30.08.2017, S. und 3.

*Köhler*, Angela: In Südkorea wird der Ruf nach atomarer Bewaffnung laut, in: *Die Presse*, 12.08.2017, S. 2 und 3.

*Köhler*, Angela: Gefährliche Muskelspiele im Pazifik, in: *Die Presse*, 11.06.2016, S. 7

*Köhler*, Angela: Japans Armee wirft Fesseln ab, in: *Die Presse*, 09.01.2007, S. 11.

*Köhler, Angela: Machtwechsel jagt Asien Angst ein, in: Die Presse, 20.09.2006, S. 7.*

*Köhler, Angela: Japan verabschiedet sich vom Pazifismus, in: Die Presse, 11.12.2004, S. 9.*

*Köhler, Angela: Japan: Weg mit den Fesseln, auf zur Weltmacht, in: Die Presse, 23.12.2005, S. 5.*

*Köhler, Angela: Globale Krise schmiedet drei Rivalen zusammen, in: Die Presse, 15.12.2008, S. 4.*

*Kolonko, Petra: Taiwans Merkel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.01.2016, S. 8.*

*Kolonko, Petra: Affront gegen die Schutzmacht Peking, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.01.2016, S. 2.*

*Kolonko, Petra, Ross, Andreas: Immer Ärger mit dem Nachbarn, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.01.2016, S. 5.*

*Krämer, Jörg: Chinas entzauberte Wirtschaftspolitiker, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.01.2016, S. 16.*

*Kretschmer, Fabian: China als großer Gewinner der Viruskrise, in: Die Presse, 24.04.2020, S. 4 und 5.*

*Kretschmer, Fabian: „Im Restaurant sind keine Schwarzen erlaubt“, in: Die Presse, 17.04.2020, S. 5.*

*Kretschmer, Fabian: Ein Bekenntnis zur Demokratie, in: Die Presse, 25.11.2019, S. 5.*

*Kretschmer, Fabian: Wahlen in Zeiten der Gewaltexzesse, in: Die Presse, 23.11.2019, S. 8.*

*Kretschmer, Fabian: Chinas harter Kurs: Keine Gnade für die Uiguren, in: Die Presse, 18.11.2019, S. 2.*

*Kreuzer, Peter*: Freie Schifffahrt oder „Kanonenbootpolitik“. Der Konflikt zwischen den USA und China im Südchinesischen Meer muss rechtlich geklärt werden, HSFK Standpunkte, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Nr. 5/2015, Frankfurt/Main.

*Kürschner, Mareike*: Eine Frau und ein Rockstar sind Pekings Albtraum, in: *Die Welt*, 16.01.2016, S. 7.

*Kynge, James*: Beijing hopes for a backlash against Trump's trade policy, in: *Financial Times Weekend*, 14 July/15 July 2018, S. 9.

*Kynge, James*: China Shakes the World. The Rise of a Hungry Nation, Phoenix Publishers, London 2007.

*Lam, Carrie*: Yes, Hong Kong does have a future, in: *The New York Times International Edition*, September 27, 2019, S. 13.

*Landesverteidigungsakademie / Institut für Strategie und Sicherheitspolitik* (Hg.): Begleitinformationen zur Nutzung des Weltraums: Akteure und Positionen, zusammengestellt von Thomas Windholz und Norbert Frischauf, Wien 2007.

*Langenbach, Jürgen*: China sucht alte Pracht, in: *Die Presse*, 14.05.2014, S. 24.

*Lee, Felix*: „Allein sind wir schwach und zerbrechlich“, Interview mit dem Hongkonger Aktivistin Joshua Wong, in: *Die Presse*, 20.11.2019, S. 3.

*Lee, Felix*: Peking lockt Afrika mit Milliarden, in: *Die Presse*, 04.09.2018, S. 3.

*Lee, Felix*: Chinas erkaufte Verbündete, in: *Die Presse*, 22.08.2018, S. 4

*Lee, Felix*: China greift militärisch aus, in: *Die Presse*, 04.05.2018, S. 3.

*Lee, Felix*: Chinas roter Absolutismus, in: *Die Presse*, 12.03.2018, S. 1.

*Lee, Felix*: Wie Nordkorea die Bombe entwickelte, in: *Die Presse*, 12.09.2017, S. 4.

Lee, Felix: Die Welt muss sich mit Kims Bombe abfinden, in: *Die Presse*, 05.09.2017, S. 4.

Lee, Felix: Die magere Bilanz des Asean-Bundes, in: *Die Presse*, 02.08.2017, S. 4.

Lee, Felix: Chinas knausrige Superreiche, in: *Die Presse am Sonntag*, 16.04.2017, S. 18.

Lee, Felix: China mimt den Freihandelshüter, in: *Die Presse*, 16.03.2017, S. 4.

Lee, Felix: Chinas Griff nach den Sternen, in: *Die Presse*, 18.10.2016, S. 8.

Lee, Felix: Peking jagt Verwandte von Regierungskritikern, in: *Die Presse*, 30.03.2016, S. 6.

Lee, Felix: USA drängen Kim ins Sanktionen-Eck, in: *Die Presse*, 18.03.2016, S. 5.

Lee, Felix: Der ganz rationale Wahnsinn, in: *Die Presse*, 08.03.2016, S. 5

Lee, Felix: China gibt EU-Stahlbranche den Rest, in: *Die Presse*, 12.02.2016, S. 19.

Lee, Felix: Nordkorea provoziert die Welt, in: *Die Presse*, 08.02.2016, S. 1.

Lee, Felix: Xi Jinpings heikle Nahostmission, in: *Die Presse*, 22.01.2016, S. 6.

Lee, Felix: Parole in Taipeh: Nichts wie weg von China, in: *Die Presse*, 15.01.2016, S. 4.

Lee, Felix: Pekings vergebliche Wahlkampfhilfe, in: *Die Presse*, 15.01.2016, S. 4.

Lee, Felix: Superbombe für Nordkorea?, in: *Die Presse*, 07.01.2016, S. 1.

Lee, Felix: USA setzen China im Streit um Spratly-Inseln unter Druck, in: *Die Presse*, 28.10.2015, S. 6.

Lee, Felix: Chinas Hauptstadt versinkt in giftigem Nebel, in: *Die Presse*, 02.10.2015, S. 8.

Lee, Felix: Putin buhlt um die Schwellenländer, in: *Die Presse*, 08.07.2015, S. 13.

Lee, Felix: China baut Große Mauer im Meer, in: *Die Presse*, 02.04.2015, S. 1.

Lee, Felix: Chinas mächtigster Mann seit Mao, in: *Die Presse*, 05.03.2015, S. 6.

Lee, Felix, Greber, Wolfgang: Chinas verlorene „Seeschlacht“, in: *Die Presse*, 13.07.2016, S. 5.

Lemaître, Frédéric: Xi Jinping promet des „routes de la soie“ plus transparentes, in: *Le Monde*, 27.04.2019, S. 6.

Li, Guoxue: China pulls itself to the top, in: *China Daily European Weekly*, April 3-9, 2015, S. 11.

Li, Hao: Key Points of China's New Defence White Paper, JIIA Strategic Comments (No. 14), The Japan Institute of International Affairs, Tokyo, September 13, 2019.

Li, Xiaosi: Socialism with Chinese Characteristics, in: Gerd Kaminski (ed.), Chinese Strategies in Politics, Foreign Policy, Security Policy, Economy and Law, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 76, Wien 2019, S. 13-19.

Li, Xiaoyang: Meeting Expectations, in: *The Economist*, August 3<sup>rd</sup>, 2019, S. 38-39 (China Focus, produced by Beijing Review).

Li, Zhanshu: Speech Delivered by Chairman of the Standing Committee of the National People's Congress Li Zhanshu at the Opening Dinner of the 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, October 24, 2018, in: China Institute for International Strategic Studies, The 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum Supplement 1/2018, Volume 130 (International Strategic Studies), Beijing 2018, S. 2-6.



*Lietsch, Jutta*: Akute Kriegsgefahr in Korea, in: *Die Presse*, 24.11.2010, S. 1.

*Lietsch, Jutta*: Der Heißhunger des Gelben Drachen, in: *Die Presse*, 15.04.2006, S. 2.

*Lietsch, Jutta*: Chinas neue Rolle auf den Weltmeeren, in: *Die Presse*, 24.12.2008, S. 6.

*Lietsch, Jutta*: Ein Gespenst sucht China heim: Arbeitslosigkeit, in: *Die Presse*, 05.03.2009, S. 8.

*Lietsch, Jutta, Bischof, Burkhard*: China gerüstet für „Krieg der Sterne“, in: *Die Presse*, 24.01.2007, S. 1.

*Liu, Cecily*: A powerful connection for Britain, in: *China Daily European Weekly*, April 3-9, 2015, S. 20.

*Liu, Jiangyong*: Why Japan's Claim to the Diaoyu Islands Just Doesn't Stand Up, in: *Qiushi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, April-June 2017, Vol 9 No2 Issue 31, S. 130-136.

*Liu, Qibao*: Theoretical Characteristics of China's New Development Principles, in: *Qiushi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, April-June 2017, Vol 9 No 2, Issue No 31, No 2, S. 30-37.

*Liu, Zhemin*: China's Contribution to Global Climate Governance, in: *Qiushi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, April-June 2017, Vol 9 No 2, Issue No 31, No 2, S. 123-129.

*Löny, Michael*: Europas Antwort auf Chinas Way of Life, in: *Die Presse*, 6.05.2019, S. 22 und 23.

*Luo, Haocai*: China's Unique Socialist Approach to Human Rights, in: *Qiushi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, April-June 2017, Vol 9 No 2, Issue No 31, S. 38-43.

*Maçães, Bruno*: The Dawn of Eurasia. On the Trail of the New World Order, Penguin Books, London 2019.

Mann, Otto: Kriegsdrohung gegen Taiwan per Gesetz, in: *Die Presse*, 9.03.2005, S. 7.

Martin, Jeremy: CNOOC, Chevron and Unocal: Mergers, money, politics, in: *The San Diego Union – Tribune*, August 5, 2005, <http://www.signonsandiego.com/uniontrib/20050805/news/z1e5martin.html>, abgerufen am 20.05.2009.

Mastro, Oriana Skylar: The Stealth Superpower. How China Hid Its Global Ambitions, in: *Foreign Affairs*, January/February 2019, S. 31-39.

Maull, Hanns W. / Maull Ivo M.: Im Brennpunkt: Korea, Verlag C.H. Beck, München 2004.

Mayer-Kuckuck, Finn: Ein Präsident auf Lebenszeit, in: *Salzburger Nachrichten*, 12.03.2018, S. 4.

Mayer-Kuckuck, Finn: Chinas Marine fährt bis Dschibouti, in: *Salzburger Nachrichten*, 18.07.2017, S. 5.

Mayer-Kuckuck, Finn: Der Himmel soll wieder blau werden, in: *Salzburger Nachrichten*, 06.03.2017, S. 4.

Mayer-Kuckuck, Finn: Chinas Star-Investor ist verschwunden, in: *Salzburger Nachrichten*, 12.12.2015, S. 5.

McCurry, Justin, Phillips, Tom: Putin calls for dialogue to avert ‘a catastrophe’, in: *The Guardian Weekly*, 08.09.2017, S. 4.

Mehta, Aaron : Home and abroad, politics drive South Korea THAAD deployment, in: *Defense News*, August 7, 2017, S. 11.

Mehta, Aaron: North Korea missile test to spur DoD spend, in: *Defense News*, July 10, 2017, S. 4.

Meier-Walser, Reinhard, Seliger, Bernhard: Wiener Iran-Deal als Modell für Nordkorea-Gespräche ?, in : *Die Presse*, 31.08.2017, S. 26 und 27.

*Militär aktuell*: Tiananmen: „Entscheidung richtig!“, in: *Militär aktuell* 2/2019, S. 9.

Miller, Tom: China's new Silk Road weaves its web, in: *The Guradian Weekly*, 08.09.2017, S. 18.

*Ministry of Defense (Japan)*: Launch of Ballistic Missile by North Korea [August 29, 2017], September 2017, Foliensatz.

*Ministry of Defense (Japan)*: Launch of Ballistic Missiles by North Korea in 2017 (as of March 9, 2017), Foliensatz.

*Minsitry of Defense (Japan)*: Situations in East / South China Sea, West Pacific Ocean & Sea of Japan, February 2017, Foliensatz.

*Ministry of National Defense (China)*: China's National Defense in the New Era, Source: Xinhuanet, Editor: Li Jiayao, 2019-07-24 14:41:49, [http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content\\_4846443.htm](http://eng.mod.gov.cn/news/2019-07/24/content_4846443.htm) (abgerufen am 23.09.2019, 14:22 Uhr)

Minnick, Wendell: Vietnam Pushes Modernization As China Challenge Grows, in: *Defense News*, 31.08.2015, S. 9 und 10.

Minnick, Wendell: China's 'One Belt, One Road' Strategy. Modern-day Silk Road Plan Could Challenge US Influence in Region, in: *Defense News*, April 13, 2015, S. 18.

Minnick, Wendell: China Hikes Budget Amid Corruption Fight, in: *Defense News*, March 9, 2015, S. 1 und 4.

Minnick, Wendell: Taiwan's BMD Coming Online, in: *Defense News*, March 22, 2010, S. 18.

Minnick, Wendell: Taiwan's QDR Reveals Rift, in: *Defense News*, March 23, 2009, S. 1 und S. 20.

Minnick, Wendell: Chinese Continue Modernization Push, in: *Defense News*, April 20, 2009, S. 12.

*Minnick, Wendell: Fortress Formosa? Taiwan Strategy Under Attack, in: Defense News, October 20, 2008, S. 28.*

*Minnick, Wendell: Closer China-Taiwan Ties Point to Change in 2009, in: Defense News, December 15, 2008, S. 31.*

*Minnick, Wendell: China speeds ICBM Plans, in: Defense News, July 10, 2006, S. 1.*

*Müller, Helmut L.: China wirbt mit Konfuzius, in: Salzburger Nachrichten, 20.07.2017, S. 6.*

*Myers, Steven Lee: Reluctance to send bad news cost China weeks, in: The New York Times International Edition, March 31, 2020, S. 1 und 4.*

*National Institute for Defense Studies (Japan): NIDS China Security Report 2019. China's Strategy for Reshaping the Asian Order and Its Ramifications, Tokyo 2019.*

*National Institute for Defense Studies (Japan): NIDS China Security Report 2016. The Expanding Scope of PLA Activities and the PLA Strategy, Tokyo 2016.*

*Neidhart, Christoph: Das japanische Tabu, in: Süddeutsche Zeitung, 30.04.2009, S. 4.*

*Nishi, Masanori: Japan's former vice minister of defense, Japan, Allies Must Remain Vigilant in South China Sea, in: Defense News, 14.12.2015, S. 17.*

*Nouwens, Veerle: China's 21<sup>st</sup> Century Maritime Silk Road. Implications for the UK, Occasional Paper, Royal United Services Institute for Defence and Security Studies (RUSI), London, February 2019.*

*Nye, Joseph S.: Russland und China – geeint gegen den Westen?, in: Die Presse, 30.03.2015, S. 26 und 27.*

*Nye, Joseph S.: Wie stark die Wirtschaft Chinas wirklich ist, in: Die Presse, 13.11.2014, S. 30.*

ORF: Australien will Untersuchung von Ausbruch in China, 22. April 2020, <https://orf.at/stories/3162858/> (abgerufen am 29. April 2020).

*Pang Zhongying*: On Sino-Europe “strategic partnership”, in: *International Review*, herausgegeben vom Shanghai Institute for International Studies, Spring 2007, Volume 46, S. 1-19.

*Parton*, Charlie: US and China: Trade, Technology, Theft and Arrests, RUSI Commentary, Royal United Services Institute for Defence and Security Studies (RUSI), London, 18 January 2019.

*Paulson*, Henry M., Jr.: *Dealing with China*, Headline Publishing Group, London 2015.

*Pollack*, Karin, *Redl*, Bernadette: Nur eine Epidemie, keine Pandemie, in: *Der Standard*, 28.02.2020, S. 6.

*Pei*, Minxin: Twilight of the CCP, in: *The American Interest*, March/April 2016, S.27-35.

*Pei-Shan Kao*, Andrea: Asia-Pacific Security on the Extension of China’s Core Interests – The Taiwan Issue, in: Democratic Pacific Union (eds.), *East Asia 2020 Dilemma & Prospects*, The 3rd East Asia Peace Forum, August 24-25,2019, Taipei 2019, S- 89-106.

*People’s Republic of China*: The Roadmap of the 18<sup>th</sup> CPC National Congress and The Chinese Dream, compiled by Huang Huaguang and Luan Jianzhang, Foreign Languages Press, Beijing 2013.

*People’s Republic of China*: White Paper: China’s Peaceful Development Road. The State Council Information Office, Beijing, December 2005.

*Perlez*, Jane: China tries to loosen its Belt and Roadplan, in: *The New York Times International Edition*, April 27-28, 2019, S. 1 und 7.

*Phillips*, Tom: Hong Kong’s freedom fades, in: *The Guardian Weekly*, 7-13 July 2017, S. 1 und 4.

*Phillips, Tom, Safi, Michael: India's population bigger than China's, academic claims, in: The Guardian Weekly, 02.06.2017, S.10.*

*Raghuvanshi, Vivek: India-China Border Talks Make No Headway, in: Defense News, May 25, 2015, S. 14.*

*Raghuvanshi, Vivek: Experts: India Must Counter China in Littorals, in: Defense News, January 12, 2009, S. 14.*

*Ren, Jianming & Others: The Good Fight. China's Recent Battle Against Corruption, Party Building Books Publishing House, Foreign Languages Press, Beijing 2015.*

*Research Group of the China Center for International Economic Exchanges: The Belt and Road Initiative: Using Energy Resources to Drive Common Development, in: Qiushi, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 87-92.*

*Richter, Jiagu: Der Inselstreit und die ADIZ (Luftverteidigungs-Identifikationszone) der VR China im Ostchinesischen Meer, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße? , Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 209-228.*

*Rošker, Jana: Durch Gesetz zur Harmonie? Das gegenwärtige Ideal einer „harmonischen Gesellschaft“ in China und seine traditionellen Grundlagen, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße? , Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 57-73.*

*Salzburger Nachrichten: Covid-19 zieht rote Spur in Chinas Wirtschaft, in: Salzburger Nachrichten, 18.04.2020, S. 16.*

*Schieder, Andreas: Die Beziehungen mit China und die Wirtschaftskrise, in: Gerd Kaminski und Barbara Kreissl, China als internationaler Player in der*

Weltpolitik, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 63, Wien 2012, S. 92-94.

*Schmidt*, Helmut: Was ich noch sagen wollte, Verlag C.H. Beck, München 2015.

*Schmidt*, Helmut: Ein letzter Besuch. Begegnungen mit der Weltmacht China. Gespräch mit Lee Kuan Yew, Pantheon-Verlag, 2015.

*Schottenhammer*, Angela: War and Peace along the Historical Silk Roads, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße? , Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 21-39.

*Sherman*, Wendy / *Revere*, Evans: Why we've fallen short and why that's no longer an option, in: *TIME*, April 3, 2017, S. 30.

*Shi*, Jing: COSCO Piraeus bid back on track, in: *China Daily European Weekly*, April 3-9, 2015, S. 22.

*Shih*, Vanessa: Hongkong-Proteste und die Folgen, in: *Die Presse*, 05.07.2019, S. 22.

*Sieren*, Frank: Verhärtete Fronten, in: *China Rundschau*, Nr. 054, August 2019, S. 4.

*Smith*, Marcia S.: China's Space Program: An Overview, CRS Report for Congress, Order Code RS21641, Updated January 31, 2006.

*Sommerbauer*, Jutta: Freundschaftsmanöver mit China, in: *Die Presse*, 12.09.2018, S. 5.

*Spang*, Thomas: Nordkorea hat Guam in Reichweite, in: *Salzburger Nachrichten*, 16.09.2017, S. 6.

*Staeck*, Michael, *Grotten*, David (Hrsg.): China und Indien im regionalen und globalen Umfeld, Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für

Internationale Sicherheit e. V. (WIFIS), Band 34, Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto 2018.

*State Council Information Office of the Chinese Government*, White Paper: China's National Defense in 2008, Published: January 20, 2009, <http://www.china.org.cn> , abgerufen am 22.01.2009.

*Steinbrenner*, Barbara: Huawei erhält Hilfe von US-Firmen, in: *Die Presse*, 18.06.2019, S. 14.

*Steiner*, Eduard: Wie Moskau und Peking flirten, in: *Die Presse*, 10.07.2018, S. 13.

*Stern*, Nicole: Peking sitzt zwischen den Stühlen: Kontrollwahn oder Öffnung?, in: *Die Presse*, 31.12.2016, S. 17.

*Strittmatter*, Kai: Stoff für Träume, in: *Süddeutsche Zeitung*, 12.05.2017, S. 2.

*Strittmatter*, Kai: Angela Merkel der Taiwanesen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 18.01.2016, S. 7.

*Strittmatter*, Kai: Eine Umarmung, die erdrückt. Taiwan und China sind sich heute näher denn je. Das Spitzentreffen könnte die beiden jetzt entfremden, in: *Süddeutsche Zeitung*, 5.11.2015, S. 2.

*Strittmatter*, Kai: Die Verwandten auf der Insel. Mao und Chiang Kai-shek waren Rivalen, ihre Parteien einst vereint, in: *Süddeutsche Zeitung*, 05.11.2015, S. 2.

*Strittmatter*, Kai: Der chinesische Traum, in: *Süddeutsche Zeitung*, 23.09.2015, S. 9.

*Sun*, Jianguo (Admiral): A Great Banner for World's Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: *International Strategic Studies* 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, Beijing 2016, S. 1-8.

*Sung-Ki*, Jung: S. Korea To Expand Air Defense Zone, in: *Defense News*, December 9, 2013, S. 1 und 8.



*Takamine*, Koushu: Develop a Multilateral Framework for Maintenance of the Maritime Security in the South China Sea, JFIR Commentary, Tokyo, July 29, 2011.

*Terrill*, Ross G.: Will U.S.-PRC Rivalry Damage Taiwan, in: Democratic Pacific Union (eds.), East Asia 2020 Dilemma & Prospects, The 3rd East Asia Peace Forum, August 24-25, 2019, Taipei 2019, S- 26-31.

*The Economist*: Exploring the Antarctic. Heading South, in: *The Economist*, November 30<sup>th</sup>, 2019, S. 51.

*The Economist*: Chinese demography. Old, not yet rich, in: *The Economist*, November 2<sup>nd</sup>, 2019, S. 65-66.

*The Economist*: Law enforcement. Unwanted red notice, in: *The Economist*, October 13<sup>th</sup>, 2018, S. 41-42.

*The Economist*: Israel and China. Too open for business?, in: *The Economist*, October 13<sup>th</sup>, 2018, S. 33-34.

*The Economist*: America and Taiwan: Visitors welcome, in: *The Economist*, March 24<sup>th</sup>, 2018, S. 41.

*The Economist*: North Korea. An explosive offer, in: *The Economist*, March 10<sup>th</sup>, 2018, S. 49-50.

*The Economist*: The Asian Infrastructure Investment Bank. The Infrastructure Gap, in: *The Economist*, March 21<sup>st</sup>, 2015, S. 42.

*The National Institute for Defense Studies (Japan)*: The Y-20: China's First Domestically Developed Strategic Transport Aircraft. In: *East Asian Strategic Review* 2017, Tokyo 2017, S. 97 und 98.

*The National Institute for Defense Studies (Japan)*: Structures Reform of the Party's Arms. In: *East Asian Strategic Review* 2017, Tokyo 2017, S. 89-97.

*The Shanghai Cooperation Organization*: The Shanghai Cooperation Organization, [http://eng.sectsc.org/about\\_sco/](http://eng.sectsc.org/about_sco/), abgerufen am 20.11.2019.

*Tse-Tung*, Mao: Die chinesische Revolution und die Kommunistische Partei Chinas, Lehrbuch, in Yanan von Mao und Genossen im Dezember 1939 ausgearbeitet, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 1962.

*Ultsch*, Christian: Warum Kim Jong-il der Welt sein Spiel aufzwingen kann, in: *Die Presse*, 24.11.2010, S. 2.

*Ultsch*, Christian, *Raabe*, Julia: China hat vertuscht, die WHO versagt und Europa geschlafen, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 4.

*Urban*, Waltraut: China als wirtschaftliche Weltmacht, in: Gerd Kaminski und Barbara Kreissl, China als internationaler Player in der Weltpolitik, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 63, Wien 2012, S. 117-125.

*Vierregge*, Thomas: China in der pazifischen US-Flügelzange, in: *Die Presse*, 21.11.2011, S. 5.

*von Rauchhaupt*, Ulf: Wasserstoffbombe, gewöhnliche Kernwaffe oder Fehlzündung?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.01.2016, S. 2.

*Wang*, Haiyun: SCO's Security Challenges and Cooperation in New Situation, in: International Strategic Studies 4/2016, Volume 122, China Institute for International Strategic Studies, Beijing 2016, S. 20-26.

*Wang*, Haiyun: SCO's New Challenges and Missions In Its Development, in: International Strategic Studies 3/2016, Volume 121, China Institute for International Strategic Studies, Beijing 2016, S. 21-29.

*Wang*, Yi: Advancing China's Major-Country Diplomacy in a Changing World, in: *Qiushi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120.124.

*Washington Post*: China to put digital eyes on its citizens, in: *The Guardian Weekly*, 18.11.2016, S. 33.

*Watanabe*, Yoshikazu: Taiwan and China: A Japanese Perspective, in: Democratic Pacific Union (eds.), East Asia 2020 Dilemma & Prospects,

The 3rd East Asia Peace Forum, August 24-25,2019, Taipei 2019, S- 211-227.

Wetz, Andreas, Lebermayr, Christoph, Zotter, Christoph: „Medizinische Seidenstraße“: Chinas Corona-Hilfe ist nicht nur Segen, Addendum, 9. April 2020, <https://www.addendum.org/coronavirus/chinas-corona-hilfe/> (abgerufen am 9. April 2020).

Will, Gerhard: Tough Crossing: Europa und die Konflikte in der Südchinesischen See, SWP-Studie S10, Stiftung für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, im Juni 2014, S. 7.

Windisch, Elke: China und Russland lassen die Muskeln spielen, in: *Die Presse*, 18.08.2005, S. 5.

Wolff, Stefan: Auf dem Weg zur Leitwährung, in: FAZ Verlagsspezial / 19. EURO FINANCE WEEK, 1. Dezember 2016, S. V3.

Wong, Edward: Mongolia breaks ties with Dalai Lama after Beijing censures visit, in: *The New York Times International Edition*, January 2, 2017, S. 4.

Xi, Jinping: President Xi Jinping's Congratulatory Letter To The 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum, in: China Institute for International Strategic Studies, The 8<sup>th</sup> Beijing Xiangshan Forum Supplement 1/2018, Volume 130 (International Strategic Studies), Beijing 2018.

Xi, Jinping: Bericht auf dem 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (18. Oktober 2017), Botschaft der Volksrepublik China in der Republik Österreich.

Xi, Jinping: Speech at a Ceremony Commemorating the 80<sup>th</sup> Anniversary of the Victory of the Long March, October 21, 2016, in: *Qiushi*, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 16-29.

Xi, Jinping: Explanation on the Code of Conduct for Intraparty Political Life Under New Circumstances and the Regulations of the Communist Party of China on Internal Oversight, in: *Qiushi*, CPC Journal on China's

Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 3-15.

*Xi, Jinping*: China regieren, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 2014.

*Xie, Chuntao*: Wie funktioniert die größte Partei der Welt. Erfolgsgeheimnisse der KP Chinas, New World Press, Beijing 2012.

*Xinhua*: China Adheres to the Position of Settling Through Negotiation the Relevant Disputes Between China and the Philippines in the South China Sea, the State Council, the People's Republic of China, Updated: Jul 13, 2016 11:23 AM

*Xinhua News Agency*: 10 Major Aspects of Xi Jinping Thought on Diplomacy, in: China Focus. A promotional feature produced by Beijing Review, veröffentlicht in: *Newsweek*, July 27<sup>th</sup>- August 3<sup>rd</sup>, 2018, S. 11.

*Yeo, Mike*: Chinese Defense Industrial Base Mirrors Military Buildup, in: *Defense News*, August 27, 2018, S. 16.

*Yeo, Mike*: DoD: Rapid development of China military underway, in: *Defense News*, June 12, 2017, S. 10-11.

*Yu, Lintao*: Theory of Common Good. Xi Jinping Thought on Diplomacy moves China and the world closer to a shared future, China Focus. A promotional feature produced by Beijing Review, in: *Newsweek International*, 27.07.2018-03.08.2018, S. 10.

*Yu, Lintao*: The Power of Five: Building A Stronger Partnership, China Focus. A promotional feature produced by Beijing Review, in: *Newsweek International*, 25.08.2017-01.09.2017, S. 14-15.

*Zaschke, Christian*: Atoll provocateur. Die USA und China suchen die Machtprobe um ein von Peking beanspruchtes Gewässer, in: *Süddeutsche Zeitung*, 28.10.2015, S. 8.

*Zhang, Junshu*: Troop cut a concrete step for peace, in: *China Daily European Weekly*, September 5-6, 2015, S. 5.

*Zhang, Yu: The Global Significance of the Socialist Market Economy, in: Qianshi, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 114-119.*

Die Volksrepublik China feierte am 1. Oktober 2019 ihr siebenzigjähriges Bestehen. China hat sich stets als eigenständiger Staat, der keinem militärischen Pakt zugehören möchte, auf regionaler und inzwischen auch auf globaler Ebene gesellschafts-, wirtschafts- und sicherheitspolitisch positioniert. Derzeit befindet sich China auf dem Weg zu einem weltpolitischen Akteur, der das 21. Jahrhundert nicht nur wesentlich mitgestalten, sondern auch prägen wird. Mit dieser Publikation liegt eine umfassende Analyse der politischen, wirtschafts- sowie außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen Chinas vor, die bis zum Jahr 2049 wirken werden. Gemäß den Vorgaben der politischen Führung soll bis zum hundertjährigen Bestehen der Volksrepublik China ein „Weltklassestaat“ werden.

**ISBN: 978-3-903121-60-7**

